

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 1. Juni 1918. Nr. 139.

Anmeldung von Freischürfen im Wiener Gemeindegebiete. Dem Magistrate ist zur Kenntnis gekommen, dass die österreichische Bohr- und Schürfgesellschaft in Wien eine Reihe von Freischürfen im Wiener Gemeindegebiete, vermutlich auf Braunkohle angemeldet hat. Das ganze noch unverbauete Stadtgebiet im Süden von Altmannsdorf bis Simmering (mit Ausschluss des Zentralfriedhofes) und das anschliessende Gebiet von Schwechat, Mannswörth, Albern, Imzersdorf und Erlau soll mit Freischürfen überlagert werden. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Schmid über diese Angelegenheit und zählte die schwerwiegenden Bedenken auf, die diesem Projekte entgegenstehen. Das ganze in Betracht kommende Gebiet sei dazu bestimmt, in absehbarer Zeit als Wohnfläche, als Verkehrs- und Erholungsfläche verwendet zu werden. Das noch unverbauete Gebiet rings um die Stadtgrenzen sei doch dazu bestimmt, das Wachstum der Grossstadt zu ermöglichen. Abgesehen von den gesundheitlichen Nachteilen würde durch die Anlage von Kohlenbergbauten in diesen Gebieten die für die wachsende Stadt unentbehrliche Besiedlungsfläche in unerträglicher Weise eingeengt. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurde beschlossen, gegen die Angemeldeten Freischürfe aus öffentlichen Rücksichten Einsprache beim Revierbergamte St. Pölten zu erheben.

Bekämpfung der Hundswut in Wien. In der letzten Zeit hat die Hundswut in Wien, die bereits im Jahre 1914 zu einer vorübergehenden Einführung des Leinenzwanges geführt hatte, eine ungewöhnliche Ausbreitung genommen und vor einigen Tagen selbst zur Übertragung auf einen Menschen geführt. Eine der Ursachen dieser Erscheinung ist die zu geringe Beaufsichtigung der Hunde durch deren Besitzer, die vielfach nicht einmal den Maulkorbzwang beachten, so dass bei den Hundestreifungen in jüngster Zeit eine verhältnismässig grosse Zahl von Hunden eingefangen wurde. Die Hundebesitzer werden daher eindringlichst auf die Kundmachung über die Massregeln zur Bekämpfung der Wutkrankheit der Hunde mit der Aufforderung aufmerksam gemacht, dass sie deren Bestimmungen genauestens einhalten. Sollten die bisher getroffenen Massregeln und diese Warnung nicht baldigst eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen, so müsste in aller nächster Zeit wieder an die Einführung des Leinenzwanges und an die ausnahmslose Vertilgung sämtlicher bei den Hundestreifungen eingefangenen Hunde geschritten werden.

Gleichzeitig wird das bestehende Verbot des Mitnehmens von Hunden in öffentliche Lokale, wie in Gast- und Kaffeehäuser u. dgl. ferner in Strassenbahnwagen abermals mit dem Beifügen

in Erinnerung gebracht, dass Uebertretungen dieses Verbotes der polizeilichen Bestrafung unterliegen.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Mittwoch, 5. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Einkaufscheinen die Abschnitte mit den Ziffern römisch XVII und XVIII, von den abgestempelten Einkaufscheinen für Mindestbemittelten die Abschnitte mit den Buchstaben P und Q abgetrennt und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Partien gesondert.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrate hierzu bestimmten Stellen wird von Montag, 3. d.M. an Schweinefleisch nur gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (weiss, grün, blau, gelb) und gegen Abtrennung des Abschnittes 46 zur Abgabe gelangen und zwar für Einkaufscheine, welche bis einschliesslich 4 Personen lauten, ein halbes Kilogramm, für solche mit 5 und mehr Personen ein Kilogramm.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 2. bis 15. Juni 1918 werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlachtereien gegen Abtrennung der Ziffer 25 des amtlichen farbigen Einkaufscheines und der zwei Fettmarkenabschnitte Nr. 90 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte für alle Gruppen von Mindestbemittelten, welche nicht dem Lebensmittelverbande der Kriegsleistungsbetriebe Wiens angehören, je 50 Gramm Schweinspeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt erfolgt in der Zeit vom 2. bis 8. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 30 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis wird nunmehr erhöht und beträgt für weiches Holz (gespalten) 34 Heller, für hartes Holz (gespalten) 27 Heller per Kilogramm.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes G der Kartoffelkarte. Die Abgabe an die Verbraucher beginnt am Mittwoch; an diesem Tage werden die Kartoffeln an die Verbraucher mit den Anfangsbuchstaben A bis H, Donnerstag I bis O, Freitag, P bis S und Samstag T bis Z abgegeben.

Entfallender Empfang. Infolge dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der Empfang am Montag.

Autobusverkehr Pötzleinsdorf Salmannsdorf. Dieser Autobusverkehr wird am kommenden Dienstag und Mittwoche aus Anlass von Pflasterungsarbeiten, günstige Witterung vorausgesetzt, eingestellt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mitzner,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 3. Juni 1918. Nr. 140.

Das neue städtische Strandbad (Freibad) „Alte Donau“. Als Ersatz für das bekannte Freibad, welches am linken Ufer des Donaustromes oberhalb der Krupprinz Rudolf - Brücke im Uberschwemmungsgebiete gelegen war und ständig Hochwassergefahren ausgesetzt blieb, übrigens mit Kriegsbeginn gänzlich ausser Betrieb gesetzt werden musste, hat die Gemeinde nunmehr in der alten Donau oberhalb der im Umbau begriffenen Kagraner Holzbrücke in einer Entfernung von 10 Minuten von der Wagramerstrasse, ein grosses Freibad errichtet und bereits eröffnet, das mit seinem baumreichen Hintergrunde, den weiten, im Lichte der Sonne erglitzernden, wohlgepflegten Strandflächen, seinen einladenden Wasserfluten und nicht zuletzt mit seinem lieblichen Ausblick auf das gegenüberliegende Donaufelder-Ufer, die hochragende Floridsdorfer St. Leopolds-Kirche und vor allem auf unseren Leopolds- und Kahlenberg zahlreiche Besucher anzulocken und in der zu gewärtigenden heisseren Jahreszeit für die ärmere Bevölkerung ein sehr willkommenes und beliebtes Bade- und Erholungsort werden dürfte. Namentlich auch als Luft- und Sonnenbad wird es zur Abhärtung des Körpers die besten Dienste leisten können und selbst an kühleren, sonnensarmen Tagen gerne von Vielen besucht werden, die nicht gerade die Absicht haben, ein Wasserbad zu nehmen. - Das neue Strandbad ist mit der Strassenbahn (Linien 16 und 25) leicht und rasch erreichbar; bei der letzten Haltestelle vor der Kagraner-Brücke führt nach links die Zufahrtsstrasse, von der auch ein schattiger Zugang abzweigt, der sich längs des Ufers hinzieht. - Das Bad hat je eine grosse Abteilung für Männer (Knaben) und Frauen (Mädchen) und bedeckt mit seinen Strand- und Wasserflächen nicht weniger als 42.000 m². In beiden Abteilungen bestehen auch grosse Sandflächen und eigene Sandbäder. - Die für Schwimmer bestimmten Wasserflächen sind durch Drahtseile, welche auf Schwimmkörpern ruhen, abgegrenzt. Für die Benutzung der in zwei geräumigen Auskleidehütten aufgestellten Kleiderkästchen sind 20 Heller zu entrichten; bei Verwendung von Kleiderhaken steht der Besuch vollkommen unentgeltlich frei. - Es empfiehlt sich, eigene Wäsche mitzubringen; doch werden auch Schwimmhosen und Badekleider zu den vorgeschriebenen Preisen beigelegt.

Städtische Bäder. Von den Sommerbädern sind nunmehr auch das Hernalser Voll- und Schwimmbad im Fezzl - Park - das eigentliche Sommerbad für die Zöglinge der Jugendfürsorgevereine und für die Schuljugend des 17. und der angrenzenden Bezirke -, sowie das Strombad „Nussdorf“ (im Donaukanale unterhalb der Schleuse)

se) für den allgemeinen Besuch eröffnet worden. Das letztere Bad stand noch im Vorjahre vornehmlich als Militärbad im Betrieb wird aber neben dieser Verwendung fortan in seinen beiden Abteilungen für Männer (Knaben) und Frauen (Mädchen) seiner früheren Bestimmung dienen. Infolge der daselbst herrschenden starken Strömung und seiner landschaftlich besonders hübschen Lage wird es sicher grosse Anziehungskraft auf die Bevölkerung namentlich des 19. Bezirkes ausüben, umso mehr, als schon demnächst - dank dem Entgegenkommen der Donau-Regulierungskommission - es möglich sein wird, dem Bade ein Luft- und Sonnenbad durch Einbeziehung einer grossen, in unmittelbarer Nähe gelegenen prächtigen Wiesenfläche, auf der auch eine Gruppe alter Bäume steht, anzugliedern. - Das Schwimmbad im Theresienbade (12. Bezirk Hufelandgasse Nr. 3) wird nach Fertigstellung umfangreicher Instandsetzungs-Arbeiten voraussichtlich schon Ende dieser Woche eröffnet werden können.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten Oesterreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 34.205 Parteien K 28,653.344 eingelegt, an 17.458 Parteien K 21,497.903 rückgezahlt und belief sich der Gesamt-Einlagen-Stand am 31. v.M. auf K 754,261.460. Hypothekendarlehen wurden K 783.906 zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen K 1,776.046 rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. v.M. auf K 325,259.028. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 31. v.M. auf K 18,054.312 und waren an 60jährigen Pfandbriefen im Umlaufe K 18,318.600. - Wechsel wurden K 6,987.252 eskomptiert, K 19,897.304 einkassiert und Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank K 13,000.000 angekauft; der Stand des Wechsel- und Salinen-Portefolles betrug am 31. v.M. K 41,216.849.

Graf Bienerth - Schmerling. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an Gräfin Anka Bienerth - Schmerling nachstehendes Beileid schreiben gerichtet: Die Nachricht von dem Heimgange Ihres Gemahls, Sr. Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten a.D. Dr. Richard Grafen von Bienerth - Schmerling, hat mich tief erschüttert und wird in weiten Kreisen unserer Stadt die innigste Teilnahme hervorrufen. Das Vaterland verliert in dem Heimgegangenen einen seiner treuesten und verdienstvollsten Paladine, der dem Staate ein Leben voll Hingebung und Opfersinn widmete, die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien aber verliert in ihrem Ehrenbürger einen aufrichtigen Freund, der Zeit seines Lebens, in seinen hohen Funktionen und in

Ruhestande, in ernsten Tagen und in ruhiger Zeit immer auf das Wohl der Stadt bedacht war.

So wird die Stadt Wien dem Verbliebenen ein immerwährendes ehrenvolles und dankbares Andenken bewahren und das Bild des Verewigten wird nicht verblässen, solange hohe Bürgertugenden unter den Menschen geschützt werden und Geltung haben.

Ich bitte Euer Exzellenz im Namen der Stadt Wien den Ausdruck der tiefsten Teilnahme empfangen zu wollen.

Technische Attachés bei Oesterr. ung. Missionen im Auslande.

Die Friedensschlüsse mit Russland und Rumänien haben der ständigen Delegation des Oesterreichischen Ingenieur und Architekten-Tages, bei der jetzt 49 Fachvereine mit zusammen 13.600 Mitgliedern aus allen Oesterreichischen Kronländern vertreten sind, den Anlass gegeben, ihre schon seit vielen Jahren bestehenden Bestrebungen nach Bestellung von technischen Attachés bei Oesterr. ung. Missionen im Auslande zu erneuern. Wenn auch die herrschenden Verhältnisse dormalen eine solche Bestellung nicht in allen jenen Staaten zulassen, in denen es im Interesse unserer Industrie wünschenswert wäre, so erscheint es aber doch im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland und Rumänien notwendig, da für zu sorgen, dass den Missionen in Petersburg, Konstantinopel, Bukarest und Sofia ehestens ständige technische Attachés zugeteilt werden. In diesem Sinne hat sich die ständige Delegation des Ingenieur- und Architektentages an die beiden Häuser des Reichsrates, dann an die Oesterr. Delegation und an die massgebenden Ministerien gewendet - hoffentlich diesmal mit besserem Erfolge als bisher!

Höchlichste Redaktion! Um gütige Aufnahme vorstehender Notiz ersuchen höflichst
Hofrat Dr. Lorber. Baurat Dr. Paul.

Gemeindevermittlungsämter. Das Gemeindevermittlungsamt Leopoldstadt hält am 13. und 27. d.M. Sühneverhandlungen ab. Die Verhandlungen bei den Gemeindevermittlungsämtern Neubau und Josefstadt finden am 5., 12., 19. und 26. d.M. statt.

Bezirksratsitzungen. Die Vertretung des Bezirkes Neubau hält am 4. d.M. 5 Uhr, jene des Bezirkes Floridsdorf am 6. d.M. Sitzungen ab.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mitzner.
Wien I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 4. Juni 1918. Nr. 141.

Eine Rede des Bürgermeisters.

In einer gestern im 13. Bezirk in Hopfner's Parkhotel unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers kaiserlichen Rates Karlinger abgehaltenen Versammlung sprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Er führte ungefähr aus: Das vierte Kriegsjahr geht zu Ende, Millionen Menschen sind geopfert, Milliarden Werte in materiellen und Kulturgütern sind vernichtet und noch ist ein Abschluss dieses unseligen Völkerringens nicht zu schauen. Mit Bewunderung blicken wir auf die unvergleichlichen Heldentaten unserer Armeen, auf die herrlichen Siege unserer deutschen Waffenbrüder, die gegen eine Welt von Feinden zeigen, dass deutsche Kraft und deutscher Geist unüberwindbar ist. Mit Beschämung blicken wir auf unsere trostlose innerpolitische Lage. Jahrzehntelange Fehler der Regierungen rächen sich jetzt, die Güte und Gnade unseres jungen Monarchen wird mit hochverräterischem Undank gelohnt, die Regierung schwankt in ihren Entschliessungen in einer Zeit, in der nur die feste Hand eines unbeugsamen Mannes das Staatsruder zu führen berufen wäre. In wenigen Tagen muss sich entscheiden, ob das Kabinet des Dr. von Seidler das vertagte Parlament einzuberufen geneigt ist. Ich warne vor der Ausschaltung des Verfassungslebens, die Bevölkerung verträgt keine neue Auflage der Aera Stüdkh. In dieser Zeit schwerster Not brauchen wir eine Tribüne des freien Wortes. Und sollten tatsächlich - was ich aber nicht annehmen will - Nord- und Südslaven das Volkshaus zerschlagen, dem werden wir Deutsche Innerösterreichs wissen, was unsere Pflicht gegenüber Volk und Staat uns auferlegt. Die erste und vornehmste Pflicht ist aber, alle Deutschen zu sammeln und zu vereinigen. Kein Parteunterschied mehr! Wie ein eherner Block, an dem die slavischen Wellen zerschellen, rage Oesterreichs Deutschtum in die Geschichte unserer ewig denkwürdigen Zeit. Einen mächtigen Trost finden wir in dem Ausbau und der Vertiefung unseres Bündnisses mit dem deutschen Reich und erhoffen uns segensbringende Folgen in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung. Wenn etwas gewaltiger ist als das Schicksal, dann ist es der Mut, der's unerschüttert trägt! Mit diesem Mute haben wir 4 Kriegsjahre der Not und Tränen, der Entbehrungen und zermürbenden Arbeit getragen, diesen Mut müssen wir weiter bewähren.

Drei böse Monate haben wir hinter uns, nun erhoffe ich den Uebergang zur neuen Ernte ohne erhebliche Störung unserer Versorgung.

Bei der Frohnleichnamprozession fleht der Priester Gottes Segen über die Früchte der Erde. Wahrlich!

Möge Gott unsere Ernte segnen!

Was das Ernährungswesen sonst anbelangt, so kann der Tatsache nicht widersprochen werden, dass die Höchstpreispolitik der Regierung bereits im Jahre 1915 versagt hat und im vierten Kriegsjahr zu einer Tragödie geworden ist. Die zentrale Bewirtschaftung wichtiger Lebensmittel hat sich in der Erfassung der Vorräte als unzulänglich erwiesen. Die Lebensmittel entgleiten dem staatlichen Zugriff und tauchen in den Verstößen des Schleichhandels zu Wucherpreisen wieder auf.

Konsumentenvertreter fordern daher die grösste Straffheit im staatlichen Aufbringungsdiensste, halten die bisherigen Zwangsmassnahmen der Regierung für unzureichend und fordern als Krönung des bisherigen Systems die Ausgestaltung der Zentralenwirtschaft als Monopolwirtschaft. Mit schlagenden aus der Praxis geschöpften Argumenten und jäher Leidenschaft fordert eine neue Schule der Freihändler die sofortige Beseitigung der Zentralen und Wiedereinsetzung des Kaufmannstandes in seine langentzogenen Rechte. Nach meiner Meinung wäre die sofortige radikale Beseitigung der Zentralen ein Sprung ins Dunkle. Mit einem Gefühle der Sicherheit wird aber eine ihrer Verantwortung bewusste Regierung nur einen Weg betreten können: Mit dem Abbau der zentralen Bewirtschaftung unter Heranziehung und Einschaltung des legitimen Handels sofort zu beginnen. Versuche, den legitimen Handel unter ähnlichen Vorsichten wenigstens in den Verteilungsapparat grosser Konsumplätze einzugliedern, sind bereits von Erfolg begleitet gewesen. So war zum Beispiel die Gemeinde Wien bei der Verteilung der ihr von der Zentrale zugewiesenen Mehlmengen auf die Verbraucher einer 2 Millionenstadt vor die Frage gestellt, die Aufteilung entweder mit eigenen Abgabestellen und Organen der Gemeinde durchzuführen oder den Handel in einer zweckentsprechenden Weise beizuziehen. Der Versuch, nur im Wege der bestehenden Zwangsgenossenschaften der einschlägigen Handelsgewerbe die Verteilung der Mahlprodukte durchzuführen, war nicht von Erfolg begleitet, da die Genossenschaften mangels eines geschulten kaufmännischen Personales und eines entsprechenden Abgabeapparates (Fuhrwerke etc.) die unbedingt erforderliche rasche Verteilung nicht durchführen können. Da auf diesem Wege die Lösung des Problems nicht gelang, wurde in direkte Fühlung mit der Wiener Kaufmannschaft getreten, welche vermöge ihres aus den Friedenszeiten erhaltenen technischen Apparates und vermöge der genaueren Kenntnis der tief eingewurzelten Verhältnisse zwischen Gross- und Kleinhändler einerseits, Kleinhändler und Verbraucher andererseits den hinsichtlich einer prompten und geregelten Verteilung gestellten Ansprüchen gerecht zu werden versprach. Dieser Versuch ist, wie eine mehr als 3jährige Erfahrung bewies, gelungen: Einem Konzern von Grosskaufleuten wurde von der Gemeinde Wien die Aufgabe übertragen, die von der Behörde bestimmten Teilmengen von Mahlprodukten von den Lagerstellen an die Detailabgabestellen zuzustreifen, zur Detailabgabe wurden die Kleinverschleisser in einer der räumlichen Ausdehnung Wiens einerseits und der unbedingt nötigen Kontrolle andererseits entsprechenden Zahl herangezogen. Die Kaufmannschaft besorgt also den technischen Apparat: Der Konzern der Engrossisten übernimmt die für die Ausgabe bestimmten Warenmengen in toto, verrechnet mit der Gemeinde den Uebernahmepreis im Wege eines Kreditinstitutes, besorgt die Zustreifung der Warenmengen im amtlich festgestellten Ausmasse an die Detailabgabestellen und führt die Abrechnung mit dem Kleinverschleisser durch; Die Detailverschleisser besorgen die unmittelbare Abgabe der Mahlprodukte an die Verbraucher nach den Vorschriften der Verbrauchsregelung. Der geschilderte Apparat arbeitet jedoch unter ständiger Ueberwachung der hierfür bestimmten amtlichen Stelle, welcher neben der Sicherstellung der erforderlichen Mahlprodukte die Errechnung des jeweiligen Bedarfes, Ermittlung und Verrechnung des Lagerrestes jeder einzelnen Abgabestelle und die Kontrolle der eingelösten Marken vorbehalten ist.

Da sich dieses Verteilungssystem nach Ueberwindung einiger Anfangsschwierigkeiten voll bewährte, hat die Gemeinde sich auch bei der Verteilung der anderen, nach und nach der staatlichen Bewirtschaftung unterworfenen Artikeln (Petroleum, Marmelade, Gemuse, Fett, Kartoffeln, Zucker, Kaffee, etc.) unter ähnlichen Vorsichten dieses Apparates mit Erfolg bedient. Vielleicht weist dieser gelungene Versuch den Weg zu einer Lösung des schwierigen Problems. Ebenso wie im Verteilungsdiensste kann unter den erforderlichen Vorsichten auch im Aufbringungsdiensste von Lebensmitteln die sukzessive Einschaltung des Handels versucht werden. Diese Gelegenheit wird sich voraussichtlich in der Uebergangswirtschaft ergeben, wo die Befugnisse des Handels, wenn er einmal in den zentralen Apparat eingliedert ist, schrittweise erweitert werden könnten: Diese Neuordnung musste als natürliche Folge den Abbau der zentralen bewirken. Nicht nur durch diese Wirtschaft wurde unser Handel und Gewerbe schwer geschädigt, sondern auch die Steuerpolitik ist in Wege geraten, welche das bodenständige bürgerliche Gewerbe in den Abgrund führen. Ich und meine Partei wollen den Mittelstand aufrecht halten und seine Wiederaufrichtung nach Kriegsschluss mit allen Kräften fördern, wir sind dies aber nicht im Stande, wenn er früher durch staatliche Massnahmen zugrunde gerichtet wird. Grosse Not herrscht in den Kreisen der Festbesoldeten, die Gemeinde sucht abzuwehren und zwar über die Grenzen ihrer budgetären Verhältnisse, wir sehen aber nur eine Lösung in dem Abbau der Preise für die unentbehrlichen Artikel unserer Lebenshaltung. Der Gemeinderat kennt die Not, die unser Volk drückt und müht sich redlich um Abhilfe. In zielbewusstem Einverständnis der Parteien arbeiten Bürgermeister, Gemeinderat, Stadtrat und die ganze Verwaltung, die Seuchennot zu bekämpfen, der drohenden wohnungsnot vorzubeugen, die geistige und körperliche Not der Jugend zu lindern, das Verkehrswesen aufrecht zu erhalten, die Beleuchtung zu sichern, eine zweckmässige Reform der Verwaltung durchzuführen. Wenn die Bevölkerung dieses tägliche Schaffen und Arbeiten sehen und würdigen könnte, möchte ihr einhelliges Urteil sein: Bürgermeister und Gemeinderat, ihr habt eure Kriegspflicht bis zum Aeussersten erfüllt! (Leb. Bafel)

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Viktor Busch zum Kontrolleur und Josef Buchinger zum Adjunkten der städtischen Hauptkassa, August Bosak zum Offizial des Wahl- und Steuerkatasters, Josef Schigart und Robert Swoboda zu Offizialen, Richard Pfeifer und Maximilian Mares zu Akzessisten des Exekutionsamtes.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Dechant die Wahl der Herren Josef Angster, Karl Ritter von Barry, Alois Dechant, Franz Frank, Adolf Peter und Franz Schanz zu Armenräten des Bezirkes Währing, nach einem Antrage des StR. Poxer die Wahl der Herren Otto Belousek und Leopold Tree zu Armenräten des Bezirkes Hietzing bestätigt.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des StR. Tomola Elisabeth Nemec und Karoline Noltsch zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse ernannt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michler**,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 5. Juni 1918. Nr. 142.

Der Bau der neuen Laboratorien für die k.k. technische Hochschule in Wien.

Es ist eine in Fachkreisen schon lange bekannte Tatsache, dass die Lehrinrichtungen der Wiener Technischen Hochschule insbesondere für Chemie und Maschinenbau mit der Entwicklung dieser Disziplinen in den letzten Jahrzehnten nicht Schritt gehalten haben. Während an den Hochschulen des deutschen Reiches mit bedeutenden Mitteln grossartige Laboratorien und Versuchsanstalten ins Leben gerufen wurden, erstand in Wien an derartigen Anlagen bloss das elektrotechnische Institut, was umso befremdender ist, als im gleichen Zeitraum für die Universität die mustergiltigen medizinischen und naturwissenschaftlichen Institute geschaffen wurden. Dieser Mangel unserer technischen Hochschule hat sich bereits in mannigfachen Beziehungen fühlbar gemacht. Vor allem treten unsere jungen Ingenieure nicht mit der entsprechenden Vorbildung versehen ins Leben. Der Hochschule selbst ist nicht die Möglichkeit gegeben, die für die Forschung so nötigen Versuche und praktischen Studien durchzuführen, deren Ergebnis anderwärts die sichere Grundlage für den Fortschritt von Industrie und Gewerbe bieten. Schon lange war es daher den Beteiligten, vor allem dem Professoren-Kollegium klar, dass in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden müsse, um dem sonst unaufhaltsamen Niedergange der Schule zu steuern. Denn wenn auch die österreichische Industrie im Weltkriege, diesem Messen des technischen Könnens der Völker, ihren Mann gestellt hat, wird sie doch nach dessen Beendigung der tatkräftigsten Unterstützung aller Faktoren bedürfen, um in dem dann mit erneuter Kraft einsetzenden Wettkampfe der Nationen bestehen zu können. Hiefür ist aber unser Fortschreiten in den technischen Wissenschaften eine unerlässliche Voraussetzung. Nach längerem Studium entschloss sich auch die Unterrichtsverwaltung der so dringend gewordenen Lösung der Frage näherzutreten. Ihr erster Schritt zur Verwirklichung dieser Absicht war die Sicherstellung des Baugrundes für die neuen Schulen. Sie fasste aber hiefür, um den durch seine ausserordentliche Grösse bedingten Kostenaufwand möglichst zu vermindern, einen ausserhalb der Stadt an der Strasse nach Mauer liegenden Teil des kaiserlichen Tiergartens ins Auge. Diese Wahl insofern nicht glücklich, als durch die grosse Entfernung der hier zu errichtenden Laboratorien vom Stadtzentrum und dem bestehenden Hochschulgebäude die innigen Beziehungen zwischen der Stadt und der Studentenschaft empfindlich gestört und der organische Zusammenhang zwischen der Mutteranstalt und der Zweigschulen bedenklich gelockert würde. Auch die Professoren hätten durch die Abgeschlossenheit der Stätte ihres Wirkens sehr zu leiden. Besonders aber ist hervorzuheben, dass bei dieser Lage der Versuchsanstalten die nötigen Wechselbeziehungen zwischen ihnen und Industrie und Gewerbe der Grossstadt nicht eintreten würden.

Die beteiligten Kreise wendeten sich daher an den Bürgermeister mit dem Ersuchen, er möge in dieser für die ganze Stadt so bedeutungsvollen Angelegenheit helfend eingreifen und seinen Einfluss dahin geltend machen, dass ein geeigneter Bauplatz für Laboratorien gewählt werde. Einen solchen zu finden war in Betracht des hiefür erforderlichen grossen Grundausmasses und der sonstigen für ihn zu stellenden Bedingungen nicht leicht. Es glückte aber doch diese grundlegende Voraussetzung in einer, alle Teile ausserordentlich befriedigenden Form zu erfüllen. In der Nähe des Arsenalts befindet sich zwischen dem Landstrasser-Gürtel und dem Aspangbahnhofe eine ausgebreitete unverbauete Fläche, die derzeit, abgesehen von einigen der Gemeinde gehörigen Teilstücken, Eigentum der austro-belgischen Eisenbahngesellschaft ist, aber bald in das der k.k. priv. österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe übergehen soll. Sie hat Raum für einen Baublock von fast 78.000 m² und bietet neben mannigfachen anderen Vorteilen, zu denen vor allem ihre geringe Entfernung vom Stadtkerne gehört, die Möglichkeit, in ihrer Umgebung geeignete Sportplätze für die studierende Jugend zu schaffen. Freilich übersteigt ihr Wert, wenn auch der Preis der genannten Privat-Eigentumsgründe dank des Entgegenkommens der in Betracht kommenden Faktoren im Verkaufswege ermässigt wurde, doch weit den für die Beschaffung des Baugrundes veranschlagten Betrag. Aber auch hier gelang es dem Bürgermeister Rat zu schaffen. Vor allem konnte er der Gemeindeverwaltung in Betracht ihres grossen Interesses an der Ausgestaltung der Hochschule empfehlen, hiefür ihren beträchtlichen Grundbesitz innerhalb des beschriebenen Baublockes im Werte von mehr als K 600.000 zu widmen. Weiters leitete er, um den noch immer gegenüber den vorgesehenen Baugrundkosten ausständigen Fehlbetrag zu decken, bei den industriellen Verbänden Oesterreichs, in deren Interesse es vor allem liegt, dass die neuen Institute so rasch als möglich und zwar innerhalb Wiens errichtet würden, eine Aktion zu dem Zwecke ein, dass sie im Wege freiwilliger Beiträge eine grössere Summe hiefür zur Verfügung stellten. Der Ruf des Bürgermeisters verhallte nicht ungehört, unter werktätiger Unterstützung der Herren Sektionschef Dr. Sigmund Brosche, Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Bergrat Max von Gutmann, Generaldirektor Wilhelm Kestranek, Herrenhausmitglied Hugo v. Noot, Wilhelm Ritter von Ofenheim, Generaldirektor Alfred Schick und kaiserlicher Rat Ludwig Urban gelang es ihm zu erreichen, dass eine grosse Zahl industrieller Unternehmungen binnen kurzem eine Summe von mehr als 2 Millionen Kronen für den gedachten Zweck zur Verfügung stellte. (Siehe Zeichnerliste).

Diese Spende der österreichischen Industrie soll, die Genehmigung an allerhöchster Stelle vorausgesetzt, den Namen „Kaiser Karl Widmung der Industriellen Oesterreichs für die Errichtung von Laboratorien an der Wiener technischen Hochschule“ führen.

Nach Erfüllung dieser Vorbedingungen für eine gedeihliche Lösung der Frage erübrigte es nun mehr, sich die Zustimmung der Regierung zur Aenderung ihres Projektes zu verschaffen. Es gelang auch hier dank des verständnisvollen Eingehens der Zentralstellen auf die Intentionen

der Gemeinde ein volles Einverständnis zu erzielen. Am 29. v. M. fand im Rathause die Schlussitzung statt, in welcher den Vertretern der Industrie über die Vereinbarungen mit der Staatsverwaltung, die auch bereits die Billigung des Stadtrates gefunden haben, berichtet wurde. Der Bürgermeister stattete den Industriellen für ihre werktätige Unterstützung in der Lösung dieser wichtigen Frage seinen Dank ab, dem sich für die technische Hochschule Se. Magnifizenz der Rektor Ing. Bernhard Kirsch und der Prorektor Prof. Dr. Max Bamberger, unter dem die Aktion eingesetzt hatte, in warmen Worten anschlossen. Schliesslich führte Herr k.k. Oberbaurat Dr. Fritz Golitschek Edler von Elbwart die Entwürfe für die neuen Laboratorien vor und gab den Vertretern der Industrie ein anschauliches Bild der beabsichtigten grosszügigen Bauführungen, die unternommen werden sollten, um unsere technische Hochschule auf eine den gleichen Anstalten des Auslandes ebenbürtige Höhe zu bringen.

Es ist somit zu hoffen, dass binnen kurzem die neuen mächtigen Institutsbauten der Wiener technischen Hochschule erstehen werden, ein kraftvolles Zeichen der Erhebung Oesterreichs nach der Nachdes Weltkrieges, der Jugend zum Nutzen, der Wissenschaft zur Förderung, Industrie und Gewerbe zum Segen und der Stadt Wien zur Ehre.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält Donnerstag, 6. d.M. eine Sitzung ab.

Überlassung einer Orgel für das technische Museum. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer dem technischen Museum für Industrie und Gewerbe die Orgel der St. Anna Kapelle in Dornbach - Neuwaldegg behufs Aufstellung in der Abteilung „Musiktechnik“ des Museums leihweise zu überlassen.

Generalversammlung des Hauses der Wohltätigkeit. Am 31. v.M. hielt die Genossenschaft „Haus der Wohltätigkeit“ unter dem Vorsitze des Präsidenten Sr. Exzellenz Dr. Max Vladimir Freiherrn von Beck ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende widmete zunächst dem am 4. Februar 1918 dahingeshiedenen ersten Präsidenten-Stellvertreter Dr. Max Grafen von Wickenburg, welcher sich namentlich auch um die Begründung der Genossenschaft grosse Verdienste erworben hatte, warme Worte der Ehrung. Nach den Berichten des Vermögensverwalters Ministerialrates Dr. Freiherrn von Baumgartner und des Generalsekretärs Landesgerichtsrates Dr. Billek schloss das Jahr 1917 mit einem Reingewinne von 5745 K 89 h ab. Der Jahresbericht, und der von den Revisoren geprüfte Vermögensbericht wurden genehmigt und dem Vorstände die Entlastung erteilt. Bei der über Ablauf der dreijährigen Funktionsdauer vorgenommenen Wahl des ganzen Vorstandes wurde Dr. Max Vladimir Freiherr von Beck durch Zuruf zum Präsidenten, sodann der gesamte Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wieder- und an die Stelle des Grafen Wickenburg Dr. Förster neugewählt. Bezüglich der schon im Vorjahre in Angriff genommenen Arbeiten betreffend die Errichtung einer gemeinsamen Auskunfts- und Beratungsstelle im Haus der Wohltätigkeit wurde der zu diesem Zwecke eingesetzte engere Ausschuss beauftragt, bis zum Herbst bestimmt Vorschläge zu erstatten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 6. Juni 1918. Nr. 143.

Uebernahme des Flüchtlingslagers Steinklamm. Der Stadtrat beschloss in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die dauernde Uebernahme des Barackenlagers Steinklamm samt den dazugehörigen Gründen durch die Gemeinde Wien zum Zwecke der Errichtung eines Genesungsheimes für Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechtes in Aussicht zu nehmen, und über die Modalitäten dieser Uebernahme die Verhandlung ehestens einzuleiten. Bis zur vollständigen Uebernahme wird die Gemeinde Wien Personen, welche zur Aufnahme in das Genesungsheim geeignet sind, zur Unterbringung und Verpflegung sowie ärztlichen Behandlung in der Höchstzahl von 200 Männern und 450 Frauen und Kindern gegen eine Entschädigung von K 6.50 pro Kopf und Verpflegstag überweisen. Ausserdem sind nach Tunlichkeit in Einzelzimmern 30 Personen unterzubringen, für welche eine Vergütung von 12 Kronen pro Kopf und Verpflegstag zu leisten wäre.

Das Barackenlager Steinklamm liegt an der Bahn nach Mariazell unmittelbar an der Haltestelle gleichen Namens und macht in der architektonischen und gärtnerischen Ausgestaltung den günstigsten Eindruck. Der Baugrund hat ein Ausmass von etwa 180 Joch und das Lager weist Vorratsgebäude, Spitälern, eine Kirche, Schule und Wohnbaracken auf. Das Lager weist weiters gute Verpflegungseinrichtungen auf, wie eine Bäckerei, ein Schlachthaus und eine Oekonomie, welche derzeit 30 Kühe umfasst. Ein kleiner Teil des Lagers, welches einen Belagraum von 4000 Personen hatte, wird ohne wesentliche Herstellungen, sofort in Benützung genommen werden können und es sollen in erster Linie leicht Tuberkulose dort Aufnahme finden. Für die zukünftige Ausgestaltung wird ein eingehendes Projekt vom Stadtbauamt entworfen werden. Als dringliche Herstellung erscheint hierbei die Schaffung eines Hochwasserschutzdammes an der talaufwärts gelegenen Seite des Lagers. Behufs Ermöglichung der vorzunehmenden Adaptierungen soll das sogenannte Marine-lager schon am 15. d.M. übernommen werden.

An der Debatte über diese Angelegenheit beteiligten sich die StRe. Knoll und Dr. Hein und die Annahme des Stadtratsantrages erfolgte einstimmig.

Die Erwerbung dieses Lagers ist eine von den vielen und bedeutungsvollen Massnahmen, welche die Wiener Gemeindeverwaltung zur Bekämpfung der Tuberkulose bereits eingeleitet hat.

Vornahme von Stadtratswahlen. In diesem Monate läuft die Funktionsdauer der Mandate der StRe. Dechant, Frass, Dr. Haas,

Heisul, Hötzel, Nemetz, Foyer, Schmid, Schwer, Spalowsky, Steiner, Tomola und Wippel ab. Ferner gelangt aus durch das Ableben des StR. Gebhart sowie das durch die Resignation freigewordene Stadtratsmandat des GR. Reumann zur Besetzung. Der Stadtrat genehmigte in der heutigen Sitzung nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die Modalitäten dieser Wahlen, soweit sie nicht auf gesetzlichen Bestimmungen beruhen. Der Bürgermeister hat die Wahl für den 21. Juni 4 Uhr nachmittags anberaunt.

Zur Rückbeförderung der Flüchtlinge. In der heutigen Sitzung des StR. brachte VB. Hierhammer nachstehendes Schreiben des Ministerpräsidenten zur Kenntnis: Bezugnehmend auf die Schreiben Eurer Exzellenz vom 22. Februar und 8. März beerhe ich mich mitzuteilen, dass die Heimkehr der Flüchtlinge nach Galizien und in die Bukowina durch die Erlässe des Ministeriums des Innern vom 29. März und 15. April d.J. generell geregelt wurde. Mit diesen Erlässen wurden alle Bezirke beziehungsweise Gemeinden Galiziens und der Bukowina, die derzeit wiederbesiedelbar sind, für die allgemeine Rückkehr der Flüchtlinge freigegeben und diese mittelst öffentlicher Kundmachung aufgefordert, längstens bis 1. Juli d.J. (nach Czernowitz bis 15. August 1.J.) in ihre Heimat zurückzukehren, widrigenfalls ihnen die staatliche Fürsorge entzogen wird. Ich glaube annehmen zu dürfen, dass durch diese Verfügungen in dem von Eurer Exzellenz erwähnten Belangen die erwünschte Abhilfe geschaffen erscheint und werde nicht ermangeln, auch weiterhin dieser Angelegenheit mein vollstes Augenmerk schenken. Der Bericht wurde genehmigend zur Kenntnis genommen.

Kriegsanleihezeichnung der Gemeinde Wien. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hoss namens der Gemeinde Wien mit ihren Anstalten und Fonds auf die 8. österreichische Kriegsanleihe 70. Millionen Kriegsanleihe zu zeichnen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantm. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 7. Juni 1918. Nr. 144.

Die Gemeinde Wien und die 8. Kriegsanleihe. Gestern hat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner im Rathause eine Besprechung der Direktoren der städtischen Sparkassen und der städtischen Lebens- und Rentenversicherungs-Anstalt stattgefunden, welche die Beteiligung dieser Anstalten an der 8. Kriegsanleihe und die möglichste Förderung der Anleihezeichnungen bei diesen Anstalten zum Gegenstand hatte. Am diese Besprechung, schloss sich eine Sitzung sämtlicher Bezirksvorsteher an, in welcher zunächst der Bürgermeister als Vorsitzender auf die eminente Wichtigkeit eines vollen Gelingens der achten Kriegsanleihe hinwies und an die Bezirksvorsteher die Bitte um ihre kräftige Unterstützung richtete. Schin wurde in eingehender Weise die Organisierung der Werbetätigkeit besprochen und unter anderem beschlossen, in den einzelnen Bezirken wieder Kriegsanleihe-Zeichnungs-Vereine zu bilden, in Flugschriften durch Ausführung von Beispielen auf die Vorteile der Zeichnung und insbesondere auch auf die gewinnbringende Verwertung früherer Kriegsanleihe hiebei aufmerksam zu machen und den Wert der Kriegsanleiheversicherung klarzulegen. Die Gemeinde Wien selbst wird mit ihren Anstalten und Fonds zur achten Kriegsanleihe den Betrag von 70 Millionen Kronen zeichnen und werden die gesamten Kriegsanleihezeichnungen der Gemeinde damit den Betrag von 398 Millionen Kronen erreichen.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird in der 60. Woche das Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufscheine gegen Abtrennung der beiden Buchstaben R und S an folgenden Tagen ausgegeben werden: Samstag, 8. d. M. A bis F, Montag, 10. G bis K, Mittwoch, 12. L bis R und Donnerstag, 13. S bis Z.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Schmid wurde die Abteilung der Liegenschaft 19. Bezirk Unter-Sievering E. Z. 218 in der Nähe der Kaasgrabengasse auf 3 Baustellen und einen Baustellenteil genehmigt. - Die Herstellung eines Kuhstalles beim Kinderhospitale in Bad Hall unter Ankauf von 2 Kühen wird nach einem Antrage des StR. Dr. Haas mit dem Kostenbetrage von 9000 Kronen genehmigt. - Die Liegenschaft 2. Bezirk Fandlmarktstrasse 14 wird von der Gemeinde Wien um den Betrag von 60.000 Kronen angekauft. (Berichterstatter StR. Jung). - Wie in den Vorjahren gelangen auch heuer

an Schüler und Schülerinnen, welche die dritte Bürgerschulklasse absolvierten, am Ende des Schuljahres 1917/18 7500 Geschenkwerte zur Verteilung. Als Geschenkwerte wurden vom Stadtrate nach einem Antrage des StR. Tomola die Werke „Wiener Wahrzeichen“ von Emil Hofmann, „Wiener Skizzen aus dem Mittelalter“ von J. E. Schlager und ein Karton mit je 5 Nummern des „Volksschatz, Oesterreichs deutsche Jugendbücherei“ bestimmt. - Dem Vereine zur Errichtung des Forschungsinstitutes für „Osten und Orient“ wird wie im Vorjahre eine Subvention von 10.000 Kronen gewährt.

Auszeichnung. Der Gaswerksbeamte Oskar Fiedler Landsturmlieutenant Rechnungsführer wurde neuerlich durch die Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes am Bande der Tapferkeitsmedaille für vorzügliche Dienstleistung vor dem Feinde ausgezeichnet.

Pflanzung einer Friedenseiche. Nach einem Antrage des StR. Dechant wurde dem Verschönerungsvereine Pötzleinsdorf die Bewilligung erteilt, in der Leopoldsanlage auf dem Hasenhang gegen den Promenadeweg eine Eiche zu pflanzen und einzufrieden und vor ihr im gegebenen Zeitpunkte eine Gedenktafel anzu ringen welche die Eiche als Friedenseiche kennzeichnet.

Grunderwerb. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer namens des allgemeinen Versorgungsfonds von der Gemeinde Mannswörth Gründe, die an das Forsthaus unmittelbar angrenzen im Ausmass von ungefähr 1900 m² um K 2.78 per Quadratmeter zu erwerben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek.
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, 7. Juni 1918, Abendausgabe No 145

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bgm. Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vicebgm. Hierhammer und Hoss fand heute Nachmittags die 95. gemeinderätliche Obmännerkonferenz statt. Oberstadtphysikus Dr. Böhm und Veterinäramtsdirektor Dr. Nemeček berichteten über die in den letzten Monaten überhandnehmenden Fälle von Hundswut und führten aus, dass seit dem 1. Jänner 1918 insgesamt 124 Fälle von Hundswut festgestellt wurden, gegenüber einem Falle im Jahre 1911. In den 5 Monaten des Jahres 1918 seien 44 Personen von Hunden gebissen worden, darunter 25 von Hunden bei denen Hundswut festgestellt wurde; bei der Mehrzahl dieser Fälle sei die Lyssa-Schutzimpfung der gebissenen Personen durchgeführt worden. Um der Gefahr der Weiterverbreitung der Lyssa-Erkrankungen wirksam begegnen zu können seien die schärfsten Schutzmassregeln zu ergreifen, und zwar vermehrte Streifungen des Wasenmeisters und Einführung des Leinenzwanges. — Bgm. Dr. Weiskirchner teilte hierauf mit, dass in der nächsten Woche bereits eine Kundmachung des Magistrates erscheinen werde, welche diese Massnahmen festsetzt und dass auch an die massgebenden militärischen Stellen das Ersuchen gerichtet werden wird, die Anmeldepflicht für Hunde, die von Militärpersonen vorübergehend nach Wien gebracht werden, festzusetzen.

Mag. Rat Dr. Sagmeister berichtete hierauf über die bereits aus den Beratungen des Wohnungsfürsorgeausschusses bekannte Angelegenheit der probeweisen Aufstellung von Holzhäusern aus Schweden. Der Konferenz lagen drei Modelle vor, welche die wichtigsten Typen darstellen, und zwar ein ebenerdiges 4 Familienhaus, jede Wohnung aus Zimmer, Küche und Vorzimmer, ein 2 Familienhaus, jede Wohnung aus 2 Zimmer und Kabinet und ein Einfamilienhaus aus 3 Zimmern und einem Kabinet bestehend. Die Konferenz stimmte der probeweisen Aufstellung von 6 Typen der schwedischen Holzhäuser auf Gemeindegründen im Wege des Baurechtes zu.

Mag. Rat Dr. Jamöck berichtete über die Durchführung der bevorstehenden, von der Regierung angeordneten Abgabe von Metallgegenständen und Türklinken. Nach Anhörung des Berichtes einigte sich die Konferenz einmütig, zu der bezüglichen Vrorrdnung in einer der nächsten Ge-

meinderatssitzungen Stellung zu nehmen.

Mag. Rat Dr. Ehrenberg machte nun die Mitteilung, dass sich unter der Mitwirkung der Gemeinde Wien eine gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. zur Versorgung der Stadt Wien mit Obst und Gemüse gebildet habe, in welcher die Markthändler, die organisierten Kauflaute, die Konservenerzeuger und die Konsumentenorganisationen vertreten sind. An dieser Gesellschaft, die unter der Aufsicht des k. k. Ernährungsamtes stehen wird, werde sich die Gemeinde Wien mit einem Betrage von einer Million Kronen beteiligen und werde ihre Vertreter in die Geschäftsleitung und in den Aufsichtsrat entsenden.

Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattet schließlich einen zusammenfassenden Bericht über die Mehlesversorgung seit dem 29. März dieses Jahres, besprach die wirtschaftlichen Abkommen hinsichtlich der Getreide-Einfuhr aus der Ukraine und Rumänien und erläuterte die verschiedenen Systeme der Getreidebewirtschaftung in der neuen Erntecampagne. Nach einer Debatte, an der sich die Gemeinderäte Regierungsrat Schmid und Dr. Hein beteiligten, wurde folgende Entschliessung einmütig gefasst:

Aus Anlass der eben jetzt bei den Regierungsstellen gepflogenen Beratungen über das Getreideregime und die Erfassung der neuen Ernte bekräftigt die Wiener Gemeindeverwaltung neuerlich die wiederholt und mit allem Nachdrucke erhobenen Forderungen betreffend die Sicherung des Mehlabedarfes für den grossen Konsumplatz Wien. Die Gemeindeverwaltung verlangt, und zwar für alle Kronländer gleichmässig die strafste staatliche Bewirtschaftung und die womöglich sofortige restlose Aufbringung einer ausreichenden Teilmenge, beziehungsweise die planmässige und lückenlose Sicherung der sonach noch erübrigenden Bestände der kommenden Junlandsernte; sie fordert die Zuweisung einer eisernen Reserve an Getreide, um gegen eventuelle Transportschwierigkeiten und sonstige Störungen der Versorgung gesichert zu sein. Der Schleichhandel muß mit allen Mitteln unterdrückt, die Mißbräuche in den Lohnmühlen müssen beseitigt werden. Dem Grundsätze einer einheitlichen Ernährungsfront entspricht auch das unbedingte Verlangen nach Festsetzung einer einheitlichen Verbraucherquote an Brot und Mehl in Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf Grund einer gemeinsamen einheitlichen Bewirtschaftung der Ernteerträge.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 8. Juni 1918. Nr. 146.

Entfallender Empfang. Infolge dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der übliche Empfang am Montag.

Massregeln zur Bekämpfung der Hundswut. Da die Hundswut immer mehr um sich greift - in der letzten Woche wurde an nicht weniger als 19 Hunden diese gefährliche Krankheit festgestellt - hat der Magistrat mit der am Montag, 10. d.M. in Kraft tretenden Kundmachung die bereits bestehenden Anordnungen zur Bekämpfung der Wutkrankheit der Hunde republiciert, durch Einführung des Leinenzwanges verschärft und die nötigen Weisungen zu ihrer energischen Durchführung getroffen. Nach dieser Kundmachung müssen alle Hunde eine gültige Steuermarke tragen, innerhalb solcher Räumlichkeiten, welche fremden Personen zugänglich sind entweder an die Kette gelegt oder mit einem beissicheren Maulkorb versehen werden und ausserhalb solcher Räumlichkeiten nicht nur mit dem Maulkorbe ausgestattet sein, sondern auch an der Leine geführt werden. Uebertretungen dieser Anordnungen werden nach dem Tierseuchengesetz von der politischen Behörde mit Arrest bis zu 2 Monaten oder mit Geld bis zu 600 Kronen bestraft, sofern nicht etwa eine strengere Bestrafung durch die Gerichte platzgreift. Ueberdies sind alle Hunde, die ohne gültige Marke oder ohne Maulkorb oder nicht an der Leine auf der Gasse angetroffen werden, vom Wasenmeister einzufangen und töten; dies hat auch dann zu geschehen, wenn ein - selbst an der Leine geführter - Hund mit einem Maulkorb angetroffen wird, der zwar am Halse angehängt, aber vom Kopfe herabgestreift ist, da der Hundebesitzer dafür zu sorgen hat, dass sein Hund den Maulkorb nicht abstreifen kann. Der Wasenmeister ist angewiesen, möglichst oft Hundestreifungen in allen Bezirken Wiens vorzunehmen und alle eingefangenen Hunde ausnahmslos zu töten; die Ausfolgung eingefangener Hunde wird aus öffentlichen Rücksichten unter allen Umständen verweigert werden.

Die Polizei wurde ersucht, auf die strengste Einhaltung des bestehenden Polizei-Verbotes des Mitnehmens von Hunden in öffentlichen Lokale und Strassenbahnwagen etc., zu dringen und Widerhandelnde der polizeilichen Bestrafung zuzuführen. Die Sicherheitswachorgane sind beauftragt worden, auch die Einhaltung der oben erwähnten Anordnungen mit zu überwachen und in allen Fällen ihrer Uebertretung Strafanzeigen zu erstatten.

In der Magistratskundmachung wird gleichzeitig eine Belehrung über die Kennzeichen der Wut bei Hunden verlautbart, da die Hundebesitzer im Falle des Auftretens solcher Kennzeichen bei sonstiger Bestrafung zur Erstattung der Anzeige beim Bezirksamte oder Polizeikommissariates und zur Tötung oder Absonderung des Hundes verpflichtet sind, die Kundmachung enthält weiters eine Belehrung über die Schutzimpfung der Menschen gegen Wut. Auf diese Belehrung wird die gesamte Bevölkerung insbesondere aber jeder Hundebesitzer besonders aufmerksam gemacht.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Mittwoch, 12. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Einkaufscheinen, die Abschnitte mit den Ziffern römisch XIX und XX, von den abgestempelten Einkaufscheinen für Mindestbemittelte die Abschnitte mit den Buchstaben R und S abgetrennt und zwar bei einmaligen Bezüge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezüge in zwei Teilen gesondert.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrate bestimmten Stellen wird Montag, 10. d.M. an Schweinefleisch gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (weiss, grün, blau gelb) und gegen Abtrennung des Abschnittes 46, der auch in der Vorwoche zur Abtrennung bestimmt war, zur Abgabe gelangen nachdem ein grosser Teil der Haushaltungen in der Vorwoche kein Schweinefleisch auf ihre Einkaufscheine, die bis einschliesslich vier Personen lauten, erhalten ein halbes Kilogramm, solche mit mehr Personen ein Kilogramm.

Invalidenamt. Aus Anlass der heute im Stadtratsitzungsssaale erfolgten Konstituierung des Arbeitsausschusses des Invalidenamtes hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die Versammelten folgende Ansprache: Zu den wichtigsten und dringendsten sozialen Aufgaben, die an den Staat und die Gesellschaft infolge des Krieges herangetreten sind, gehört die Sorge für jene, die durch den Krieg an ihrer Gesundheit und Erwerbskraft Schaden gelitten haben. Es war von allem Anfang jedem Einsichtigen und sozial Denkenden klar, dass diese Sorge nicht dabei stehenbleiben dürfe, den Kriegsinvaliden eine angemessene und den Verhältnissen entsprechende Versorgung in Geld zukommen zu lassen; die Sorge für unsere Invaliden musste sich höhere Ziele stecken. Soziale und volkswirtschaftlichen Interessen fördern, den aus dem Felde krank oder verwundet zurückkehrenden Krieger zu möglichst Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft zu verhelfen, und sie dem Erwerbsleben als nützliche Glieder der Gesellschaft wieder zurückzuführen, einerseits um ihre Lebensfreude zu heben und ihnen das Vertrauen auf ihre eigene Arbeitskraft wiederzugeben, andererseits aber um die unermesslichen Schäden, welche unsere Volkswirtschaft durch die furchtbaren Verwüstungen des Krieges an unserer Volks- und Erwerbskraft erlitten, zu heilen oder doch zu mildern.

Dieser Notwendigkeit folgend und in der Erkenntnis, dass zur erfolgreichen Erfüllung dieser hohen Aufgaben die Mitwirkung aller interessierten Kreise unerlässlich aber auch jede Zersplitterung zu vermeiden sei, hat die Regierung im Jahre 1915 eine Fürsorgeaktion eingeleitet, welche die wirksame Zusammenfassung und Förderung aller Hilfsmittel und Bestrebungen bezweckt, die dazu dienen, erkrankt oder verwundet heimkehrenden Krieger zur Wiedererlangung ihrer Arbeitskraft behilflich zu sein, ihre soziale Lage zu verbessern und sie dem Arbeitsleben wieder zurückzuführen.

Zu diesem Zwecke wurden in den Kronländern die Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger eingesetzt und sie zu Trägern dieser Fürsorge gemacht. Auch die Gemeinde Wien hat auf dem Gebiet der KriegsFürsorge werktätig eingegriffen und neben anderen Einrichtungen eine städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, deren Angehörige sowie für die Hinterbliebenen nach verstorbenen Krieger ins Leben gerufen mit der Aufgabe, diesen Personen bei Erlangung der ihnen zukommenden Versorgungsgenüssen und anderer staatlicher Zuwendungen hilfreich zur Seite zu stehen,

si über die in Betracht kommenden Fürsorgeaktionen aufzuklären und ihnen die Wege zur Erreichung derselben zu weisen. In Erfüllung dieser ihrer Aufgabe hat die Fürsorgestelle die Tätigkeit der nied.österr. Landeskommision in der Weise unterstützt, dass sie für Hunderte von Invaliden die Einleitung ihrer Nachbehandlung, ihrer Schulung und ihre Wiedereinführung in das Erwerbsleben durch die Landeskommission oder andere Einrichtungen vermittelt hat.

Bald reifte die Erkenntnis, dass die Durchführung der Fürsorge für unsere Invaliden eines weiteren Ausbaues der bisherigen Einrichtungen bedürfe und dass auf diese Weise auch die bisherige erspriessliche Tätigkeit der Landeskommission noch erfolgreicher werden könnte.

Dieser Erkenntnis gab der Gemeinderat in seiner Entschliessung vom 6. Februar l.J. Ausdruck, indem er den weiteren Ausbau einer in den Exekutivstellen möglichst weit verzweigten Fürsorgeaktion als dringendes Bedürfnis bezeichnete, um alle Invaliden der Segnungen der bereits getroffenen und noch zu treffenden gesetzlichen Massnahmen auch tatsächlich und zwar tunlichst bald teilhaftig werden zu lassen.

Auch Seine Exzellenz der Minister für soziale Fürsorge hat sich dieser Notwendigkeit nicht verschlossen und in seinem Erlasse vom 5. März l.J. einen solchen Ausbau der bewährten Einrichtungen der Landeskommission ins Auge gefasst, welcher die Sicherheit bietet, dass tatsächlich alle Kriegbeschädigten erfasst werden und dass insbesondere auch jeder Einzelne gerade der seiner besonderen Verhältnisse entsprechenden Fürsorge teilhaftig wird. In dieser Anpassungsfähigkeit der Fürsorge an jeden einzelnen Fall erblickt der Herr Minister mit Recht eine der grundlegenden Voraussetzungen für die erfolgreiche Erfüllung der wichtigsten Aufgabe der Invalidenfürsorge.

Zur Erreichung dieses Zieles soll die Errichtung eines Netzes von zahlreichen Fürsorgestellen mit einem engebegrenzten örtlichen Bereich dienen und sollen diese Invalidenämter den Unterbau der Landesstellen bilden.

Im Sinne der Ausführungen des obigen Erlasses hat auch die n.ö. Landeskommission die Einrichtung solcher lokalen Fürsorgestellen beschlossen, wobei sie sich bezüglich der Ausgestaltung des Invalidenamtes Wien, einer - wie ich hoffe - glücklichen Anregung der Gemeinde, dieses Invalidenamtes durch Vereinigung der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide mit dem Vermittlungsinstitute der k.k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide zu schaffen, anschloss; mit der Bildung des für das Invalidenamtes vorgesehen Arbeitsausschusses und der Bestellung eines Leiters des Büros aus dem Stande der wachskundigen Beamten des Wiener Magistrates wurde ich von der Landeskommission betraut.

Der Wirkungsbereich des Invalidenamtes wird sachlich mit dem der Landeskommission zusammenfallen; Aufgabe des Invalidenamtes wird es daher sein, die Invaliden zu erfassen, sie der Nachbehandlung, Schulung und Berufsberatung zuzuführen, für die Vermittlung angemessener Arbeit zu sorgen und ihnen behilflich zu sein, sich selbstständig zu machen.

Bei der Bildung des Ausschusses hielt ich es für unerlässlich, diesem die Mitarbeit aller jener Kreise zu sichern, die mit den Einrichtungen und Bedürfnissen unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens und mit den Verhältnissen, mit denen die Invaliden bei ihrem Wiedereintritt in das Arbeitsleben zu rechnen haben, wohl vertraut sind, hielt mir aber auch weiters die Notwendigkeit eines gedeihlichen Zusammenarbeitens mit den privaten Invalidenfürsorge-Aktionen durch

Berufung ihrer Vertreter zur Vermeidung jeder Zersplitterung und Doppelfürsorge vor Augen. Indem ich alle erschienenen Herren auf das Herzlichste begrüsse, danke ich, dass Sie meiner, den obigen Erwägungen entsprungene Einladung Folge geleistet haben.

Aus ihren reichen Erfahrungen, ihrer bewährten Arbeit und Kraft auf dem Gebiete der Nachbehandlung und Schulung der Invaliden, der gewerblichen Technik, des Wirtschaftslebens und der Invalidenfürsorge im allgemeinen schöpfe ich die Ueberzeugung, dass es dem Invalidenamte Wien gelingen wird, seine wichtigste Aufgabe, die Wiedereinführung der Invaliden in das Wirtschaftsleben voll zu erfüllen und das Invalidenamtes Wien für andere derartige Einrichtungen vorzubilden zu machen.

Gleichzeitig stelle ich Ihnen den von mir bestellten Leiter des Büros des Invalidenamtes Magistratsoberkommissär Dr. Hans Liebl vor, der sich bisher in erspriesslicher Weise in der Leitung der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide betätigt hat.

Ich lade Sie, sehr geehrte Herren schliesslich ein, die Konstituierung des Ausschusses vorzunehmen.

Ueber Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde einstimmig Rofrat Dr. Vetter zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat tritt in der kommenden Woche und zwar diesmal am Donnerstag ^{um 5 Uhr} zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung befinden sich eine Reihe von Geschäftsstücken, darunter die Petition der Gemeinde wegen Festsetzung von Richtpreisen für Nutzholz, der Anschaffungsbeitrag an die Lehrperson, die Uebernahme des Barackenlagers Steinklamm, die probeweise Aufstellung schwedischer Holzhäuser, das Uebereinkommen mit der Staatsverwaltung betreffend den Bau der Laboratorien der technischen Hochschule sowie einige Grundankäufe. - Der Stadtrat beginnt am Dienstag mit der Beratung des Rechnungsabschlusses 1916/17 und des Hauptvoranschlags 1918/19 und setzt seine Beratungen bis einschliesslich Freitag fort. - Am Dienstag, 18. d.M. beginnen dann die Budgetbereitungen im Gemeinderate.

Abgabe von Unterzundholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzundholz an einen Haushalt erfolgt in der Zeit vom 9. bis 15. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 31 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis des städtischen Holzes (gespalten) beträgt 34 h für Weichholz und 27 h für Hartholz für 1 kg.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes H der Kartoffelkarte von Mittwoch bis Samstag in der üblichen Weise abgegeben.

147
Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Juni 1918. Nr. 147.

Autobuslinie Pötzleinsdorf - Salmannsdorf. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schmid die Fahrpreise für die Autobuslinie Pötzleinsdorf - Salmannsdorf wie folgt festzusetzen: Für eine erwachsene Personen 1 Krone, für Kinder und Schüler 24 Heller. Personen, die in Neustift oder Salmannsdorf oder in dem ausserhalb der Pötzleinsdorferstrasse gelegenen Teile von Pötzleinsdorf eine Jahres- oder Sommerwohnung bewohnen, erhalten für sich für ihre Familienmitglieder und für einen Dienstboten Erkennungskarten. Solche Karten erhalten auch Lehrpersonen, die an einer öffentlichen Lehranstalt in dem erwähnten Gebiete angestellt sind und Sicherheitsorgane, welche dort Dienst machen, aber ausserhalb dieses Gebietes wohnen. Gegen Vorweisung dieser Erkennungskarte ist für eine Fahrt auf der Linie 24 Heller zu bezahlen.

Subvention. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Schmid dem Vereine zur Erhaltung des Forschungsinstitutes für den Osten und Orient eine Subvention von 10.000 Kronen zu bewilligen.

Die Mobilisierungsbezüge der provisorischen Lehrer. Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat entschieden, dass den aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrern 2. Klasse Remunerationen während ihrer militärischen Dienstleistung zuzuerkennen sind. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Tomola von einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof hinsichtlich der vorliegenden 5 Fälle abzusehen und die Zustimmung zu erteilen, dass diese Rechtsanschauung bezüglich der Substituten im Mobilisierungsfall (auch bei Ableistung des Einjährig Freiwilligen Präsenzdienstes) in allen anhängigen und künftigen Fällen, ohne weiters, in den seit Beginn der Mobilisierung schon durchgeführten Fällen über Geltendmachung des Anspruches zur Anwendung gebracht wird.

Richtpreise für Nutzholz. Der Stadtrat hat in Abänderung des früher gefassten Beschlusses nach einem Antrage des VB. Hierhammer beschlossen, dem Gemeinderate nachstehenden Antrag vorzulegen. Die Gemeinde stellt an die Regierung das dringende Ersuchen, darauf zu sehen, dass bei der bevorstehenden Festsetzung von Richtpreisen für Werk- und Nutzholz jede vermeidbare Belastung der Verbraucher hintangehalten werde. Insbesondere wäre bei Festsetzung der Richtpreise für Rohholz zu berücksichtigen, dass für Holz am Stamm selbst, wesentliche Veränderungen der Gesteungskosten nicht stattgefunden haben. Bei diesem Anlasse verweist die Gemeinde Wien insbesondere darauf, dass durch die Wohnungsnot die Verwendung von Werkholz zu Wohnbauten in grossem Umfange nötig gemacht werden wird und dass schon deshalb der Festsetzung entsprechender Holzpreise eine erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt. Die Gemeinde erachtet es auch als unbedingt erforderlich, dass bei ungerechtfertigten Ueberschreitungen der Richtpreise gegen die Schuldigen mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln eingeschritten werde.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mitzner,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 11. Juni 1918. Nr. 118.

8. Kriegsanleihe. Die Wiener Bürgervereinigung hat in Ihrer letzten unter dem Vorsitz des StR. Brauneiß abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, aus Ihren Mitteln einen grösseren Betrag auf die achte Kriegsanleihe zu zeichnen.

Hauptrechnungsabschluss der Stadt Wien.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien über das Verwaltungsjahr 1916/17 liegt gegenwärtig im Gemeinderatspräsidium zur Einsicht auf. Das Verwaltungsjahr schliesst mit einem Abgang von rund 2'2 Millionen Kronen, indem den Einnahmen von 394,782.965 K Ausgaben von 396,993.776 K gegenüberstehen. Die ordentliche Gebahrung war mit 15'2 Millionen Kronen aktiv, die ausserordentliche Gebahrung dagegen mit 17'4 Millionen Kronen passiv. Das Plus der ordentlichen Gebahrung beruht allerdings lediglich auf der im Verwaltungsjahre vorgenommenen Erhöhung der städtischen Zuschläge und der Tarife der Strassenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke. Auch die ausserordentliche Gebahrung ist aktiv, wenn berücksichtigt wird, dass von den im Verwaltungsjahre um 124,592.000 K angekauften Lebensmitteln am Ende des Jahres noch ein Teil im Werte von 9,550.000 K vorhanden war. Auf den angeführten Gründen beruhen im wesentlichen auch die Abweichungen vom Voranschlage, der einen Abgang von fast 16 Millionen Kronen angenommen hat, um dem gegenüber sich die ordentliche Gebahrung um 18'4 Millionen Kronen günstiger, die ausserordentliche Gebahrung aber um 4'6 Millionen Kronen ungünstiger erweist. Das Steuerertragnis belief sich auf 103,914.208 K, d. i. um 12'9 Millionen Kronen mehr als veranschlagt. Die Abfuhr der Unternehmungen betragen 25,407.628 K, wozu noch die Beiträge zur Verzinsung und Tilgung der investierten Anlehensgelder mit 19,049.998 K kommen. An Gebühren gingen insgesamt 32,469.572 K ein, die Armenfonds brachten 8,302.800 K, der Ertrag des unbeweglichen Vermögens war 3,017.203 K und die Zinsen von Wertpapieren, Kassen- und Anlehensbeständen betragen 8,572.327 K. - Der Schuldendienst erforderte infolge der Begebung einer Anleihe von 250 Millionen Kronen 53,955.029 K, um 5'9 Millionen Kronen mehr als veranschlagt war. Auf reguläre Bezüge der Vertreter und Angestellten der Gemeinde Wien einschliesslich der Lehrpersonen entfielen 65,271.961 K.

Von den ausserordentlichen Einnahmen entfielen, abgesehen von dem Lebensmittelerlöse, für verkaufte Realitäten 5,418.406 K für veräusserte Wertpapiere 21,083.980 K, für aufgenommene Passivkapitalien 18,650.835 K.

An besonderen Kriegsauslagen finden wir ausser den Bequartierungsauslagen von 12,040.000 K und den bereits erwähnten Ausgaben für den Ankauf von Lebensmitteln Ausgaben von 2,648.000 K für die Brot- und Mehlkommissionen, 2,069.000 K für sanitäre Vorkehrungen, 518.000 K für Notstandsarbeiten und 8,376.000 K an Kriegszulagen für die Angestellten einschliesslich der Lehrer.

Aus Anlehensgeldern und Stücklagen der Unternehmungen wurden 17,170.504 Kronen verwendet.

Gegen das Verwaltungsjahr 1915/16 sind (hauptsächlich infolge der höheren Einnahmen aus Steuern, grösseren Abfuhr der

Unternehmungen und höheren Fruktifikatszinsen der Anlehensgelder) die ordentlichen Einnahmen um rund 24'8 und (durch den höheren Schuldendienst, sowie grössere Ausgaben für das Armenwesen, die Schulen und die allgemeine Verwaltung) die ordentlichen Ausgaben um rund 25'2 Millionen Kronen gestiegen. In der ausserordentlichen Gebahrung sind infolge des grösseren Lebensmittelumsatzes die Einnahmen um 25'2 Millionen Kronen und die Ausgaben um 30'2 Millionen Kronen gestiegen. Hauptsächlich durch die Begebung des Anlehens von 250 Millionen Kronen bei gleichzeitiger Einnahme von 100 Millionen Kronen Kassenscheinen und durch die Zeichnung von Kriegsanleihe haben sich die Aktiva des Gemeindegutes um 193,387.412 K, die Passiva aber um 203,689.551 K erhöht und beträgt das reine Aktivum des Gemeindevermögens 490,038.966 K. Die Erledigung des Rechnungsabschlusses im Gemeinderate dürfte erst im Herbst erfolgen, da die Drucklegung infolge des Mangels an Arbeitskräften im Druckereigewerbe noch nicht fertiggestellt werden konnte.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte VB. Hoss den Rechnungsabschluss vor, welcher zur Kenntnis genommen wurde.

Einweihung des Nachmarktes. Gestern vormittags fand die Einweihung des Marktamtgebäudes auf dem Naschmarkt und des an ihm angebrachten Muttergottesbildes (genannt Bäckerkreuz) durch den Kommandeur Pfob von den Kreuzherren zu St. Karl auf der Wieden unter Assistenz von zwei Kooperatoren statt. Zur Feier waren die Gemeinderäte Breuer, Eglauer, Lux, Fanosch und Regierungsrat Schmid, die Bezirksvorsteher Charvat und Dirnbacher Bezirksvorsteher-Stellvertreter Feiler, Marktamtsdirektor Bauer, Marktamtsoberinspektor Wagner und Schuldirektor Kunschner. Vom Marktamtgebäude begab sich der Zug dem sich viele Händler vom Naschmarkt und Mitglieder des Damenkomitees angeschlossen hatten zur Johanniskapelle, die seinerzeit aus dem alten Freihause auf den Naschmarkt übertragen worden war und sodann zur St. Corona - Kapelle, mit deren Einsegnung die Feier beendet wurde.

Arbeitsnachweis für Frauen. Der Arbeitsnachweis der Stadt Wien, Abteilung für Frauenarbeit, 15. Rosinagasse 4 hat mit 1. Mai d. J. die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte für den Heeresdienst übernommen. Obwohl sich bereits eine grosse Anzahl von Bewerberinnen gemeldet hat, herrscht noch immer ein dringender Bedarf nach: Stenotypistinnen, Maschinschreiberinnen, Schreiberinnen, Köchinnen, Wäscherinnen, Kellnerinnen etc. Bewerberinnen im Alter bis zu 24 Jahren, die eine Anstellung in der Etappe anstreben, können jedoch nur dann berücksichtigt werden, wenn die Eltern oder die gesetzlichen Vertreter ihre Zustimmung gegeben haben.

Die Gemüse- und Obstversorgung Wiens. Die ungünstigen Verhältnisse in der Obst- und Gemüseversorgung Wiens haben zur Erkenntnis geführt, dass eine Fortdauer der bisherigen Zustände nicht geduldet werden kann, dass aber andererseits eine sofortige allgemeine Wiedereinführung des freien Handels auch ein bedenkliches Experiment wäre, dass vielmehr eine planmässige Versorgung nur durch gemeinsame Arbeit aller in Betracht kommenden Faktoren (Händler, Konsumenten und Gemeinde) möglich sei. Nach langwierigen Verhandlungen hat sich nun eine Gesellschaft m. b. H. mit dem Namen „Wiener Gemüse und Obst - Uebernahme- und Verteilungsstelle“ gebildet. Bei der Tätigkeit der neuen Stelle wird vor allem von dem Grundsatz ausgegangen, dass der freie Handel dort, wo sich ihm

eine Gelegenheit zur Betätigung bildet, sich frei bewegen soll. Es wird daher jeder Händler und jede Konsumentenorganisation, wenn der freie Handel nicht durch die Vorschriften des Ernährungsamtes verboten ist Ware nach Wien bringen können, nur mit der Zustimmung der Uebernahme- und Verteilungsstelle anzuzeigen, damit diese in die Lage kommt, auf eine gleichmässige Verteilung in Wien Einfluss zu nehmen. Ausser dieser die Verteilung regelnden Tätigkeit wird die Stelle auch eigene Geschäfte durchföhren: Bei allen jene Obst- und Gemüsesorten, welche der staatlichen Bewirtschaftung unterliegen werden und wo daher der freie Handel ausgeschlossen ist, wird die Stelle die für Wien bestimmte Ware auf eigene Rechnung übernehmen, um mit Hilfe ihrer Mitglieder unter möglichst gleichmässiger Verteilung abgeben. Die neue Stelle ist nicht auf Gewinn berechnet, sondern als gemeinnütziges Unternehmen gedacht. Sie wird für die Dauer der durch die Kriegsergebnisse hervorgerufenen ausserordentlichen Verhältnisse errichtet und tritt ein Jahr nach Friedensschluss in Liquidation. Das Stammkapital ist mit 3 Millionen Kronen festgesetzt, wovon ein Drittel auf jede Interessentengruppe entfällt.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Regierungsrat Schmid ein ausführliches Referat über diese Angelegenheit und beantragte, die Gemeinde Wien möge der Gesellschaft mit einer Stammeinlage von 1 Million Kronen beitreten. An der Debatte beteiligten sich die StRe. Knoll, Müller, Dr. Hein, Hohensinner, Grünbeck, Hötzel und Dechant, worauf die einstimmige Annahme des Referentenantrages erfolgte.

Verwahrung gegen die Errichtung eines südslavischen Staates. In Erledigung eines vom GR. Gussenbauer und Genossen im Gemeinderate eingebrachten Antrages hat heute der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Tomola einstimmig nachstehenden Beschluss gefasst: Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, eingedenk seiner Pflichten gegen das Reich, wie nicht minder gegen das deutsche Volk in Oesterreich legt feierlich Verwahrung ein gegen die in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 30. Mai 1917 abgegebenen Erklärungen der tschechischen und der im südslavischen Klub vereinigten Abgeordneten wonach diese die Errichtung eines selbstständigen tschechisch - slowakischen und eines selbstständigen südslavischen Staates verlangen. Diese Bestrebungen, welche sich mit den Absichten der mit Oesterreich-Ungarn im Kriege stehenden feindlichen Mächte decken, daher von ihnen in jeglicher Weise unterstützt werden, sind zielbewusst gegen die Einheit, Unteilbarkeit, ja gegen den Weiterbestand der Monarchie gerichtet und bilden somit auch eine schwere Bedrohung der volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen Wiens als Reichshauptstadt. Indem sie im Norden 3 1/2, im Süden 1/2 Million Deutsche der Willkür der slawischen Machthaber zu unterjochen gedanken, ist ihr Ziel eine unerhörte, unerträgliche Verhöhnung, Demütigung und Vergewaltigung des deutschen Volkes, welches diesen Plänen einmütig die entschlossenste Abwehr entgegenstellt.

Der Gemeinderat fordert erneut die endliche Bankrottierung der lex-Kolisko und wiederholt aus Gründen der Gleichberechtigung der Deutschen sein Verlangen nach Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest, da das deutsche Volk in Oesterreich ein Anrecht darauf hat, dass der durch deutschen Handel und Verkehr im besonderen Masse geförderte Handelshafen des Reiches und die Seeschifffahrt Oesterreichs auch unter deutschem Einfluss ihre weitere Entwicklung nehmen.

Der Gemeinderat der Stadt Wien erblickt in dem engen Anschluss der Monarchie an das Deutsche Reich und in dem treuen Bündnis mit diesem die einzige Sicherheit und Gewähr für einen dauernden Frieden und für die gedeihliche Zukunft der Völker Oesterreichs.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michler**,
Wien 1., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 12. Juni 1918. Nr. 149.

Der Hauptvoranschlag der Stadt Wien.

Der Stadtrat begann heute mit der Beratung des Hauptvoranschlages der Stadt Wien für das Verwaltungsjahr 1918/19. Der Berichterstatter VB. Hoss leitete sein ausführliches Exposé mit folgenden allgemeinen Bemerkungen ein: Die Wirtschaft der Gemeinde Wien ist in der Kriegszeit nicht mehr lediglich eine Geldwirtschaft einer autonomen Körperschaft, sondern sie passt sich mit Rücksicht auf die kriegsmässigen und kaufmännischen Einrichtungen zum grossteil mehr der Wirtschaft eines Kaufmanns an. Im Vordergrund aller Aufgaben der Gemeindeverwaltung stehen derzeit solche Agenden, die sich mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen zu beschäftigen haben, wobei in erster Linie das Approvisionnement-, das Sanitätswesen, die Arbeits-, Wohnungs- und Jugendfürsorge und die damit verbundene Geldwirtschaft zu nennen sind. Diese veränderte Situation dürfte für die Gemeindeverwaltung wahrscheinlich auch noch durch länger Zeit nach dem Kriegsende bestehen bleiben und die derzeitige Verwaltungsorganisation und das Budget wird auch weiterhin dieser Wirtschaftsform zumindest für einzelne Gebiete Rechnung tragen müssen. Wenn auch der Hauptrechnungsabschluss für das Verwaltungsjahr 1916/17 ein verhältnismässig günstiges Resultat ergab, woraus angenommen werden könnte, dass die wirtschaftliche Kraft der Stadt auch weiterhin den gestellten Anforderungen entsprechen dürfte, so darf doch nicht übersehen werden, dass mit den ganz ausserordentlichen Wirkungen des fast 4 jährigen Krieges zu rechnen ist und daher für den Voranschlag sehr ungünstige Voraussetzungen bestehen. Die durch den Krieg im allgemeinen hervorgerufenen Verhältnisse und insbesondere die verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen der Gemeinde stellen an die Gemeindeverwaltung immer höhere finanzielle Anforderungen, zu denen auch die schier hemmungslosen Preissteigerungen für die kurrente Verwaltung kommen. Die Anforderungen des Armen- und Wohlfahrtswesens steigern sich zusehends und die Einnahmen erfahren Einbussen. Trotz der vom Gemeinderat im Vorjahre schon zum zweitenmale geschlossenen Erhöhung bestehender und Einführung neuer Abgaben, trotzdem der Hauptvoranschlagsentwurf unter den Deckungskosten einen Betrag von 30 Millionen Kronen auf der im Vorjahre bewilligten 30 Millionen Kriegsanleihe enthält, ergibt sich ein Abgang von rund 31 1/2 Millionen Kronen, der zum grösseren Teile darauf zurückzuführen ist, dass von den städtischen Grossunternehmen die städtischen Strassenbahnen nichts, die Gaswerke fast nichts und die Elektrizitätswerke nur 2/3 des Voranschlages für 1917/18 zur Abfuhr an die Gemeinde veranschlagt haben. Die Ursache liegt in den abnorm hohen Personalkosten und den hohen Preisen aller Betriebsmittel, insbesondere aber in der Kohlenverteuerung. Der Gemeinderat wird daher neuerlich an eine Erhöhung der Einnahmen der Unternehmen schreiten müssen, um das Gleichgewicht im Stadthaushalte zur Not aufrecht erhalten zu können. Das Gesamterfordernis beträgt 355,085,040 Kronen, wovon für ordentliche Zwecke 255,809,680 Kronen und für ausserordentliche Zwecke 99,275,360 Kronen entfallen. Die eigenen Einnahmen der Gemeinde

betragen 141,529,410 Kronen, aus den Anleihen und den Rücklagen der Unternehmen werden für Investitionszwecke 60,867,820 Kronen entnommen, die Umlagen sind mit 91,150,940 Kronen veranschlagt. Von dem sich ergebenden Abgange von 61,516,870 Kronen kann ein Teil von 30 Millionen Kronen noch durch den Rest des im Vorjahre für die Bestreitung der ausserordentlichen Kriegsauslagen bewilligten Anlehens von 80 Millionen Kronen bestritten werden, während für einen weiteren Teilbetrag von 14 bis 15 Millionen Kronen die Kassenbestände der Gemeinde Deckung bieten. Der restliche Abgang von rund 17 Millionen Kronen, der auf die Minderabfuhr der städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen zurückzuführen ist, wäre durch die Erhöhung der Einnahmen bezw. durch Erhöhung der Tarife dieser Unternehmen zu beschaffen.

Der Berichterstatter zählt nun die grösseren Ausgaben auf, die auf das Ergebnis des Hauptvoranschlages von besonderem Einflusse sind, darunter für den Bau eines Pavillons des Versorgungsheim 849.000 Kronen, für die Errichtung von Fürsorgestellen 370.000 Kronen, für die Errichtung eines Erholungsheimes in Neulengbach 400.000 Kronen, für die Errichtung und Ausgestaltung von Tagesheimstätten 215.860 Kronen, an Auslagen anlässlich der Kriegereignisse 7,757.000 Kronen, an Kriegszulagen für die städtischen Angestellten 20 Millionen Kronen (die Kriegszulagen für die angestellten Unternehmen von rund 23 Millionen Kronen sind in dem Voranschlag der Unternehmen enthalten,) für den Ankauf von Gründen 2,785.000 Kronen, für die Erwerbung von Aktien des Dziedzitzer Kohlenbergwerkes 11,700.000 Kronen. Ferner sind veranschlagt: für die Erweiterung der Gaswerke 4,230.000 Kronen, für die Erweiterung Elektrizitätswerke 12,000.000 Kronen, für den Ausbau der Strassenbahnen 3 Millionen Kronen, für Pflasterungen 2,512.000 Kronen, für die Durchführung der Strassensäuberung im Eigenbetrieb 1,500.000 Kronen, für die Hochquellenleitungen 4,485.000 Kronen, für den Bau des Kontumarktes 3 Millionen Kronen u.s.w. Zur Deckung des Betriebsabganges des Kaiser Jubiläumsspitales der Stadt Wien ist ein Zuschuss von 2,764.000 Kronen veranschlagt. Von den städtischen Gaswerken werden 52,180 Kronen, von den Elektrizitätswerken 8,285.000 Kronen an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien abgeführt, von den Strassenbahnen wird keine Abfuhr geleistet. Der Gebahrungsüberschuss des Brauhauses beträgt 78.800 Kronen, der Leichenbestattung 110.490 Kronen (davon 30.000 Kronen Abfuhr an die Gemeinde Wien), des Rathauskellers 180.400 Kronen, des Lagerhauses 633.000 Kronen (davon 575.000 Kronen zur Abfuhr an die Gemeinde Wien).

Nach dem Berichte des VB. Hoss wurde sofort in die Spezialdebatte eingegangen. Bei der Post „Dienstbotenkrankenkasse“ stellt StR. Spalowsky den Antrag: Der Magistrat wird aufgefordert, ehestens Vorschläge für eine zeitgemässe und zweckentsprechende Reform der Dienstbotenversicherung zu erstatten. Diese Vorschläge sollen einerseits an die Regierung gerichtet sein, und eine gesetzliche Reform anstreben, andererseits aber bis zu ihrer Durchführung wenigstens für Wien eine Verbesserung der Dienstbotenversicherung ermöglichen. Bei der Post „Bürgeraufnahmekasse“ wünscht StR. Dr. Hein die Aufnahme von Mitgliedern der Opposition in den Heimats- und Bürgerrechtsausschuss und tritt dafür ein, dass bei der Ernennung von Bürgern keinerlei konfessionelle Rücksichten ausschlaggebend sein sollen.

StR. Spalowsky bezeichnet die derzeitige Bemessung der Entlohnung für die von der Gemeinde Wien auf Kriegsdauer aufgenommenen Hilfskräfte als unhaltbar. Der Magistrat sei deshalb aufzufordern, sofort Anträge zu stellen, durch welche diese Hilfskräfte hinsichtlich der Entlohnung im allgemeinen den definitiven Angestellten gleichgestellt werden.

StR. Dr. Hein wünscht eine Verbesserung der Telefonanlage im alten und neuen Rathaus.

Bei der Beratung der Gruppe „Steuerwesen“ bespricht StR. Heindl die gegenwärtig herrschende Hundswut und die damit zusammenhängenden zahlreichen Erkrankungen und beantragt die Erhöhung der Steuer für Luxushunde von 20 auf 50 Kronen. Nach einer Debatte, an welche sich die StR. Knoll, Grünbeck, Dr. Hein, Nemetz und Hötzel beteiligten, wird der Antrag abgelehnt.

StR. Dr. Hein wünscht, dass dem Verlangen der Hausbesitzer nach Gewährung von höheren Abzugspercenten für Erhaltungskosten Rechnung getragen werde, da dieses Verlangen im Hinblick auf die wesentliche Steigerung der Reparatur- und Instandsetzungen vielfach gerechtfertigt ist.

StR. Dechant beantragt die Exekutionsgebühr ist nicht quartalmässig, sondern nur bei eventuellen Rückständen einmal im Jahre vorzuschreiben. Sie ist ferner bei entsprechend höheren Rückständen in Vorschreibung zu bringen.

Bei Beratung der Gruppe 3 wünscht StR. Müller die Auflassung und Abtragung der Kavalleriekaserne in Meidling die für diesen Bezirk eine sanitäre Gefahr bedeutet.

Derselbst StR. wünscht, dass für die Erbauung einer Bürgerschule am Johanna Hofmann-Platz im 12. Bezirk vorgesorgt werde.

Die StR. Zatzka, Brauneiss, Dr. Hein, Schneider, Braun und Frass fordern die Freigabe sämtlicher oder einzelner Schulen in ihren Bezirken.

StR. Körber fordert die Einplanung des für die Erbauung eines Kindergartens reservierten Platzes und seine Ausgestaltung zu einem Spielplatz.

StR. Spalowsky beantragt, den Magistrat zu beauftragen, der Annäherung der Gumpendorferstrasse erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

StR. Hötzel fordert die Regulierung der Thaliastrasse.

Nach einer Anregung des StR. Müller soll für die Gaswerke ein eigenes Gebäude im 12. Bezirk errichtet werden, da im Bezirksamt, wo heute die Filiale untergebracht ist, Raumangel herrscht.

StR. Brauneiss wünscht den Ausbau der Strassenbahnlinie im Zuge der Hormayergasse, StR. Müller Ausbau der Linie Atzgersdorf Liesing bis zum Anschlusse an Mödling. Ferner werden der Bau von neuen Strassenbahnlinien durch die Engerthstrasse (Anregung StR. Körber), auf dem Schüttel in der Franzensbrückenstrasse und Wittelsbachgasse (Anregung Hög), auf der Elisabethpromenade (Anregung Hohensinner) und in das Liebhartstal, sowie Ausbau der Linie 10 nach Dorabach (Anregung StR. Hötzel).

Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Eröffnung der Kriegsküche Nr. 62. Die Kriegsküche Nr. 62 im 2. Bezirk, Simeisgasse 29 wird in den nächsten Tagen der Benützung übergeben werden. Anmeldungen zum Speisenbezugs nimmt die Küche am 16. und 17. d.M. von 3 bis 5 Uhr nachmittags entgegen.

Bauricht. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Hötzel dem evangelischen Zentralverein für Innere Missionen Oesterreichs einen Bauplatz zwischen der Gellertin- und Erdbrunnengasse auf 60 Jahre gegen Zahlung eines jährlichen Pauschalzinses von 1050 Kronen überlassen. Es soll zunächst ein Barackenbau aufgeführt werden, welcher späterhin, jedoch in höchstens 10 Jahren einen Steinbau Platz machen soll. Auf dem Bauplatz soll ein Heim für Unterbringung armer unbesuchter Kinder evangelischer Konfession im schulpflichtigen Alter errichtet werden.

Minister des Innern Ritter von Geyer. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem neuen Minister des Innern in einem Schreiben seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt und der Hofmannsdruck gegeben, dass Minister von Geyer das Amt als Polizeipräsident der Stadt Wien beehren hat, auch in seiner neuen Funktion zuteil werden lassen wird.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksnahrung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 61. Woche an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufscheine gegen Abtrennung der beiden Abschnitte T und U an folgenden Tagen ausgeben werden: Samstag, 15. d.M. A bis F, Montag, 17. G bis K, Mittwoch, 19. L bis R und Donnerstag, 20. S bis Z.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mächer
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Juni 1918. Nr. 150.

Eine Rede des Bürgermeisters.

Unter dem Vorsitze des GR. Schimak fand gestern im Neulerchenfeld eine Versammlung statt, welcher auch Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Reichsratsabgeordneter Dr. Mataja, die GR. Breuer, Heffenmayer und Ullreich, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hanusek *Dr. Innowitzer*.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner besprach die Versammlungstätigkeit der christlich sozialen Partei, dankte für das *sege* Interesse, das die Wählerkreise an den Versammlungen nehmen und fuhr dann fort: Die Arbeiter tragen schwere Last im Kriege, sie arbeiten ohne Rast und Ruhe vielfach über ihre Kräfte, aber ein Grossteil verdient reichlich Lohn und kann sich und Familie noch erhalten. Eine grössere und schwerere Kriegslast ist den breiten Schichten des Mittelstandes aufgebürdet, insbesondere dem grosstädtischen Mittelstande, dem Handwerker, dem Klein-kaufmann, dem kleinen Hausbesitzer und der grossen Klasse der geistigen Arbeiter, der Festbesoldeten. Die Not und der Druck der Kriegszeit wird noch erhöht durch die seelische Depression über unsere trostlose innerpolitische Lage, durch die unsichere schwankende Haltung der Regierung und ihre wiederholten Missgrüfe in der Ernährungsfrage und durch das Herabsinken auch sozial höher stehender Mittelständler aus der gewohnten Lebenshaltung in proletarische Verhältnisse. Umso grössere Anerkennung *verdient* daher die Geduld, und Opferwilligkeit unserer Wiener Bevölkerung, Männer und Frauen wetteifern! Hut ab vor ihnen! Daneben macht sich allerdings ein erbärmliches Protzertum breit, dass diesen unseligen männermordenden Krieg als ein gutes Geschäft ansieht, als eine Quelle fetter Gewinne. Ich verkenne auch nicht die schweren sittlichen Schäden, welche durch diese Gesellschaft in die deutsche christliche Bevölkerung Wiens getragen werden. Schwer ist die Zeit und gewaltig, wehe! wenn wir gewachsen nicht sind, wie sollten den Riesenkampf wir bestehen! Wir Deutsche müssen den Kampf bestehen! So lange das Kreuz des Stefansturms in sonniger Ostmark glänzt, so lange werden Wiener Bürger für den deutschen Charakter und für die Stellung Wiens als Reichshauptstadt eintreten; wir werden kämpfen, dass diese alte Kulturstätte deutschen Geistes und deutscher Kraft unserem Volkstum nicht entrissen werde, wir werden auch unentwegt für unser Vaterland eintreten. Als Oesterreicher sind wir geboren, Oesterreicher wollen wir bleiben! Wir sind aber auch treue Söhne unseres deutschen Volkes und ich erlaube es als eine der wichtigsten Programmpunkte unserer Zeit, dass die Deutschen ohne Unterschied ihrer Parteirichtung zusammenhalten und das Wort Attinghausens: Seid einig! getreulich befolgen.

Wir Deutsche legen offen und ehrlich unser Bekenntnis zum Staate ab, verwehren uns daher gegen alle Bestrebungen *der* Tschechen und Südslaven, welche auf die Zerstückelung Oesterreichs hinzielen. Wir bekennen uns aber ebenso offen zum Ausbau unseres Bündnisses mit Deutschland, dessen Vertiefung in politischer, militärischer und wirtschaftlicher *Beziehung* uns notwendig erscheint. Wir verlangen aber auch endlich eine Regierung, die mit starker Hand und unbeugsamer Willen das Steuer des Staates lenkt und einsieht, dass den Deutschen die führende Rolle im Reiche gebührt. Wir verlangen eine

Regierung, die mit sozialem Verständnis die Wunden, die der Krieg an der Volkswirtschaft geschlagen hat, sich zu heilen bemüht.

Wir verlangen aber auch eine Regierung, die mutig dem Parlamente *gegen*tritt. Ich würde die Ausschaltung des Parlaments nicht nur als einen schweren Fehler der Regierung Seidler, sondern auch als ein Unglück für den Staat betrachten. Ich hoffe aber auch, dass die deutschen Abgeordneten im wohlverstandenen eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Bevölkerungskreise, die sie vertreten, nichts unternehmen, was sie an der Ausschaltung des Parlaments mitschuldig erscheinen liesse.

Die Regierung braucht das Parlament nicht nur zur ordnungsmässigen Erläuterung des Budgetprovisoriums, nicht nur für die Bewilligung der Kriegskredite, sie braucht das Parlament auch, um für alle jene Massnahmen, welche im Gefolge des Krieges zur Hebung der Volkswirtschaft, sowie zur Beseitigung sozialer Misstände erforderlich sind. Ich verweise auf die Arbeiten des deutschen Reichstages. Einer der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde aber auch der Regierung ist die Fürsorge für den Wohnungsmarkt. Der Ausschuss des deutschen Reichstages hat 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Gewährung von Bauzuschüssen und billigen Darlehen, sowie zur Bildung eines Bürgerschaftsfondes bereitgestellt, er hat weiter beschlossen, dass bei dem Mangel an Baustoffen aller Art die baldige Wiederinbetriebsetzung der Baustoffindustrie durch rechtzeitige Entlassung an Arbeitskräften aus dem Heere und Bereitstellung ausreichender Kohlenmengen dringend erforderlich sind. Die bei der Heeresverwaltung *freigewordenen* Baumaterialien sind zur Weitergabe an Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zu billigen Preisen zu überlassen. Ferner ist in allen Orten, wo der Eintriss eines Wohnungsmangels zu erwarten ist, die Beschaffung und Aufschliessung geeigneter billigen Baulandes zu veranlassen und diese überdies auch durch Ueberlassung *fiskalischen* Grund und Bodens zu erleichtern.

Diese und andere Beschlüsse hat der deutsche Reichstagsausschuss gefasst und damit planmässige und umfassende Wohnungserstellung nach dem Kriege in die richtigen Wege geleitet. Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in einer seiner letzten Sitzungen über die Massnahmen beraten und beschlossen, wie der drohenden Wohnungsnot in Wien zu begegnen sei, hat aber ausdrücklich erklärt, dass es über die Macht und über die Geldmittel der Gemeinde hinausgehe, alle diese Massnahmen aus eigenem durchzuführen und dass es Pflicht der Regierung sei, helfend einzugreifen. Diese Hilfe kann ich mir aber nicht von einer § 14 Regierung erwarten, sondern nur von einer dem tagenden Parlamente verantwortlichen Regierung.

Der Redner besprach sodann die Steuerbedrückungen der Gewerbetreibenden und wies insbesondere darauf hin, dass der Gemeinderat alles aufbieten wolle und werde, um die Wiederrichtung des gewerblichen Mittelstandes nach dem Kriege durchzuführen. Aber auch hier sei unbedingt eine weitausgreifende Fürsorge der Regierung notwendig, sowohl was die Bereitsstellung der Rohstoffe und Halbfabrikate anbelangt, wie auch die Kredithilfe. Der Gemeinderat wendet insbesondere der Sachdemobilisierung der Militärverwaltung seine volle Aufmerksamkeit zu und der Bürgermeister besprach hiebei eingehend die Forderungen der Gemeinde an jenen Sachgütern, welche bei dieser Demobilisierung dem Zivilbedarfe der Bevölkerung übergeben werden sollen.

Zum Schluss führte der Bürgermeister aus, dass im 16. Bezirke das grosse Pietätswerk der Gemeinde, der Heldenhain errichtet werde. Für jeden gefallenen Wiener soll eine deutsche Eiche gepflanzt werden und inmitten des Eichenwaldes ein grosses würdiges Denkmal für alle die deutschen Söhne Wiens, die ihrer Pflicht gegen Kaiser und Reich durch den Heldentod entsprechen haben. Ein Wallfahrtsort soll der Heldenhain werden, ein Monument der Gegenwart ragend in ferne Zukunft.

Die Eiersversorgung Wiens.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates besprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner die derzeitige mangelhafte Eiersversorgung der Stadt Wien. Der Magistratsreferent Dr. von Dierkes erstattete einen ausführlichen Bericht, welchem zu entnehmen ist, dass Wien ausschliesslich auf die Zufuhr von Eiern aus Galizien, Ungarn, Polen und die Ukraine angewiesen ist, während Oberösterreich, Steiermark, Böhmen und Mähren, aus welchen Kronländern im Frühen eine beträchtliche Menge von Eiern nach Wien kamen, schon seit mehr als Jahresfrist vollkommen gesperrt sind. Aber auch aus den genannten Bezugsländern sind die Zufuhren gegenüber den Vorjahren bedeutend gesunken. Die Bezüge aus Galizien betragen heuer 6603 Kisten (im Vorjahre 22.631), aus Ungarn 4336 (im Vorjahre 11.917), aus Polen 6940 (im Vorjahre 9494). Hiezu kommen heuer noch 4197 Kisten aus der Ukraine. Bei den jüngst in Berlin abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Oesterreich, Ungarn und Deutschland hat Oesterreich auf die ukrainischen Eier als Kompensation für Getreidelieferungen zum grössten Teile verzichtet, so dass bis zum ersten August nur ungefähr 10% des Kontingentes an Eiern nach Oesterreich kommen werden und Wien bis zu diesem Zeitpunkt höchstens noch 1500 Kisten erhalten wird. Leider sind die ukrainischen Eier kasserst mangelhaft verpackt und die meisten Kisten stark beraubt, so dass der an und für sich hohe Einkaufspreis der ukrainischen Eier sich noch mehr steigert und sich auf 855 Kronen per Kiste stellt. Die fortwährend steigenden Preise in der Ukraine lassen eine weitere bedeutende Preiserhöhung befürchten. Aus Galizien bleiben die Eiersendungen in den letzten 3 Wochen fast vollständig aus und erst den wiederholten Bemühungen der Gemeinde beim Volksernährungsamt ist es gelungen, eine Besserung der Zufuhren für die nächsten Wochen zu erreichen. Aus Ungarn kommen schon seit Monaten nurmehr die sogenannten Fasseier in geringen Mengen nach Wien, da es der gemeinsamen Einkaufsstelle durch die Preisbildung unmöglich gemacht wird, Eier einzukaufen und auszuführen. Am besten waren noch die Eierzufuhren aus dem polnischen Okkupationsgebiet, wo der Gemeinde Wien zwei kleine Preise zum Ankauf von Eiern zugewiesen sind. Mit Rücksicht darauf, dass der „Roh“ drei Kreise zugewiesen sind, hat die Gemeinde Wien wiederholt um Zuweisung weiterer Kreise ersucht, bisher jedoch erfolglos. Infolge des starken Rückganges der Produktion, sowie infolge Freigabe des Bades Busk für die Zivilbevölkerung bleiben die Eierzufuhren aus Polen hinter dem Vorjahre bedeutend zurück. Unter diesen Umständen ist es der Gemeinde Wien auch nicht möglich gewesen, die begonnene Konservierungsaktion für den kommenden Winter fortzusetzen und es besteht die Gefahr, dass in der nächsten Winterperiode konservierte Eier nur in bedeutend geringeren Mengen zur Verfügung sein werden. Die geringen und schwankenden Zufuhren haben es der Gemeinde unmöglich gemacht, die von vielen Seiten gewünschte gleichmässige und regelmässige Verteilung der Eier

Dieser durchzuführen. Eine solche kann erst in Aussicht genommen werden, bis die Zufuhren regelmässig eintreffen und mindestens 1800 Kisten per Woche (das ist 1 Ei per Kopf) betragen. Die Gemeindeverwaltung ist nach wie vor bemüht, bei den staatlichen Behörden mit allem Nachdruck eine Besserung der ungelieblichen gewordenen Verhältnisse herbeizuführen.
An den Bericht schloss sich eine längere Debatte, in welcher StR. Braunfels eine gleichmässige Verteilung der Eier an die Händler verlangte. Spalowsky wünscht die Abgabe der Eier nach der Kopfquote. StR. Müller erhob Protest dagegen, dass die „Roh“ 3 Kreise zugewiesen erhielt, während die Gemeinde Wien nur berechtigt ist, in zwei Kreisen Eier einzukaufen. StR. Dr. Hehn verlangt, von der Regierung, dass die Einfuhr der Eier aus Galizien erhöht wird. StR. Dechant fordert die Einleitung von Schritten zur Hebung der Eierzufuhr aus Oesterreich. Die StRe. Spalowsky (Marshall), Frass (Neubau) und Hötzel (Ottakring) klagen über die ungünstige Versorgung ihrer Bezirke und bitten um Abhilfe.
Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, er werde neuerlich an die Regierung herantreten, damit eine bessere Versorgung der Stadt Wien mit Eiern in die Wege geleitet wird.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzel, Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Juni 1918. Nr. 150.

Feierlichkeiten im Rathaus. Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm heute im Rathaus in der üblichen Weise eine Reihe von Ueberreichungen und Beeidigungen vor. Als erster wurde GR. Leopold Leitner, der bekanntlich als Schriftführer des Gemeinderates fungiert und welchem das taxfreie Bürgerrecht verliehen worden war beeidigt. Hiezu hatten sich eingefunden: die Vizebürgermeister Hierhammer, Hess und Rain, die StRe. Braun, Brauneiss, Dechant, Frass, Grünbeck, Dr. Haas, Dr. Hein Hohensinner, Hützel, Jung, Körber, Müller, kaiserlicher Rat Nemetz, kaiserlicher Rat Peyer, Regierungsrat Schmid, Baurat Schneider, Spalowsky und Tomola, die GRs. Breuer, Sektionschef Eglauer, Goldeband, Oberbaurat Grünbeck, Medizinalrat Dr. Löbenstein, Kommerzialrat Partik, Paulitschke, kaiserlicher Rat Philp, Rykl, Wiesinger und Domherr Wolny, kaiserlicher Rat Bezirksversteher Kretschek, kaiserlicher Rat Aichhorn für den Zentralverein der städtischen Knabenherde, die Obermagistratsräte Dr. Mayr und Dr. Winkler, die Magistratsräte Formanek und Heilingsetzer, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Mayer, etz. Zu den anderen Feierlichkeiten waren noch Bezirkschulinspektor Schulrat Schwalm, Magistratsrat Dr. Madjera, Magistratssekretär Paul, Branddirektor Jenisch, der Obmann des Verbandes der freiwilligen Feuerwehr Kantner u.a. erschienen.

Vorerst nahm der Bürgermeister die Beeidigung des BR. Leitner vor, wobei er ausführte: Im Jahre 1895 wurdest Du in den Gemeinderat entsendet und das Vertrauen Deiner Wähler ist Dir durch die ganzen Jahre treu geblieben. Mehr als 20 Jahre bist Du Deinen Pflichten unentwegt nachgekommen und warst wie meinem Vorgänger auch mir stets ein treuer Mitarbeiter. Die Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes gründet sich auf Deine Verdienste im öffentlichen Leben und es würde wohl zu weit führen, wollte ich alle Kommissionen und Ausschüsse anführen, deren Mitglied Du warst, alle Aktionen der Gemeinde, bei denen Du eifrigst mitgewirkt hast. Seit die Obmänner-Konferenz besteht, warst Du dort der Vertreter unserer Partei und Du weißt, welch sorgenvolle Tage wir mitgemacht, wie sehr wir uns bemüht haben, im Interesse der Bevölkerung zu wirken, um die Unbilden des Krieges möglichst zu mildern, helfend und fördernd einzugreifen. Als treuer Sohn des deutschen Volkes bist Du immer mannhaft für deutsches Volkstum eingetreten und es wird Dir leicht sein, den Bürgereid abzugeben. Nach der Beeidigung wurde der Ausgezeichnete vom Bezirksvorsteher kaiserlichen Rat Kretschek namens der Bezirksvertretung, vom Gemeinderat Josef Grünbeck namens der Direktion der Hernalser Sparkasse, von StR. Grünbeck namens der Vertrauensmänner des 17. Bezirkes und vom GR. kaiserlichen Rat Philp namens der Schriftführer des Gemeinderates beglückwünscht, worauf der Ausgezeichnete seinen Dank für die schöne Feier zum Ausdruck brachte.

Nach der Beeidigung neu ernannter Bürger wurden Bürgerschuldirektor JzF. Jakob Freschern und Volksschullehrer i.P. Edmund Endres, denen das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen worden war, vom Bürgermeister in Eid genommen und von Bezirkschulinspektor Schwalm, GR. Paulitschke und Ortschaftsrat-Obmann Hoff beglückwünscht.

Nach der Ueberreichung von Feuerwehrmedaillen an verdiente Feuerwehrleute überreichte der Bürgermeister der Wirtschafterin Marie Therese Fankl die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste, die sie bei der Wiener Familie Proschko verbracht hatte. Die Ausgezeichnete wurde auch noch von StR. Spalowsky und GR. Paulitschke beglückwünscht.

W i e n e r G e m e i n d e r a t
Sitzung am 13. Juni 1918.

Versitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:
In Erwiderung einer vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die Regierung gerichteten Denkschrift über den Ausbau der Wasserstrassen richtet der Ministerpräsident ein Schreiben an den Bürgermeister, in dem ausgeführt wird, dass die Ueberprüfung des Detailprojektes für den Donau - Oderkanal wegen der weitgehenden Herabminderung der verfügbaren Arbeitskräfte bisher noch nicht zu Ende geführt werden konnte. Auch die Revision der Kostenvoranschläge könne nicht abgeschlossen werden, weil die Materialpreise und Arbeitslöhne ununterbrochen steigen. Die Projektierungsarbeiten für den Seiffahrtskanal vom Donau - Oder - Kanal zur mittleren Elbe (Prerau - Pardubitzer - Kanal) wurde im Jahre 1917 begonnen. Ferner wird die Frage studiert, ob der Donau - Oder - Kanal für Boote von 1000 Tonnen Tragfähigkeit (bisher 600 Tonnen projektiert) ausgestaltet werden soll. Abgesehen von der Notwendigkeit der Lösung dieser Vorfragen bestehen kaum überwindliche Hindernisse, um den Bau des Donau - Oder - Kanales noch während des Krieges in Angriff zu nehmen. Die Regierung sei sich der grossen Bedeutung der Wasserstrassenfrage für unser Reich voll bewusst. Sie müsse jedoch ihre endgültige Stellungnahme zu den einzelnen Wasserstrassenprojekten erst jenem hoffentlich nicht fernen Zeitpunkte vorbehalten, in welchem alle Vorfragen auf deren rascheste Klärstellung mit allem Nachdrucke hingewirkt wird, gelöst sein werden.

In Erwiderung einer vom GR. Schäffer in der letzten Sitzung gestellten Anfrage richtet der Statthalter eine Zuschrift an den Bürgermeister, in der es unter anderem heisst: Die Bahnhofrevisionen behufs Hintanhaltung des gemeinlichlichen Schleichhandelsverkehrs werden von der Bezirkshauptmannschaft nur fallweise, höchstens einmal wöchentlich angeordnet und von den Gendameriepostenkommanden und den Ernährungsaufsichtsorganen mit der grössten Nachsicht vorgenommen. Von einer Beschlagnahme geringfügiger, offensichtlich für den knappen persönlichen Bedarf dienender Mengen staatlich bewirtschafteter Lebensmittel wird abgesehen; nur grössere Mengen, die augenscheinlich dem Schleichhandel dienen, werden sichergestellt und für verfallen erklärt.

BGM- Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht über die von der Militärverwaltung bereits freigegebenen Schulen und erklärt, dass in der nächsten Zeit neuerliche Besprechungen zwischen der Militärverwaltung und der Gemeinde Wien stattfinden werden, bei welchen er die Forderungen der Gemeinde Wien um Freigabe der restlichen Schulen mit allem Nachdrucke vertreten werde.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat zum Ankauf von Brennstoffen für Mindestbemittelte 100.000 Kronen zur Verfügung gestellt.

Die Firma Rudolf Schmidt & Co. hat 5200 Kronen gespendet, darunter 1000 Kronen für Arme des 10. Bezirkes, 1000 Kronen für verarmte Geschäftsleute des 10. Bezirkes und 1000 Kronen für Erbauung von Soldatenheimen, ferner 10.000 Kronen für das Preyer'sche Kinderspital.

Goldkettenfabrikant Jakob Holzer spendet 300 Kronen zur Anschaffung von Holzsandalen für arme Kinder des 17. Bezirkes und für Ferienausflüge.

Bezirksvorsteher Kuhn spendet 150 Kronen für die Zöglinge des 4. städtischen Waisenhauses, Notar Dr. Guido Müller 100 Kronen für die Armen des 3. Bezirkes und Demolierungsunternehmer Valentin Köffel 100 Kronen für die Armen des 20. Bezirkes.

GR. Rotter fragt, ob der Bürgermeister die Verwendung nicht Deutscher oder nur in den Sprachen uns feindlicher Reiche verfasster Aufschriften in Wien verbieten wolle und ob er dem Gemeinderate eine Vorlage unerbreiten wolle, in der eine Besteuerung von fremdsprachigen Aufschriften beantragt ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Beseitigung der fremdsprachigen geschäftlichen Aufschriften nur im Gesetzwege möglich sei. Die Polizeidirektion, sowie die magistratischen Bezirksämter haben übrigens schon wiederholt auf die Beseitigung dieser Aufschriften hingewirkt.

Wenn wir auf die Beseitigung der fremdsprachigen Aufschrift tafeln hinarbeiten, so kann man wohl nicht die Frage der Besteuerung aufwerfen.

GR. Eglauer wünscht in einer Interpellation das Verbot des Befahrens des Fahrweges auf der Rampe vor der Karlskirche durch schwere Lastkraftwagen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Magistrat sowohl an das Militärkommando, als auch an die Polizeidirektion das Ersuchen gerichtet habe, die Benützung des bezeichneten Fahrweges zu verbieten, zumal ein zwingender Grund zur Benützung der Rampen durch Lastkraftwagen nicht besteht.

GR- Dr. Schwarz-Hiller stellt eine Anfrage über eine bessere Abfuhr des trockenen Strassen und Pferdemistes.

BGM- Dr. Weiskirchner zählt die Massnahmen auf, welche er griffen wurden um eine Verbesserung der Strassensüberung herbeizuführen, verweist aber auf die ausserordentlichen Schwierigkeiten, welche die Kriegsfolgen mit sich gebracht haben. Das Stadtbauamt biete alles auf, um die Klagen, welche über die Strassensüberung laut werden, zu beheben, solange aber der Krieg dauert, werde es nicht möglich sein, gewisse Uebelstände zu beheben.

Die Gemeinderäte Wimberger und Schäffer besprechen in Interpellationen, die unhaltbaren Zustände, betreffend die Lebensmittelzuweisungen an die Wiener Gastwirte.

BGM. Dr. Weiskirchner bemerkt, dass die Zuweisungen an ohmaterialien seitens der staatlichen Zentralstellen an die Gastwirte schon seit langen ihrem Küchenbedarfe nicht mehr entsprechen, weshalb auch den Anforderungen des Publikums in Gastwirtschaften nicht immer genügt werden kann. Die Gastwirtschaften ersten und zweiten Ranges, welche mit den Zuweisungen der staatlichen Zentralstellen nicht auslangen, decken sich um den Anforderungen ihrer Gäste entsprechen zu können, zu ganz ausserordentlich hohen Preisen und dazu meistens noch im Schleichhandel ein, wodurch die Preise für die zur Verabreichung kommenden Speisen selbstverständlich eine ganz wesentliche Erhöhung erfahren müssen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller stellt eine Interpellation in welcher die Bereitstellung der Stundenhotels für den Fremdenverkehr gefordert wird.

BGM. Dr. Weiskirchner erklärt dass diesbezüglich bereits Verhandlungen stattfinden und ihr Ergebnis lasse erwarten, dass die Stundenhotels unter Mitwirkung der Polizeibehörde in stärkerer Masse für die Fremdenherbergung und für die Transanalbequartierung herangezogen werden.

GR. Altmayer fragt, was der Bürgermeister gegen die Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters in Wien zu tun gedenke.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass beim Magistrat über diesen Gegenstand noch nichts anhängig sei. Er werde die Angelegenheit mit Aufmerksamkeit verfolgen und wenn Schritte zur Verwirklichung des Entwurfes unternommen werden sollten, dem Gemeinderate Gelegenheit geben hiezu Stellung zu nehmen.

GR. Kubacsek wünscht die endliche Erledigung des Entwurfes für eine neue Bauordnung für Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass Besprechungen zwischen Vertretern des Arbeitsministerium und der Gemeinde Wien eingeleitet wurden um eine Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten dieser beiden Korporationen anzubahnen. Es sei bisher nicht möglich gewesen, die Verhandlungen mit der wünschenswerten Raschheit zu fördern. Es werde jedoch in absehbarer Zeit möglich sein, dass der Ausschuss über die notwendigen Abänderungen beraten und beschliessen und sodann der Gemeinderat über den abgeänderten Entwurf seine Beratung fortsetzen kann.

Eine Fortsetzung der Beratung, wäre nur dann empfehlenswert, wenn ein sanktionsfähiger Entwurf vorgelegt wird, wenn die Regierung die Sanktion verweigert, dann müsse der Wiener Gemeinderat die Beratungen von vorne beginnen.

GR. Dr. von Schwarz Hiller fragt, welche Massnahmen der Magistrat zum Schutze der Wiener Bevöhrung gegen die Gefährdung durch tolle Hunde getroffen hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist auf die am 9. d.M. in den Wiener Tageszeitungen erschienene amtliche Verlautbarung und bemerkt, dass seit Sonntag, kein neuer Hundswulfall festgestellt wurde. Bei den stark vermehrten Hundestreifungen habe der Wasenmeister bis heute verhältnismässig wenig Hunde eingefangen, ein Zeichen, dass die Hundebesitzer sich im allgemeinen an die neuen Anordnungen halten.

Ich hoffe von Disziplin der Wiener Bevölkerung, dass sie alles aufbietet, durch ihre Mitwirkung den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Die Hundebesitzer mögen überzeugt sein, dass die Belästigung durch den Leinenzwang erträglicher ist, als die Verbreitung dieser qualvollen und furchtbaren Krankheit.

GR- Dr- von Schwarz Hiller fragt, in welchem Stadium sich die Angelegenheit betreffend die Uebernahme von zwei Kriegspitälern durch die Gemeinde Wien für Zivilzwecke sich gegenwärtig befindet.

BGM- Dr-Weiskirchner verweist auf den Antrag betreffend Steinklamm, der auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht ein Beweis, dass die künftige Verwertung der Flüchtlingsfürsorge einrichtung ins Rollen gekommen ist. Im Zusammenhang hiemit dürfte auch die von der Gemeinde angestrebte Freigabe der Kriegspitälern eins und zwei für die Zivilverwaltung gleichfalls in Bälde der wünschenswerten Lösung zugeführt werden. Der Bürgermeister verspricht, dass er diese Angelegenheit mit derselben Konsequenz wie bisher weiterführen werde.

GR. Kunschak führt in einer Interpellation aus, dass unter den vielen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung die Eierbeschaffung eine der unangenehmsten sei und dies in einem Zeitpunkte, in welchem die Eierproduktion ihren Höchststand aufweist. Ausserdem hege er nach seinen Erfahrungen lebhafteste Zweifel, ob eine ausreichende Bevorrätigung mit Eiern geleistet werden könne. Ein zweites Faktum, dass den lebhaftesten Unwillen der Bevölkerung fortgesetzt hervorrufe, bilde die Belieferung der „Rohö“ mit solchen Mengen Eiern, dass sie nicht nur ihre Mitglieder reichlich versorgen, sondern auch noch an vornehme Kaffees und Restaurants Eier abgeben kann.

Der Bürgermeister verweist in seiner Beantwortung auf die Zustände in der Eierbelieferung, welche wir an anderer Stelle darstellen.

GR. Wimmerer fragt, ob der Bürgermeister alles veranlassen wolle, damit den Wiener Wirten und Hoteliers wenigstens ein Teil der Schweine Kälber und Erdäpfel für ihre Betriebe zugewiesen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass nach den vom Volksernährungsamte getroffenen Anordnungen die städtische Schweineübernahmsstelle sämtliche nach Wien von Ländern ausserhalb Oesterreichs einlangende Schweine nur an unmittelbare Verbraucher abgeben darf. Die Belieferung des Wiener Marktes mit Kälbern ist so zurückgegangen, dass seit Wochen nicht einmal mehr der Bedarf der Wiener Spitäler gedeckt werden kann. Infolge des andauernden Kartoffelmangels sei auch die Abgabe dieser Ware an die Gastwirte und Hoteliers derzeit nicht möglich und werde erst wieder einsetzen können, wenn die Zuschübe an Frühkartoffeln eine entsprechende Höhe erreicht haben.

GR. Dr. Hein ersucht den Bürgermeister in einer Interpellation bei der Direktion der vom Staate subventionierten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zugunsten einer durchgreifenden Verbesserung des Verkehrs im Donau-Kanal zu intervenieren und über das Ergebnis seiner Intervention dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Der Bürgermeister erwidert, dass sich die städtischen Ämter bereits seit einiger Zeit mit der Frage der Belegung des Verkehrs im Wiener Donau-Kanale beschäftigen, dass aber die Studien des Stadtbau-Amtes noch nicht abgeschlossen seien. Der Magistrat werde jedenfalls die Sache betreiben, damit die Angelegenheit ehestens dem Stadtrate unterbreitet werden kann.

GR. Körber interpelliert wegen der Verwüstungen der Parkanlage am Sterneckplatz im II. Bezirke.

Der Bürgermeister erwidert, dass diese Interpellation voll auf gerechtfertigt sei, denn die Beschädigungen in den öffentlichen Gartenanlagen haben während des Krieges bedauerlicherweise enorm zugenommen. Es werde alles getan, um dem Treiben der Leute möglichst entgegenzutreten und er appelliere von dieser Stelle auch an die Lehrer und Lehrerinnen, dass sie in der Schule auf die Kinder einwirken, damit auch diese, die einen grossen Teil der Verwüstungen verursachen, die Parkanlagen nach Möglichkeit schonen.

GR. Dr. Hein verweist in einer eingehend begründeten Interpellation auf die Verzögerung der Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Russland und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die Forderungen des Verbandes der Hilfsgruppen von Angehörigen der Kriegsgefangenen bei den zustimmenden Behörden zu unterstützen.

Der Bürgermeister erwidert, dass er sich in dieser Angelegenheit an Exzellenz Freiherrn von Slatin als dem Präsidenten der Centrale der Fürsorge für Kriegsgefangene wenden und dem Gemeinderate über das Ergebnis seiner Bemühungen berichten werde.

GR. Roth interpelliert ebenfalls wegen der Rückstellung von Schulgebäuden; der Bürgermeister erwidert, dass diese Interpellation bereits durch seine Mitteilungen am Beginne der Sitzung erledigt sei.

GR- Schimek befragt den Magistrat zu beauftragen, baldmöglichst geeignete Vorschläge zu machen, dass der Holzkohlenan- und Verkauf im Einvernehmen mit den interessierten Genossenschaften und den städtischen Unternehmungen, dem bereits bestehenden Wirtschaftsamte für Kohlen oder deren städtischen Kohlenverkauf angegliedert werde.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Regierungsrat Schmid legt das Uebereinkommen mit der Staatsverwaltung betreffend den Bau der Laboratorien der technischen Hochschule im Dritten Bezirke vor. Er begründet dasselbe eingehend und erklärt, der Gemeinderat werde sich ein Verdienst erwerben, wenn er mithilfe, dass endlich einmal die Zustände an der Technik der Reichshaupt- und Residenzstadt würdig werden.

GR- Kunschak: Es ist selbstverständlich, dass das Referat die Zustimmung des Gemeinderates in seiner Gänze finden kann und dass dankbarst anerkannt wird, die Müheverwaltung des Bürgermeisters, welcher in erster Linie der Erfolg zuzuschreiben ist, und in zweiter Linie der Wiener Industrie und nicht zuletzt der Tätigkeit der Beamtenschaft des Magistrates. Dennoch muss aber Folgendes gesagt werden-

den- Je höher wir das Verdienst der Gemeinde anschlagen, umso schärfer tritt die zweite Tatsache in Erscheinung. dass es sich hier um ein Pflichtversäumnis um nicht zu sagen eine Pflichtvergessenheit der staatlichen Verwaltung handelt, und andererseits gelangt die überaus mangelhafte Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Wien zum Ausdruck. Ich habe schon in einer Interpellation an den Bürgermeister darauf hingewiesen, dass in einer Zeit, wo auf den Märkten um einige Eier wahre Kämpfe stattfinden, einer privaten Vereinigung, deren Konfessionellen Charakter ich hier gar nicht in den Vordergrund schieben will, Eier in solchen Mengen zur Verfügung gestellt werden und dass damit nicht nur dem Bedürfnisse der Mitglieder Rechnung getragen werden kann, sondern dass daraus auch Gast und Kaffeehäuser bedacht werden können. Von der Antwort des Bürgermeisters möchte ich wünschen, dass sie in ganz Wien plakatiert wird. Das Armeekorps Oberkommando hat der Rohö zwei oder 3 Bezirke in russisch Polen zur Verfügung gestellt und auf dem Boden auf dem sich das christliche Volk verblutet hat, wird nur der Erfolg von einer privaten Gesellschaft geerntet. Während die Angehörigen der Wiener Soldaten in den Schützengräbern täglich dem Tode ins Auge sehen, weiss dieses Armeekorps oberkommando nichts anderes zu tun, und hält es mit dem Danke an diese Helden für vereinbar, einer privaten Organisation im Uebermasse die von der übrigen Bevölkerung so gesuchten Eier zu verschaffen. (Rufe Skandal !) Die Wünsche der Gemeinde Wien lässt man ganz unberücksichtigt aber die Quelle, aus der eine jüdische Frauenorganisation schöpft, muss ungeschwächt weiterhin aufrecht erhalten werden. Kein Wort ist da scharf genug, auch nicht ein Wort, das einen mit dem Gesetz in Konflikt bringen würde! (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) Und diesem Verhalten würdig zur Seite steht das Verhalten betreffend die Technik. Diese befindet sich in einem Zustande, der beschämend für die Unterrichtsverwaltung ist, beschämend aber auch gegenüber dem Auslande. Die Staatsverwaltung hat nichts getan, womit der hohe patriotische Sinn der Wiener Bevölkerung Anerkennung gefunden hätte und in allen Dingen, welche die Stadt Wien betreffen, begegnen wir stets zunächst der schärfsten Ablehnung und dann beginnt ein Feilschen, das eher der Judengasse würdig wäre, als der Regierung. Der Redner anerkennt die Vorzüge des vorliegenden Projektes, dankt dem Referenten und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die neuen Institute möglichst bald erstehen mögen. An der Front des Gebäudes möge man eine Erinnerungstafel anbringen, schliesst Redner für die erfolgende Inschrift vor: „Ein Denkmal grosszügiger Schulpolitik der Gemeinde Wien und der Wiener Industriellen zum Gedächtnisse an die Schicklichkeit der Staatsverwaltung“ (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Klauy: Die Stadt Wien hat noch dazu in einer Zeit ihrer härtesten Bedrängnis durch die schweren Fehler und Unzulänglichkeiten einer stets danebentreffenden ehmächtigen Verwaltung eine rettende Tat von grösster Tragweite vollbracht. In Zielbewusstsein grosszügiger Weise hat die Stadt Wien den Wert einer blühenden heimischen Technik für die Zukunft unserer Stadt erkannt und im Vereine mit dem Grosskapital unserer Industrie hat es die technische Wissenschaft gefördert im Gegensatz zur finanziellen Staatsverwaltung, welche stets als

Hemmschuh aufgetreten ist, weander Weg in der kulturellen Entwicklung Oesterreichs aufwärts geführt hätte. Wegen weniger Millionen hat man uns uneinbringliche Jahre des Rückstandes unserer Hochschulen aufgebürdet. Durch die nationale Politik musste das wenige, was wir für geistige Entwicklung erhalten konnten zersplittert und wertlos zerteilt werden nach Ländern und Nationen. Unsere Grosstadt wurde zum Grosstadtersatz. Unsere Jugend muss nach Deutschland gehen, wenn sie modernste Ausbildung erhalten will, unsere Lehrer müssen ihre wissenschaftliche Betätigung zurückstellen, weil man ihnen die notwendigen Hilfskräfte verweigert. Was die Stadt Wien nunmehr getan hat, ist eine unschätzbare Hilfe aber auch ein grosses freiwilliges Opfer zu Gunsten der Staatsverwaltung.

Der Redner wünscht, dass diese Tat nicht zum Präjudiz für die vielen anderen Vernachlässigungen der Stadt Wien durch die Staatsverwaltung wird. Der Redner spricht zum Schlusse neuerlich dem Bürgermeister den besten Dank für seine Bemühungen aus. (Lebhafter Beifall).

StR. Schmid berichtet über die Festsetzung der Fahrpreise für die Autobuslinie Pötzleinsdorf Salmansdorf. Die Referenten anträge werden genehmigt.

StR. Schmid berichtet sodann über den Beitritt der Gemeinde Wien zur Wiener Gemüse und Obst - Uebernahme- und Verteilungsstelle.

StR. Herold begrüsst es, dass auf dem Gebiete der Approvisionierung endlich die Selbsthilfe ins Werk treten solle und wünscht, dass in die neue Organisation nur Fachleute hinein kommen mögen.

GR. Prof. Goltz begrüsst das vorliegende Referat im Namen seiner Gruppe auf das Beste, nachdem es gelungen sei, Konsumenten, Händler und Erzeuger in einen Interessenkreis zu vereinigen. Dadurch könne vielleicht den argen Misbräuchen, die im Verjahre durch die Gees und ihre Syndikate platzgegriffen haben, gesteuert werden. Wenn alle Centralen auf dieser Grundlage eingerichtet werden wären, hätte man nichts gegen sie einwenden können.

III

GR. Angeli begrüsst ebenfalls die Gründung der Gesellschaft weil die Gemeinde Wien in derselben mitzureden habe und auch die Konsumenten zu Werte kommen können. Es sei anzunehmen, dass dadurch auch der Abbau der Zentralen erfolgen könne. die in der Art, wie sie in Oesterreich geschaffen werden seien der Bevölkerung zum Fluch geworden seien.

GR. Dr. Hein spricht sich ebenfalls für die Neuschärfung aus, weil seine Partei seit jeher gegen die Misstände bei den Zentralen aufgetreten seien und insbesondere gegen die Ausschaltung des legitimen Handels jederzeit Stellung genommen habe. Leider komme aus Ungarn die Nachricht, dass dort Transportscheine eingeführt würden, das wäre nahezu gleichbedeutend mit einem Ausfuhrverbot und man müsse deshalb entschiedenst dagegen protestieren, dass Ungarn, das uns im Frieden versorgt und sehr gerne versorgt hat, uns jetzt im Kriege im Stiche lässt.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Antrag des Referenten angenommen.

VBGM. Hierhammer beantragt folgendes: Die Gemeinde stellt an die Regierung das dringende Ersuchen, darauf zu sehen, dass bei der bevorstehenden Festsetzung von Richtpreisen für Werk- und Nutzholz jede vermeidbare Belastung der Verbraucher hintangehalten werde. Insbesondere wäre bei Festsetzung der Richtpreise für Kernholz zu berücksichtigen-, dass für Holz am Stamm selbst, wesentliche Veränderungen der Gesteungskosten nicht stattgefunden haben. Die Gemeinde erachtet es auch als unbedingt erforderlich, dass bei ungerechtfertigten Ueberschreitungen der Richtpreise gegen die Schuldigen mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln eingeschritten werde. Bei diesem Anlasse verweist die Gemeinde Wien insbesondere darauf, dass durch die Wohnungsnot die Verwendung von Werkholz zu Wohnbauten im grossen Umfange nötig gemacht werden wird, und dass schon deshalb der Festsetzung entsprechender Holzpreise eine erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt.

GR. Biber vergleicht den Antrag mit den Anträgen der letzten Tagesordnung und wendet sich vor allem dagegen, dass die Gemeinde für höhere Preise eintrete.

Er bemerkt, dass die Holzpreise, die bei Beginn des Krieges 40 bis 50 Kronen betragen, allmählich auf 80 Kronen stiegen und dann plötzlich 150 bis 100 Kronen. Nach der Preistreiberlieferung wurden um diese zuumgehen, Richtpreise erfunden aber auch diese Richtpreise werden um 100 bis 200 % übertreten. Dabei sei noch eine neue Einführung dazugekommen, welche in Friedenszeiten als verückt bezeichnet werden wäre, die Abnahme des Holzes ab jeder Station zu ein und denselben Preisen. Dadurch wurde der Baugewebetreibende der schrankenlosen Willkür des Handels ausgeliefert. Es sei zu befürchten, dass diese Isenzen auch nach dem Krieg fortgezogen werden. Redner hätte gewünscht, dass das Holz ebenso wie die Kohle der Zwangsbirtschaft unterworfen werde. Der Redner schliesst sich den Anträgen des Referenten in der Hauptsache an und stellt im Sinne seiner Ausführungen mehrere Zusatz- resp. Abänderungsanträge.

GR. Lohner erklärt: Wir leiden in Oesterreich nicht nur unter der Begehrlichkeit unserer Holzgrosproduzenten, sondern die Wechselbeziehungen zu Ungarn sind auch auf diesem Gebiete so kolossal, dass die Frage einseitig absolut nicht gelöst ist. Es ist daher von grösster Wichtigkeit uns zu einem tatsächlichen Schutz der Vertrauensher zu kommen, dass sich in der Holzfrage die österreichische Regierung mit der ungarischen Regierung ins Einvernehmen setzt. Redner stimmt den Ausführungen des Referenten und des GR. Biber im Prinzip zu und bittet, dass die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Ungarn in geeigneter Form auch in der Entschliessung zum Ausdrucke kommt.

VB. Hierhammer empfiehlt in seinem Schlussworte die Abänderungsanträge des GR. Biber zur Annahme und werden hierauf der Stadtratsantrag und die Anträge des GR. Biber angenommen.

Nach einem Antrage des VB. Hierhammer widmet die Stadt Wien zur Linderung der momentanen Notlage der durch die Brandkatastrophe in Stambul heimgesuchten Bewohner einen Betrag von 10.000 Kronen.

Nach einem Berichte des VB. Hoss werden die Vorschüsse auf den Anschaffungsbeitrag der aktiven und pensionierten Lehrpersonen aus etwaigen staatlichen Zuwendungen gegen den bewilligt, dass im Falle eines staatlichen Beitrages der Gemeinde der gewährte Vorschuss vom Staate direkt zurückzuzahlen ist.

StR. Dr. Haas legt die bekannten Anträge auf Uebernahme des Barackenlagers Steinklamm zum Zwecke der Errichtung eines Genesungsheimes vor.

GR. Angermayer stellt den Antrag, dass bei der Errichtung der Barackenanlage ein entsprechende Anzahl von Betten für chirurgisch Tuberkulose aufgestellt werde.

Medizinalrat Dr. Loewenstein stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat spricht sich prinzipiell wegen der Uebernahme des Barackenlagers zum Zwecke der Errichtung eines Genesungsheimes für leichte Formen an Tuberkulose aus. Der Magistrat wird beauftragt, notwendige Verhandlungen sofort einzuleiten und nach deren Abschluss dem Gemeinderate unter Zugrundelegung des Kostenanschlages und einer baulichen Skizze einen Bericht vorzulegen. Zur Unterbringung von 200 Männern und 150 Frauen wird zunächst das Marinelager auf die Dauer eines Jahres übernommen und für die Adoptierung ein Betrag von 100.000 Kronen bewilligt.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller bringt verschiedene Wünsche namentlich nach rascherer Vermehrung des Belegraumes umfassendere Vorsorge für den Mittelstand etc. vor und sagt über die Kosten mache ich mir kein Kopfzerbrechen, denn wenn man Millioarden für diesen Menschenwahnsinn, wie es der Krieg ist hat, da muss man mindestens ebensoviele Millionen für die Tuberkulose haben.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden dessen Anträge genehmigt und die Anträge Angermayer und Loewenstein dem Stadtrate zugewiesen.

GR. Dr. Stich beantragt die Bestellung eines Baurechtes zur Erbauung der schwedischen Holzhäuser.

Hiezu spricht als erster Redner GR. Professor Goltz.

GR. Goltz glaub, dass die Versuche mit schwedischen Holzhäusern in Wien kein befriedigendes Ergebnis haben werden. Er wünscht die rascheste Lösung aller Fragen, die geeignet sind, eine Verbesserung der Wohnungsnot herbeizuführen.

GR. DR. Schwarz-Hiller hält den Zeitraum von 45 Jahren für die Bestellung des Baurechtes zu lange. Vielleicht könnte ein Passus in die Anträge hineingenommen werden, dass das Baurecht, schon früher abgelöst werden kann.

Es sprachen dann noch die Gemeinderäte Bretschneider und Biber worauf der Referentenantrag genehmigt wird.

BTR. Tomola berichtet berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien gegen die Bestrebungen zur Errichtung eines südslawischen Staates.

GR. Bretschneider erklärt namens seiner Partei dass es nicht notwendig sei, dass der Gemeinderat von Wien ohne Not mit nationalen Fragen befasst wird. Der Antrag Tomola behandle eine Reihe der grössten Fragen in einem Atem. Ueber das deutsche Bündnis und über die Nautische Schule in Triest solle in einem Beschlusse ein Urteil gefällt werden. Diese Fragen zu entscheiden sei der Reichsrat zuständig. Die Regierung mache dies aber unmöglich indem sie um sich selbst zu erhalten das Parlament nicht einberuft und wenn der Gemeinderat sich schon mit politischen Fragen befassen soll, so müsse sein erstes Wort der entschiedenste Protest gegen die Vertagung des Parlamentes sein.

BGM. Dr. Weiskirchner : Sehr richtig, das müssen wir aber auch erst abwarten und dann werden auch wir dagegen protestieren.

GR. Bretschneider fortfahrend : Wir Sozialdemokraten erklären, dass wir für die Verwandlung Oesterreichs in einem Bundestaat autonomer Nationen anstreben. Wir sind überzeugt, dass die Gewährung der Autonomie an alle Nationen den Interessen Wiens nicht widerstreite. Wir protestieren dagegen, dass eine Gemeinderatsmehrheit von Privilegien-Wahlrechts-Gnaden sich anmasst, im Namen des Wiener Volkes politische Urteile zu fällen. Der Gemeinderat hat erst dann dazu ein Recht, wenn er auf Grund eines demokratischen Wahlrechtes gewählt sein wird. Wir werden daher an der Beschlussfassung an diesem Antrage nicht teilnehmen.

Der Rederent führt in seinem Schlussworte aus: Wenn jemals aus der Seele des Volkes heraus gesprochen wurde, so geschieht es in dieser Resolution. Ueber dessen Gegenstand heute imdeutschen Wien nur eine Stimme herrsch. Wenn die Sozialdemokraten dagegen sind, so erniedrigen sie nur den Gemeinderat, indem sie ihm das Petitionsrecht nehmen wollen. In dem Antrage wird mit keinem Worte gesagt, dass die jetzt bestehenden Verhältnisse in Oesterreich die idealen seien, es wird bloss dagegen protestiert, dass das deutsche Volk in Oesterreich durch die Bestrebungen des südslaven und Tschechen in unerhörter Weise mundtot gemacht und politisch vollständig negiert werden soll. (Lebhaftige Zustimmung).

Der Vorsitzende VB. Hierhammer lässt die Abstimmung durch Erheben von den Sitzen vornehmen. Die Majorität erhebt sich geschlossen unter stürmischen Beifall.

Vorsitzender : Der Antrag ist angenommen.

Stürmische Zwischenrufe bei der Majorität: Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der deutschen Liberalen! Die Liberalen haben sich hinter den Bänken versteckt.

Unter lebhafter Bewegung wird die Sitzung geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Janny Michlew.**
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 17. Juni 1918. Nr. 151.

Der Hauptvorschlag der Stadt Wien.

Der Stadtrat hat gestern die Beratung des Hauptvorschlages für das Verwaltungsjahr 1918/19 (Berichterstatte VB. Hoss) fortgesetzt.

Bei der Gruppe 5 (Sicherheitswesen) klagt Dr. Hein über die derzeitigen schlechten Sicherheitszustände in Wien und wünscht, dass an die Regierung herangetreten werde, sie möge alles zur Besserung der Verhältnisse aufbieten. - StR. Spalowsky weist auf die ungenügende Anzahl von Sicherheitswachorganen hin und den dadurch herbeigeführten schweren Dienst der zurückgebliebenen. Es wäre zu wünschen, dass die Sicherheitswachmänner vom Militärdienste entbunden werden. Er bespricht sodann die mangelhafte Beleuchtung der Strassen, welche viel zu den ungünstigen Verhältnissen beitrage. - StR. Frass bemerkt, dass die grosse Anzahl der Filmlager eine stete Gefahr für Wien bedeuten. Er wünscht eine genaue Kontrolle und die Revision der bestehenden Vorschriften. Auch die in der letzten Zeit errichteten Seidenabfallgeschäfte sollen einer strengeren Kontrolle unterzogen werden. - StR. Müller wünscht die Zusammenlegung der 5 freiwilligen Feuerwehren Meidlings; ferner die Automobilisierung der Löschergerate und die Errichtung einer zentral gelegenen Feuerwache.

Bei der Gruppe 6 (öffentliche Arbeiten) beantragt StR. Kürber eine Organisation der Mistabfuhr in der Weise, dass die Mistwagen als Anhängewagen der Strassenbahn die Mistabfuhr besorgen. Der Strassen- und Hausmist könnte dann weit über die Grenzen der Stadt hinaus geführt und von den Bauern übernommen werden. Damit könnte endlich auch der Bruckhaufen im 2. Bezirk beseitigt werden. - StR. Spalowsky wünscht eine Reform der Strassenreinigung. - StR. Hötzel bespricht die mangelhafte Strassenreinigung im Bezirke Ottakring. - StR. Frass bemängelt das Liegenlassen der Sandhaufen in den Strassen. - Derselbe fordert einen Durchbruch der Strasse von der Seidengasse zur Neubaugasse im Wege des Enteignungsverfahrens. - StR. Müller wünscht die Unterfahrung der Breitenfurterstrasse und die Eröffnung der Schönbrunner Schlosstrasse von der Schönbrunnstrasse bis zur Rotmühlgasse. - StR. Müller bespricht die Regelung der Strassensäubung und wünscht deren einheitliche Durchführung durch den Magistrat. - StR. Jung fordert eine Reform der Strassenbespritzung und der Schneefuhr. - StR. Müller wünscht die Verlegung des Theresienbades. StR. Dr. Hein wünscht Auskunft über den Stand der Versuche über die Kehrrechtverwertung und Kehrrechtverbrennung und verweist auf den schlechten Zustand, in welchem sich die Koprothergefässe befinden. - StR. Müller verweist auf den schlechten Zustand des Fuhrwerksdepots in der Tivoligasse im 12. Bezirk und wünscht dessen Verlegung. - StR. Hötzel fordert die rascheste Auszahlung der Kontrahentenrechnungen. StR. Müller regt den Bau einer Brücke im Zuge der Ruckergasse oder bei der Verbindungsbahn zur Breitenfurterstrasse an. - StR. Knoll wünscht die rasche Beendigung der Arbeiten für die Unterfahrung der Staatsbahngeleise im Zuge der Erzherzog Karl-Strasse im 21. Bezirk und die Herstellung eines Notsteges

dieselbst. - StR. Hohensinner fordert Abhilfe der Zustände im Maria Josefa - Park, der als Lagerstätte den Soldaten dient und als fliegender Markt von Händlern benutzt wird. - StR. Grünbeck wünscht eine strenge Ueberwachung der Baumschützer, die vielfach beschädigt und gestohlen werden. -

Bei der Gruppe 7 (Markt und Provisionierungswesen) ersucht StR. Hohensinner den Bürgermeister, er möge namens des StR. den Ernährungsminister aufmerksam machen, dass die Einführung der Transportscheine für Obst und Gemüse in Ungarn auf den Wiener Markt schädlich wirke und eine Verminderung der Zufuhr zur Folge habe. StR. Dr. Hein regt eine bessere Regelung des Einlasses in die Grossmarkthalle an. - StR. Müller wünscht die Ueberwölbung der Wien von der Lobkowitzbrücke bis Schönbrunn und Ausgestaltung zu einem Marktplatz, sowie Zusammenlegung des Meidlinger und Rudolfsheimer Marktes. - Derselbe StR. wünscht den Ausbau einer elektrischen Linie von der Koppreitherstrasse bis zum Meidlinger Schlachthaus, damit der Transport der Tiere leichter ermöglicht wird. -

Bei der Gruppe 8 (Sanitätswesen) fordert StR. Müller die Errichtung eines zweckentsprechenden Verwaltungsgebäudes am Meidlinger Friedhof. - StR. Grünbeck wünscht, dass in allen Vorortfriedhöfen geeignete Verwaltungsgebäude errichtet werden. - StR. Brauneiss beantragt die Erweiterung des Baumgartner Friedhofes und die Errichtung einer würdigen Einsegnungshalle. - StR. Knoll wünscht die Zuziehung eines Vertreters aus dem 21. Bezirk in das bestehende Komitee zur Regelung der Friedhofverhältnisse. - StR. Dr. Haas fordert die Erbauung einer Leichenkammer im Bezirksteil St. Mark im 3. Bezirk. - StR. Müller wünscht die Erbauung eines Volksbades im 12. Bezirk. StR. Hötzel eines solchen im 16. Bezirk. - StR. Schmid fordert die Errichtung eines Bades im 4. Bezirk. - StR. Dr. Haas grösseres Entgegenkommen von den Christlichsozialen verlangt. VB. Hoss stellt fest, dass diese Frage nur im Einvernehmen von Partei zu Partei sich regeln lasse. Solche Verhandlungen einzuleiten sei Sache der betreffenden Minderheit. StR. Spalowsky wünscht die Freigabe aller von der Militärbehörde derzeit noch belegten Schulen. VB. Hoss weist auf die bisherigen Bemühungen der Gemeindeverwaltung hin und erklärt, es werde auch in Zukunft mit allen Mitteln getrachtet werden, sämtliche Schulen frei zu bekommen. - StR. Hohensinner beantragt die Erhöhung der Remunerationen für die Lehrer der französischen Sprache und der Stenographie an Bürgerschulen. - Derselbe beantragt, es mögen alle Lehrerpensionisten nach dem Verhaltensgesetz vom 31. Juli 1917 behandelt werden. - StR. Brauneiss beantragt die Errichtung einer Staatsgewerbeschule für die westlichen Bezirke an der Schmelz. StR. Zatzka unterstützt diesen Antrag. - StR. Müller beantragt die Errichtung einer 4. Bürgerschulklasse in Meidling. -

Bei der Gruppe 13 (verschiedene in den bisherigen Gruppen nicht enthaltene Zwecke) beantragt StR. Müller die Errichtung einer öffentlichen Uhr auf der Philadelphiabrücke, StR. Schmid einen solchen im Draschepark.

W i e n e r S t a d t r a t
Sitzung am 13. Juni 1918.

Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird für verschiedene Herstellungsarbeiten an dem städtischen Hause 3. Bezirk Hauptstrasse 96 ein Betrag von 7000 Kronen bewilligt.

Das vom StR. Schmid vorgelegte Projekt für die Erbauung eines Arbeiterwohnhauses im Neufeld (Bergwerk Zillingsdorf)

wird mit dem Kostenbetrage von 57.548 Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Anschaffung einer mechanischen Entladevorrichtung für Sand und Schotter für die Strassenbahnwerke um den Betrag von 19.500 Kronen genehmigt. - Für Erneuerungen von 12 Gleisen, die von der Direktion der städtischen Strassenbahnen als unaufschiebbar bezeichnet werden, wird ein Betrag von 972.000 Kronen bewilligt. - Für eine Gleiserneuerung in der Erdbergerstrasse wird ein Betrag von 52.000 Kronen bewilligt. - Die Anschaffung von 7500 Stück Schneeschaukeln für die Strassenbahnen wird mit dem Betrage von 63.000 Kronen genehmigt.

Für verschiedene Herstellungen an der Feuerwache im 20. Bezirk werden 8600 Kronen bewilligt.

Dem städtischen Jugendamt wird für arme und mittellose Kinder, die seine Kindererholungsstätten auf dem Girzenberg im 13. Bezirk und im Schloss Bellevue im 4. Bezirk geplante Bad so gewählt werde, dass es auch von der Bevölkerung des 3. Bezirkes benützt werden kann. - StR. Knoll wünscht die Herstellung einer Propellerüberfuhr von der Birner'schen Badeanstalt zum Gänsehäufel. - StR. Schneider wünscht die Erbauung eines Volksbades im Bezirksteile Zwischenbrücken und Aufstellung eines Strombades im Donaukanale. - StR. Körber wünscht die Erbauung eines Volksbades im 2. Bezirk, da die jetzt bestehenden Badeanstalten keineswegs den Bedürfnissen der Bevölkerung genügen. - StR. Dr. Hein weist darauf hin, dass viele Millionen für Tuberkulosenfürsorge von privater Seite gesammelt wurden, für Wien aber nur ein minimaler Betrag bestimmt ist. Er verlangt eine entschiedene Stellungnahme der Gemeinde Wien, damit dieser ein grösserer Betrag zugewendet werde. - Die StR. Schmid, Dr. Haas, Müller und Schneider fordern die Errichtung von Bedürfnisanstalten auf der Wiedner Hauptstrasse, bei der Sophienbrücke, bei der Rosenkranzkirche in Hetzendorf und auf dem Marktplatz Hannovergasse im 20. Bezirk.

Bei der Gruppe 9 (Armen- und Wohlfahrtswesen) bespricht StR. Dr. Haas den mangelhaften Zustand, in welchem sich die städtische Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse befindet, sowie die Ueberfüllung der Säuglingsstelle daselbst. Der Magistrat sei zu beauftragen, für die eheste Abhilfe zu sorgen. StR. Brauneiss unterstützt diese Anregung. - StR. Dr. Hein beantragt, es möge dahin gewirkt werden, dass die Aufnahmebedingungen im Landeskindenheim abgeändert und dort ebenso wie in der Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse ausnahmslos alle der Pflege bedürftigen Kinder aufgenommen werden. - StR. Dr. Haas beantragt die Vergrösserung der Kinderheilanstalten San Pellagio und Sulzbach. - StR. Dr. Hein spricht sich dagegen aus, dass bei der Wahl von Armenräten parteipolitische Erwägungen massgebend seien. -

Bei der Gruppe 10 (Kultusangelegenheiten) wünscht Dr. Haas, dass behufs Zuwendung von Kriegszulagen für die Kirchenangestellten an den städtischen Patronatsfürsten Vorsorge getroffen werde.

Bei der Gruppe 11 (Unterrichtswesen) spricht StR. Hohensinner den Wunsch aus, dass in Bezirken, die eine liberale Minderheit im Bezirksrate haben, bei Zusammensetzung der Ortschaftsräte die Minderheit verhältnismässig berücksichtigt werde. StR. Spalowsky bezeichnet diesen Antrag als nicht zum Beratungsgegenstand gehörig. Die Partei des Anregers habe dort wo sie die Macht hat, die Christlich-sozialen auch nicht anders behandelt und er sehe daher nicht ein, warum man ein

19. Bezirk besuchen, freie Fahrt zwischen Wohnung- und Erholungsstätte gewährt. Auch werden Gruppenleiterinnen für je 15 Schützlinge samt einer Begleitperson dem Arbeitgeber ein Kinderfreunde zur Fahrt zwischen den Kinderheimen und den Erholungsstätten dieses Vereines bewilligt.
Nach einem Antrage des StR. Körber werden für verschiedene Herstellungen im städtischen Reservergarten im 2. Bezirk 90.000 Kronen und nach einem Antrage des StR. Jung für Herstellungsarbeiten in der Schule Pfarrsteingasse 47 im 8. Bezirk 5500 Kronen bewilligt.

Volkstag in Wien. Präsident StR. Brauneiss und Schriftführer Hr. Pachler laden die Mitglieder der Wiener Bürgervereinigungen ein, an dem am Sonntag stattfindenden Volksfest in Wien sich zahlreich zu beteiligen.
Fund. Im Rathaus, 1. Stock wurde dieser Tage eine Krawattenadel gefundnen. Derselbe ist im Präsidentsbüro beim Ratsdiener Pamera abzuholen.

152
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 15. Juni 1918. Nr 152.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Mittwoch 19. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Einkaufscheinen die Abschnitte mit den Ziffern römisch XXI und XXII, von den abgestempelten Einkaufscheinen für Mindestbemittelte die Abschnitte mit den Buchstaben T und U abgetrennt und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrate bestimmten Stellen wird von Montag, 17. d.M. Schweinefleisch gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (weiss, grün, blau und gelb) und gegen Abtrennung des Abschnittes 32 zur Ausgabe gelangen. Haushalte mit Einkaufscheinen, die bis einschliesslich vier Personen lauten, erhalten ein halbes Kilogramm, solche mit mehr Personen ein Kilogramm.

Butterabgabe. Die im Laufe der letzten wochen angelieferten kleinen Mengen an Auslandsbutter gelangen in der Zeit vom 17. Juni bis 1. Juli d.J. zur Ausgabe und zwar werden, sowohl bei den städtischen Butterabgabestellen, als bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Butter pro Kopf zur Verteilung gelangen. Der Preis beträgt für 12 dkg K 2.48.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 16. bis 29. d.M. werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereier gegen Abtrennung der Ziffer 34 des amtlichen färbigen Einkaufscheines und der zwei Fettmarkenabschnitte Nr 92 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte für alle Gruppen von Mindestbemittelten, welche nicht dem Lebensmittelverbande der Kriegsleistungsbetriebe Wiens angehören, je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Auflassung der Verkaufsstellen für rumänisches Schweinefleisch. Die Anlieferung rumänischer Schweine hat vor einigen Tagen aufgehört. Es können daher von Montag, den 17. d.M. an die für den Vertrieb dieses Fleisches eigens bestellten Verkaufsstellen nicht mehr beliefert werden. Schweinefleisch wird somit bis auf weiteres nur bei den anderen vom Magistrate bestimmten Verkaufsstellen in Verkehr gebracht werden. Leider wird auch diesen wesentlich weniger Fleisch als bisher zugewiesen werden können; den unter behördlicher Kontrolle vorzunehmenden Fleischverkauf haben diese Stellen nach den bestehenden Vorschriften rechtzeitig durch Aushängung der vorgeschriebenen Tafel anzukündigen.

Zucker für Obstgärtner. Das Amt für Volksernährung hat 50.000 kg Kristall und Sandzucker zur Verfügung gestellt, welcher an jene Personen, die in Wien Obstgärten besitzen zur Verwertung des selbstgewonnenen Obstes in Mengen von höchstens 10 kg abgegeben werden sollen. Obstgartenbesitzer haben ihren Anspruch an das magistratische Bezirksamt mittelst schriftlichen Gesuches bis 28. d.M. zu überreichen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 15. Juni 1918. Nr. 153.

Bildhauer Kundmann. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat namens der Stadt Wien dem Bildhauer Professor Karl Kundmann anlässlich seines 80. Geburtstages seine Glückwünsche übermittelt.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub trat gestern unter dem Vorsitz seines Obmann - Stellvertreters Regierungsrates Schmid zu einer Sitzung zusammen, in welcher zunächst VB. Hoss ein ausführliches Referat über den Hauptvoranschlag der Gemeinde für das Verwaltungsjahr 1918/19 erstattete. An das Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner, sowie die GR. Kunschak, Eigner, Körber, Eglauer, Leitner, Reininger, Paulitschke und Partik sprachen. Nach dem Schlussworte des Referenten wurde dem Berichte zugestimmt im Laufe der Debatte vom GR. Kunschak gestellter Anträge, die für die Kriegszuwendungen der Beamten und Bediensteten der Gemeinde eingestellte Post von 20 auf 30 Millionen zu erhöhen, einstimmig zum Beschlusse erhoben. Der Klub beschäftigte sich sodann mit den auf der Tagesordnung der Gemeinderatsitzung vom 21. d.M. stehenden Wahlen in den Stadtrat. Ueber Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde einstimmig beschlossen, das durch die seinerzeitige Mandatsniederlegung des GR. Reumann unbesetzt gebliebene Stadtratsmandat abermals der sozialdemokratischen Minderheit anzubieten. Ein weiterer Antrag des Bürgermeisters die bisherigen Stadträte Dechant, Frass, Dr. Haas, Heindl, Hötzel, kaiserlicher Rat Nemetz, kaiserlicher Rat Poyer, Regierungsrat Schmid, Schwer, Spalowsky, Steiner, Tomola und Wippel wieder zu wählen, wurde ebenfalls debattelos und einstimmig angenommen. Für das durch den Tod des StR. Gebhart erledigte Mandat wurde GR. Johann Alfred Breuer in Vorschlag gebracht.

Schulschluss. Der Landesschulrat hat angeordnet, dass die dreijährigen Hauptferien an den Volks- und Bürgerschulen Wiens ausnahmsweise am 1. Juli beginnen (sowie im Vorjahre) und der Unterrichtsbetrieb mit 1. September wieder aufgenommen wird. Der letzte Unterricht, sowie die Verteilung der Schulnachrichten findet an den Volksschulen am 27. Juni, die Zeugnisverteilung an den Bürgerschulen am 28. d.M. statt.

Die Schülereinschreibungen sind am 29., 30. und 31. August vorzunehmen. Am 2. September haben die Schüler dem Heiligengeistamt anzuwohnen, worauf am 3. September der ordentliche Unterricht beginnt.

Bekämpfung der Hundswut. Die getroffenen Massregeln haben wohl eine Besserung in der Beaufsichtigung der Hunde herbeigeführt und es hat auch die Hundswut nicht mehr an Ausdehnung zugenommen. Immerhin wurde aber diese gefährliche Krankheit auch in dieser Woche noch an 3 Hunden festgestellt und in weiteren 3 Fällen besteht Hundswutverdacht; es wurden auch bis einschliesslich Freitag bei den vom Wasenmeister vorgenommenen Hundestreifungen noch immer 31 Hunde eingefangen, die ausnahmslos getötet worden sind. Den Hundebesitzern wird demnach nochmals eindringlich die genaue Einhaltung der bestehenden Vorschriften nahegelegt, wenn sie in absehbarer Zeit eine Milderung dieser Vorschriften, insbesondere die Aufhebung des

Leinenzwanges erwirken wollen. Jeder Hundebesitzer, der auf die Erhaltung seines Hundes wirklich Wert legt, wird dies umso mehr tun, als die Hundestreifungen vom Wasenmeister fortgesetzt und alle eingefangenen Hunde nach wie vor getötet werden; jeder Schritt um ausnahmsweise Freigabe eines solchen Hundes ist vergebens.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 16. bis 22. d.M. nunmehr nicht durch Abtrennung eines Ziffernabschnittes des amtlichen Einkaufsscheines, sondern gegen Abtrennung des Buchstaben B der Mehlbezugskarte (gelb und Blau). Der Preis des städtischen Unterzündholzes (gespalten) beträgt 34 Heller für Weichholz und 27 Heller für Hartholz für 1 Kilogramm.

Pferdeklassifikationen im Juni: Stabiles Pferdespital: Wien 23. d.M., Stockerau: 24., Brunn: 25., Goding: 23.; Pferdeverwertungs-Stelle Wiener Neustadt 20., Hart bei Amstetten: 20 Spratzern bei St. Pölten 22., Furgstall, 23., Trebitsch, 26., Wischau, 28., Ung. Hradisch 29., Znaim 17. und 30., Wien Meidling 22., Wien St. Marx 21. und Zwettl 19. d.M.

Kommunale Auszeichnung. Der Gemeinderat hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung dem Obmann der Waisensaktion im 10.

Bezirk Karl Waniczek in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armen und Waisenpflege die goldene Salvatormedaille verliehen.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag um 5 Uhr und am Freitag um 4 Uhr nachmittags Sitzungen ab. Zur Beratung gelangt der Hauptvoranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1918/19, am Freitag findet ausserdem die Besetzung der erledigten Stadtratsmandate statt. Am Montag, 17. d.M. wird der Wiener Gemeinderat das Ueberlandkraftwerk Ebenfurth und den Tagbau in Lajta - Ujfalu der Braunkohlegewerkschaft Zillingdorf besichtigen. Am Samstag, 22. d.M. findet eine korporative Besichtigung des technischen Ministeriums für Gewerbe und Industrie durch den Wiener Gemeinderat statt.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes J der Kartoffelkarte vom Mittwoch bis Samstag, in der üblichen Weise abgegeben.

Obmänner Konferenz.

In der heutigen 96. Obmänner-Konferenz des Wiener Gemeinderates, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hierhammer, Hoss und Rain stattfand, verwies Bürgermeister Dr. Weiskirchner auf den bereits bekannten durch die Folgeerscheinungen des Krieges, vor allem aber durch die hohen materiellen Zuwendungen an die Angestellten bedingten Abgang von 61 Millionen Kronen

im Stadthaushalte. Nach Heranziehung des Restes des 80 Millionen Kronen - Anlehens und der Kassenbestände zur Deckung dieses Abganges verbleibe noch immer ein Defizit von 17 Millionen Kronen, für welchen Betrag eine Deckung gefunden werden müsse. Da eine Erhöhung der städtischen Zuschläge derzeit ausgeschlossen, Zuschläge zur Personaleinkommensteuer unmöglich und die Aufnahme einer Defizitanleihe nicht im Interesse der Gemeinde gelegen wäre, käme nur eine Tarifregulierung der drei grossen Unternehmungen und zwar der Strassenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke in Betracht.

Nach Vorträgen der Direktoren Spängler, Menzel und Karel über den gegenwärtigen Stand der Unternehmungen und nach Erstattung von Vorschlägen zur Neuregelung der Tarife wurde nach einer eingehenden Debatte, an der sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten, die Anträge der Direktoren zur Kenntnis genommen. Nach diesen Anträgen wird der Einheitstarif der städtischen Strassenbahnen mit 30 Heller festgesetzt; die Kinderkarten und Frühfahrkarten werden von 16 auf 20 Heller erhöht. In ähnlicher Weise werden auch die Preise der übrigen Einzelfahrscheine im elektrischen und Dampfbetriebe, sowie die Netz- und Streckenkarten um 20 bis 40 % erhöht. Der Gaspreis erfährt eine Erhöhung von 20 auf 26 Heller per m³; Die Miete für Automatengasanlagen wird von einer Krone auf drei Kronen pro Monat erhöht. Die Preis-erhöhung für die Abgabe von elektrischem Strom erfolgt in der Weise, dass der gegenwärtige Preiszuschlag von 17 bzw. 20 % auf 60 % erhöht wird.

Magistratsrat Dr. Held berichtete hierauf über die neuerliche Bewilligung von Kriegszuwendungen an die Gemeindeangestellten einschliesslich der Lehrpersonen. Den Vorschlägen des Referenten nach welchen die gegenwärtigen Teuerungszulagen für das Verwaltungsjahr 1918/19 verlängert werden sollen, und im Juli l.J. abermals ein Anschaffungsbeitrag in derselben Höhe wie im Mai zur Auszahlung gelangen soll, stimmte die Konferenz zu.

Das Museum der Stadt Wien im Rathause bleibt Sonntag, 16. d.M. für den öffentlichen Besuch geschlossen.

Das Wiener medizinische Doktorenkollegium wird morgen, Montag 17. d.M. um 6 Uhr nachmittags das neue k.k. Taubstummeninstitut, 13. Bezirk Speisingerstrasse 105 besichtigen. Der Anstaltsdirektor hat sich über Wunsch der Vereinigung für soziale Hygiene und Medizin bereits erklärt die Führung zu übernehmen und die Methodik, sowie die Erfolge des Unterrichtes zu demonstrieren. Aerzte sind als Gäste willkommen.

= = =

Hochlöbliche Redaktion! Um freundliche Aufnahme vorstehender Notiz ersuchen höflichst und mit verbindlichem Danke

Professor Dr. Finger. Stadtphysikus Dr. Jahn.
Obmann

1874
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 17. Juni 1918. Nr 154.

Die Kürzung der Brotquote.

Der Engere Parteirat der christlichsozialen Partei trat heute um 9 Uhr vormittags unter dem Vorsitze des Bürgermeisters zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch die Regierungsverfügung auf Kürzung der Bäckration geschaffener Lage Stellung zu nehmen.

Der Bürgermeister erstattete einen eingehenden Bericht über seine sofort eingeleiteten Schritte beim Ministerpräsidenten, dem Leiter des Volkernährungsamtes Minister Paul, sowie bei einigen auswärtigen Faktoren, die leider bisher ergebnislos geblieben sind.

Von allen Mitgliedern der Parteileitung wurden die lebhaftesten Beschwerden über die Kurzsichtigkeit der Regierung in der Ernährungsfrage geführt und insbesondere mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, dass bei nur einiger Vorassicht eine so einschneidende, die Bevölkerung überaus arg treffende Massnahme noch dazu durch eine Verfügung über Nacht, hätte vermieden werden können.

Der Parteirat fasste den einstimmigen Beschluss, den Bürgermeister zu ersuchen, für die morgige Gemeinderatssitzung einen eingehenden Bericht über die Ernährungsverhältnisse vorzubereiten, damit dem Gemeinderate die Möglichkeit geboten werde, zu dieser Regierungsmassnahme entsprechend Stellung zu nehmen.

Ausserordentliche Obmänner-Konferenz. Um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags trat die Obmänner - Konferenz des Gemeinderates zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen. Dieselbe nahm den Bericht des Bürgermeisters über die Vorgänge in den letzten zwei Tagen betreffend die Kürzung der Brotquote in Wien entgegen und beschloss einstimmig die Angelegenheit in der morgigen Gemeinderatsitzung zur eingehenden Aussprache zu bringen. Gleichzeitig berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über seine gestrigen Vorsprachen beim Ministerpräsidenten und beim Ernährungsminister, die aber bisher ergebnislos geblieben sind

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michler*
Wien. I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 17. Juni 1918. Nr. 155.

Die Kürzung der Brotquote.

Die Genossenschaft der Bäcker und die Brotfabriken wurden noch Samstag, spät abends vom Volksernährungsamt, bezw. von der Statthalterei von der bevorstehenden Kürzung der Brotquote verständigt. Der Wiener Magistrat (Bezirkswirtschaftsamt) hat Sonntag früh im Auftrage des Volksernährungsamtes nachstehende Zuschrift an die Genossenschaft der Bäcker gerichtet. Zufolge Verfügung des Amtes für Volksernährung vom 15. d. M., welche auch vom dortigen Referenten den Vertretern der Genossenschaft der Bäcker hoch am selben Tage mündlich bekannt gegeben worden ist, wird die Brotmehlquote mit Rücksicht auf die momentan unzureichenden Mehlezuschübe vorübergehend auf die Hälfte gekürzt. Es darf von Sonntag, 16. d. M. angefangen an die Kunden nur mehr die Hälfte des bisherigen Brotquantums, d. i. also ein halber Laib = 630 g (für Schwerarbeiter 1102 g) pro Kopf und Woche gegen die vorgeschriebene Markierung der Brotbezugskarte abgegeben werden. Da ein Teil der Bäcker bereits in der Zeit vom 13. bis 15. d. M. die für die folgende Woche gebührende volle Mehlmenge bezogen hat und auch voraussichtlich der übrige Teil der Bäcker näch in den nächsten Tagen in derselben Weise dotiert wird, muss zufolge Weisung des Amtes für Volksernährung mit dem zugewiesenen Mehlsquantum durch volle 14 Tage das Auslangen gefunden werden. — Die Verfügung des Volksernährungsamtes erscheint heute nachmittag. + + +

Wie berichtet, tagte heute vormittags unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hierhammer, Hoss und Rain die 97. Obmänner - Konferenz im Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete, dass er vorigen Samstag am späten Abend von der Regierung über die bevorstehende Kürzung der Brotquote in Wien verständigt worden sei und sofort gegen diese geplante Massregel nachdrücklichen Protest ^{erhoben} habe. Magistratsrat Dr. Roskopf erstattete einen eingehenden Bericht über den Stand der Lebensmittelversorgung.

In der sich an diesen Bericht anschliessenden Debatte verlangt Regierungsrat Schmid, dass die Regierung sofort neuerliche Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland pflege mit Deutschland insbesondere in der Richtung, dass es, wenn schon nicht mit Mehl, so doch mit Kartoffel aushelfe und dass weiter der Eierimport aus der Ukraine und aus Bessarabien nach Oesterreich wieder zu eröffnen sei. Die GRe. Leitner,

Reumann, Skret und Dr. Hein verwarfen sich gegen die plötzliche Ueberrumpelung der Bevölkerung und weisen auf die Schwere der hiedurch geschaffenen Lage hin.

Nach dem Berichte des Magistratsoberkommissärs David über die Lage auf dem Kartoffelmarkte wird über Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die Absendung von Depeschen an den ungarischen Ernährungsminister, den bayrischen Ministerpräsidenten und an die deutsche Reichsregierung beschlossen, in welchen weitere ausreichende Importe von Altkartoffeln, insbesondere aus Bayern erbeten werden, sowie die Absendung eines Telegrammes an den königlich ungarischen Ministerpräsidenten, in welchem um die Forcierung der Frühkartoffelsendungen nach Oesterreich ersucht wird.

Nachdem noch Magistratssekretär Dr. von Dierkes über die Lage auf dem Eiermarkte berichtete, welche für die nächste Zeit eine kleine Besserung verspricht, wurde die Sitzung geschlossen.

Abgabe von Speck aus den Gemeindevorräten. Mit Rücksicht auf die vorübergehende Kürzung der Brotquote wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten am 18., 19., 20. und 21. d. M. je 5000 g Speck in der Grossmarkthalle bei einer Anzahl von Ständen an Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine als ausnahmsweise Zubusse zur rayonierten Fettmenge abgeben. Der Speck wird nur gegen Abtrennung der Ziffer 34 des weissen amtlichen Einkaufscheines ~~und~~ ^{an} beiden Abschnitte Nr. 92 für nichtrayoniertes Fett der neuen Fettkarte zum Höchstpreise verkauft. Auf jeden amtlichen, weissen Einkaufschein gelangen ~~sovielmals~~ 6 dkg Fett zur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen auf dem weissen Einkaufscheine ausgewiesen sind. Besitzer amtlicher weisser Einkaufscheine mit dem Anfangsbuchstaben A bis G sind am 18. d. M., Haushaltungen mit den Buchstaben H bis L am 19., solche mit den Buchstaben M bis S am 20. und Haushalte mit den Anfangsbuchstaben Sch, St, T bis Z am 21. d. M. nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt.

Leerstehende Wohnungen. Vom Wohnungsamte der Stadt Wien wird mitgeteilt: Im Monat Mai ist der Stand der leerstehenden Wohnungen auf 789, oder 0'142 % des gesamten Wohnungsbestandes, gegen 883 oder 0'159 % im April zurück gegangen. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 657 (0'162 % aller Kleinwohnungen), der kleineren Mittelwohnungen 71 (0'136 % aller kleineren Mittelwohnungen), der grösseren Mittelwohnungen 36 (0'052 % aller grösseren Mittelwohnungen) und der grossen Wohnungen 25 (0'088 % aller grossen Mittelwohnungen). Die Zahl der leerstehenden Geschäftslokale betrug im Berichtsmonate 4796 gegen 5021 im Monat April. Die Besucherzahl erreichte im Mai mit 3409 bisher ihre grösste Höhe. 3422 Wohnungen und Geschäftslokale wurden im Laufe des Monats revidiert. -Bezüglich der Lage am Wohnungsmarkte wäre im allgemeinen zu bemerken, dass obwohl ein neuerlicher Rückgang der leerstehenden Wohnungen eingetreten ist, der Rückgang eine Hemmung erfahren hat, da von April auf Mai die leerstehenden Wohnungen sich nur im 94 verringert haben, während von März auf April der Rückgang 181 betrug. In verschiedenen Bezirken ist bei einzelnen Wohnungskategorien ein geringer Zuwachs zu verzeichnen. Die Verordnung vom 28. März d.J., laut welcher Räumlichkeiten, die bisher Wohnzwecken gedient haben, nur aus wichtigen Gründen diesen Zwecken entzogen werden dürfen, hat zweifellos einen günstigen Einfluss auf die Einschränkung der Wohnungsverringering ausgeübt. Die Gesamtlage ist unverändert.

Städtische Kunstpflege. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer zwei Oelgemälde des bekannten Altwiener Malers I.M.Neder für die städtischen Sammlungen anzukaufen.

Prämien für Schrebergärtner. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer für besonders zweckmässige und eifrige Bearbeitung von Schrebergärten 750 Prämien im Betrage von je 10 Kronen zu bewilligen. Solche Prämien wurden auch schon in den vorhergegangenen 3 Jahren ausgesetzt und sie haben wesentlich dazu beigetragen, das Schrebergartenwesen in seiner Entwicklung zu unterstützen. Für den Wettbewerb kommen wie in den Vorjahren nur Vereinigungen von Schrebergärtnern, gemeinnützige Anstalten oder Stiftungen, welche Schrebergärten unterhalten, nicht aber einzelne Grundpächter oder Unternehmer unmittelbar in Betracht. Um eine Grundlage für die Aufteilung der Preise zu gewinnen, werden die Schrebergartenvereinigungen soweit sie nicht bereits vom Wohnungsamte der Stadt Wien schriftlich darum ersucht wurden, aufgefordert, bis längstens 28. d.M. an das Wohnungsamt der Stadt Wien, 8. Bezirk Schmidgasse 18 das Vereinsstatut und die Gartenordnung einzusenden und die Zahl der dem Vereine angehörenden Schrebergärtner, die Anzahl und das durchschnittliche Ausmass der bebauten Einzelgärten, sowie den Umfang und Erfolg des Kartoffel und Gemüsebaues bekanntzugeben.

Ad Obmännerkonferenz. Der nachstehende Bericht ist in der zweiten Ausgabe der Korrespondenz nach dem ersten Absatz im Berichte über die Obmännerkonferenz einzufügen.

Magistratsrat Dr. Rosskopf führte aus: Ich habe in der letzten Obmänner - Konferenz am 7. Juni ausgeführt, dass der Uebergang von der alten zur neuen Ernte noch in keinem der 4 Kriegsjahre ein so schwieriges Problem darstellte wie im laufenden Wirtschaftsjahre. Ich habe aber des weiteren hinzufügen können, dass nach den wiederholten Versicherungen des Ernährungsamtes durch den Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wenigstens papiermässig die Möglichkeit bestünde, über diese schwierige Situation hinwegzukommen.

Deutschland hat sich bekanntlich in einem vor einigen Wochen abgeschlossenen Staatsvertrage verpflichtet, die Meherversorgung Oesterreichs, sowohl was den Zivil- als den Heeresbedarf betrifft, bis 15. d.M. beziehungsweise 15. August zu übernehmen gleichgiltig ob durch Zuschübe aus der Ukraine oder aus Rumänien oder aus den eigenen Reserveständen.

Deutschland, das bislang den übernommenen Vertragsverpflichtungen jederzeit korrekt nachgekommen ist, ist nun aus noch nicht ganz aufgeklärten Ursachen mit der Ablieferung des Tageskontingentes im Rückstande geblieben, so dass nach einer offiziellen Mitteilung des Ernährungsamtes derzeit von Deutschland 2000 Waggons Mehl - davon 1000 Waggons für die Zivilverwaltung - überhaupt nicht an Oesterreich-Ungarn angeliefert wurden. Während bis ungefähr 8. d.M. die Zuschübe an Getreide ziemlich planmässig vor sich gingen, ist in der letzten Woche eine auch vom Ernährungsamte nicht vorausgesehene Stagnation eingetreten, so dass das Ernährungsamt am Freitag der vergangenen Woche vor folgender Situation stand: Für die Woche vom 16. bis 22. d.M. wären dem Ernährungsamte für ganz Oesterreich 420 Waggons zur Verfügung gestanden. Da Wien bisher vorzugsweise beliefert wurde, ebenso auch die grossen Industrie-

bezirke, so hätte sich nach Abzug dieses Bedarfes per 360 Waggons nur mehr ein Rest von 60 Waggons ^{noch} ergeben, welche für ganz Oesterreich mit Ausnahme der vorgenannten Plätze hätten verwendet werden können. Das Ernährungsamt hat die nach der Sachlage erforderlichen Verfügungen sofort mit aller Beschleunigung getroffen. Es gingen dringende Depeschen an die deutsche Heeresleitung und die massgebenden Stellen in Berlin. Es folgten diplomatische Aktion ^{en} durch unseren Botschafter in Berlin und bei der hiesigen deutschen Regierungsvertretung. Erklärungen der deutschen Regierung über den Abschub von Mehl- oder Getreide - Mengen liegen bis zur Stunde nicht vor.

Oesterreich ist nach dem vorher zitierten Staatsvertrage aus dem selbstständigen Aufbringungssystem in der Ukraine und Bessarabien ausgeschaltet, nach Mitteilungen des Ernährungsamtes aus den jüngsten Tagen hatte die Aufbringung auch der deutschen Behörden in diesen Ländern nicht den gewünschten Erfolg. Dazu kommt, dass in den letzten Wochen, in welchen in Wien die volle Brotquote zur Verabfolgung kam, die Provinz derart vernachlässigt werden musste, dass in manchen politischen Bezirken nach Zeitungsmeldungen wochenlang weder Brot- noch Kochmehl verabreicht werden konnte. Die sich daraus ergebenden Nachrichten über die Haltung der Bevölkerung in den in Mitleidenschaft gezogenen

Bezirken stellte das Ernährungsamt vor die zwingende Notwendigkeit, die Provinz wenigstens teilweise mitzuversorgen. In den letzten Tagen hat sich insbesondere die Situation in Prag und Galizien, sowie in Brünn zugespitzt. Die Regierung wurde daher vor die Alternative gestellt, entweder Wien weiter mit der vollen Brotmehlquote zu bedenken und die Provinz zu vernachlässigen oder aber von dem für Wien bestimmten Brotmehlquantum einen Teil zur Versorgung der Bezirke in Böhmen, Mähren und Galizien zu verwenden, um auf diese Weise eine Störung des Eisenbahnbetriebes und damit auch eine Unterbindung der Approvisionierungszufuhren zu verhindern.

In dieser trostlosen Situation hat die Regierung den letzteren Weg eingeschlagen und sich entschlossen, die Brotquote in Wien auf die Hälfte zu kürzen. Diese Nachricht, welche die Stadtverwaltung wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf, hat ein Vertreter des Ernährungsamtes ^{am Samstag} um 6 Uhr abends dem Bürgermeister hinterbracht und im Auftrage von Exzellenz Paul auch mit dem soeben dargelegten Momenten begründet. Der Bürgermeister hat gegenüber dem Vertreter des Ernährungsamtes die Erklärung abgegeben, dass er als Stadtoberhaupt diese Mitteilung nicht zur Kenntnis nehmen könne, weil sie unter den herrschenden schwierigen Ernährungsverhältnissen

den Opfermut der Bevölkerung vor die schwerste Probe stellt und eine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung von der Stadtverwaltung nicht übernommen werden kann. Neuerdings hat der Vertreter des Ernährungsamtes unter Betonung der schwierigen Situation, in welcher sich das Ernährungsamt befindet, an die Mitwirkung der Gemeindeverwaltung appelliert, um die Folgen dieser durch die Not aufgezwungene Verfügung zu lindern. Die vom Bürgermeister verlangte Aufforderung an Ungarn, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizuspringen, wurde als aussichtslos bezeichnet, weil nach den Versicherungen des am Freitag der Vorwoche anwesenden ungarischen Ernährungsministers auch Ungarn nur unter Inanspruchnahme der letzten Reserven das Auslangen bis zur Einbringung der neuen Ernte finden könnte. Ebenso musste die Bitte des Bürgermeisters, Hülsenfrüchte vom Ernährungsamte zur Ausgabe zu erhalten, vom Vertreter des Ernährungsamtes abschlägig beschieden werden, da auch die wiederholt von der Gemeinde verlangten Hülsenfrüchte für momentane Aushilfen an die Provinz abgegeben werden. Der Bürgermeister hat sofort in einer dringenden Depesche die Intervention des Bürgermeisters Dr. Bedy der Schwesterstadt Budapest mit der Bitte angerufen, der Gemeinde Wien Mehl oder Hülsenfrüchte beizustellen, er hat in derselben Weise auch an General Ludendorff, dem die Verfügung über die Lebensmittelvorräte Deutschlands zusteht, um sofortige Entsendung von Mehlschüben aus Deutschland deponiert.

All das vermag aber über den momentanen Notstand nicht hinwegzuhelfen. Ein tragisches Geschick will es, dass die Gemeindeverwaltung, welche seit Novem ber des vergangenen Jahres unablässig die Regierung auf den Ernst der Meherversorgung aufmerksam machte, konkrete Vorschläge zur Abhilfe erstattete und die Kürzung der Brotquote schon

in einem viel früheren Zeitpunkte befürchtete, nun vor die Tatsache gestellt ist, dass einige Wochen vor der Einbringung der neuen Ernte der staatliche Ernährungsdienst hinsichtlich der Brotversorgung einem momentan äusserst schwierigen Problem gegenübersteht. Der Bürgermeister hat - wie so oft - auch in dieser ersten Stunde die Obmänner der im Gemeinderate vertretenen Parteien berufen zu müssen erachtet, weil die schier unterträgliche Ernährungssituation der Wiener Bevölkerung vielleicht vor die grösste Kraftprobe gestellt wird und es nicht abzusehen ist, welche schwerwiegenden Folgen, die auch die Lage an den Fronten und ^{die} Stimmung unserer Feinde beeinträchtigen können; diese Massnahme der Regierung nach sich

ziehen wird. Die Bevölkerung Wiens wird die Verkürzung der Brotquote auch als ein umso schlimmeres Zeichen unserer verfehlten inneren Politik auffassen, als Wien für seinen beispiellosen Opfermut mit einer neuerlichen Verminderung der ohnedies unzureichenden Brotration bestraft wird und die hierdurch ersparten Mengen nach Böhmen, Mähren und Galizien zur Ablieferung kommen.

Eine Intervention des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner am gestrigen Sonntag beim Ministerpräsidenten und ^{beim} Ernährungsminister Paul zur Hintanhaltung dieser Massnahmen blieb leider ergebnislos.

Bezirksratssitzungen. In den nächsten Tagen halten nachstehende Bezirksvertretungen Sitzungen: Leopoldstadt am 20. um 5 Uhr nachmittags, Wieden am 18. um 5 Uhr nachmittags, Margareten am 24. um 5 Uhr nachmittags, Währing am 21. um 5 Uhr nachmittags und Brigittenau am 27. um 5 Uhr nachmittags.

Abgabe von Margarine. Die Ausgabe der für die Woche vom 9. bis 15. Juni bestimmten Margarine wird, soweit sie nicht schon zur Abgabe gelangt ist, in den ersten Tagen der laufenden Woche erfolgen. Die Butterausgabe für diese Woche wird bei allen Abgabestellen mit Donnerstag, 20. beginnen.

157 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 18. Juni 1918. Nr 157.

Keine Kürzung der Mehlgüte. Aus dem Rathause wird mitgeteilt: Es wurde die Wahrnehmung gemacht, dass verschiedene Mehlabgabestellen der Ansicht sind, es sei gleichzeitig mit der Brotkürzung auch eine Kürzung der Verschleissmehl-Quote durchzuführen. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, dass das Verschleissmehl in gleicher Menge wie bisher das ist mit $\frac{1}{3}$ kg pro Kopf und Woche auszugeben ist.

Zur Kürzung der Brotgüte. Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete heute in der Stadtratsitzung über die Verhältnisse, welche zur Kürzung der Brotgüte geführt haben und beantragte eine Resolution, welche nach eingehender Debatte, an welcher sich die StR. Körber, Angermayr, Spalowsky, Schmid, Dr. Hein, Hohensinner, Knoll, Müller, Brauneiss, Grünbeck, Hötzel und Nemetz beteiligten, einstimmig zum Beschlusse erhoben wurde. Der Gegenstand wird der Gemeinderate heute nachmittags beschäftigen und wird diese Resolution auf den ersten Punkt der Tagesordnung gestellt werden.

Ein Zusatzantrag des StR. Jung, diese Resolution durch Anschlag zur Kenntnis der Gesamtbevölkerung zu bringen wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Resolution lautet: Der Gemeinderat der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhebt namens der schwergeprüften bisher in beispielloser Geduld ausharrenden Wiener Bevölkerung gegen die angeordnete Kürzung der Brotmehlgüte den schärfsten Protest und richtet an die Regierung die dringende Aufforderung in letzter Stunde alles aufzubieten, dass diese Massnahmen ehestens ausser Kraft gesetzt werde und die Bevölkerung wieder in den vollen ^{schonigen Genuss} Brotgenuss gelangen.

Bürgermeister und Gemeinderat legen Verwahrung ein, dass eine so tief einschneidende Massregel ohne jede Vorbereitung - 12 Stunden vor ihrer Wirksamkeit - den Vertretern der Stadtverwaltung bekanntgegeben wird.

Der Wiener Gemeinderat hält sich aber auch für verpflichtet, die Regierung auf die schweren Gefahren aufmerksam zu machen, mit welchen eine Kürzung der Brotgüte unter den gegenwärtigen ernstesten Versorgungsschwierigkeiten der Stadtbevölkerung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verbunden ist und lehnt jede Verantwortung für alle nachteiligen Wirkungen der bereits in Geltung getretenen Regierungsverordnung ab.

Meldung der Hinterbliebenen von Gefallenen oder Vermissten.

Jene Witwen und Waisen nach gefallenen oder vermissten Gägisten oder Mannschaftspersonen, die ihrer Meldepflicht bisher noch nicht nachgekommen sind, werden dringendst aufgefordert, noch in dieser oder spätestens in der nächsten Woche im magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes zwischen 8 und 2 Uhr vormittags oder zwischen 4 und 7 Uhr nachmittags mit den in der Kundmachung vorgeschriebenen Dokumenten zuverlässig zu erscheinen.

Lastfuhrwerksverkehr im 2. Bezirk. Der Magistrat hat die Wahrnehmung gemacht, dass die von der Kronprinz Rudolfstrasse kommenden, zur Augartenbrücke oder Brigittabrücke oder in umgekehrter Richtung fahrenden Lastfuhrwerke statt des vorgeschriebenen Weges (Nordbahnstrasse, Kleine und Grosse Stadtguttgasse, Kastellezgasse, Obere Augartenstrasse) vielfach andere, zu diesem Verkehr nicht geeignete oder mit Asphaltpflaster versehene Gassen zur Durchfahrt benützen. Die Besitzer und Lenker solcher Fuhrwerke werden eindringlichst aufmerksam gemacht, dass der vorgeschriebene Fahrweg nicht bloss im Interesse der Verkehrssicherheit, sondern insbesondere wegen der in der jetzigen Zeit bestehenden Schwierigkeiten einer Instandsetzung des Asphaltpflasters unbedingt einzuhalten ist, widrigenfalls der Magistrat über Dawiderhandelnde strenge Strafen verhängen müste.

Ein Wutfall im 17. Bezirke. Bei einem großen, gelbweißen, langhaarigen, männlichen, herrenlosen Hunde ohne Steißmarke mit abgestreiftem Maulkorbe wurde am 15. d. Wut festgestellt. D. Dieser Hund hielt sich durch ungefähr acht Tage in jenem Teile des Aäserbaches, der hinter dem Einkehrgasthofe des Johann Mayer, 17. Bezirk, Neuwaldgasserstrasse 45, gelegen ist, auf und ist auch dort verendet. Zweckdienliche Angaben, die zur Erruierung des Hundedeigentümers führen könnten, sind beim magistratischen Bezirksamt für den 17. Bezirk zu erstatten. Degleichen haben sich Personen, welche von diesem Hunde gebissen worden sein sollte, wegen Durchführung der antirabischen Behandlung beim magistratischen Bezirkspolizeikommissariate bzw. beim städtischen Bezirksarzte (17. Bezirk) zu melden.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 18. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner:

GR. Dr. Neumayer erneuert eine bereits im Jahre 1914 eingebrachte Interpellation, in welcher darauf verwiesen wird, dass in Wien Fortbildungsschulen mit tschöchischer Unterrichtssprache eingeführt werden sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist in seiner Antwort darauf, dass die Gemeinde auf die Errichtung privater Gewerbeschulen leider keinerlei Einfluss habe.

Die GR. Vagojn und Dr. Glassauer beantragen den Verkehr der Linie 58 (Neuer Markt- St. Veit) insbesondere in den Früh- Mittag- und Abendstunden zu verdichten.

GR. Stangelberger stellt folgenden Antrag: Zum diesjährigen Minderertrag des Strassenbahnbetriebes trägt sicherlich viel der Umstand bei, dass soviele Fahrgäste umsonst fahren. Es wäre wären nun folgende Bestimmungen anzuordnen: Abschaffung der

baren Fahrpreisbezahlung, daher Beseitigung des lästigen, zeitraubenden Geldwechsels durch den Schaffner. Jeder Fahrgast hat vor dem Einsteigen eine früher gelöste Karte vorzuweisen. Diese Karten sind in den Trafiken erhältlich. Bei den End- und Umsteigstationen sind besondere Organe zur Markierung oder Umtausch dieser Karten bereitzustellen. Bei Bahnhofsfügen ist ein Beiwagen für das durchreisende Militär (Rucksäcke, grosses Gepäck) anzuhängen. Das Ein- und Aussteigen wäre tunlichst zu trennen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien über die Kürzung der Brotmehlquote. Er führt aus: Es ist nicht das erstemal, dass Ernährungsorgen den Wiener Gemeinderat befassen, nicht das erstemal, dass wir gegenüber der Regierung unsere warnende Stimme erhoben haben. Schon im März 1917 begann der Weidensweg, den die Wiener Gemeindeverwaltung in der Brot- und Meherversorgung zu gehen hatte. Der Redner erinnert an die von ihm einberufene Konferenz der Wiener Abgeordneten, an das Versprechen der Regierung Zubussen zu geben, was nur zweimal der Fall war, an den bekannten Ausspruch des Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr, welcher auf die Frage, ob genügend für die Bevölkerung vorgesorgt sei, die Antwort gab: „Ich glaube ja“ und an die wiederholten Denkschriften des Gemeinderates, welche eine Fülle von Anregungen enthalten haben. Er erinnert weiters daran, dass ~~xxx~~ der Ministerpräsident anlässlich der Kürzung der Mehlmehlquote sich verpflichtete, die volle Brotquotekis Juli zu geben.

Als die Not der Regierung bis an die Kehle stieg, da wurden die Selbstverbraucher veranlasst ihre Vorräte, die sie bisher nicht abgeliefert hatten, abzugeben und dafür wurden ihnen Prämien in Aussicht gestellt - ein höchst unmoralisches Vorgehen. jenen, welche ihren Pflichten ^{nicht} nachgekommen waren, zu belohnen.

Die Regierung stellte sich vor, dass hiedurch 10.000 Waggon Brotfrüchte aufgebracht werden, tatsächlich waren es nur 2500 Waggon. Ein einziges Kronland, Niederösterreich, ist seinen Verpflichtungen voll nachgekommen.

Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner erinnert an die Ernährungsdebatte am 25. April im Stadtrate, über Antrag des STR. Spalowsky wurde damals eine Resolution beschlossen, welche zur Gänze konfisziert wurde. Redner kommt sodann auf die Wirtschaftsbereinkommen mit Rumänien und der Ukraine zu sprechen. Die Vorräte in Rumänien sind erschöpft, das Uebereinkommen hat nur für die Zukunft eine Bedeutung. In der Ukraine ist es momentan nicht möglich, die Vorräte zu erfassen und nach Oesterreich zu bringen. Es wird von der Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes gesprochen. Die erste Forderung wäre, dass die Kopfquote, in Deutschland, Oesterreich und Ungarn gleichmässig festgesetzt wäre. Nach dem Vertrage hat Deutschland die Verpflichtung übernommen, 15000 Waggone Getreide aus der Ukraine nach Oesterreich zu bringen. Damit hätten wir das Auslangen gefunden. Was den österreichischen Hofräten und Militärgewaltigen nicht gelungen ist, ist auch den Deutschen nicht gelungen. Deutschland ist mit 2000 Waggone uns gegenüber im Rückstande, gerade jene Menge, die nötig wäre, dass wir auskommen. Auch in

Deutschland wurde die Brotquote gekürzt, aber diese einschneidende Massnahme wurde dort einem Mopat vorher bekanntgegeben, so dass man sich rechtzeitig darauf einrichten konnte. In Wien wurden am Donnerstag und Freitag noch die Mehlmengen im vollen Ausmasse verteilt und Samstag waren bereits die Bäcker beliefert. Samstag abends kam der Sektionschef des Volksernährungsamtes zu mir, eröffnete mir, dass vom Sonntag an die halbe Brotquote auszugeben sei und ersuchte mich, dies zur Kenntnis zu nehmen. Ich verweigerte diese Kenntnisnahme, protestierte gegen die Verfügung und erklärte, ich werde den Gemeinderat einberufen, damit er zu dieser Angelegenheit Stellung nehme. Ich will ja anerkennen, dass die Herren im Ernährungsamte alles getan haben, um die Katastrophe abzuwehren. Am Sonntag in der Frühe hätte ein Komunique der Regierung über die Kürzung in den Blättern erscheinen sollen. Ich suchte die Verlautbarung in den Zeitungen, fand sie aber nicht. 9 Uhr vormittags telefonierte ich dem Sektionschef im Volksernährungsamte bezüglich der Verlautbarung und er erklärte mir, er habe sie ebenfalls umsonst gesucht; die Verlautbarung wurde vom Ministerratspräsidium inhibiert, die Gründe hiefür kann ich nur vermuten. Montag nachmittags erfolgte dann die Verlautbarung. Ein grosser Teil der Bäcker war bis Montag früh nicht verständigt und gab an die Kunden die volle Brotquote aus. Die Folge davon wird sein, dass diese Leute kein Brot bekommen werden. Es kann unmöglich der gesetzliche Standpunkt so weit verrückt sein, dass das Publikum einen nicht verlaublichen Verordnung oder ein unterdrücktes Komunique befolgen soll.

Der Bürgermeister verweist dann darauf, dass die ganzen Ernährungsverhältnisse in Wien betrübend sind, verweist auf die Eier- und Milchnot und bemerkt, dass in dieser Woche die Zuweisung von einem halben Kilogramm Kartoffeln an die Bevölkerung die letzte sein werde, wenn nicht Zuschübe noch kommen. Die Opferwilligkeit der Bevölkerung sei gewiss hervorzuheben, aber es gebe einen psychologischen Moment, dass die Tragfähigkeit der Bevölkerung zu Ende und am Rande des Durchhaltens ist.

Der Bürgermeister bringt sodann nachstehenden Telegrammwechsel zur Kenntnis des Gemeinderates:

Telegramm des Bürgermeisters an Exzellenz Ludendorf: Die Bevölkerung der Kaiserstadt Wien bewundert die Ruhmestaten der Heldentaten an der Front und trägt mit hingebungsvoller Geduld und Entsagung die schweren Lasten und Entbehrungen des Aushungerungskrieges. Die heute verfügte Kürzung der Brotquote in Wien, welche eine furchtbare Steigerung der bisherigen Lebensmittelnöten der breiten Massen darstellt veranlasst mich an Eure Exzellenz mit der ergebenen und drängenden Bitte heranzutreten zur Linderung des Notstandes eine Aushilfe mit Mehl aus den deutschen Vorräten sofort verfügen zu wollen.

Exzellenz Ludendorf erwidert: Besten Dank für den Ausdruck Ihrer treuen Gesinnung. Vom Herzen gern würde ich der Bevölkerung Wiens in ihren schweren wirtschaftlichen Nöten helfen, aber mehr, wie von deutscher Seite getan wird, ist leider nicht mehr möglich; alle Getreideinfuhren aus Rumänien, Bessarabien und der Ukraine werden restlos Oesterreich überlassen und auch die für die Westfront bestimmten Sendungen habe ich im April, Mai und Juni trotz eigener schwerer Ernährungsfrage Oesterreich

zur Verfügung gestellt. Jetzt sind aber derartige Reserven nicht mehr vorhanden und ich bin ausserstande, weitere Aushilfen zu leisten. Hoffentlich wird es meinen Bemühungen gelingen, die Ausfuhren aus Bessarabien und der Ukraine zu steigern, dass bald wieder grössere Mengen Oesterreich zugehen können.

Der Bürgermeister an Bürgermeister Dr. von Body, Budapest: Mit Rücksicht auf die andauernde Stockung in der Meherversorgung musste jetzt sogar die Brotquote in Wien gekürzt werden. Dieser neuerliche furchtbare Schlag trifft die Wiener Stadtverwaltung umso empfindlicher, als schon seit Wochen ein unzureichende gekürzte Mehl- und Fettquote abgegeben wird und keine Eier, keine Kartoffeln zur Verfügung stehen. In dieser schweren Sorge wende ich mich vertrauensvoll an den Bürgermeister unserer Schwesterstadt Budapest, die gewiss gerne und freudig der österreichischen Hauptstadt Mehl oder Hülsenfrüchte zur Verfügung stellen wird. In diesem furchtbaren Notstande ersucht um möglichst rasche Abhilfe Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. von Body erwidert:

Die schwere Lage der Bevölkerung der Schwesterstadt Wien erfüllt uns umso mehr mit der aufrichtigsten Teilnahme als wir trotz unserer wärmsten Sympathien unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider nicht in der Lage sind, die gewünschte Hilfe bieten zu können. Infolge der knappen Vorräte waren auch wir genötigt unsere Brot- und Mehration herabzusetzen und schon seit geraumer Zeit leben wir ohne irgendwelche Reserve von heute auf morgen. Hülsenfrüchte stehen uns schon seit monaten überhaupt nicht zur Verfügung und frisches Gemüse kommt nur in so geringen Mengen auf den Markt, die weit hinter den Bedarf unserer Bevölkerung zurückbleiben. Die Gemeinde Budapest kann überhaupt nicht über ihre Lebensmittel frei verfügen, denn sie kann die vom Landesernährungsamt zugewiesenen Mengen nur gegen Karten zur Verteilung bringen und darf dieselben anderweitig nicht verwenden. Wenn gleich wir socherart zu unseren lebhaftesten Bedauern der Stadt Wien nicht die gewünschte Hilfe leisten können, sind wir doch bestrebt die Erfüllung Ihres Wunsches nach Tunlichkeit zu ermöglichen, weshalb ich das Telegramm Euer Exzellenz dem ungarischen Ernährungsminister übermittelt und ihn mit dem Ausdrucke der wärmsten Sympathie und der aufrichtigsten brüderlichen Gesinnung ersucht habe der Stadt Wien all die Hilfe zu leisten die die Stadt Budapest selbst zu bieten zu ihrem grössten Leidwesen nicht in der Lage ist.

Weiters hat der Bürgermeister folgende Telegramme abgeseendet:

An den kgl. ung. Ernährungsminister Prinzen Windischgrätz: Lebensmittelknappheit in Wien aufs Aeusserste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, weshalb eine Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Ich stelle die dringende Bitte, die für Wien bestimmten Sendungen ungarischer Frühkartoffeln möglichst zu beschleunigen.

An den kg. bayrischen Ministerpräsidenten von Dandl: Lebensmittelknappheit in Wien aufs Aeusserste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, Stimmung der Bevölkerung erregt, weshalb Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Derzeit ist diese Versorgung unzulänglich, da nur mehr für diese Woche 1 kg pro Kopf ausgegeben werden kann. Ich beehre mich die dringende Bitte zu stellen, möglichst

höchste Stelle des Reiches um Abhilfe gewendet hätte. Von Seite Ungarns findet jetzt auch wieder beim Obst die unerhörteste Auswucherung Oesterweiche statt. jenes Ungarns, das nur durch die Söhne unserer Alpenländer davor bewahrt wurde, dass die Russen, Rumänen und Serben nicht in Budapest standen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als dass sich unser Bürgermeister an den Kaiser wende, wie es sein Vorgänger Zelinka in einem kritischen Augenblick getan, um ihm die Not und den Jammer des Volkes zu schildern und vom ihm als den obersten Faktor im Reiche Abhilfe zu erbitten.

GR. Körber führt aus, dass er noch ganz unter dem niederschmetternden Eindrucke des Ernährungsamtes von Samstag abend stehe, denn er, dessen Gewähr in engster Fühlung mit der Bevölkerung sich befinde, wisse am besten die verheerende Wirkung dieser Verfügung zu beurteilen. Am Samstag sei den Bäckern auch versprochen worden, noch in den Sonntagsblättern eine beruhigende und aufklärende Notiz zu veröffentlichen. Diese Notiz sei aber in der letzten Minute vom Presse-Departement untersagt worden. Die Regierung habe aber nicht den Mut gehabt, der Bevölkerung die wahre Sachlage bekanntzugeben, sondern es den Gewerbetreibenden überlassen, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Ein zweites Versprechen, das nicht eingehalten würde, war die Zusage, dass den Bäckern ein Plakat zur Aufklärung des Publikums übersendet werde. Man musste sich denken, dass dieses Plakat die Aufschrift: „K.k. Amt für Volksernährung“ und die Unterschrift des Ministers tragen werde. Statt des Plakates kam aber bloss ein Schreiben mit der Aufschrift: „Bäckergenossenschaft Ueber diesen „Mut“ des Ernährungsamtes müsse man einfach starr sein, das seien mehr als traurige Zustände. Unsere Soldaten plagen sich tapfer an allen Fronten und kämpfen mit Heldenmut und wir wollen nicht, dass der Feind durch die Kopfflosigkeit der österreichischen Regierung einen Sieg über uns erringe.“

GR. Kunschak: In der Geschichte Oesterreichs und die des Krieges hat es manchen schwarzen Tag gegeben und als ein solcher im bösesten Sinne muss der 15- Juni d- J- bezeichnet werden- Ein schwarzer Tag für die Bevölkerung, ein schwarzer Tag für die Helden an der Front und ein schwarzer Tag für die Regierungsweisheit, mit der wir in Oesterreich beglückt sind. Die Behandlung der Bevölkerung durch die Regierung ist eine solche, wie sie landläufig als „schuhfetzenmäßig“ bezeichnet wird. Aber nicht allein die Form ist so aufreizend und beleidigend für die Bevölkerung, sondern auch das ganze Wesen unseres Ernährungsamtes ist derart, dass es dagegen nur einen Schrei der Entrüstung der Entrüstung und des Protestes geben kann. Unsere Lebensmittelration ist nach dem Urteil ernster Gelehrter bereits eine derart geringe, dass sie als Hungerration bezeichnet werden muss und diese Hungerration noch zu kürzen, ist ein frivoles Beginnen, ein Attentat an der Gesundheit des Volkes.

Im Oktober des Jahres 1917 war sich die Regierung nach den Erklärungen des damaligen Ministers Höfer auch darüber im Klaren und es wurden der Bevölkerung alle möglichen Zubeßen versprochen und nun stehen wir vor solchen Verfügungen. Da müssen wir uns doch die Frage vorlegen, ob diese ganze Trostlosigkeit der Lage unserer Regierung wirklich erst am Abend des 15- Juni zur Erkenntnis gekommen ist. Ist es so, dann müsste man ja unsere Regierung einfach zum Teufel jagen, denn dann haben wir es mit keinem Minister mehr, sondern mit gewissenlosen Dilletanten zu tun, die mit den heiligsten Gefühlen des Volkes ihr Spiel treiben. Dass wir so weit gekommen sind, ist eine Folge unserer schlechten Wirtschaft mit den Lebensmittelvorräten, denn unsere Vorräte

würden zusammen mit den Zufuhren von aussen, die Sicherheit des Durchhaltens bis zur nächsten Ernte gewährleistet haben. Da es nicht der Fall war, ist dies nur ein Beweis für die unzweckmässige und nicht gewissenhafte Bewirtschaftung unserer Lebensmittel. Es wären sicher auch jetzt noch Lebensmittel bei uns vorhanden, z- B. im tschechischen Teil Böhmens, nur müsste man den Mut haben, sie zu erfassen. So bitter und schwer die Situation jetzt ist, so ist es doch noch nicht der Gipfelpunkt der Not und die Gemeinde wird, wenn auch schweren Herzens mit ihren geringen Vorräten noch zurückhalten müssen, um dann, wenn dieser Gipfelpunkt erreicht ist und er droht uns für die nächste und übernächste Woche, rettend eingreifen zu können. Vielleicht wird dieser traurige Moment, den wir uns ja nicht wünschen, der Bevölkerung die Augen öffnen und ihr zeigen, dass die Gemeinde im Bezug auf den Ernährungsdienst alles restlos erfüllt hat, was sie allein hat tun können.

Wir erleben eine solche Affäre bereits zum zweitenmal, und zwar in einem nicht weniger wichtigen Augenblicke, wie er am Beginne der Verhandlungen von Brest-Litowsk war. Jetzt stürzen sich an der Front unsere Helden todesmutig dem Feinde entgegen, bereit ihr Leben für Weib und Kind hinzugeben, und in diesem Augenblicke müssen sie erfahren, dass statt des Jubelrufes der Dahergebliebenen über ihren Opfermut der Not- und Angstschrei der Angehörigen zu ihnen dringt. Es ist mehr als fraglich, ob sich unsere Regierung auch nur einen Augenblick dieses Umstandes bewusst geworden ist, denn sonst hätte sie wohl andere Vorkehrungen getroffen.

Ich schliesse mit dem Wunsche, dass der liebe Gott verhüten möge, dass der schwere Feldzug den tüchtige Generale und todesmutige Soldaten die Wendung zum Siege gegeben haben, nicht um den Preis gebracht werde, durch die Dummheit und Gewissenlosigkeit im Hinterlande (lebhafter Beifall) BGM. Dr. Weiskirchner (zum Schlussworte) bemerkt, dass der Gemeinderat sich seiner Pflicht bewusst sein werde, wenn Herr von Seidler versuchen sollte, das Parlament auszuschalten und eine absolutistische Regierung mit dem § 14 einzuführen. Dr. von Seidler täuscht sich, wenn er glaubt, durch die Ausschaltung des Parlamentes die Bevölkerung mundtot machen zu können. Wir leiden momentan nicht blos unter den schlechten Ernährungsverhältnissen, sondern auch unter der trostlosen innenpolitischen Lage. Für die in Verhandlung stehende Verfügung kann niemand von uns die Verantwortung übernehmen, denn wir wurden nicht vorher gefragt, und die Verlautbarung erfolgte so spät, dass wir unsere warnende Stimme dagegen/erheben konnten. Ich darf aber die Erklärung dass der Gemeinderat nach wie vor seiner ernsten verantwortungsvollen Pflicht bewusst ist, nach Massgabe seiner Mittel in dieser schweren Stunde der Bevölkerung hilfsbereit beizustehen. Handelt es sich doch nicht nur um die Opfer, die wir alle an Gut und Blut zu bringen haben, sondern in erster Linie um unsere Kinder, und um die Zukunft unseres Staates. Wir wollen durchhalten, aber es muss uns auch die Möglichkeit gegeben werden, dass wir dies im Stande sind. Der Bürgermeister bitet schliesslich um die einstimmige Annahme der Resolution, welche auch der Regierung unterbreitet werden wird (lebhafter Beifall) Bei der schin folgenden Abstimmung wird die Resolution einstimmig genehmigt.

Es wird hierauf an die Beratung des Budgets geschritten-

VB. Hoss legt den Rechnungsabschluss für das Jahr 1915/16 vor. Er bemerkt, dass es aus technischen Gründen nicht möglich war, den Rechnungsabschluss so wie sonst dem Gemeinderate vor der Beratung mit dem Hauptvoranschlag des nächstfolgenden Jahres zu unterbreiten und bittete um die Genehmigung.

Der Hauptrechnungsabschluss wird ohne Debatte genehmigt.

VB. Hoss gibt bekannt, dass es möglich sei, den Voranschlag für das Jahr 1916/17 neuer zu beraten und teilt mit, dass der Rechnungsabschluss mit einem Abgabe von 2,210.811 Kronen abschliesst. Nachdem ein Abgang von fast 16 Millionen Kronen veranschlagt war, ist die Gebahrung um rund 14 Millionen günstiger als der Hauptvoranschlag. Der Berichterstatter bittet, diese Ziffern vorläufig zur Kenntnis zu nehmen.

VB. Hoss berichtet sodann über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1918/19. Er streift die militärische Lage, gedenkt der tapferen Soldaten an der Front und der Wiener Bevölkerung, die bewunderungswürdiger Art bemüht sei, die Schrecken des Krieges zu ertragen und bemerkt dann, dass in den gegenwärtigen Budget schon wichtige Uebergangsstrahlen vorbereitet werden, wobei vor allen sozialen Fragen die grösste Aufmerksamkeit geschenkt werde. Redner bespricht den Gegensatz zwischen der Betätigung der staatlichen und der Gemeindemaschine. Durch die Ohnmacht der staatlichen Verwaltung in der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben wurde die Gemeindeverwaltung vor die Wahl gestellt, entweder sich auf ihren gesetzlichen eingeeengten und althergebrachten Wirkungskreis zu beschränken und so ihre Finanzen zu schonen, oder an Stelle des versagenden höheren Faktors helfend einzugreifen, Aufgaben zu übernehmen, die seit jeher nicht die ihren waren und so ihre Finanzen zu gefährden. Das Gefühl der Pflichterfüllung im Interesse der Bevölkerung hat Bürgermeister und Gemeinderat keinen Augenblick zweifeln lassen, welcher Weg zu beschreiten war. So ist die Stadtvertretung in die Bresche getreten und hat insbesondere in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln das Versagen der staatlichen Organisation - soweit es noch ausser den staatlichen Zentralen und sonstigen nicht ganz zweckmässigen Schaffungen möglich war, mit Anstrengung aller Kräfte in Ordnung zu bringen, übernommen was zum Grossteile tatsächlich auch bisher noch gelang. Die Uebernahme dieser Aufgabe war sicherlich nicht dankbar, denn nur zu leicht verkennt die Bevölkerung die wahren Ursachen des Uebels und macht die unmittelbare Abgabestelle verantwortlich für die Fehler der Organisation der Aufbringung, die lokale in ihrem Machbereich naturgemäss beschränkte Behörde für die Sünden der Zentralregierung. Auch andere eigentlich staatliche Aufgaben musste die Gemeinde übernehmen, so die Wohnungs-,

Arbeits-, Tuberkulosen- und Jugendfürsorge. Die Gemeinde Wien habe den Beweis erbracht, dass sie befähigt ist, neue Aufgaben voll zu erfassen und den Forderungen der Zeit gerecht zu werden.

Der Berichterstatter verweist sodann auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde Wien, hervorgerufen durch die unmittelbaren Kriegsfolgen hauptsächlich aber durch die Schwäche der staatlichen Betätigung und die dadurch bedingte Erweiterung des Wirkungskreises der Gemeinde, sowie durch die Hemmnisse dass der Gemeinde die von ihr verlangte Bewilligung von Zuschlägen zur Einkommen- und Kriegsgewinststeuer nicht gegeben wurde. Wenn die finanziellen Sorgen der Gemeinde Wien auch ziemlich gross seien, so sei doch zu hoffen, dass bei allen Parteien des Gemeinderates und bei der Bevölkerung die richtige Auffassung für das ernste Streben der Gemeindeverwaltung um den zur Erfüllung ihrer ersten Aufgaben notwendige Opfermut zu finden sein werde. (Lebhafter Beifall).

Die Debatte wird spannung unterbrochen und wird morgen fortgesetzt werden.

grosse Zuschübe von Altkartoffeln nach Wien zu veranlassen. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in Deutschland genügend Vorräte vorhanden sein sollen, hoffe ich zuversichtlich auf Gewährung meiner Bitte. Hiemit verbinde ich zugleich den herzlichsten Dank für die bisherige Aushilfe an Kartoffeln welche uns in schwerer Zeit zur Wohltat wurde.

An den Reichskanzler Graf Hertling:
Lebensmittelknappheit in Wien aufs Aeusserste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, Stimmung der Bevölkerung erregt, weshalb Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Derzeit ist diese Versorgung gänzlich unzulänglich, da nur mehr für diese Woche 1 Kfg pro Kopf ausgegeben werden kann. Ich beehre mich die dringende Bitte zu stellen, möglichst grosse Zuschübe von Altkartoffeln nach Wien zu veranlassen. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in Deutschland genügend Vorräte vorhanden sein sollen, hoffe ich zuversichtlich auf Gewährung meiner Bitte. Ausserdem ersuche ich die deutsche Reichsregierung, auf die Zuweisung der zur Ausfuhr nach Deutschland bestimmten 600 Waggons ungarischer Frühkartoffeln zu verzichten und werde ich beim österreichischen Ernährungsamt vorstellig werden, dass diese 600 Waggons zur Gänze der Gemeinde Wien zu Gute kommen.

Bei Verlesung des Telegrammes an den Prinzen Windischgrätz bespricht der Bürgermeister: In der Vorwoche wurden 29 Waggon Frühkartoffel aus Ungarn nach Wien disponiert, die in Hünserndorf standen und dann über Intervention des Ernährungsamtes nach Prag gesendet wurden. Ich sage ganz offen, wenn die Prager Krawalle diese Wirkung haben, dann können die Herren von der Regierung auch Wiener Krawalle haben (Lebhafter stürmischer Beifall, Rufe: "Die Hochverräter kriegen die Kartoffeln!")

BGM. Dr. Weiskirchner wendet sich in entschiedenen Worten gegen die heutigen Ausführungen eines Mittagblattes (Mittagszeitung), in welchem der Stadtverwaltung Vorwürfe aus den gegenwärtigen Verhältnissen gemacht werden. Die Ausführungen des Blattes seien eine Beleidigung nicht nur des Bürgermeisters sondern auch des gesamten Gemeinderates und pflichttreuen Beamten, welche seit 4 Kriegsjahren mit voller Hingebung ihren Dienst pflichtgetreu erfüllen. Er weist solche schmähende Ausdrücke mit aller Entrüstung zurück (Lebhafte Zustimmung).

Zum Schlusse legt der Bürgermeister die heute vormittags vom Stadtrate gefasste Entschliessung zur Annahme vor.

GR. Dr. Hein führt aus, dass selbstverständlich alle Redner sich den Ausführungen des Referenten anschliessen und für die Resolution stimmen werden, da ja diese Kürzung in der Tat den Bankrott der Verwaltung bedeutet, weil sie beweist, dass wir in diesen 4 Kriegsjahren nichts gelernt haben. So ist es gekommen wie es kommen musste, denn unsere rechtzeitigen und wiederholten Warnungen vor dem Hand in den Mund leben haben nichts genützt. Wir sind jederzeit bereit, derartige Beschlüsse einmütig zu fassen, aber gerade mit Rücksicht auf den letzten Passus der Resolution möchte ich aufmerksam machen, dass der Burgfriede auch von allen Parteien eingehalten werden soll und dass die Not der Zeit auch zu antisemitischen Hetzereien ausgenützt werden darf.

BGM. Dr. Weiskirchner: Sagen Sie das auch dem Dr. Salkind.

GR. Dr. Hein: Wir sprachen uns immer gegen jede Art von Wucher aus, ob er nun von Juden oder Christen ausgeht, aber wir müssen es bedauern, wenn in einer Versammlung, die unter dem Vorsitze des Bürgermeisters tagt, derartige Aeusserungen möglich sind, wie sie GR. Kunschak am Sonntag getan hat. Wir müssen jene Ruhe und jenen Ernst bewahren, welcher dieser Zeit angemessen ist und müssen bedenken, dass ohnedies viel Zündstoff in der Bevölkerung aufgehäuft ist. Im Uebrigen schliesse ich mich der Resolution an und empfehle die einstimmige Annahme.

GR. Hohensinner: In einem bekannten Worte heisst es, "Paris ist Frankreich" und es soll heissen "das Paris das Herz Frankreichs ist. Dieses Wort könnte auch auf Wien Anwendung finden, denn auch Wien ist das Zentrum des Reiches, aber in welcher Weise Wien von Seite der Regierung vernachlässigt wird, hat sich nie deutlicher gezeigt, als in diesen 4 Kriegsjahren und wenn Wien noch nicht verhungert ist, so hat es dies gewiss nicht der Regierung zu verdanken. Die Regierung möge nicht glauben, dass die Wiener Bevölkerung gesonnen ist, noch weiter zu dulden, aber die Regierung sieht dies nicht und will auch nichts sehen, dass der Geist des des Bolschewikismus immer weiter umfängt. Es kommt dies daher, weil wir in Oesterreich, keine Konstitution haben und das Erlament nur ein Scheindasein führt. Die Regierung hätte diesen Schritt wohl nie gewagt, wenn wir ein wirkliches Parlament hätten. GR. Dr. Hein hat auf die Ausführungen des Landes-Ausschusses Kunschak reagiert. Ich würde es nicht getan haben, denn ein jeder Redner kann reden, wie es ihm schliesslich beliebt. Aber eines möchte ich ihm doch zu bedenken geben; Mit solchen Reden dient er nur der Regierung, den ihr ist es nur Recht, wenn mit solchen Reden die Aufmerksamkeit von ihr auf andere Schichten der Bevölkerung gelenkt werden. Im Uebrigen erkläre ich, dass ich der Resolution in allen ihren Teilen zustimme und ich glaube, dass es sich empfehlen würde, wenn der Gemeinderat der Regierung die grösste Entrüstung aussprechen würde.

GR. Reumann: Wenn ich zu dieser Angelegenheit das Wort nehme, geschieht es, weil infolge der Ereignisse, die sich durch die Kürzung der Brotquote abspielen, die Vertretung der Arbeiterschaft ungemein stark reagiert ist an den Folgen dieser Verfügung. Wir haben es seit Beginn des heurigen Jahres mit einer anhaltenden Erregung unter der Arbeiterschaft zu tun, die uns immer mehr zu Befürchtungen veranlasst, dass durch irgendwelche unberechenbare Ereignisse ein Moment eintreten könnte, welcher zu katastrophalen Ereignissen führt. Ich glaube, dass sie alle mit mir in der Meinung einig sind, dass gerade im gegenwärtigen Moment diese Ernährungskatastrophe am allerschlimmsten Wirken muss, und geeignet ist, uns weitere Katastrophen zu bereiten. Es ist natürlich unser Urteil auch in dem Punkt mit Ihnen einig, dass unsere Staatsgewalt keinerlei Eignung gezeigt hat, dieser Katastrophe vorzubeugen. Wenn wir die Zeit von 1914 bis heute übersehen, so finden wir, wie von Etappe zu Etappe unsere Regierung alles getan hat, damit das Ansehen unseres Staates untergraben und wir zur Einflusslosigkeit verdammt werden. Wenn wir immer von Ungarn sprechen, muss ich sagen, dass unsere Regierung nie etwas getan hat, um unseren Einfluss Ungarn gegenüber irgendwie zu kräftigen oder zu stärken. Wenn gegenwärtig irgendeine dringende Notwendigkeit besteht, so ist es die, dass diese Regierung einer anderen Platz mache, und man versu-

che, ob nicht doch irgend ein Mann sich in Oesterreich findet, der geeignet ist, im letzten Augenblick helfend und rettend einzugreifen. Durch das Wort vom "Brotfrieden" in Brest-Litowsk haben wir uns in falsche Hoffnungen einwiegen lassen, die in keiner Weise begründet waren, deren Fehlschlagen wir jetzt so bitter verspüren. GR. Dr. Hein hat sich darüber aufgeregt, dass in der Volkshalle von jüdischen Wucherern gesprochen worden ist. Da müsse man aber auch die Frage stellen, wodurch es den Wucherern, ob sie nun Christen oder Juden sind, möglich ist, diese Preistreibereien zu begehen und woher sie die Vorräte haben, mit denen sie wuchern.

Die Erfahrungen, die wir bis jetzt mit dem freien Handel machten, sind nicht sehr günstig. Die Regierung scheint selbst von der Katastrophe überrascht worden zu sein und die Nachricht über das Ausbleiben erst am Freitag erhalten zu haben. Das Kommunique wurde Sonntag deshalb nicht verlautbart, weil der Chef der Regierung der Meinung war, dass die Brotquote erst von Dienstag an gekürzt werden wird. Die jetzige Lage muss mit grösstem Ernst behandelt werden. Wir können wohl die Verwahrung gegen die Massnahme der Regierung einlegen, wir sind aber moralisch verpflichtet, uns der Verantwortung nicht zu entziehen. Wir müssen alles was in unserer Macht steht, aufbieten, um eine Milderung der gegenwärtigen Zustände herbeizuführen. Ich wünsche dass diese Verpflichtung auch Ausdruck in der Resolution fände. Mit welchem Gefühl muss der Mann in der früh in die Arbeit gehen, wenn er weiss, dass seine Familie zu Hause hungert? Aber auch der Ernährungsdienst im Heere ist gefährdet und wie sollen unter diesen Umständen die Erfolge herbeigeführt werden, die ja den von uns allen so sehnstüchtig erwarteten Frieden bringen sollen? Wir wollen nicht hoffen, dass als letzter Schritt, nachdem alles andere versagt hat, das Ständrecht und die Maschinengewehre kommen werden. Die Kürzung der Brotquote bedeutet aber auch die Verdorrung der Zukunft unseres Volkes, bedeutet das Ende der Tragfähigkeit der Bevölkerung und kein Apell an den Patriotismus wird die Friedenssehnsucht unterdrücken können. Haben wir die Gewähr, dass die gekürzte Brotquote auch noch in den nächsten Wochen gegeben werden kann? Ich glaube, der ganze Wiener Gemeinderat ist mit mir der Anschauung, dass die hungernden Wiener nicht mit Maschinengewehrkugeln gesättigt werden können. So sehr unsere Hilfe beschränkt ist, so müssen wir doch alles tun, was in unseren Kräften ist und wenn Waren zum Verteilen hier sein werden, so müssen wir die Bewirtschaftung übernehmen, alles was aufgebracht wird soll durch die Gemeinde verteilt werden, damit es in entsprechender Weise verteilt wird. Es muss im Präsidium eine Stelle errichtet werden, die in Permanenz in Verwendung steht, die jeden Moment bereits ist, einzugreifen, wenn es notwendig ist. Es ist selbstverständlich, dass es nicht möglich sein wird, Ueberstunden und Nacharbeit, zu machen. Es darf aber auch nicht der Fall eintreten, dass man die aus Mangel an Nahrung arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter in die Fabriken und Werkstätten hineintreibt. Das System der staatlichen Bewirtschaftung darf nicht durchbrochen werden, und wir bedauern die Fehler, die seitens der Regierung gemacht wurden. Wir müssen in die Resolution auch sagen, dass die gegenwärtigen Erscheinungen begreiflich sind, dass die Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, so schwere Opfer weiter zu ertragen. Wir müssen mit aller Schärfe sagen, dass die Verkürzung der Brotquote die Regierung durch ihre Lässigkeit verschuldet hat,

durch eine Summe von Unterlassungen, die seit dem Kriege erfolgt sind, dass infolgedessen die Bevölkerung nicht in der Lage ist, einen uferlosen Krieg zu ertragen, dass das Friedensbedürfnis der Bevölkerung dadurch begreiflich wird, dass man in keiner Weise dafür vorgesorgt hat, das Durchhalten ihr zu ermöglichen. (Beifall.)

GR. Dr. Mataja: Niemand hätte dem leichtlebigen Wiener Volke diese ausserordentliche Widerstandsfähigkeit zugemutet, die wir bis jetzt an ihr bewundert haben. Man kann auf eine Widerstandsfähigkeit einer Bevölkerung bauen, man darf jedoch nicht auf ihr sündigen und eine Versündigung ist die Verfüng, die sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Wenn der Zeitpunkt zwischen der Verlautbarung und dem Inkrafttreten der Verfügung länger gewesen und wenn der nur eine allgähliche Verkürzung eingetreten wäre, so wäre auch dies furchtbar gewesen, aber diese katastrophale Wirkung wäre nicht eingetreten. Die Folgen sehen wir schon an den Schleichhandelspreisen mit Brot von 8 Kronen bis ein Laib Brot auf 35 Kronen in der Leopoldstadt hinaufgeschneilt. Niemand kann an die Bevölkerung die Anforderung stellen, mit dieser Quantität Brot das Auslangen zu finden und niemand kann die Verantwortung übernehmen, dass Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden können. Wenn der Hunger die tierischen Instinkte aufstachelt, sind Uebergriffe zu gewärtigen. Auf unseren Schultern ruht eine natürliche Mitverantwortlichkeit für die Handlungen der Regierung, wir können uns vom Staate nicht lossagen. Sollten wir hinausstreichen und die Bevölkerung zur Ruhe und Mässigkeit mahnen, das ist eine höchst unehrenbare Aufgabe. Wir müssen der Regierung nahe legen, dass sie diese ernste Situation nicht voll erfasst hat. In den Jahren vorher ist immer ein Wunder eingetreten, das uns über die kritischen Zeiten weggeholfen hat. Heuer ist das Wunder nicht eingetreten, es folgte der Umschmiss.

Die Wiener Bevölkerung kennt keinen Ministerpräsidenten noch weniger die anderen Minister, sie kennt nur den Kaiser und den Bürgermeister. Diese beiden Personen haben immer die Verantwortung zu tragen. Die Regierung hat die Pflicht, sich vor den Kaiser zu stellen und sich nicht hinter den Kaiser zu verstecken. Es ist ausgeschlossen, dass wir wochenlang nur mit einer gekürzten Brotquote durchhalten. Der Fehler der Regierung liegt nicht bloss darin, dass sie für die jetzige Zeit nicht im geringsten vorsorgen konnte, sondern auch darin, dass sie erst im letzten Moment die Verlautbarung erliess und dass die Verlautbarung in einer so kurzen nöthigen Weise erfolgte. Sie hätte in einem grossen Edikt und mit offenen Worten die Sache erklären und an die Bevölkerung appellieren sollen, damit hätte sie immerhin ihre Fehler noch etwas verringern können. (Lebhafter Beifall.)

GR. Stein erklärt, dass die demokratische Vereinigung des Wiener Gemeinderates der vom Bürgermeister vorgelegten Resolution vollständig zustimmen werde. Er verlangt, dass Ungarn uns Hilfe bringe, ferner verlangt er, dass der Wirtschaft durch die privaten Zentralen ein Ende gemacht werde und die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel unter Heranziehung des legitimen Handels durchgeführt werde. Er hätte gewünscht, dass die energische Sprache, welche der Bürgermeister heute gegen die Regierung anschlug, schon früher in diesem Saale ertönt hätte. Es wäre aber auch notwendig gewesen, dass der Bürgermeister sich an die

159

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Juni 1918. Nr 159.

Zur Kürzung der Brotration. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat auch an den bayrischen Ministerpräsidenten von Dandl die telegraphische Bitte um Hilfeleistung gerichtet. Darauf langte folgende Antwort ein: Telegramm erhalten. Habe sofort Minister des Innern von Brettreich verständigt und gebeten, die Möglichkeit der Kartoffelabgabe zu prüfen und Euer Exzellenz zu benachrichtigen.

Der Minister des Innern Dr. von Brettreich sendete folgende Telegramm: Kartoffellieferungen aus Bayern nach Oesterreich wegen eigener schwieriger Lage zu meinem lebhaftesten Bedauern nicht mehr möglich. Für Lieferungen nach Oesterreich ist überdies das Kriegsernährungsamt in Berlin zuständig, an das heranzutreten, ich anheim stelle.

Niederlassung russischer Kriegsgefangener in Wien. Eine Anzahl von russischen Kriegsgefangenen, welche derzeit im Lager bei Maria Enzersdorf interniert sind, beabsichtigt, nicht nach Russland zurückzukehren, sondern sich in Wien niederzulassen. Dem Berufe nach sind es Schuster, Schuhober-
teilerhrichter, Schlosser, Schneider u.s.w. Die Militärverwaltung legt einen Kataster an, um festzustellen wieviele Russen und wo sie sich niederlassen wollen und wie sich die gewählte Aufenthaltsgemeinde dazu verhält. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Hein der Ansiedelung von 7 Personen zuzustimmen; gegen den Aufenthalt von 2 Personen, welche wegen Diebstahles bestraft sind und daher unverlässlich sind, Einspruch zu erheben.

Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen.

Im Stadtrate berichtete VB. Hoss über die infolge des Abganges bei den Unternehmungen notwendig gewordene Tarifierhöhungen. Für die städtischen Strassenbahnen beantragte er folgende Fahrpreiserhöhungen: Für eine Fahrt im Werktags-Frühverkehr, sowie für Kinder- und Schülerfahrten und die sonstigen Fahrten, die bisher 16 Heller kosteten, Erhöhung auf 20 Heller.

Für die Fahrten, welche bis jetzt 22 Heller kosteten, ein Erhöhung auf 30 Heller bis 9 Uhr abends und auf 40 Heller nach 9 Uhr abends bis Betriebsschluss.

Die Fahrpreise zu 32 Heller für mehr als 4 Teilstrecken werden auf 40 Heller, die Hin- und Rückfahrtscheine von 32 Heller auf 42 Heller und die Nachtpreise nach dem gewöhnlichen Betriebsschluss von 40 Heller auf 50 Heller erhöht.

Die Preise für Netzkarten sollen betragen: monatlich 50 Kronen (bisher 36 Kronen), halbjährlich 260 Kronen (bisher 190 Kronen).

Die Streckenkarten werden von 16 Kronen auf 21 Kronen, von 20 auf 25 Kronen und von 25 auf 30 Kronen erhöht.

Für eine Fahrt im Tarifgebiet 2 auf einer Teilstrecke wird der Preis bis 9 Uhr abends von 22 auf 30 Heller, nach 9 Uhr abends von 22 auf 40 Heller erhöht. Der Preis für die Fahrt auf zwei Teilstrecken wird von 32 Heller auf 50 Heller, auf drei Teilstrecken von 40 Heller auf 60 Heller und auf vier Teilstrecken von 50 Heller auf 70 Heller erhöht. Der Nachlass bei Vorverkaufsscheinen wird von 15 % auf 10 % vermindert.

StR. Spalowsky stellte folgende Anträge: Für alle öffentlichen und privaten Angestellten, sowie für Arbeiter werden über Ansuchen Legitimationen ausgestellt, welche zur viermaligen Fahrt zwischen dem Wohn- und Arbeitsorte gegen Entrichtung eines Fahrpreises von 20 Heller für jede Fahrt berechtigen.

Der Spinn- und Feiertagspreis für Kinder ist mit 12 Heller zu belassen.

Der Preis der Streckenkarten für zwei Teilstrecken ist mit 20 Kronen monatliche festzusetzen.

Der erste Antrag wurde abgelehnt. Die Referentenanträge mit den zwei anderen Abänderungsanträgen des StR. Spalowsky wurden genehmigt.

VB. Hoss berichtete sodann über die Erhöhung der Tarife der städtischen Gaswerke. Gaswerksdirektor Ingenieur Menzel wies darauf hin, dass die Gesteuerungskosten für die Erzeugung des Gases in den letzten Jahren eine ausserordentliche Steigerung erfahren haben, so dass sich die Kosten für 1 m³ Gas um 8 Heller höher als im Vorjahre stellen. Von grossem Einfluss auf die Preisstellung sei auch der Umstand, dass für die Nebenprodukte, welche zum grossen Teile vom Staate bezogen werden, Höchstpreise festgesetzt sind, die den allgemeinen Preissteigerungen nicht mehr entsprechen. So müssen die Wiener Gaswerke den Teer um 8 Kronen per Meterzentner abgeben, während das Budapester Gaswerk hierfür 12 Kronen erhält. Diese Differenz allein bedeute einen Ausfall von rund einer Million Kronen im

Jahr.

An der Debatte beteiligten sich die StRe. Körber, Nemetz Müller, Jung, Zatzka und Brauneiss. Die StRe. Poyer und Schmid stellten folgende Resolution: Der Stadtrat fordert angesichts der ausserordentlich gestiegenen Gesteuerungskosten der Wiener städtischen Gaswerke eine diesen Verhältnissen volle Rechnung tragende Erhöhung der staatlich festgesetzten Preise für die bei der Vergasung sich ergebenden Nebenerzeugnisse. Der Stadtrat erwartet, dass bei diesen Preisfestsetzungen die österreichischen Gaswerke nicht ungünstiger als die ungarischen behandelt werden.

Nach dem Antrag des Berichterstatters wurde der Gaspreis von 20 Heller auf 26 Heller per m³, für Automaten wurde die Gasmessermiete von 1 Krone auf 3 Kronen pro Monat erhöht.

VB. Hoss berichtete schliesslich über die Regelung der Preise der städtischen Elektrizitätswerke. Direktor Ingenieur Karel gab eine Darstellung der finanziellen Lage der Werke und betonte die Notwendigkeit der Erhöhung der Strompreise.

An der Debatte beteiligten sich die StR. Nemetz, Poyer, Schmid und Hötzel. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurden die Strompreise in der Weise erhöht, dass die bisherigen Zuschläge von 17 bis 20 % auf 60 % erhöht wurden.

Invalidenamt Wien. Am 20. d.M. wird das im Sinne des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 5. März 1918 neu geschaffene Invalidenamt Wien seine Tätigkeit beginnen. Hervorgegangen aus einer Vereinigung der k.k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide und der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, welche bisher ihren Sitz im Neuen Rathaus bei Magistrats-Abteilung 11 hatte, wird das Invalidenamt Wien in den bisherigen, entsprechend erweiterten Räumen der k.k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide, 7. Bezirk Neubaugürtel 32 amtierend. Es werden also daselbst Auskunftserteilung, Berufsberatung, Nachbehandlung, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Barmitteln, Kleidung, Arbeitsgerät, Hilfe bei der Selbstständigmachung, die Mitwirkung bei der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten u.s.w. in seinen Wirkungskreis fallen. Doch auch die städtische Beratungsstelle wird ihre Tätigkeit, insoweit sie über den bezeichneten Agendenkreis des Invalidenamtes hinausgeht, - also hauptsächlich Fragen des staatlichen Unterhaltsbeitrages für die Angehörigen von Eingerückten u.s.w. - betrifft in den schon bezeichneten Amtsräumen 7. Bezirk Neubaugürtel 32 mit regstem Interesse weiter entfalten.

Auszeichnung. Magistratskommissär Dr. Ignatz Pichler, Sohn des Gemeinderates Johann Pichler wurde für vorzügliche Dienstleistung vor dem Feinde durch die Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone am Bande der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. Ein zweiter Sohn des genannten Gemeinderates steht ebenfalls als Offizier im Felde.

Pferdelizitationen. Mit Rücksicht auf die sich ergebenden Schwierigkeiten bei der Abgabe von Ersatzpferden für niedrig geschätzt bewesenen Lizitationspferde können im Falle Mangels an Ersatzpferden gleichen Ausrufspreises auch Ersatzpferde mit höheren Ausrufspreisen an die ersatzberechtigten Käufer von Lizitationspferden abgegeben werden, wenn der Ersatzberechtigte die Differenz zwischen dem Ausrufspreise des zu übernehmenden

Pferdes und dem Ausrufspreise des ursprünglich gekauften Lizitationspferdes bar erlegt.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 19. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung, worauf sofort in die Verhandlung über den Hauptvorschlag für das Verwaltungsjahr 1918/19 (Berichterstatter VB. Hoss) eingegangen wird.

Eine Generaldebatte entfällt.

Als erster Redner spricht zur Gruppe 1 GR. Dr. Granitsch welcher ausführt: Die Opposition verüble es der Mehrheit nicht, dass das Budget einen Abgang von vielen Millionen Kronen aufweise. Es habe ihn angenehm berührt, dass Bürgermeisters Dr. Weiskirchner gestern gelegentlich der Ernährungsdebatte mit grosser Energie gegen die Schuldtrageden aufgetreten sei. Die Regierung werde einem Bruche des Wiener Gemeinderates nicht leicht widerstehen können. Unzählige Versäumnisse habe sich die Regierung in den 4 Jahren des Krieges zuschulden kommen lassen, die Sünden der Verwaltung kommen auch in dem Gemeindebudget zum Ausdruck. Der Krieg habe aber auch gezeigt, dass die österr. Landwirtschaft ausserordentlich rückständig ist. Die Schutzzölle hatten wohl den Erfolg, dass die Landwirte reichen Gewinn hatten, sie verhinderten aber eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung. Die ungarischen und die österreichischen Agrarier sind die wirklichen Feinde. Der Wiener Gemeinderat müsse heute schon seine Stimme gegen Festsetzung von Zöllen für die Getreide- und Vieheinfuhr erheben. Die österreichische Verwaltung habe nicht einmal die Macht, Nahrungsmittel aus den Ueberschussbezirken des Reiches nach Wien zu bringen.

Der Redner bespricht sodann die gegenwärtigen Zensurverhältnisse in Wien und bemerkt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung gegen die Knebelung des freien Wortes sich wahren müsse. Ein Organ wie der Abend sei eine Notwendigkeit gewesen, eine Kritik müsse sein. (Zwischenruf: Kritik wohl aber keine Verleumdungen!) Die bedeutendste Individualität die Oesterreich im Weltkrieg hatte, musste abtreten, Graf Czernin, der uns dem Ostfrieden brachte und der uns den Ausbau Oesterreichs auf demokratischer Grundlage in Aussicht stellte. Herr von Seidler, der als eine nationale Notwendigkeit hingestellt wird, habe nichts getan, um endlich die lex Kolisko zur Tat zu machen. Die österreichischen Regierungen sind selbst schuld daran, dass sich die nationalen Streitfragen nicht lösen lassen, denn sie können sich nur dadurch halten, dass eine Nation gegen die anderen hetzt. Was die Ausführungen des GR. Kunschak anbelangt, war es ein grosses Unrecht, schon wieder auf die jüdischen Schleichhändler hinzuweisen und die christlichen gar nicht zu erwähnen, statt beide zu bekämpfen.

Zur Fragen der kommenden neuen Besteuerungen müsse er sich im Namen seiner engeren Parteifreunde gegen die neulichen Tarifierhöhungen aussprechen. Er finde eine teilweise Erhöhung der Umlagen gar nicht so unangebracht, wie es immer dargestellt worden, es müsse nur ein Unterschied gemacht werden. Die Zinsheller bei kleinen Wohnungen müssen selbstverständlich freibleiben, aber die Zinsheller der grossen Wohnungen, die die vielen Kriegsmillionäre bewohnen, vertragen ganz gut eine solche Erhöhung.

Von der Wahlreform hören wir auch nichts mehr. Die Redner in der energischsten Weise reklamieren. Nach langer Zeit sind Kollegen unserer Partei in den Stadtrat eingezogen aber trotzdem seither fast ein Jahr verfloßen ist, ist noch kein Stadtrat der Opposition am Referententische erschienen, das sei ein Skandal denn es gebe keine Stadträte erster und zweiter Klasse. Redner schliesst: So schlecht das Budget auch sein mag, wenn der Zeitraum für den es gilt uns das bringt, was wir alle ersehnen, den Frieden, werden wir diesen Budget nichts nachtragen.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 62. Woche und zwar für diese Woche im erhöhten Ausmasse von 25 dkg für den Kopf an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufscheine gegen Abtrennung der beiden Buchstaben V und W an folgenden Tagen in den Vormittagsstunden abgegeben werden: Samstag, 22. A bis F, Montag, 24. G bis K, Mittwoch, 26. L bis R und Donnerstag, 27. d.M. S bis Z. An die Besitzer von w e i s s e n Einkaufscheinen wird an denselben Tagen von 4 Uhr nachmittags an, inselange die Vorräte reichen, Pferdefleisch im Höchstausmasse von 1 kg für jeden Haushalt zum ermässigten Preise von K 8^{.-} für Vorderes und K 10^{.-} für Hinteres gegen Abtrennung des Abschnittes XIV vom weissen Einkaufschein in nachstehenden Ständen und Geschäften der Grossschlachtereier A.G. abgegeben werden: 2. Volkertplatz, (für Bewohner des ersten und zweiten Bezirkes), 3. Thomasplatz, 4. Phorushalle, 5. Kohl-gasse, 6. Gumpendorferstrasse (für Bewohner des 6. und 7. Bezirkes), 8. Albertgasse, 9. Viriotplatz, 10. Kolumbusplatz, 11. Enckplatz, 12. Niederhofstrasse, 13. Hütel-dürferstrasse, 14. Zollersperggasse, 14. Meisselstrasse, 15. Neubaugürtel, 16. Johann Nepomuk Berger -Platz, 16. Yppenplatz, 17. Dornerplatz, 17. Wallgasse, 18. Gersthofer Markt, 19. Hannoverplatz, 20. Innstrasse, 21. Floriäsdorf und 21. Stadlau.

GR. Rotter beschäftigt sich mit der Ordnung der Gemeindefinanzen und schlägt eine Gemeindeabgabe auf Börsenschlüsse, auf die Eintrittspreise am Turf, sowie die Erhöhung der Spitalgebühren für Wohlhabendere vor. Weiters bespricht er das gänzliche Versagen der Zentralen, wobei er sagt, man habe die Bevölkerung einer Bande von Plasmachern, Preistreibern und Schleichhändlern ausgeliefert. Auch das Parlament habe gänzlich versagt und sich statt mit der Regelung der Ernährung mit Staatszersetzung befasst. Zum Schlusse forderte er im Interesse der Volkswirtschaft die Entlassung der älteren Selbstständigen.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Reumann führt aus: Unter dem Eindrucke des Zusammenbruches des staatlichen Ernährungsdienstes, den wir gestern ausführlich besprochen haben, tritt das Interesse an der Budgetdebatte naturgemäss in den Hintergrund, obwohl gerade das gegenwärtige Budget mit seinem Gesamterfornisse von 355 Millionen Kronen allen Anlass zu eingehender Erörterung bieten würde. Es ist ja bekannt, dass unser Budget immer anfechtbar war und von uns schon der saloppen Art wegen in der die Ansätze eingestellt werden, wiederholt angefochten wurde. Da die Ansätze niemals ganz richtig waren wurden wir oft im letzten Moment gezwungen, für eine Wiederherstellung des Gleichgewichtes vorzusorgen; dasselbe wird ja auch bei dem vorliegenden Budget wieder der Fall sein.

Der Redner bemerkt, dass ein grosses Reservoir zur Deckung des Abganges in jenen Beträgen zu finden sei, die für verschiedene grössere Bauten schon seit Jahren veranschlagt sind, und bespricht sodann die in Aussicht genommenen Tarifierhöhungen der grossen städtischen Unternehmungen. Namentlich die Erhöhung der Fahrpreise der städtischen Strassenbahnen sei eine tief einschneidende Massnahme. Er müsse warnen, in der jetzigen Zeit einen solchen Beschluss zu fassen,

da die Bevölkerung ausserordentlich empfindlich sei. Man möge sich deshalb mit dieser Frage Zeit lassen und darüber nachdenken, ob nicht ein anderes Mittel vorhanden sei, um das Gleichgewicht im Stadthaushalte herzustellen. Da die Bevölkerung gleichmässig zu den Lasten des Staates und der Gemeinde herangezogen werde, müsse sie auch der gleichen Rechte teilhaftig werden. Das Wahlrecht in der Gemeinde müsse derart abgeändert werden, dass auch die breiten Schichten der Bevölkerung eine entsprechende Vertretung erhält. Wie das Wahlrecht geändert werden soll, darüber bestehen in der christlichsozialen Partei selbst verschiedene Meinungen. Die Arbeitervertreter wollen das allgemeine gleiche Wahlrecht mit dem Proporz, während die bürgerlichen Vertreter einen davon abweichenden Standpunkt haben. Die Sozialdemokraten sind für die Beseitigung des Wahlkörpersystems, wollen aber auch nicht die Einführung von 2 Kurien, sondern das allgemeine gleiche Wahlrecht mit dem Proporz. Sie verlangen aber auch das Frauenwahlrecht, welches mehr zu Gunsten der Christlich-Sozialen als der Sozialdemokraten ausfallen wird. Die Frauen haben sich Verwaltungsaufgaben gewachsen gezeigt, deshalb muss ihnen auch das Recht eingeräumt werden, an der Verwaltung teilzunehmen. Dieses Recht darf den Frauen nicht mehr vorenthalten werden.

Ich möchte nun einige Worte über den Stadtrat sagen. Dr. Granitsch hat gemeint, dass noch von keinem Stadtrat der Opposition ein Referat erstattet worden ist. Ich weiss nicht, ob er von den beiden Herren beauftragt wurde, sie unter seine schützenden Fittiche zu nehmen, (lebhaftes Heiterkeit) aber es hat jedenfalls komisch ausgesehen, dass die beiden Herren hier durch einen Dritten eine Beschwerde vorbringen liessen. Wenn die Opposition in den Stadtrat einzieht, muss man sich noch nicht einbilden, dadurch die vollkommene Gleichberechtigung im Stadtrate erzielt zu haben.

GR. Angermayer: Warum beschwerten sich die Herren nicht selbst?

GR. Reumann: Die Herren hätten ja das Recht gehabt, im Stadtrat sich zu beschweren, dass sie es überhaupt eventuell tun müssen, kommt daher, dass hier Allen noch die Schlacken der alten Ordnung, der ganz skrupellosen Unterdrückung der Minorität anhängen.

GR. Partik: Das sieht so aus, als ob die Herren der Opposition von lauter Unterdrücken, nichts als blaue Flecke haben (lebhaftes Heiterkeit)

GR. Müller: Im Stadtrat hat sich Dr. Hein noch nie beschwert.

GR. Reumann: Die ganze Zusammensetzung des Stadtrates bringt es ja mit sich, dass der einzelne Stadtrat nur einen geringen Einblick in die Geschäftsgebarung erlangt. Wenn es eine Zeit gegeben hat, wo wir wenigstens ein Kontrollrecht im Stadtrat verlangten, so halten wir diese Zeit für überholt und wird unsere Forderung nach einer Vertretung im Stadtrate nicht mehr erfolgen. Wir verzichten vielmehr feierlichst auf ein Stadtratsmandat, da wir die uns zukommende Vertretung in dem Momente haben werden, in welchem sich die ganze Hinfälligkeit dieses gegenwärtigen Wahlrechtes erweisen wird. Wir wissen, dass dieses Wahlrecht nicht mehr lange adrecht erhalten werden kann. Wir wissen, dass die Zeit gekommen ist, wo Bresche gelegt werden wird in das Wahlprivileg, wir wissen, dass die Wahlreform kommen muss

und zwar schon in der allernächsten Zeit und wir wissen, dass die Tag der kompakten Majorität der Christlich Sozialen in diesem Saale gezählt sind und deshalb können wir ruhig zuwarten und auf ein Stadtratsmandat verzichten, das Sie uns nur aus Gnade einräumen wollen, um uns zu einer Aschenbrödelrolle zu verurteilen.

Ebenso rückständig und im höchsten Grad reformbedürftig ist das Wahlrecht in den Bezirksvertretungen, das gleichzeitig mit dem Gemeindevahlrecht reformiert werden müsse. Sie können diese Wahlreform zwar verzögern, niemals aber verhindern.

BGM. Dr. Weiskirchner: Das wollen wir auch gar nicht.

GR. Reumann bespricht nun die im Laufe der Zeit erfolgten verschiedenen Zuwendungen an die städtischen Beamten, die er für vollauf gerechtfertigt findet, denn die städtische / Beamtenschaft habe während des Krieges geradezu kolossale Leistungen vollführt, einzelne Abteilungen wurden in musterhaftester Weise geleitet, insbesondere alle jene, welche unseren Ernährungsdienst eingegriffen haben, haben mit einer bewunderungswürdigen Präzision gearbeitet. Aber auch andere Beamte und Aemter haben im Kriege harte und schwere Arbeit geleistet, wie das Konskriptionsamt und die Magistratsabteilung XVI-, und was auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge jetzt geleistet wurde, verdient unsere vollste Anerkennung, wenn auch die vielen Versäumnisse der früheren Jahre sich jetzt nicht gut machen lassen.

Der Redner bespricht sodann nochmals die Frage der Erhöhung des Strassenbahntarifes vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus und glaubt, dass die arbeitende Bevölkerung durch die Erhöhung des Strassenbahntarifes schwerer getroffen werde, als durch die Erhöhung des Zinshellers. Der Redner erklärt schliesslich, dass die Sozialdemokraten, solange das gegenwärtige Gemeindevahlrecht besteht und solange eine auf Grund dieses Wahlrechtes gewählte Mehrheit in der Ratsstube sitzt, den Voranschlag der Gemeinde nicht bewilligen könne, weil sie zu einer solcher Art zusammengesetzten Gemeindeverwaltung kein Vertrauen haben könne.

GR. David erklärt, dass der Gemeindeverwaltung kein Vorwurf für die mangelhafte Versorgung der Gemeinde Wien gemacht werden könne weder was die Ausübung noch die Verteilung anbelangt, wohl aber müssen gegen die Regierung, gegen die Staatsverwaltung schwere Vorwürfe erhoben werden. Er könne nicht begreifen, dass der gegenwärtige Ministerpräsident sich für so unersetzlich halte und absolut nicht von seinem Posten weichen wolle.

Auf die Approvisionierung zurückkommend, muss ich sagen, es wäre ungerecht, ja geradezu lächerlich, unserer Gemeindeverwaltung einen Vorwurf zu machen, wenn nicht immer alles geklappt hat, denn keine noch so exakt arbeitende Gemeindeverwaltung wäre in der Lage gewesen, eine Zweimillionenstadt durch 4 Kriegsjahre ohne alle Klagen und zeitweilig Anstände zu versorgen; es treten eben immer Momente der Not ein. Wir leben ja in einer belagerten Festung und sogar unsere Nachbarn, die Ungarn, geben uns nichts, mit denen wir ja in einer Zivilehe zwischen Herrn Stephan und dem Fräulein Austria leben (Heiterkeit) und zwar deshalb, weil sich eine Zivilehe leichter wieder lösen lässt. Redner spricht dann über einige Teilfragen des Budgets und den Fehlbetrag von 17 Millionen und sagt, dass die zur Deckung beabsichtigten Erhöhungen sehr unpopulär wären und die Sympathien der Wählerschaft kosten können.

GR. Poyer: Da können Sie ja nur froh sein, denn da kommen Sie ja früher dran! (Heiterkeit).

GR. David: O nein, ich stehe auf dem Standpunkt, dass es sogar eine gewisse Gefahr für uns wäre, jetzt die Verwaltung zu übernehmen. (Neuerliche Heiterkeit). Jedenfalls bitte ich Sie dringendst, jetzt von allen Erhöhungen Abstand zu nehmen, denn die Nerven der Bevölkerung sind gespannt bis zum Zerreißen.

GR. David bespricht ferner die Wahlrechtsfrage und fordert das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes mit dem Proporz, welches letzterer für alle Institutionen der Gemeinde, auch für den Bezirksrat zu gelten hat. Diese Korporation dürfte nicht einseitig zusammengesetzt werden, damit nicht solche Dinge vorkommen wie in dem Falle der Firma Eisler & Wachalowski, der um einen minimalen Bestandzins Strassenzüge für ihren Betrieb zur Verbauung überlassen wurden und der in der nächsten Zeit noch weitere Baubegünstigungen eingeräumt werden sollen. Die Beratung wird sodann abgebrochen und morgen um 4 Uhr nachmittags fortgesetzt.

-.-.-.-.-

161 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,

Wien, I., Neues Rathaus.

I. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. Juni 1913. Nr 181.

Zur Kürzung der Brotquote. Der Stadtrat hat gelegentlich der Fassung einer Entschliessung über die Kürzung der Brotquote auch beschlossen, diese Entschliessung durch öffentlichen Anschlag der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Auf die von Bürgermeister Dr. Weiskirchner angesuchte Bewilligung erging von der Polizeidirektion die Verständigung, dass diesem Ansuchen aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung eine willfahrende Folge nicht gegeben werden könne. Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte in der heutigen Stadtratsitzung Mitteilung über diese Angelegenheit und über seinen Antrag wurde beschlossen, einen Rekurs gegen diesen Bescheid nicht zu ergreifen, da diesem Rekurse eine aufschiebende Wirkung nicht zukomme.

Zur Schaffung des städtischen Gesundheitsamtes. Das Wiener medizinische Doktoren-Kollegium hat an Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehende Zuschrift gerichtet: Das Präsidium des Wiener medizinischen Doktoren-Kollegiums hat die Entschliessung Eurer Exzellenz betreffs der Erweiterung des Wirkungskreises des Stadtphysikates um Umgestaltung desselben in ein selbstständiges Gesundheitsamt mit grosser Befriedigung zur Kenntnis genommen. Dank Ihrer Kraftvollen Initiative ist Wien die erste Stadt Oesterreichs, in welcher nicht nur den beamteten Technikern, sondern auch den beamteten Aerzten ein erweiterter Wirkungskreis zuerkannt wurde. Mit der Schaffung dieser Zentralstelle ist ein langjähriger Wunsch der Aerzteschaft nach Selbstständigkeit und eine Vereinfachung der Geschäftsgebarung zur Tatsache. Euer Exzellenz hiefür herzlichst zu danken, ist uns eine angenehme Pflicht. Wir geben der Versicherung Ausdruck, dass die Aerzteschaft Wiens stets gern bereit sein wird, Ihre grosszügigen Bestrebungen um den Ausbau der Volksgesundheit in unserer Vaterstadt zu fördern und zu unterstützen.

Die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft bei der Regierung. In Ausführung des Beschlusses der Zentralstellen der christlichen Arbeiterorganisationen sprachen heute unter Führung des Landes-Ausschusses Kunschak die Herren Abg. Anderle, Werkmann der k.k. österr. Staatsbahnen Haider, GR. Ullreich und der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Untermüller beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler vor um den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft in der Frage der Brotverkürzung und der Ernährungsverhältnisse überhaupt zum Ausdruck zu bringen. Der mehr als einstündigen Aussprache wohnten bei: der Minister des Innern Pitter von Geyer, ferner Finanzminister Freiherr von Wimmer, der Eisenbahnminister Freiherr von Banhans und der Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, ferner in Vertretung des Ministers für Volksernährung Oberst Wallerstorfer. Landesausschuss Kunschak legte in eindringlichen Worten die schwere Belastung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung durch die Verkürzung der Brotration dar und brachte den Wunsch der christlichen Arbeiterschaft zum Ausdruck, durch Verabreichung anderer Lebensmittel den Entgang erträglich zu machen. Er verwies sodann darauf, dass die Regierung trotz des schon im Jänner vorgebrachten Protestes neuerdings einseitig mit den Sozialdemokraten als Vertretern der Arbeiterschaft verhandelt hat. Der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Untermüller betonte, dass von Seiten der christlichen Gewerkschaften zur Erleichterung der durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse herbeigeführten Notlage entsprechende soziale Massnahmen seitens der Regierung gefordert wurden, die sich jedoch nicht nur auf die Munitions- und Staatsarbeiter, sondern auf die gesamte Arbeiterschaft und Angestellten erstrecken müssen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes christlicher Eisenbahner Oesterreichs Haider nahm unter anderen Gelegenheit auf die ungemein schwierigen Verhältnisse des Eisenbahnpersonales zu verweisen und trat für die Ehesten und weitestgehende Erfüllung der *höflich* von den Eisenbahnerorganisationen überreichten Forderungen ein. Obmann des christlichen Tabakarbeiterverbandes Oesterreichs Ullreich verwies auf die Lage der Staatsarbeiter namentlich der Tabakarbeiter, die einer besonderen Fürsorge in Bezug auf Lohn, Lebensmittel und Urlaub bedürfen. Landesausschuss Kunschak verwies auf die unzulängliche Lebensmittelversorgung der städtischen Bediensteten insbesondere jener, der drei kontinuierlichen Betriebe Gas, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen. Schliesslich brachte Landesausschuss Kunschak und GR- Ullreich die ungleichartige Behandlung des Lebensmittelvereins der christlichen Arbeiterschaft „Hilfe“ hinsichtlich der Belieferung von Lebensmittel zur Sprache. Ministerpräsident Dr. von Seidler gab der Abordnung die Zusicherung, dass die vorgebrachten Wünsche möglichste Berücksichtigung finden werden. Sämtliche Minister, die der Konferenz anwohnten besprachen dann die einzelnen Forderungen soweit sie ihre Ressorts betrafen und sicherten ebenfalls deren tunlichste Berücksichtigung zu.

GR. Dr. Hein: Ist ein normales Budget schon zum gros-
sentheile aus fiktiven Ziffern zusammengesetzt, so gilt es
in noch viel höherem Masse für ein Kriegsbudget. Der Redner
wendet sich zunächst gegen die exorbitante Erhöhung der
Fahrpreise der Strassenbahnen und bespricht dann die Erle-
digung der Geschäfte im Stadtrate, über die er im grossen
und ganzen sich anerkennend äussert. Er wünscht bloss eine
andere Verteilung der Referate, so dass auch die oppositio-
nellen Mitglieder des Stadtrates Gelegenheiten haben, im Gemein-
derate an den Referententisch zu treten, ferner eine Entlastung
des Stadtrates von minderwesentlichen Geschäftsstücken
und ein unmittelbares Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und
Stadtrat. Er wünscht weiters auch eine Vertretung der Minder-
heit im Armen- und Ortsschulrat mindestens in jenen Bezirken
in denen sich eine Minderheit auch im Bezirksrat befindet,
ferner eine Heranziehung der Opposition im Heimats- und Bür-
gerrechts-Ausschuss sowie in allen anderen Ausschüssen.
Das gleiche und direkte Wahlrecht mit Proporz müsse auch im
Gemeinderate zur Geltung kommen, ^{auf} gewisse Sicherheiten zum
Schutze der bürgerlichen Partei könne allerdings nicht ver-
zichtet werden. Das Frauenwahlrecht werde sich auf die Dauer
nicht aufhalten lassen, allerdings stehe er nicht auf dem
Standpunkte, dass bloss erwerbende Frauen wahlberechtigt sind,
sondern dass die Frauen, welche dem Haushalte vorstehen, oder
die sich im öffentlichen verdienstvoll betätigen, das gleiche
Recht haben müssen. Redner plaidiert zum Schlusse für das
eintrachtige Zusammenwirken aller Gemeinderäte in den wich-
tigen wirtschaftlichen Fragen, deren Lösung der Gemeinde-
verwaltung jetzt und nach dem Kriege obliegt, bei Aufrecht-
haltung der politischen Anschauungen der einzelnen Parteien.

GR. Stein bespricht in schärfsten Worten die Zentralen-
Wirtschaft überhaupt und das Vorgehen der einzelnen Zentra-
len im besonderen. Alle diese Leute, die durch ihre wirtschaft-
lichen Verhältnisse den Hunger des Volkes im Hinterlande verschuldet haben,
gehören vor ein Kriegsgericht, ihnen geschieht nichts, dafür
aber sei er wegen einer solchen Rede vom Staatsanwalt wegen
Aufreizung gegen die Staatsgewalt nach § 303 St.G. in straf-
gerichtliche Untersuchung gezogen worden. Redner sei nach
wie vor gegen die unverzügliche Abschaffung der Zentralen
und Heranziehung des legitimen Handels.

Redner sagt weiter, dass die städtischen Betriebe
sich im Kriege mustergültig erwiesen haben und die gesamte
Bevölkerung der Beamtenschaft dieser Betriebe zu grösstem
Danke verpflichtet sei, dass sich Verkehr und Vertrieb trotz

des Krieges im Grossen und Ganzen klaglos abgewickelt hat.

Gegen die geplanten Tarifierhöhungen sei er gleich den
anderen oppositionellen Parteien, es müssten dafür andere
Einnahmequellen ausfindig gemacht werden.

Was die Rede des Gemeinderates Kunschak anbelange,
könne nach erhaltenen Aufklärungen, dass sich Kunschak bloss
gegen das Treiben gewisser jüdischer Flüchtlinge gewendet habe
diese Rede nicht als eine antisemitische Hetze betrachtet
werden. (Lebhaftes Hört- Rufe).

Redner erhebt eine Reihe von Anklagen gegen die Flücht-
lingszentrale und wünscht die Einsetzung einer Untersuchungs-
kommission. Er wünscht dann einer Vertretung seiner Partei
in den Ausschüssen und wendet sich gegen die Obmännerkonferenzen
die viele Geschäfte an sich reisse, die dem Gemeinderat vor-
zubehalten sind. Er spricht sich schliesslich für eine
Abänderung der Gemeindevahlordnung in demokratischem Sinne
aus, wobei die Interessen gewisse Bevölkerungsgruppen gewahrt
werden müssen. Für das Budget könne seine Partei nicht stimmen
weil sie an der Verwaltung nicht teilnehme und deshalb keine
Verantwortung übernehmen könne.

GR. Dr. Ritter von Schwarz-Hillerschildert seine
Tätigkeit in der Flüchtlingszentrale, welcher er seine
ganze Zeit, seine ganze Kraft, sein Vermögen und seine
bürgerliche Existenz geopfert habe, auf die er aber mit
Stolz zurückblicken könne. Mit der Einsetzung einer
Untersuchungskommission sei er vollständig einver-
standen, er fürchte sie nicht. Er könne mit Genugtuung sagen,
dass er in einer Zeit, in welche so viele Menschen verdient
haben, nicht nur nichts verdient, sondern sein Geld zuge-
setzt habe. Er könne ruhig behaupten, dass er seine Pflicht
als Mensch, als Bürger der Stadt Wien, als österreichischer
Staatsbürger und als Angehöriger des jüdischen Volkes voll
und ganz erfüllt habe. Die beiden kaiserlichen Auszeich-
nungen, die ihm verliehen wurden, habe er nicht angestrebt
er habe sie aber mit Freude angenommen, weil sie ein öffent-
liches Zeugnis dafür waren, dass seine Ehre unversehrt sei.
Diese Auszeichnung verdanke er nicht dem Bürgermeister Dr.
Weiskirchner, dem er nie eine politische Gefälligkeit er-
wiesen habe und von dem er andererseits nie für sich eine
Gefälligkeit verlangt habe.

Die Ausführungen des Redners wurden auch von
der Mehrheit mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt und wieder-
holt mit Beifall aufgenommen.

Redner betont dann noch, dass er sich auch in die Obmänner-
konferenz nicht hineingedrängt habe, sondern nur durch
den Zufall, dass er bei Kriegsausbruch, in Wien anwesend
war, berufen wurde, was zwei Monate später von einer Sit-
zung seiner Partei einhellig gebilligt wurde. Der Redner
bespricht dann einige Hauptpunkte der Budgetdebatte.

Nach den Ausführungen dieses Redners wird die
Sitzung abgebrochen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. Juni 1918. Nr. 162.

Bewendungen für die städtischen Angestellten. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des VB. Hoss nachstehenden Beschluss gefasst: Den nicht zum Militärdienst eingetückten oder zu persönlicher Kriegsdienstleistung herangezogenen aktiven und im Ruhestand befindlichen Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, einschliesslich der Lehrpersonen, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellte wird für das Verwaltungsjahr 1918/19 (1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919) eine Kriegszulage im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 1917 für das erste Halbjahr 1918 festgesetzt hat. Eine Ergänzung dieser Bestimmungen erfolgt dahin, dass ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, den verheirateten ohne Kinder gleichgehalten werden können, wenn sie erwiesenermassen den Unterhalt dieser Verwandten zum überwiegenden Teil bestreiten.

2. Allen Angestellten einschliesslich der Lehrer, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellten wird im Juli 1918 ein einmaliger Anschaffungsbeitrag im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 24. April d.J. festgesetzt hat. Dieser Anschaffungsbeitrag gebührt den aktiven Angestellten nur dann, wenn sie am 1. Mai d.J. bereits im Gemeindedienste gestanden sind, das Dienstverhältnis am Tage der Auszahlung des Anschaffungsbeitrages noch fortbesteht und die Angestellten, sofern sie nicht eingetückt sind, die Kriegszulage beziehen. Ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, können unter dem angegebenen Voraussetzung den verheirateten ohne Kindern gleichgestellt werden. Für die Bezüge, die Frage des aktiven Dienstes und die Klassenzugehörigkeit ist der Stand vom 1. Juli 1918 massgebend.

3. Den Lehrpersonen sowie deren Witwen und Waisen werden Kriegszulage und Anschaffungsbeitrag als Vorschuss auf etwaige staatliche Zuwendungen für die Jahre 1918 und 19 gewährt.

Städtische Strassenbahnen. StR. Knoll hat in der Gemeinderatsitzung vom 24. April d.J. beantragt, zu untersuchen, ob den beim Floridsdorfer Spitz bestehenden Schwierigkeiten im Verkehr der Linien 31 und 32 nicht durch die Weiterführung der Linie 32 zur Endstation Esslinggasse abgeholfen werden könnte. StR. Schneider brachte in der heutigen Sitzung des Stadtrates einen Bericht der städtischen Strassenbahnen zur Verlesung, nach welchem eine Weiterleitung der Linie Floridsdorf Spitz - Pragerstrasse - Jedlersee bis zur Esslinggasse infolge der durch die Absperrung des Bahnschranken zur Nordwestbahn verursachten Störungen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Dazu komme noch, dass schon in der nächsten Zeit durch den Fortschritt des Baues der Franz Josefs-Brücke empfindliche Verkehrseinschränkungen werden eintreten müssen und dass die Weiterführung der Linie eine Vermehrung der Betriebsmittel nötig machen würde, die derzeit ausgeschlossen sei. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen und nach dem Antrage des Berichterstatters beschlossen, von einer Weiterführung der Linie vorläufig Abstand zu nehmen.

Die gekürzte Brotquote und die Brotgutscheine. Da durch die jüngste Kürzung der Brotquote alle Brotabgabestellen für die Gutscheinsabschnitte 3 und 4 der Zentralstelle 1. Bezirk Neues Rathaus gültig für die Zeit vom 23. Juni bis 13. Juli und vom 14. Juli bis 3. August nur mehr $\frac{1}{2}$ Laib pro Abschnitt ausfolgen dürfen, wird die Zentralstelle der Fürsorge 1. Bezirk Neues Rathaus diese und die folgenden Abschnitte insoweit die Brotkürzung in Kraft bleibt nur mehr mit 36 Heller einlösen.

Der 60. Geburtstag Kirchl's. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Komponisten und Ehrenhormeister des Schubertbundes Adolf Kirchl nachstehendes Schreiben gerichtet: Es gereicht mir zum besonderen Vergnügen, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrem 60. Geburtsfeste meine aufrichtigsten Glückwünsche übermitteln zu können. Sie werden an diesem Tage einen erhebenden Rückblick halten dürfen auf ein Leben voller Arbeit und Erfolge, auf ein Leben, das neben der Berufsarbeit auch in hervorragendem Masse der Kunst geweiht war. Die Verdienste, die sich Euer Hochwohlgeboren um das deutsche Lied erworben haben und Ihre künstlerische Tätigkeit an der Stelle des Schubertbundes sichern Ihnen die bleibende Hochachtung und Verehrung, sowie den Dank der Wiener Bevölkerung. Dieses schöne Bewusstsein, das Sie an Ihrem 60. Geburtstage beseelen darf, wird Ihnen diesen Geburtstag gewiss verschönern. Wir aber haben den innigsten Wunsch, dass Sie nach mehrjähriger Abwesenheit wieder bald in Ihre Heimat zurückkehren, auf den Boden, auf welchen Ihre Kunst am edelsten gedeiht.

W i e n e r G e m e i n d e r a t
Sitzung am 20. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest folgende Zuschrift des Leiters der Auskunftsstelle für Kriegsgefangene Freiherrn von Slatin als Antwort auf eine von GR. Dr. Heingestellte Interpellation aus einer der letzten Sitzungen: Seit den Verhandlungen in Brest-Litowsk und dem Friedensschluss sind über 500.000 Mann in die Heimat zurückgekehrt. Ganz richtig ist es, dass der grössere Teil derselben durch eigene Initiative das Vaterland erreichte, aber sie wurden, wo immer es möglich war, von den Angehörigen unserer Schutzmacht, respektive deren Delegierten unterstützt und ihnen die Reise erleichtert, sowie allgemeine Hindernisse womöglich aus dem Wege geräumt. Die Abreise der Kriegsgefangenen hat sich aus politischen und technischen Gründen verzögert, doch waren schon vorher Intendent von Raabl und mehrere andere Herren in Petrograd, um im Interesse der Kriegsgefangenen, wo weit es eben möglich war, zu wirken. Nun ist die Kommission in Petrograd vereint und hat zu ihrer Hilfe eine grosse Anzahl von Offizieren, die selbst in Gefangenschaft waren und die russischen Verhältnisse kennen, dort bei sich zurückbehalten. Die Kommission ist mit ausserordentlich grossen Geldmitteln versehen und wird alles mögliche getan, um in Verein mit neutralen Delegierten, die schon seit längerer Zeit im Interesse unserer Kriegsgefangenen tätig sind, den Abtransport möglichst zu regeln. Den allgemeinen Prinzipien nach, kommen zuerst die Invaliden und Schwerkranken, dann die an Jahren meist vorgerückten und am längsten in Gefangenschaft weilenden zum Abtransport. Dies auch der Grund, warum alle Bemühungen des Kriegsministeriums, respektive der Kommissionen und der Schutzmacht nicht veröffentlicht werden können, weil da-

durch die russische Regierung Kenntnis erhalten würde und möglicherweise gegen die Art des Abtransportes unserer Gefangenen Protest einlegen würde. Was die einzelnen Lager anbelangt, so wird durch Delegierte und Abgesandte Geld hingeschickt und dort wo keine Gage bezahlt wird, oder die Leute arbeits- und mittellos sind, wird Hilfe geleistet. Jedenfalls können Herr Bürgermeister versichert sein, dass vom Kriegsministerium, sowie von den betreffenden Behörden aus, das Menschenmögliche getan wird, um die Gefangenen ihrer Heimat und ihren Angehörigen wiederzugeben. Dem Ansuchen, dass Mitglieder der Hilfsverbände sich der Kommission anschliessen, um Berichte über die in Russland unter den Gefangenen herrschenden Verhältnisse zu senden, kann wohl aus politischen Rücksichten nicht stattgegeben werden, und die russische Regierung würde wahrscheinlich nicht erlauben, dass derartige Herren sich in Betersburg oder überhaupt in Russland aufhalten. Die Telegraphen-Verbindung mit Russland funktioniert nicht tadellos und ist auch nicht zu verlangen, dass regelmässige Nachrichten telegraphisch über die Verhältnisse in den einzelnen Lagern hieher geschickt werden. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen mögen sich aber beruhigen, da eben, wie früher erwähnt, alles getan wird, um den Abtransport zu beschleunigen und dort wo Hilfe nützt, eingeschritten wird. Die nun häufig an kommenden Züge mit Kriegsgefangenen laufen zu den Quarantainestationen, wo die Gefangenen vorschriftsmässig empfangen und ihren Kadern überstellt werden, von wo aus sie ihren regelmässigen Urlaub antreten können.

Es wird sodann die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1918/19 (Berichterstatter VB. Hoss) fortgesetzt.

GR. Rummelhardt führt als erster Redner aus:

Keiner von uns hat sich wohl gedacht, dass wir noch im Jahre 1918 in die traurige Lage versetzt werden, ein Kriegsbudget zu beraten und es ist daher selbstverständlich, dass eine Budgetdebatte im 4. Kriegsjahre bei den Rednern aller Parteien Stimmungen auslösen muss, deren Ausdruck weit über den Rahmen der Beratungen des Stadthaushaltes hinausgeht.

Die fürchterliche Not der Zeit, die durch schwere Fehler der österreichischen Regierung noch verschärft wird, zwingt den Wiener Gemeinderat, bei der Beratung über die Verwaltung der Stadt Wien, die Verwaltung des österreichischen Staates zu besprechen und an derselben berechnete Kritik im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung zu üben.

Es ist nicht unsere Schuld, dass wir dazu gezwungen werden; gerne würden wir diese Aufgabe den hiezu zunächst berufenen gesetzgebenden Körperschaften überlassen; allein das österreichische Parlament tagt nicht und die Landtage bestehen nicht mehr und so ist der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auch derzeit wieder, wie dies im Laufe des Krieges schon oft der Fall war, als Vertretungskörper der grössten Stadt unseres Vaterlandes, das einzige Forum, in welchem die Not des Volkes in entsprechender Weise der Regierung zu Gehör gebracht werden kann.

In der Geschichte dieses Krieges wird diese Tätigkeit des Wiener Gemeinderates nicht verschwiegen werden können und objektive Beurteiler der jetzigen Zeit werden dem Wiener Gemeinderate die Anerkennung dafür nicht versagen können, dass er der getreue Eckhart in schwerer Kriegszeit war, der den wechselnden österreichischen Regierungen zur rechten Zeit War-

nungen zukommen liess und wertvolle im Interesse der Bevölkerung gelegene Ratschläge erteilte; leider wurden die Wahrnehmungen von den Regierungen nicht immer beachtet und die Ratschläge nicht immer befolgt.

Es ist daher selbstverständlich, dass sich auch die jetzige Regierung, die mit demselben Fehler behaftet ist wie ihre Vorgängerinnen, in diesem Saale eine Kritik gefallen lassen muss, die für sie keineswegs schmeichelhaft ist und es wäre zu wünschen, dass sie daraus jene Konsequenzen zöge, die im Interesse des Volkes unbedingt notwendig sind, entweder zu gehen und einer besseren und verständigeren Platz zu machen oder sich gründlich ihrer Pflichten bewusst zu werden. Und da muss ich vor allem, sowohl ihr als jeder künftigen Regierung zurufen: Weg mit der bisher üblichen Unterschätzung der Stadt Wien und ihrer gewählten Vertreter. Es hat sich die Unsitte in einzelnen Regierungskreisen eingeschlichen, Wien nicht höher einzuschätzen als irgend eine Provinzstadt. Man hört, dass die Regierung der Meinung ist, wenn sie den Bürgermeister von Wien zu Rate ziehen soll, müsste sie die Bürgermeister aller österreichischer Städte befragen.

Meine Herren, ich bin der letzte, der nicht im Gemeindevorsteher des kleinsten Dorfes in Oesterreich einen freigewählten Vertreter sieht, der gehört werden muss, wenn er die Interessen seiner Gemeinde vertritt; aber ich bin der Ansicht, dass der Wiener Bürgermeister in erster Linie gehört werden muss, denn er vertritt - wenn er sich eins mit dem gesamten Gemeinderate weiß - 2½ Millionen Menschen, er ist der Repräsentant der Reichshaupt- und Residenzstadt, des Herzens unseres Vaterlandes, dessen Pulse schläge bis an die Grenzen unseres Reiches gespürt werden.

Die Haltung der Wiener Bevölkerung in dieser ersten Zeit ist richtunggebend und diese Haltung ist bis jetzt eine beispiellos patriotische, eine von Kaiser und Regierung selbst bewunderungswürdig anerkannte, aber meine Herren, wehe dem Vaterlande, wenn diese Haltung eine andere würde.

Darum rufe ich jeder österreichischen Regierung zu: Höre den Bürgermeister von Wien, höre die Vertreter dieser Stadt, sie allein kennen die Psyche der Bevölkerung, die der hohen Bürokratie zum grössten Teile fremd ist, sie wissen von der Not des Volkes und wie dieselbe gegebenenfalls gelindert werden könnte.

Regierung unterschätze Wien nicht, damit Du es nicht fürchten lernst!

Im Uebrigen haben die Erfahrungen der letzten Stunden gezeigt, wie gut und wertvoll es ist, den Ratschlägen des Wiener Bürgermeisters und der Wiener Stadtvertretung zu folgen.

Schon am Samstag abends, als ein Vertreter des Ernährungsamtes dem Bürgermeister, ganz unvermittelt, die niederschmetternde Nachricht gebracht hatte, dass die Brotquote für Wien auf die Hälfte gekürzt werde und der Bürgermeister die Kenntnisnahme dieser Mitteilung unter energischem Proteste verweigerte, gab er dem Vertreter des Ernährungsamtes den Rat, an Ungarn die Aufforderung zu richten, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizustehen.

Dies wurde damals noch von dem staatlichen Organ als zwecklos bezeichnet.

Als dann der Bürgermeister selbst telegrafisch die Hilfe Budapests vom dortigen Bürgermeister erbat, scheint auch die österreichische Regierung denn doch eingesehen zu haben, dass sie den Rat des Bürgermeisters befolgen und mit der ungarischen Regierung nochmals diesbezügliche Verhandlungen pflegen

II

Wiener Kinder in die Schweiz. Aus St. Moritz wird der Rathauskorrespondenz telegraphiert: Die durch die abermalige Aktion der Frau von Winem in die Schweiz gebrachten 220 Wiener Kindern sind nach Vereinigung mit Grözer, Linzer und Egerländer Kindern unter Führung der Herren Sieglbauer (Wien) und Greewitz (Graz) mit 15 Begleitdamen in ihren Stationen St. Moritz und Einsiedeln gesund angekommen und von den lieben Schweizern herzlichst empfangen worden.

müsse.

Dieselben waren nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten an die Pressevertreter denn doch nicht ganz zwecklos, denn Ungarn hat sich bereit erklärt, uns Nahrungsmittel, vor allem eine grössere Menge von Frühkartoffeln zu überlassen.

Hiefür sind wir den Ungarn sehr dankbar und ich bin glücklich, bei diesem Anlasse feststellen zu können, dass es sich nach den Aeusserungen des ungarischen Ernährungsminister nicht nur um eine momentane Aushilfe durch Frühkartoffeln handelt, sondern dass Ungarn auch gewillt ist, von der zu gewärtigenden Ernte überhaupt Lebensmittel an Oesterreich abzugeben.

Namentlich aber möchte ich den Bürgermeister von Budapest Herrn Dr. Body aufs herzlichste für die ritterliche Art der Zurückweisung danken, die den Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Weigart bezüglich der Bitte des Wiener Bürgermeisters um Lebensmittel zuteil ward. (Lebhafter Beifall).

Insbesondere aber erfüllen uns die Worte des Budapester Bürgermeisters, die er bei diesem Anlasse gesprochen hat, mit besonderer Freude.

Er erkannte gerechter Weise die Hilfe Wiens an Budapest mit Industrieartikeln an und hat als öffentlicher Funktionär, als Haupt der königlichen Residenzstadt Budapest zum erstenmale öffentlich die moralische Verpflichtung Ungarns anerkannt, den Oesterreichern im Durchhalten beizustehen. (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Die Worte des Budapester Bürgermeisters, die er in der gestrigen Sitzung des Budapester Gemeinderates gesprochen hat und die da lauten: Die Bevölkerung der Stadt Wien, die mit uns zusammen kämpft und blutet, ist nicht unser Feind, den wir verhungern lassen können, wir dürfen sie nicht ohne Hilfe lassen, sondern müssen, wenn wir können, helfen, werden ihm die Wiener nie vergessen, sondern sie werden dieselben in Dankbarkeit immer im Gedächtnisse behalten. (Abermaliger anhaltender Beifall).

Sowohl die Haltung Ungarns als auch der Beweis der treuen Bundesgenossenschaft Deutschlands, der dadurch erbracht wird, dass es trotz der eigenen Knappheit und der Versorgung Oesterreich eine bestimmte Menge Getreide vorschuessweise zur Verfügung stellt und dass es getreu dem Sprichworte: „Doppelt gibt, wer schnell gibt“ sofort diese Hilfe leistet, haben die gestern noch äusserst kritische Stimmung der Bevölkerung Wiens etwas gebessert. (Lebhafte Zustimmung).

Die Bevölkerung würde es mit Genugthuung anerkennen, dass der Bürgermeister im Namen des Gemeinderates es dem energischen Auftreten des Wiener Gemeinderates

und seiner schnellen Intervention durch die an Exzellenz Ludendorff und Bürgermeister Dr. Body gerichteten Telegramme gelungen ist, auch die österreichische Regierung aus ihrer Hilflosigkeit aufzurütteln, und so der ärgsten Not und ihrer Folgen vorzubeugen. Die Bevölkerung wird es nie vergessen, dass Wien einen Bürgermeister hat, der es versteht, in so ernster Zeit das richtige Wort zu sprechen und die richtige Tat zu setzen. (Neuerlicher Beifall).

Was die Reform des Gemeindegewahlrechtes anbelangt, muss ein Unterschied zwischen der gesetzgebenden Reichsvertretung und einem Verwaltungskörper gemacht werden. Der in seinem Aufenthaltsort fluktuierende Oesterreicher behält immer sein Interesse am Staate, nicht aber an der Gemeinde in der er nur vorübergehend Aufenthalt nimmt. Trotzdem ist unsere Partei keineswegs ein Gegner der Demokratisierung, denn es wird sich gewiss ein Ausweg finden. Ob aber eine solche Reform gerade die Hoffnung erfüllen wird, die gestern von einem Redner der Sozialdemokraten ausgesprochen wurde, kann weder er mit Gewissheit voraussagen, noch ist es einer von uns in der Lage, irgendwie zu prophezeien. Der Redner der Sozialdemokraten möge aber nicht glauben, dass die Arbeiterschaft noch in kompakten Massen hinter seiner Partei steht, wie es vielleicht vor dem Kriege der Fall war.

Was das Frauenwahlrecht anbelangt, bin ich, vielleicht im Gegensatz zu manchem Parteigenossen, kein unbedingter Gegner derselben, denn ich glaube, dass die Witwe eines Gewerbetreibenden, eine Lehrerin, eine selbstständige Geschäftsfrau mehr Interesse an der Gemeinde hat, als als die Angehörigen der fluktuierenden Bevölkerung. Trotzdem muss ich sagen, dass die Frage des Frauenwahlrechtes noch gar nicht reif ist. Gelegentlich einer Frauenversammlung, die ich im Vorjahr einberufen habe, erklärten gerade jene Frauen, von denen ich das Eintreten für das Wahlrecht am ersten erwartete, dass ihnen Brot, Mehl und sonstige Lebensmittel für sich und ihre Familie wichtiger seien; Eine Voraussetzung der Einführung des Frauenwahlrechtes müsse man aber unbedingt in der Einholung des Flebizesites der Frauen sehen. Es ist nur eigentümlich, dass auch die Liberalen für das Frauenwahlrecht eintreten, denn gerade sie werden den wenigsten Vorteil davon haben, da sich dann die Wahlkämpfe ausschliesslich zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten abspielen werden. Sie wissen das selbst auch sehr genau, den GR. Dr. Granitsch hat gestern im Gespräche mit mir gemeint: Na, viel weniger als wir jetzt sind, können wir ohnedies nicht mehr werden. (Heiterkeit).

Nach Besprechung einzelner Hauptpunkte der bisherigen Debatte fährt Redner fort: Ein Ruf, der in jeder Budgetdebatte erhoben wurde, ist verschwunden der Vorwurf der Kontrolllosigkeit des Stadtrates., denn jetzt hat die Opposition wenigstens zwei Kontrolloren drinnen. Jetzt geht ihr Ehrgeiz weiter und sie wollen nicht nur kontrollieren sondern auf referieren. (Heiterkeit) Der Bürgermeister wird gewiss nichts dagegen haben, wenn sie einmal auch an

Referententische erscheinen. Dass die Sozialdemokraten auf einmal den Stadtrat nicht mehr kontrollieren wollen, ist sehr schön, denn es zeigt, dass sie mit der Kontrolle durch die Liberalen zufrieden sind.

Ich glaube, dass ich auf keinen Widerstand, seitens der Opposition stosse, wenn ich sage, dass wir anlässlich der Budgetberatung im 4. Kriegsjahre unserem Bürgermeister den grössten Dank dafür auszusprechen verpflichtet sind, für die rastlose und nimmermüde Arbeit, die er sich im Dienste des Volkes und der Stadt auferlegt hat. Wir können stolz und froh sein, dass wir ihn haben und ich habe nur den einen Wunsch, Gottverhalte seine Spannkraft und Gesundheit weiter. Bei diesem Anlasse dürfen wir auch seiner getreuen Mitarbeiter der Vizebürgermeister nicht vergessen. Seitdem der Kriegszug gezogen, gibt es keinen Tag, an dem sie nicht von früh bis spät abends hier im Rathause mit dem Bürgermeister tätig sind. Wenn wir heute ein ernstes und aufrichtiges Wort aussprechen, müssen wir sagen, dass die Bezüge der Vizebürgermeister die sie für die Ausübung ihres Amtes bekommen derart sind, dass wohl der grössere Teil ihrer Arbeit im freiwilliger genannt werden muss, dargebracht auf dem Altar der Stadt Wien. Wir sind daher auch ihnen zum grössten Danke verpflichtet.

Redner schliesst mit einem begeisterten Apell zum Dank für die Helden an der Front, welche Wien vor der Bedrohung durch die Feinde bewahrt und in harter Kriegsnot die Fahne Deutschlands und Oesterreichs siegreich gegen alle Feinde vorgetragen haben.

GR. Melcher hält es für notwendig weniger politische und mehr wirtschaftliche Ausführungen im Gemeinderate zu halten. Er bespricht einzelne Posten des Budgets. Die Kommissionsgebühren für Beamte seien entsprechend den jetzigen Verhältnissen zu erhöhen. Die veranschlagten Einnahmen von 1,200.000.-- Kronen für die Bodenwertzuwachssteuer seien zu niedrig ausgesetzt. In die städtischen Steinbrüche wäre mehr Kapital zu investieren, da der Bedarf an Steinen nach dem Kriege ein ungleich grösserer sein wird. Die für Hochbauten eingesetzten Beträge wären fast sämtlich zu streichen, da im Verwaltungsjahre 18/19 alle diese Bauten kaum zur Durchführung kommen werden; Zur Erhöhung der Sicherheit wäre die Zahl der Polizeiorgane zu vermehren; es könnten ja auch Männer über 50 Jahre herangezogen werden. Er wünscht weiters die endliche Fertigstellung der Aspernbrücke.

Für die durch die Kriegsfolgen verarmten wäre ein eigener Armenrat einzusetzen. Redner wendet sich gegen die Erhöhung der Tarife/der Fahrpreise der städtischen Strassenbahnen und der städtischen Gaswerke. Das Defizit sollte nicht bloss von den jetzt Lebenden getragen werden müssen, sondern es wäre durch einen Kriegskredit zu decken. Die Bedenken, die Zinsheller und Umlagen zu erhöhen, seien in gewisser Hinsicht gerechtfertigt, weil ja dann die Zinsen nicht bloss um diesen, sondern um einen ungefähr 50 % erhöhten Betrag gesteigert werden müssen. Redner bespricht sodann das Mieterschutzgesetz und hält eine Abänderung desselben für notwendig, mindestens aber müssten die nachteiligen Folgen dem Hausbesitzer durch den Staat vergütet

werden. Gerade so ungeheuerlich seien die Preise für verschiedene Baumaterialien gestiegen. Ziegel, welche vor kurzer Zeit noch 142 Kronen kosteten, kosten jetzt bereits ab Ziegelofen 150 Kronen und es stellen sich einschliesslich der Zufuhr z.B. in die innere Stadt 1000 Stück Ziegel auf 320 Kronen gegen 40 bis 50 Kronen vor dem Kriege. Welchen Umfang die Wohnungsnot angenommen habe, könne man aus verschiedenen Symptomen ersehen. Als Charakteristikum könne angeführt werden, dass als vor einigen Tagen ein Inserat über den Verkauf einer Villa im 18-Bezirk in einer Wiener Zeitung erschien, ganze Polonaisen von Käufern vor dem Hause zu sehen waren, jeder Einzelne hatte bereits das Geld mitgebracht und die erste Frage war stets, wann ist die Villa zu beziehen, erst in zweiter Linie wurde um den Kaufpreis gefragt. Gelegentlich des Referates über den Bau von schwedischen Häusern in Wien wurde in das Abkommen auch der Passus aufgenommen, dass die Gemeinde Wien die Garantie für den Ausfall der Mietzinse übernimmt. Das ist die Lösung der Wohnungsnot, dass nämlich eine Stelle da ist, und ich habe hier die Staatsverwaltung im Auge, welche den Bauherren den Ausfall vergütet. Dieser Passus sollte der Regierung als Muster vorgelegt werden.

Redner spricht dann über die Elektrifizierung der Stadtbahn und wiederholt seinen seinerzeitigen Antrag auf Verführung der Baumaterialien in der Baubewegung durch die Strassenbahn und beantragt die Einsetzung eines Komites zum endlichen Studium dieser Frage. Zum Schluss bespricht Redner Approvisionierungsfragen und verlangt, dass bei den Untersuchungen weiblicher Reisender auch Lebensmittel in den Grenzstationen ausschliesslich Frauen verwendet werden dürfen.

GR. Hötzel wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des GR. David über die Firma Wachalowski, Eysler & Co., die völlig unbegründet seien. Die Firma, die sich durch die Tätigkeit des Firmenchefs eines der anerkanntesten Fachmänner auf dem Gebiete des Motorenbauens aus kleinen Anfängen zu einem grossen am ganzen Kontinente bekannten Unternehmen entwickelt habe, brachte lediglich auch für die kommende Friedenszeit für ihre Angestellten und Arbeiter, deren Zahl sich derzeit auf etwa 2000 belaufe Arbeit und Verdienst zu schaffen und zwar durch Umgestaltung eines Teiles des Betriebes auf Lokomotivreparaturen, wozu eben auch einige Änderungen in der Busseen Situation der Fabrik notwendig seien. Die Vertreter der Gemeinde haben lediglich im Interesse des Bezirkes, dem es daran gelegen sein müsse, eine so grosse und mustergültig geleitete Fabrik in seinen Grenzen zu erhalten, den angesuchten Baubewilligungen zugestimmt. Wenn GR. David irgend etwas anderes vermute, müsse er sehr falsch informiert worden sein.

Es wird hierauf an die Wahl von 15 Stadträten geschritten.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die GRe. Bielohlawek, Hermann, Obrist, Roth und Vaugoin beurlaubt, die GRe. Tressler, Thömes, Effenberger, Ferdinand Fischer, Goltz, Dr. Granitsch, Kunschak, Langer, Ploner, Dr. Pubowac, Skaret, von Steiner.

Der Bürgermeister ernennt die GRe. Herold und Schlächter zu Skrutatoren, die GRe. Philipp und Stangelberger zu Schriftführern.

Da von den 165 Mitgliedern des Gemeinderates, 19 gestorben sind, zwei ihre Mandate zurückgelegt haben und in der heutigen Sitzung 17 entschuldigt, bzw. beurlaubt sind, beträgt die Anzahl der anwesenden Gemeinderäte 127.

Im 1. Wahlgang wurde gewählt GR. Johann Alfred Breuer mit 107 abgegeben Stimmen.-Die Mitglieder der gesamten Opposition enthielten sich der Abstimmung. Weiters wurden gewählt:

Friedrich Dechant mit 104 Stimmen,
Heinrich Fraß mit 107 Stimmen,
Dr.-. Moriz Franz Haas mit 106 Stimmen,
Johann Heindl mit 105 Stimmen,
Franz Hötzel mit 107 Stimmen,
Josef Nemetz mit 108 Stimmen,
Franz Feyer mit 107 Stimmen,
Jakob Reumann mit 94 Stimmen, 3 Stimmen waren leer,
Heinrich Schmid mit 105 Stimmen,
Hans Arnold Schwer mit 105 Stimmen,
Franz Spalowsky mit 102 Stimmen,
Leopold von Steiner mit 101 Stimmen,
Leopold Tomola mit 103 Stimmen,
Karl Wippel mit 104 Stimmen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Ungarische Frühkartoffeln. Die Zufuhren ungarischer Frühkartoffeln haben mit heutigem Tage eingesetzt. Da sie aber nicht ausreichen werden, um sofort eine allgemeine Ausgabe zu ermöglichen, werden die Frühkartoffeln an die einzelnen Bezirke nach der Lage des Ankunftsbahnhofes der Reihe nach anstatt der Altkartoffeln abgegeben. Die erste Ausgabe findet Sonntag und Montag im 3. und 20. Bezirk statt. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit $\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden zum Preise von 58 Heller für das $\frac{1}{2}$ kg in der üblichen Weise unter Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes K abgegeben.

=====

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantm. Redakteur Franz Michler,
Wien. 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 21. Juni 1918. Nr 163

Abgabe von Dörrobst. Die nächste Ausgabe von Dörrobst beginnt am 24. Juni 1918 und zwar in folgender Ordnung: Montag, 24. für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Sch, T bis Z, Dienstag, 25. P bis R, S, St, Mittwoch, 26. K, M bis O, Donnerstag, 27. G bis J, L und Freitag, 28. d.M. A bis F. Von Samstag, 29. d.M. angefangen erfolgt die Abgabe an alle Haushaltungen, welche an den erwähnten Tagen Dörrobst nicht beziehen konnten. Zur Ausgabe gelangen Dörropflaumen und zwar teilweise Sackware, teilweise Kistenware. Der Kleinhandelspreis beträgt: für Sackware 3 K 12 h per kg, für Kistenware 4 K 04 h per kg. Die Abgabe findet nur gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte statt, von welcher der Buchstabe Z (rechts unten) abzutrennen ist. Auf jedes Haushaltungsmitglied entfällt $\frac{1}{3}$ kg Dörropflaumen.

Verkauf von Kühlhasen. Der Gemeinde Wien ist es durch das Entgegenkommen der ungarischen Regierung gelungen, 10.000 Stück Gefrierhasen in Budapest anzukaufen. Eine bereits eingelangte Partie dieser Hasen wird am Samstag, 22. d.M. bei den Wildbrätthändlern auf sämtlichen Märkten Wiens und in den grösseren Geschäftsbetrieben abverkauft werden. Der Verkauf erfolgt nur an Selbstverbraucher in zerlegtem Zustande zu folgenden Preisen: Hasenbraten (Rücken und Lauf) K 17.25 Hasenjunge K 5.25, Hasenrücken K 9.50 und Hasenlauf K 8.-

Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 21. Juni 1918. Nr. 163.

Ein Wutfall im 17. Bezirk. Bei einem grossen, gelbweissen, langhaarigen männlichen herrenlosen Hunde ohne Steuermark mit abgestreiften Maulkorbe wurde am 15. d.M. Wut festgestellt. Dieser Hund hielt sich durch ungefähr 8 Tage in jenem Teile des Alserbaches, der hinter dem Einkehrgasthofe des Johann Mayer 17. Bezirk Neuwaldeggerstrasse 45 gelegen ist, auf und ist dort auch verendet. Zweckdienliche Angaben, die zur Eruiierung des Hundeseigentümers führen könnten, sind beim magistratischen Bezirksamte für den 17. Bezirk zu erstatten. Desgleichen haben sich Personen, welche von diesem Hunde gebissen worden sein sollten, wegen Durchführung der antirabischen Behandlung beim Bezirkspolizeikommissariate, bzw. beim städtischen Bezirksarzt (17. Bezirk) zu melden.

Die Ueberlandzentrale der Gemeinde Wien. Dieser Tage fand durch den Wiener Gemeinderat eine Besichtigung des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth der Gemeinde Wien - Ueberlandzentrale und des Tagbaues in Lajta-Ujfalú der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingsdorf statt. An der Besichtigung nahmen teil: der Minister für öffentliche Arbeiten Ritter von Homann, FZM. Freiherr von Schleyer, FML. Pucherna, der Sektionschef im Ministerium für öffentliche Arbeiten Dr. von Krasny mit den Ministerialräten Ingenieur Rotky und Ingenieur Kunze, ^{Sohn} Sektionsrat Dr. Schmaus und Ministerialsekretär Dr. Riehl, ferner der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses. Bürgermeister Jukel (Schönau an der Tristing), RRA. Bürgermeister Rudolf Gruber (Sollnau), Bürgermeister Karl Bubla (Ebenfurth), Bürgermeister Hans Hofer (Ebreichsdorf), Bürgermeister Florian Fauer (Zillingsdorf), Pfarrer von Ebenfurth Josef Jusko, Ingenieur Alois Zirps.

In Neufeld begrüßten Oberb^{er} Ludwig Wolff (Kismarton) namens der ungarischen Komitatsbehörde und der fürstliche Justizrat Hofrat Emil Nagy namens des Fürsten Esterhazy die Besucher.

Der Wiener Gemeinderat stand unter der Führung des VB. Hierhammer, da Bürgermeister Dr. Weiskirchner in letzter Minute sich entschloss, in Wien mit Rücksicht darauf zu bleiben, dass verschiedene Vorsorgen infolge der angeordneten Kürzung der Brotquote zu treffen waren. Ausser fast sämtlichen Mitgliedern der Mehrheit nahmen auch mehrere Mitglieder der freiheitlich-bürgerlichen Partei und des sozialdemokratischen Klubs, sowie viele Bezirksvorsteher an der Besichtigung teil. Von städtischen Beamten hatten sich der Direktor der städtischen Gaswerke Ing. Menzel, Stadtbuchhaltungsdirektor Hillinger, Magistratsrat Formanek und der Direktor des Wirtschaftsamt Dr. Förster angeschlossen.

Im Ueberlandkraftwerke in Neu-Ebenfurth hielt VB. Hierhammer eine kurze Ansprache an die Exkursionsteilnehmer, in welcher er zunächst das Fernbleiben des Bürgermeisters entschuldigte und darauf hinwies, dass das Werk unter der Zeit des Bürgermeisters Dr. Neumayer im Jahre 1912 vom Gemeinderate beschlossen wurde. In jener Zeit tauchten sowohl in der Öffentlichkeit, als auch im Schosse der christlich-sozialen Partei mancherlei Zweifel auf und fast wäre das Projekt zum scheitern gekommen. Nur der Standhaftigkeit des damaligen Referenten und der ihm zur Seite stehenden Techniker, darunter

des gegenwärtige, Direktor Ingenieur Karel sei es zu verdanken, dass die Gemeindeverwaltung an den Ankauf der Zillingdorfer Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft schritt. Die Kriegszeit habe erwiesen, welch glücklicher Gedanke der Ankauf der Kohlenwerke und der Ausbau der Ueberlandzentrale gewesen sei. Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Karel hielt sodann einen instruktiven Vortrag, dem wir folgendes entnehmen: Die städtischen Elektrizitätswerke brauchen jährlich ungefähr 360.000 Tonnen Kohle. Die Sorge, diese Kohlenmenge richtig zu erhalten, und das Bestreben, die Produktionsfaktoren der Elektrizität in die Hand zu bekommen, haben die Elektrizitätswerke veranlasst, sich mit der Erwerbung eigener Kohlenbergbaue und der Beschaffung von Wasserkräften zu beschäftigen. Eine Wasserkraftkonzession zu erlangen, war bisher wegen der Konkurrenz des Eisenbahnministeriums, das die von der Gemeinde angestrebten Wasserkräfte für die Elektrifizierung der Alpenbahnen in Anspruch nahm, nicht möglich, ist aber in neuerer Zeit wieder in den Bereich der Möglichkeit gerückt worden. Ein wesentlicher Teil der gestellten Aufgabe wurde aber durch die Erwerbung der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingsdorf gelöst. Die Freischürfe der Gewerkschaft liegen bloss 40 km von Wien entfernt und bedecken eine Fläche von 117 Quadratkilometer, in der drei Lager lignitischer Braunkohle vorhanden sind, und zwar in Zillingsdorf, wo bisher 400 Millionen Meterzentner, in Lichtenwörth, wo bisher 60 Millionen Meterzentner Kohle festgestellt wurden und in Sollnau, wo schon einmal ein Bergbau bestanden hat und wo zweifellos auch ein beträchtliches Kohlenlager vorhanden ist. Durch Pachtung sicherte sich die Gewerkschaft auch die Neufelder Tagbaue, in denen etwa 36 Millionen Meterzentner Kohle vorhanden sind.

Die Kohle hat, wie sie heute gewonnen wird, einen Heizwert von 2100 Kalorien, in den tieferen Flözteilen beträgt er etwa 3200 Kalorien. Sie lohnt deshalb in normalen Zeiten den Transport nicht und war gegenüber anderen Kohlen nicht konkurrenzfähig. Ihre Verwertung wurde in der Weise ermöglicht, dass sie in dem von der Gemeinde Wien in Ebenfurth in unmittelbarer Nähe der Bergbaue errichteten Ueberlandkraftwerk zur Kesselfeuerung verheizt wird. Die erzeugte elektrische Energie wird nach Wien geleitet, bzw. in der Umgebung verteilt. Die Gewerkschaft begann zunächst mit der Einrichtung eines Tagbaues in Zillingsdorf, um rasch zum Kohlenabbau zu kommen und nahm dann ebenda einen Tiefbau in Angriff und begann mit dem Bau des Kraftwerkes in Ebenfurth. Der Krieg hat alle diese Arbeiten unterbrochen und schwer geschädigt. Es ist aber dennoch gelungen, die Ueberlandzentrale fertigzustellen und ihren Kohlenbedarf durch den Zillingdorfer und später durch den Neufelder Tagbau zu decken. Der Tiefbau in Zillingsdorf musste im Jahre 1915 wegen Leutemangels eingestellt werden. Die der Gewerkschaft verbliebenen Arbeitskräfte wurden auf dem Neufelder Tagbau konzentriert, wo es die Verhältnisse gestatteten, rasch eine ausgiebige Kohlenförderung zu erzielen. Dieser Tagbau wurde unter Ueberwindung grosser technischer Schwierigkeiten Ende 1916 in Betrieb genommen. Die Kohle liegt dort 7 bis 25 Meter tief in einer Mächtigkeit von 5 bis 9 Meter und es ist so viel Kohle vorhanden, dass noch etwa 12 Jahre jährlich 30.000 Waggons Kohle gefördert werden können. In der Zwischenzeit wird es möglich sein, den schon begonnenen Tiefbau in Zillingsdorf für eine Förderung von etwa 100 Waggons täglich

einzurichten und überdies eine Doppelschachtenanlage für eine Förderung von täglich 200 Waggons Kohle sofort nach Kriegsende in Angriff zu nehmen, denn es hat sich herausgestellt, dass schon bei der heute angewendeten Verbrennungsmethode der Kohle und der direkten Verheizung auf Fluto Stocker-Rosten unter den Kesseln wirtschaftlich sehr günstige Resultate zu erzielen sind. Da sich die Kohle ohne Zuhilfenahme eines Brikettiermittels brikettieren lässt, und sich neuerdings Aussichten eröffnen, dass die Vergasung der Kohle unter Gewinnung von Nebenprodukten die Wirtschaftlichkeit dieser Kohle wesentlich zu erhöhen geeignet ist, bieten sich grosse Aussichten für die Zukunft dieser Werke. Der Neufelder Tagbau liefert gegenwärtig 60 bis 100 Waggons Kohle täglich.

Die Leistung des Tagbaues könnte eine weit höhere sein, wenn der Gewerkschaft genügend Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. In Neufeld sind mehr als 200.000 Tonnen Kohle abgedeckt und die Förderung könnte täglich 130 Waggons betragen, wenn genügend Arbeitskräfte vorhanden wären. Mittelst der schmalspurigen Bergwerksbahn wird die Kohle in das am Leitna Fische-Wasserwerkskanal in Neu-Ebenfurth errichtete Kraftwerk verfrachtet. Das Kraftwerk selbst ist derzeit ungefähr zur Hälfte ausgebaut. Die Fortleitung des Stromes nach Wien erfolgt vorläufig mittelst einer 38 km langen Doppelfreileitung, neben welcher in 25 Meter Entfernung nach Friedensschluss eine zweite hergestellt werden wird.

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen es notwendig, mit der bisherigen Erzeugung der Elektrizität sowie überhaupt bei der Verwendung der Kohle zu brechen. Grösste Sparsamkeit wird am Platze sein. Zur Erzeugung der elektrischen Energie müssten in Hinkunft in erster Linie Wasserkräfte, sowie die Lager minderweiger, sonst schwer verwertbarer Kohle herangezogen werden. Hiedurch kann an der kostbaren Steinkohle, sowie an den Eisenbahntransportmitteln gespart werden. Dass die Gemeinde noch vor den Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, dies erkannt hat, gereicht ihr jetzt zum Nutzen. Sie hat auf dem Wege, die Produktionsfaktoren der Elektrizität für ihre Werke in die Hand zu bekommen, einen grossen Schritt nach vorwärts getan. Der Redner dankte schliesslich dem Gemeinderate und dem Bürgermeister für die Bewilligung der nötigen Mitteln, dem Arbeitsminister und dem Kriegsministerium für die Förderung des Unternehmens und zum Schlusse den königlich ungarischen Behörden für das Wohlwollen und die Hilfsbereitschaft.

Nach eingehender Besichtigung der maschinellen Anlage des Ueberlandkraftwerkes wurde mittelst der Bergwerks-Schmalspurbahn die Fahrt zum Tagbau Lajta-Ujfalú angetreten, welcher in vollem Betriebe ist. In Schitzhofers Gasthaus wurde dann eine Jause eingenommen, in deren Verlauf StR. Hötzel des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner gedachte, welcher unermüdet im Interesse der Reichshauptstadt tätig sei, und ein mit grossem Beifall aufgenommenes Hoch auf ihn ausbrachte. GR. kaiserlicher Rat Nagler wies auf die Verdienste hin, welche ^{sich} der frühere Bürgermeister Dr. Neumayer um den Ankauf der Zillingdorfer Freischürfe erworben hat und StR. Sebastian Grünbeck sprach den Dank der Versammelten den Beamten, insbesondere dem Direktor Ingenieur Karel aus. Nach 6 Uhr wurde die Rückreise nach Wien angetreten.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 21. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Weiskirchner teilt mit, dass der verstorbene GR. Robert Baron 10.000 Kronen für die Armen der Stadt Wien vermacht hat. Architekt Heinrich Alfred Morgenstern hat 1000 Kronen den Armen der Stadt Wien letztwillig gewidmet.

GR. Daberkow fragt, in welchem Stadium sich der von GR. Nagler gestellte Antrag auf Errichtung einer städtischen Bank befindet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Angelegenheit beim Magistrate anhängig sei und von ihm schon mehrmals urgirt wurde. Die Sache werde in absehbarer Zeit den Gemeinderat beschäftigen. Es sei eine nicht ganz leichte Aufgabe für den Magistrat, eine solche Vorlage auszuarbeiten.

Die GR. Reumann, Emmerling und David fragen, ob der Bürgermeister geneigt ist, zu veranlassen, dass die vom Staate den Beamten des Steueramtes der Stadt Wien bewilligten Remunerationen ehestens ausgezahlt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass diese Auszahlung am 17. d.M. begonnen hat und am 19. d.M. beendet war.

GR. Schäfer teilt in einer Interpellation mit, dass bei allen Gastwirten und Hoteliers in Wien vom Kriegswucheramt Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, bei welchen es zu peinlichen Szenen kommt, da man selbst ganz bescheidene Vorräte in Beschlag nimmt. Wenn man weiss, dass vom Ernährungsamt niemand etwas zugewiesen bekommt, erscheint es sehr merkwürdig, dass man den Gastwirten die Lebensmittel, die sie meist zu sehr hohen Preisen aus Ungarn beschaffen, einfach wegnimmt. Dieses Vorgehen ist umso mehr verwunderlich, als 50 bis 60.000 Militärpersonen nur auf das Wirtshaus angewiesen sind. Wie solle die Wirte jetzt ihre Gäste verköstigen, mit welchem Rechte werden die bescheidenen Vorräte in Beschlag genommen. Es wird schliesslich gefragt, ob der Bürgermeister bei den massgebenden Behörden sofort die Aufhebungen der Requirierungen beantragen und alles veranlassen wolle, um die Sperre der Betriebe zu verhindern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Erhebungen bei der Polizei haben folgendes ergeben: Die genannten Revisionen wurden tatsächlich vorgenommen und zwar zu dem Zweck, um eine Ueberverpflegung in den Gasthäusern zu verhindern. Diese Revisionen werden nicht in sämtlichen, sondern nur in grösseren Gasthäusern vorgenommen, da dort heute noch sehr reichhaltige Speisekarten geführt werden, die oft Aergernis hervorrufen. Es wurden bisher im Ganzen 91 Betriebe revidiert. Nur 10 Betriebe davon waren einwandfrei geführt, in allen anderen wurde festgestellt, dass die bisher bestehenden Verordnungen absolut unberücksichtigt blieben. In einer Anzahl von Betrieben, in welchen ein Ueberschuss konstatiert wurde, wurden Sicherstellungen vorgenommen, jedoch wurden die sichergestellten Lebensmittel später grössten Teils wieder freigegeben. Diese Revisionen werden fortgesetzt, um zu kontrollieren, ob die Verordnungen eingehalten werden. Der Magistrat wird Gelegenheit haben, in ca. 71 Fällen die Anzeigen zu überprüfen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michzeu.

Wien. I., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .

21. Jahrgang- Wien, Samstag, 22. Juni 1918. № 165.

Zur Kürzung der Brotquote. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat von Bürgermeister Body (Budapest) nachstehende Depesche erhalten: Bezugnehmend auf mein Telegramm vom 18. d.M. kann ich Euer Exzellenz mit Freuden mitteilen, dass die brüderliche Teilnahme unserer Bevölkerung es ermöglichte, die schwere Ernährungslage der Stadt Wien, wenn auch nur im bescheidenem Masse zu erleichtern. Unsere Bevölkerung hat sich auf meine Aufforderung sofort bereit erklärt, in ^{den} Monaten Juni und Juli auf die Mehration je eines Tages zu Gunsten der Stadt Wien zu verzichten. Dieser Bereitwilligkeit zufolge sind wir in der angenehmen Lage fünfzig Waggon Mehl der Schwesterstadt zur Verfügung zu stellen, bezüglich deren schleunigster Zusendung ich die nötigen Verfügungen getroffen habe. Ich möchte hoffen, dass die Stadt Wien diese beschränkte Mithilfe unserer Bevölkerung mit ebenso herzlichen Gefühlen entgegennehmen wird, als wir dieselbe angeboten haben.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 22. Juni 1918. № 166.

Neuerliche Abgabe von Salzspeck aus den Gemeindevorräten. Mit Rücksicht auf die noch andauernde Brotknappheit wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten im Laufe der nächsten Woche neuerlich 20.000 kg Salzspeck bei einer Anzahl von Ständen in der Grossmarkthalle abgeben lassen. Bezugsberechtigt sind wieder Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine. Der Speck wird nur gegen Abtrennung der Ziffer 33 des weissen amtlichen Einkaufscheines und der beiden Abschnitte № 93 für nicht-rayoniertes Fett der neuen Fettkarte zum Höchstpreise verkauft. Auf jeden amtlichen weissen Einkaufschein gelangen wieder so viele Mal 6 dkg Fett zur Abgabe als bezugsberechtigte Personen auf dem weissen Einkaufschein ausgewiesen sind. Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine mit dem Buchstaben A bis G sind am 25. d.M., Haushaltungen mit den Buchstaben H bis L am 26., solche mit den Buchstaben N bis S am 27. und Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Sch, St, T bis Z am 28. d.M. nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt. An jedem Verkaufstage werden 5000 kg Salzspeck bereitgestellt sein.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Mittwoch, 26. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Einkaufscheinen die Abschnitte mit den Ziffern römisch XXIII und XXIV, von den abgestempelten Einkaufscheinen für Mindestbemittelte die Abschnitte mit den Buchstaben V und W abgetrennt und zwar bei einmaligem Bezugs der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezugs in zwei Teilen gesondert.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrat bestimmten Stellen wird von Montag, 24. d.M. an Schweinefleisch gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (weiss, grün, blau, gelb) und gegen Abtrennung des bereits in der Vorwoche giltigen Abschnittes 32 zur Ausgabe gelangen. Haushalte mit Einkaufscheinen, die bis einschliesslich vier Personen lauten, erhalten ein halbes Kilogramm, solche mit mehr Personen ein Kilogramm.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 23. d.M. bis 29. gegen Abtrennung des Buchstaben C der Mehlbezugskarte (gelb und blau). Der Preis des städtischen Unterzündholzes beträgt (gespalten) 34 h für 1 kg weiches Holz und 27 h für 1 kg hartes Holz.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 22. Juni 1918. No 167.

Die neuen Fahrpreise auf der städtischen Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf - Salmansdorf. Wie schon im seinerzeitigen Sitzungsberichte kurz erwähnt war, hat der Wiener Gemeinderat am 13. d. M. bei der städtischen Automobil-Stellwagen-Unternehmung für die Linie Pötzleinsdorf - Salmansdorf die Fahrpreise vom 1. Juli an erhöht. Eine Fahrt kostet dann für Erwachsene im allgemeinen 1 Krone, für Kinder und Schüler, sowie für Personen mit Erkennungskarte 24 Heller. Der Kreis der zum Bezuge solcher Karten Berechtigten ist aber bedeutend erweitert worden. Ausser den bisher begünstigten Ortsansässigen haben Anspruch auf diesen Sonderfahrpreis nunmehr auch namentlich Sommerparteien und ihre Familienangehörigen sowie 1 Dienstperson jedes solchen Haushaltes; ferner Lehrpersonen, die an einer öffentlichen Lehranstalt in dem Gebiete ausserhalb der Pötzleinsdorfer Strasse in Pötzleinsdorf, in Neustift am Walde oder in Salmansdorf angestellt, jedoch ausserhalb desselben wohnhaft sind. Die Kartenausgabekasse der städtischen Strassenbahnen, 6. Bezirk Rahlgasse 3, fertigt die Erkennungskarten mit halbjähriger Gültigkeit gegen eine Gebühr von 20 Heller aus. Davon sind aber die ortsansässigen Jahresparteien befreit.

Der Gemeinderat im technischen Museum. Heute vormittags besichtigte der Gemeinderat korporativ unter Führung des Bürgermeister Dr. Weiskirchner das technische Museum für Industrie und Gewerbe. In der Vorhalle des neuen Museumsbaues wurden die Mitglieder der Gemeindevertretung von dem Kuratorium des Museums und zwar dem Präsidenten Exzellenz Krupp, dem Vizepräsidenten VB. Hierhammer und den Mitgliedern des Kuratoriums Exzellenz von Noct, Exzellenz Exner, Stadtbau- direktor Dr. Goldemund, Stadtrat Baurat Schneider und Direktor Karel empfangen. Im Vortragssaal des Museums hielt sodann Exzellenz Krupp folgende Ansprache an die Erschienenen: Als Präsident des Kuratoriums empfinde ich es als eine Freude und grosse Genugtuung, Sie Herr Bürgermeister und die Stadt- und Gemeinderäte begrüßen zu dürfen. Die Gemeinde und ihre einzelnen Funktionäre haben ja soviel für die Errichtung und Ausgestaltung dieses Museums geleistet, dass ich vorsichtswiese lieber nicht die einzelnen Daten anführen möchte, da die Herren vielleicht vor der Besichtigung den Eindruck gewinnen könnten, die Gemeinde Wien habe etwas rechtlich viel zu dem Werke beigetragen. Ich bin aber überzeugt, dass alle Herren nach der Besichtigung dieses Museums den Stolz, den ich empfinde, dass in meiner Vaterstadt ein derartiges Museum entstehen konnte, teilen und nur Freude darüber empfinden werden, dass unter ihrer Verwaltung ein solches Werk geschaffen werden konnte und aus freudigem Herzen Ihre wohlwollende Hand auch noch künftig diesem Gebäude erhalten werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: Als vor einigen Jahren in Wien der Plan entstand, ein technisches Museum zu errichten, hat sich die Gemeindeverwaltung ihrer Pflicht nicht verschlossen, durch Widmung von Baugrund und Baugeld auch ihr Scherflein zu dem schönen, grossen und stolzen Werke beizusteuern. Besondere Freude und Genugtuung aber möchte ich darüber ausdrücken, dass einer unserer engeren Kollegen StR. Baurat Schneider berufen war, den grosszügigen

Plan in Form und Gestalt zu bringen. Ich freue mich darüber umso mehr, als ich wohl sagen darf, dass das Werk auf das Beste gelungen ist. Das Museum ist ein Bild des schaffenden Bürgertums, ein Zeugnis des Bürgerfleisses und vom des Bürgers Schaffenskraft. Das Museum erzählt von grossen Schätzen, die in Oesterreichs Boden ruhen und von Oesterreichs Talenten, die den Flug zu den Sternen nehmen. Stälze und herrliche Erinnerungen sind in diesem Hause niedergelegt und ich kann nur dem Wunsche Ausdruck geben, dass es unserer heranwachsenden Jugend zur Erbauung diene; möge die Jugend in dem Hause und aus dem Hause die Kraft für die Zukunft schöpfen. Wenn wir heute gekommen sind, erfüllen wir nicht nur eine Pflicht des Dankes, die wir dem hochgeehrten Kuratorium gegenüber empfinden, das in opferwilligster und nimmermüder Arbeit dieses Werk geschaffen, sondern ich habe auch den herzlichsten und innigsten Dank des Bürgermeisters und der gesamten Gemeindeverwaltung zum Ausdruck zu bringen. Exzellenz Krupp und seine Mitarbeiter haben ein Werk geschaffen, das noch fernen Generationen Zeugnis geben wird, welcher Gesinnung und Art die Männer waren, welche die österreichische Industrie zu jener stolzen Höhe emporgehoben haben, auf der sie heute steht und auf der sie zur Ehre und zum Ruhme unserer Vaterstadt wirkt.

Hierauf fand unter Führung des Museumsdirektors Hofrat Ingenieur Erhard ein mehrstündiger Rundgang durch die ausgedehnten Sammlungen des Museums statt, wobei die malerischen historischen Werkstätten und die im Betrieb befindlichen modernen Maschinen, das naturgetreu nachgebildete Kohlenbergwerk und die Dieramen der Alpenbahnen, die anstruktiven Lehrmodelle aus allen Industrie- und Gewerbezeigen und die Originale hervorragender Meisterwerke der Naturwissenschaft und Technik die aufrichtige Bewunderung aller Teilnehmer erregten. Auch die Sammlung des bekannten Medailleurs kaiserlichen Rat Johann Schwerdtner, die alle Metalltechniken der Gravierung umfasst, fand lebhafteste Aufmerksamkeit. Die Mitglieder des Gemeinderates gaben vielfach ihrer Freude darüber Ausdruck, dass die Stadt Wien während der schweren Kriegszeit um ein so bedeutendes Kulturwerk bereichert wurde, das zugleich eine neue Sehenswürdigkeit und eine Zierde der Hauptstadt bildet.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat tritt in der kommenden Woche am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 4 Uhr nachmittags zu Sitzungen zusammen. Auf der Tagesordnung stehen 16 Geschäftsstücke, darunter die Fortsetzung der Beratung über den Hauptveranschlag der Gemeinde Wien, die Erhöhung der Preistarife der grossen städtischen Unternehmungen, die Gewährung von Kriegszulagen und eines Anschaffungsbeitrages an die städtischen Angestellten und Lehrpersonen, sowie eine Reihe minderwesentlicher Angelegenheiten. - Der Stadtrat hält Dienstag und Donnerstag 10 Uhr vormittags Sitzungen ab.

Kartoffelabgabe. Die Zufuhren von Altkartoffeln haben in den letzten Tagen stark nachgelassen, so dass die Abgabetage in der kommenden Woche noch nicht festgesetzt werden können. Sollte der Einlauf der nächsten Tage nicht hinreichen, um für die kommende Woche eine allgemeine Ausgabe zu ermöglichen, werden die Altkartoffeln an die einzelnen Bezirke der Reihe nach abgegeben werden. Sonntag und Montag werden im 3. und

20. Bezirk, wo bereits verlautbart, ungarische Frühkartoffeln abgegeben und wird diese Ausgabe bei weiterem Einlaufe bezirksweise fortgesetzt werden.

zur Kürzung der Brotquote. In Erwiderung des von Bürgermeister Dr. Bedy an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner gesehnten Telegrammes über die bereitwillige Hilfeleistung der ungarischen Hauptstadt hat Dr. Weiskirchner an Dr. Bedy nachfolgendes Danktelegramm gerichtet: Das durch die Tat bewiesene herzliche Mitgefühl der treuen Schwesterstadt Budapest löst bei der schwerkgeprüften Bevölkerung Wiens lebhaften Widerhall und tiefe Genugtuung aus. Die Freiwilligkeit des Opfers der Budapester Stadtbevölkerung erhöht den moralischen Wert der Gabe. Die bisher in allen Stürmen und Nöten des Krieges so glänzend bewährte patriotische Einigkeit wird wie an der Front, so auch auf wirtschaftlichem Gebiete jetzt und für alle Zukunft ungebrochen fortbestehen. Ihnen hochverehrter Herr Kollege spreche ich für die Sie ehrende hehrherzige Anregung zur werktätigen Teilnahme der Bewohner Budapests an den Sorgen Wiens meinen ganz besonderen Dank aus und versichere Sie, dass die Kaiserstadt Wien mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen wird, in ebense selbstloser Weise die Gefühle Ihrer aufrichtigen Verehrung für die Bevölkerung Budapests zum Ausdruck zu bringen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 24. Juni 1918. Nr 168.

Milchversorgung Wiens. In der abgelaufenen Woche wurde 1,169.000 Liter Milch, in der vorhergegangenen Woche 1,197.000 Liter Milch mittelst Bahn zugeführt. Der Ausfall beträgt daher 28.000 Liter und mit Berücksichtigung der sauern Milch rund 53.000 Liter. Ob der Höhepunkt der Milchlieferung bereits überschritten oder ob die Minderzufuhr auf Transport-schwierigkeiten zurückzuführen ist, lässt sich heute noch nicht feststellen. Gegenüber der gleichen Woche des Vorjahres wurden 1,300.000 Liter, gegenüber dem Jahre 1916 rund 2,650.000 Liter und gegenüber dem Jahre 1915 rund 3,700.000 ^{weniger als} Liter in der entsprechenden Woche des Vorjahres zugeführt.

Abgabe von sterilisierter Milch. Vom 27. Juni bis einschliesslich 2. Juli gelangt bei denjenigen städtischen Mehlabgabestellen, bei welchen Nahrungsmittelzubussen für schwangere und stillende Frauen erhältlich sind, sterilisierte Milch in Flaschen zur Ausgabe. Bezugsberechtigt sind schwangere und stillende Frauen, sowie Kinder von 2 bis 6 Jahren, insofern sie hinsichtlich des Mehlbezuges bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind. Die Abgabe erfolgt für die erste Kategorie gegen Vorweisung der Nahrungsmittelzubussenkarte und Abtrennung des Buchstaben D der gelben Mehlbezugskarte, für die zweite Kategorie gegen Vorweisung der rosafarbenen Milchkarte und Abtrennung sovieler Ziffernabschnitte der Mehlbezugskarte, angefangen von der Ziffer 19, als der auf Grund der Milchkarte abgegebenen Zahl von Flaschen entspricht. Auf jede schwangere bzw. stillende Frau, sowie auf jedes Kind entfällt eine Flasche sterilisierter Milch. Der Preis beträgt K 2.10 per Flasche.

Leinenzwang und Hundekentumaz. Dieser Tage sprach das Präsidium des Wiener Tierschutzvereines beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Angelegenheit des Leinenzwanges und der verschärften Hundekentumaz ver, um gegen diese Verfügungen namens des Vorstandes des Vereines und seiner Mitglieder und aller Wiener Tierfreunde Protest zu erheben.

Insbesondere richtete sich die Verstellung des Präsidiums gegen die ausnahmslose Tötung der eingefangenen Tiere, sowie um die baldige Aufhebung des Leinenzwanges. Dr. Weiskirchner, der die Aderdnung in wohlwollender Weise empfing, erklärte, dass er sich nur schweren Herzens für die Verhängung des Leinenzwanges ausgesprochen habe, aber sie sei eine unbedingte Notwendigkeit gewesen. Die Aufhebung der ausnahmslos vorzunehmenden Tötung der eingefangenen Hundewelle er mit den sachverständigen Referenten in Erwägung ziehen und die Abstellung dieser gewiss harten Massregeln mildern. Die Beauftragung des Wasenmeister beim Einfangen der Hunde in humanster Weise vorzugehen wurde zugesichert. Gleichzeitig wurde verfügt, dass die Verordnungen über die Hundekentumaz und über den Leinenzwang allerorts und nicht nur an den Amtstafeln verlautbart wird.

Missbräuchliche Besetzung der Hotels durch Nichtfremde. Es ist zu wiederholten Malen in der Öffentlichkeit Klage geführt worden, dass der ausserordentliche Mangel an Hotelzimmern vielfach dadurch verursacht wird, dass Personen, welche in Wien eine ständige Wohnung haben, sich der leichteren Verpflegung halber oder aus anderen Ursachen längere Zeit im Hotel aufhalten. Hiedurch wird nicht nur der Wohnungsmarkt erheblich geschädigt, sondern auch Gelegenheit zu einer heute ganz unzulässigen Doppelversorgung geboten. Das Wohnungsamt der Stadt Wien macht daher aufmerksam, dass die Hotels zur Unterbringung Fremder konzessioniert sind und dass schon nach dem allgemeinen Sprachgebrauche und den wirtschaftlichen Verhältnissen Personen, welche eine ständige Wohnung in Wien haben, nicht als ortsfremd gelten können. Es werden daher von den zuständigen Behörden Erhebungen veranlasst und die in Betracht kommenden Personen vor die Wahl gestellt werden, falls nicht triftige Gründe für den Aufenthalt in Hotels beigebracht werden können, entweder ihren Aufenthalt im Hotel oder die Wohnung aufzugeben.

Die bauliche Anlage der Wiener Kriegerheimstätten. In Aspern, auf historischem Boden, sollen die Wiener Kriegerheimstätten, die erste grosse Siedlung dieser Art in Oesterreich, errichtet werden. Die bauliche Anlage dieser Siedlung beschreibt der Baudirektor der Stadt Wien, Ingenieur Dr. Geldemund, in der neuesten Nummer von „Volk und Heer“; er sagt in dem reich mit Bildern ausgestatteten Artikel über sein künftiges Werk: „Die nun abgeschlossenen Vorarbeiten umfassen nicht bloss die Geldbeschaffung, Genehmigung der Schlepfbahngelände, Fertigstellung aller Pläne, sondern auch einen Schluss auf 12 Millionen Ziegel, welchen die Gemeinde Wien getätigt hat, so dass nach dem Eintritte des Friedenszustandes die bauliche Anlage in kürzester Zeit wird erstehen können. Sie wird räumlich etwa dreiviertel so gross sein, wie die Ortschaft Kagran, doch weit mehr Strassenfläche und Gebäude aufweisen. Neun grosse Strassenzüge und fünf architektonisch umrahmte Plätze werden die Hauptverkehrswege bilden und eine Spielwiese fast im Ausmasse des Platzes Am Hof wird mitten in der aus 267 Häusern, mit 118 Wohnungen, 18 Geschäftsläden, 10 Werk-

stätten, Verwaltungsgebäude mit staatlicher Bücherei, eigenem Kindergarten für 300 Kinder, Gasthaus mit Vertragssaal für Lichtbilderverträge, bestehenden Siedlung geschaffen werden. Die Wohnungen sind der Mehrzahl nach einstöckige Zweifamilienhäuser, sie werden mindestens aus einem Zimmer mit 20 m² Grundfläche, einer grossen Kammer (Kabinett), Küche, Vorraum, Abort und Speisekammer bestehen und jedes von ihnen wird einen Garten von mindestens 100 m² Fläche in nächster Nähe des Wohnhauses erhalten. In den 25 zweistöckigen Mehrfamilienhäusern sollen in den oberen Geschossen Witwenwohnungen untergebracht werden. Die Ausstattung der Wohnungen wird schlicht, doch gefällig werden; man wird versuchen, durch Einrichten mehrerer Musterwohnungen mit gutem Hauskat nach Einwüfen bewährter Meister den Bewohnern Gelegenheit zu geben, sich um billiges Geld, statt mit dem üblichen zusammengewürfelten Möbelstücken zweckmässig und schön einzurichten. Die einzelnen Häuser sind in Gruppen zusammengezogen und mit Bedachtnahme auf malerische Wirkung der Gesamtlage durchgebildet, möglichste Verwendung von Bäumen und Gehölzen ist angestrebt, desgleichen die Verteilung von kleinen Spiel- und Sitzplätzen, eingebettet in die Familiengärtchen um den Kriegsbeschädigten Heimatsgenossen eine bahgliche Stätte mit anheimelnden und freundlichen Bildern zu geben. Insgesamt sollen in Aspern 700 Kriegsinvalide, mit ihren Familien etwa 3600 Personen untergebracht werden. Die Invaliden werden entweder in den Fabriken der Nachbarschaft oder in der Landwirtschaft Beschäftigung finden. Die Stadt Wien wird im Randgebiete des 21. Bezirkes Genüsekultur in grossem Stil einrichten, und in unmittelbarer Nähe der Kriegerheimstätten Medizinalpflanzen züchten, so dass der fortschreitenden Verbauung in der Umgebung der Siedlung Halt geboten erscheint. Die Genossenschaft der Marktfahrer (Fieranten) in Nieder-Oesterreich hält am Donnerstag, 27. d.M. 3 Uhr nachmittags in Mangs Restauration, 12. Bezirk Schönbrunnerstrasse 192 ihre Jahres - Versammlung ab.

Invalidenamts Wien. Am 20. d.M. hat das im Sinne des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge neu geschaffene Invalidenamts Wien seine Tätigkeit begonnen. Hervergegangen aus einer Vereinigung der k.k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide und der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, welche bisher ihren Sitz im Neuen Rathause bei Magistrats-Abteilung 11 hatte, amtiert das Invalidenamts Wien in den bisherigen, entsprechend erweiterten Räumen der k.k. Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide, 7. Bezirk Neubaugürtel 32. Auskunftserteilung, Berufsberatung, Nachbehandlung, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Barmitteln, Kleidung, Arbeitsgerät, Hilfe bei der Selbstständigmachung, die Mitwirkung bei der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten u.s.w. fallen in seinen Wirkungskreis. Doch auch die städtische Beratungsstelle wird ihre Tätigkeit, in soweit sie über abbezeichneten Agendenkreis des Invalidenamtes hinausgeht, also hauptsächlich Fragen des staatlichen Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen von Eingerückten u.s.w. betrifft, in den bezeichneten Amtsräumen mit regstem Interesse weiter entfalten.

Zentral Wechselselbunden Aktiengesellschaft. Die Ungarische Landes-Zentral Sparkasse beabsichtigt der unter ihrer Patronanz stehenden Zentral Wechselselbunden Aktiengesellschaft eine grössere Ausdehnung zu geben. Zu diesem Behufe hat die Generalversammlung beschlossen, das Aktienkapital von 800.000 Kronen auf 4 1/2 Millionen Kronen durch Ausgabe von 17250 Aktien im Nominale von 200 Kronen zu erhöhen. Die neuen Aktien

wurden zum Emissionskurse von 250 Kronen von der Ungarischen Landes Zentral Sparkasse und einer Wiener Gruppe übernommen. Ferner wurde von der Generalversammlung der Beschluss gefasst, in Wien eine Niederlassung zu errichten, welche Generaldirektor Siegmund Thalberg als delegierter Direktionsrat und Direktor der Zentrale leiten wird.

*Wenn für die Kaufmann vorfindender Platz wird
Lüftung geboten.*

170

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 25. Juni 1918. Nr 170.

Marmelade - Ausgabe. Die nächste Ausgabe von Marmelade beginnt am 3. Juli und zwar in folgender Ordnung: Mittwoch, 3. für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben A bis G, Sch, Donnerstag, 4. H bis L, St, Freitag, 5. M bis R und Samstag, 6. S bis Z. Vom 8. Juli angefangen erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den oben erwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Die Abgabe der Marmelade findet nur gegen amtliche Ausweiskarten statt. Für jede im Haushalt verköstigte Person ist entsprechend der auf der Mehlbezugskarte ersichtlich gemachten Personenanzahl $\frac{1}{4}$ kg Marmelade abzugeben. Von der Mehlbezugskarte hat der Verkäufer den mit den Buchstaben Y bezeichneten Abschnitt abzutrennen. Diejenigen Personen, welche keine Mehlbezugskarte besitzen, haben sich bei ihren zuständigen Brot- und Mehlkommissionen zwecks Ausstellung einer solchen zu melden.

Verkauf von Junggänsen. Die Gemeinde Wien hat gegen 800 Stück Junggänse angekauft und werden dieselben am Donnerstag, 27. und Samstag, 29. d.M. bei den Wildbrethändlern auf sämtlichen Märkten Wiens und in allen grösseren Geschäftsbetrieben zum Preise von K 29. - per kg abverkauft werden.

Verkauf von Hasen. Der Gemeinde Wien ist es abermals gelungen, in Budapest 12.000 Stück Gefrierhasen anzukaufen. Eine bereits eingelangte Partie dieser Hasen wird am Donnerstag, 27. und Samstag, 29. d.M. bei den Wildbrethändlern auf sämtlichen Märkten Wiens und in den grösseren Geschäftsbetrieben abverkauft werden. Der Verkauf erfolgt an Selbstverbraucher nur in zerlegtem Zustande zu folgenden Preisen: Hasenbraten (Rücken und Lauf) K 17.25, Hasenjunge K 5.25, Hasenrücken K 9.50 und Hasenlauf K 8.-

Stellungnahme der Gemeinde Wien zur Kohlensteuer. In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Dr. Mataja ein eingehendes Referat über die Stellungnahme der Gemeinde Wien zum Entwurf des Kohlensteuergesetzes und erörterte insbesondere die Belastung der zur Erzeugung von Gas und Elektrischer Energie verwendeten Kohle vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt. Nach seinem Antrage wurde beschlossen, an die beiden Häuser des Reichsrates eine Denkschrift zu richten, in welcher die Steuerbefreiung auch für jene Kohle angestrebt wird, welche von fremden Kraftwerken zur Lieferung von elektrischer Energie als Betriebskraft für Kohlenbergbau und der dazu gehörenden Anlagen benötigt wird. Ferner wäre die Steuerbegünstigung auch jener Kohle zuzugestehen, welche in Betrieben öffentlicher Körperschaften, deren Erträge öffentlichen Zwecken zufließen zur Erzeugung von Gas oder elektrischer Kraft verwendet wird.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 25. Juni 1918. Nr. 171.

Zentralverein zur Verköstigung armer Schulkinder in Wien. Am 6. d.M. fand im Rathause die 30. ordentliche Generalversammlung des Zentralvereines zur Beköstigung armer Schulkinder in Wien statt. Den Vorsitz führte in Verhinderung des Bürgermeisters der 2. Vizepräsident Stadtrat Tomela. Der Jahresbericht und der Rechnungsabschluss wurden genehmigt und dem Verwaltungsausschusse das Absolutorium erteilt. Als Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden wiedergewählt: Sektionschef i.P. Dr. Ritter von Berger, Herrenhausmitglied Faber, Volksschuldirektor i.P. Kugler, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, k.k. Regierungsrat, Professor Sturm, Hof- und Gerichtsadvokat Vogler; neugewählt wurde: Frau Minna Meister. Als Revisoren wurden wiedergewählt: Direktor der Stadtbuchhaltung i.P. Höfing, kaiserlicher Rat Kanzleidirektor Meyer, Oberbaurat Edler von Stigler und Bezirksversteher kaiserlicher Rat Wieninger.

Aufstellung von Bänken in Gartenanlagen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Braun zur Vermehrung der Sitzgelegenheiten in den städtischen Gartenanlagen und Baumanlagen weitere 300 einfache hölzerne Bänke aufzustellen. Da sich die Fälle mehren, dass Gartenbänke ganz oder teilweise gestohlen oder beschaft beschädigt werden, und ein Ersatz sehr schwer zu beschaffen ist, wird das Publikum um Mitwirkung zur Abwehr dieser Uebelstände ersucht. Nach einem Antrage des StR. Schneider wurde der Zusatzantrag genehmigt, dass für die nächste Zukunft die Herstellung von Betonbänken mit Eiseneinlagen in Aussicht zu nehmen ist.

Ein Antrag auf Bildung eines Gemeindeverbandes Gress - Wien.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben im April d.J. einen Antrag auf die freiwillige Vereinigung von Ortsgemeinden rings um die Stadt zu einem Gemeindeverband Gress - Wien gestellt. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Mataja über die Angelegenheit und kam zu folgenden Anträgen, welche zum Beschlusse erhoben wurden: Die Gemeinde Wien versichert es als zweckmässig, in gewissen Fragen der öffentlichen Gemeindeverwaltung durch freiwillige Vereinbarung mit benachbarten Gemeinden einheitliche Grundsätze für die weitere Behandlung dieser Fragen festzusetzen. Als solche Fragen wären insbesondere zu bezeichnen: 1. die wichtigsten Angelegenheiten der Verkehrspolitik, 2. die Bodenpolitik der Gemeinden, 3. die Bau- und Wohnungspolitik, 4. die Assamierung der Gemeinden. In diesem Sinne wäre mit den Wien benachbarten Gemeinden im allgemeinen und mit den südlich von Wien gelegenen Gemeinden im Wiener Becken insbesondere ehstens in Föhlung zu treten.

Freie Fahrt auf der Strassenbahn für die Bezirksräte. Nach einem Antrage des StR. Schneider beschloss der Stadtrat dem Gemeinderat nachstehenden Antrag vorzulegen. Um im Sinne des Wiener Gemeindestatutes den Bezirksräten die Barauslagen bei Kommissionen und sonstigen Amtshandlungen zu vergüten, wird ihnen auf die Dauer ihrer Amtsföhrung die freie Fahrt auf der städtischen Strassenbahn innerhalb des Wiener Gemeindegebietes eingeräumt.

Lehnzuschüsse für die Arbeiter der städtischen Unternehmungen.

In der heutigen Sitzung des Stadtrat stellte StR. Spalowsky folgenden Antrag: In der verigen Woche fanden zwischen der Regierung und den Vertretern der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterorganisationen Verhandlungen statt, welche zur Bewilligung von Lehnzuschlägen für die in den

Kriegsleistungsbetrieben beschäftigten Arbeiter führten. Mit Rücksicht auf diese Verfügung wird beantragt: Den zur Kriegsleistung herangezogenen Arbeitern der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke sind die gleichen Lehnzuschläge zu gewähren, wie den in den anderen Kriegsleistungsbetrieben beschäftigten Arbeitern. Ebenso ist den Arbeitern und Bediensteten der städtischen Strassenbahnen die gleiche Aufbesserung, wie sie den Angestellten der k.k. Staatsbahnen bewilligt wurde, zu gewähren.

Nach einer Debatte, an welcher sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner, VB. Hess, die StRe. Dr. Hein, Hötzel, Körber und Müller beteiligten wurde die Beratung, ohne dass ein endgültiger Beschluss gefasst wurde, abgebrochen und wird die Beschlussfassung hierüber in der nächsten Stadtratssitzung erfolgen.

Abgabe von Kartoffeln. Die Zuföhren von Altkartoffeln ermöglichen derzeit noch nicht eine allgemeine Abgabe; vorläufig findet eine Abgabe im 10., 11., 12., 16., 17- und 21. Bezirk statt. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit $\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden Donnerstag bis Samstag zum Preise von 17 h für das Kilogramm in der üblichen Weise unter Abtrennung des Wochenabschnittes K der Kartoffelkarte abgegeben. Die Bezirksweise Abgabe der Altkartoffeln wird nach Massgabe des Winlaufes fortgesetzt.

Ausföhlung von Kartoffelkarten. Jene Haushaltungen, welche sich seinerzeit gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte selbst mit Kartoffeln versorgt haben, können, da die Versorgungszeit für welche der Verzicht galt, mit Ende Juni abläuft, Kartoffelkarten vom Donnerstag, 27. d.M. an bei der nach ihrem Wohnorte zuständigen Brotkommission beheben. Die ihnen ausgefolgten Kartoffelkarten gelten ab 1. Juli, und enthalten die Abschnitte L und M.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 25. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass der Prekuriat Franz Schweizer 1000 Kronen für die Armen des Bezirkes Hietzing gespendet hat.

GR. Klauy schildert in einer Interpellation die Uebelstände im Lokaleisenbahnverkehr und wünscht insbesondere, dass auf dem Franz Josefs Bahnhöfe die Fahrgäste nicht erst unmittelbar vor Abfahrt des Zuges und nicht bloss durch eine einzige Türöffnung auf den Perron gelassen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er werde an die Staatsbahndirektion mit dem dringenden Ersuchen herantreten sofort die geeigneten Massnahmen zu treffen.

GR. Skaret stellt folgende Anfrage: Wie aus einem Bericht des Kriegswucheramtes hervorgeht, wurde festgestellt, dass in der letzten Zeit auf den Wiener Bahnhöfen sich ein reger Schleichhandel mit Kirschen entwickelt hat. Tatsache ist, dass seit langem auf den Wiener Märkten keine Kirschen mehr zu sehen sind und soweit sie in vereinzelten Fällen dennoch vorkommen, werden herrrende Preise von 7 bis 8 Kronen pro kg gefordert. Während in Friedenszeiten das kg Kirschen 20 bis 24 Heller kostete, werden jetzt Wucherpreise gefordert, die aber schon in gar keinem Zusammenhang mit dem Kriege und den erhöhten Kriegsosten stehen. Es sind das die „Segnungen“ der Freigabe des Handels mit Obst, an der leider die Gemeinde Wien und einige Mandatsstreber so regen Anteil genommen haben. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit durch eine strenge Kontrolle durch die Marktergane die Anlieferung sowie den Verkauf des Obstes auf dem Wiener Platze zu überwachen und diesem beispiellosen durch nichts gerechtfertigten Wucher endlich ein Ende zu bereiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist richtig, dass in der letzten Zeit in der Nähe der Stationsplätze derjenigen Bahnen, die Fahrgäste aus Ungarn bringen sich Winkelmärkte gebildet haben, indem auf der Gasse und in den Haustoren zur ungewöhnlich hohen Preisen Kirschen feilgehalten werden. Das Kriegswucheramt hat einen strengen Ueberwachungsdienst eingeföhrt, infolgedessen dieser Schleichhandel ein Ende gefunden hat. Im Zusammenhang damit steht das Verbot der Verabreichung von frischem Obst in Gast- Schank und Speisewirtschaften. Seit heute gilt für Znaimer Kirschen ein Einheitspreis von K 3.08 im Gresshandel und von K 3.38 im Kleinhandel.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, dass nunmehr an die Fortsetzung der Beratung über den Hauptvoranschlag geschritten wird. Die Obmänner der Gemeinderätlichen Parteien haben sich geeinigt, die Gruppe 3 vorläufig auszuschalten und vorerst die Gruppen 2 und 4 bis 13 zu verhandeln.

VB. Hess begibt sich zum Referententisch.

Zur Gruppe 2 ergreift als erster Redner GR. Emmerling das Wort: Er anerkennt, dass es in der Kriegszeit ausgeschlossen sei einen geordneten Voranschlag aufzustellen und erklärt, dass es zweckmässiger gewesen wäre, statt eines Voranschlages für die Kriegszeit nur die entsprechenden Posten für deren Bedürfnisse einzustellen. In den verschiedenen Gruppen sind Beträge eingesetzt, von denen man mit Bestimmtheit voraussagen kann, dass sie durchgeführt werden können und ^{fröhlich} ^{erlösten} dann später als Ersparnisse im Abschlusse auf. Er verweist, dass es der Mühe wert wäre, jene Posten genau zu beachten, wodurch das Defizit noch eine grössere Höhe erreichen würde. Der Redner bemängelt, dass für die Bedeckung der Lasten eine Erhöhung der Einnahmen inx durch Erhöhung der Tarife von der städtischen Buchhaltung vorgeschlagen würde, was eine ungerechte Verteilung der Lasten nach sich ziehe.

Redner macht unter Berücksichtigung der Gruppe II Steuerwesen einige Vorschläge zur Erhöhung der städtischen Einnahmen und zwar durch eine Erhöhung der Hauszinsheller in einer durch das Gesetz ermöglichten Form. Er wendet sich aber gegen die Erhöhung der Erwerbsteuerklassen III und IV, in der zwar auch bedeutende Kriegsgewinner sich befinden, da viele

davon von der Steuerbehörde unmöglich erfasst werden können. Eine Einnahmenerhöhung sei auch durch eine Auflage zur Einkommensteuer ermöglicht, sowie durch Zuschläge zur Besoldungssteuer, deren niedrigen Ansatz mit einer Million Kronen im Voranschlag er begängelt. Ebenso verlangte er die Erhöhung der Gemeindeaufgabe für die Hundebesitzer und forderte künftighin die genaue Einstellung der Hundesteuerabschreibungen im Budget. Zum Schlusse erklärte Gemeinderat Emmerling, dass es nicht seine Sache sei, Steuervorschreibungen zu machen, aber nachdem in der Gruppe III die breite Masse mit bedeuten den Erhöhungen bedacht ist, habe er sich entschlossen, Vorschläge auf Erhöhung der Einnahmen zu erstatten. (Zwischenruf des Bürgermeisters: Herr Gemeinderat Emmerling, ich danke Ihnen für jede derartige Anregung).

Als nächster Redner nahm GR. Biber das Wort, der zunächst zwei Ausführungen seines Vorredners herausgriff und feststellte, dass von Seite der Gemeindevertretung stets Anstrengungen gemacht wurden, Zulagen für die Personaleinkommensteuer zu erreichen, die aber ^{bisher} kein Gehör fanden. Im weiteren Verlauf seiner Rede spricht er über das Steuerwesen und über die dadurch im Krieg dem Bürgertum und dem Gewerbestand aufgebürdete ^{last} ^{last}. Die Steuerschraube habe jetzt eine kolossale Veränderung erhalten, die ^{große} ^{große} Existenzen eine direkte Gefahr bedeutet. (Zwischenruf des GR. Leitners: Ruin!) Seine weiteren Ausführungen gelten der jetzt waltenden Praxis der Steuerbeamten. Er bekritisiert die jetzt übliche Einschätzung und tritt für die Abschaffung derselben ein, da dieselbe geeignet sei, ⁱⁿ ⁱⁿ unserem grossen Publikum besondere Strömungen zu erzeugen. Bezüglich der Einschätzung verlangt er ^{unbedingt} ^{unbedingt} die Berücksichtigung aller eingezogenen Sachverständigen-Gutachten.

Eine andere Art der Abhilfe ist, belehrend auf das Publikum einzuwirken; es wurde zu diesem Zwecke eine eigene Stelle geschaffen und könne man sich dadurch eine wirksame Abhilfe erhoffen.

GR. Breuer führt aus, dass seitens des deutschösterreichischen Gewerbebundes eine eigene Steuerschutz- und Auskunftsstelle ins Leben gerufen wurde, es sei kein Zweifel, dass die Errichtung einer derartigen Stelle gegenüber dem geradezu unfassbaren Vorgehen der Steuerbehörde eine dringende Notwendigkeit darstelle. Der grosse Krieg, der Lehrmeister für so viele Dinge habe auch bewiesen, dass ein Verschwinden des kleinen und mittleren Gewerbebestandes, der von so vielen gewünscht und propagiert wird, eigentlich ein Unglück für den Staat wäre. Gegenüber der derzeitigen Steuerpolitik müsse der Regierung endlich klar gemacht werden, dass sie dort zuzugreifen habe, wo es ohne Schädigung der Existenz möglich sei und Erleichterungen dort einzutreten haben, wo solche zur Weiterföhrung der Existenz unbedingt notwendig sind.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters VBGM- Hoss wird Gruppe 2 genehmigt.

Zu Gruppe 4 (Gemeindegeld) ist niemand zum Worte gemeldet.

Zur Gruppe 5 (Sicherheitswesen) bespricht GR. Lohner die gegenwärtigen Sicherheitszustände in Wien und wünscht eine zweckentsprechende Adjustierung für die Sicherheitswachmänner. Er bedauert, dass im Budget nicht ein Betrag für die Errichtung einer Hauptfeuerwache im 21. Bezirk eingesetzt ist. Die Bezüge der Feuerwehrleute seien ihren Leistungen nicht angemessen.

GR. Leitner bemängelt die Sorglosigkeit, mit der in den hiesigen Leihanstalten die Filme aufbewahrt werden und trat insbesondere dafür ein, dass deren Transport nicht in einfacher Verpackung sondern in guten Kartons vorsichtig gehen soll. Weiters verlangt er, dass die von der Feuerwehrzentrale vorgeschlagenen Sicherheitsvorkehrungen in entsprechender Weise und in kürzester Zeit erledigt werden.

In seinem Schlusswort dankt der Referent dem Gemeinderate Lohner für die der Wiener Berufsfeuerwehr gezollte Anerkennung, dehnte dieselbe auch auf die freiwilligen Feuerwehren aus und versicherte, dass er der endlichen Inangriffnahme der Erbauung eines Hauses für die Hauptfeuerwache im XX. Bezirk, was leider jetzt die Kriegsverhältnisse jetzt nicht ermöglichen, seine volle Aufmerksamkeit schenken werde. Bezüglich der vom Gr. Leitner verlangten Sicherheitsvorkehrungen für die Verwahrung und den Transport der Filme bemerkte er, dass die betreffenden magistratischen Vorschläge bisher leider noch nicht die Zustimmung der staatlichen Behörden gefunden haben.

Hierauf erfolgte die Annahme der Gruppe 5.

Zur Gruppe 6 (Verkehrswesen) sprach GR. Lohner. Er bekrittelt die skandalöse Betriebsführung der elektrischen Strassenbahn nach Pressburg, die in der Absicht gebaut wurde, eine schnelle Verbindung mit dem Nachbarlande herzustellen, keineswegs aber dieser Anforderung entspreche. Er bemängelt auch den dort bestehenden Usus, eine einzige Kasse und knapp vor dem Zugabgang zu eröffnen, was zur Folge habe, dass die meisten Passagiere, um nicht bei der Kassa gedrängt zu werden, sich lieber ohne Karte in die Waggonen setzen und durch der Betriebsleitung eine ungerechtfertigte und enorme Mehreinnahme sichere. Der Redner forderte bei Besprechung der städt. Fuhrwerksbetriebe für die Strassenpflege die eheste Einführung des Systems Hartwich für den Kehricht-Transport und seinerzeit die Gemeinde ankaufte, und bis jetzt nicht verwertete. Weiters sprach der Redner gegen das Unsachmässige und unhygienische System der Strassenbespritzung und begrüssete die Einstellung eines Betrages im Budget für die Versuche mit verschiedenen Strassenbindemitteln. Zum Schlusse forderte er die im Interesse des Strassenbahnverkehrs liegende baldige Fertigstellung der Aspöckl- und Franz-Josefsbrücke.

VBGM. Hoss teilte in seinem Schlusswort mit, dass die Aspöcklbrücke im Herbst zur Gänze und die Franz-Josefsbrücke zur Hälfte fertiggestellt sein werde. Hierauf gelangte die Gruppe 6 zur Annahme.

Bei Gruppe 7 (Markt und Approximierungswesen) bespricht GR. Bartik (pro) die verschiedenen Vorkehrungen, die die Gemeindeverwaltung während des Krieges getroffen hat um den Bedürfnis der 2 Millionenstadt zu entsprechen, so die Umgestaltung des Naschmarktes, die Erbauung des Kühlhauses, die Ausgestaltung des Fleischmarktes und Lagerhauses und so weiter, die aber alle nichts nützen, wenn durch gewisse Verordnungen die Beschickung der Märkte unterbunden werde. Der Bürgermeister hat grosse Mengen von Lebensmitteln für die Bevölkerung in den ersten Kriegsjahren aufgebracht, so 188 Waggon Kaffee, mit der der Regierung und der Kaffeesiedergenossenschaft ausgeholfen wurde. Ferner wurden 13 Waggon Zucker einge- kauft, welche Menge die klaglose Einführung der Rayonierung ermöglichte, da zur Zeit derselben die Regierung selbst über keinen Zucker verfügte. Gleich in den ersten 14 Tagen des Krieges hat die Gemeinde von einem Kauf von 4500 Waggons Mehl in Ungarn sofort 500 Waggons Mehl auf den Donauschleppern nach Wien gebracht, da alle sonstigen vorhandenen Vorräte die Militärverwaltung beschlagnahmte und für sich verwendete.

Weiters spricht der Redner vom Ankauf von 75 Waggons Milchkonserven, 170 Waggons Weis, 250 Waggon Bohnen, 13 Waggon Butter, 80 Waggon Fett, 85 Waggons Schweinefett und 45 Waggon Kunstfett. Ausihren Vorräten hat die Gemeinde Wien derzeit mit Schweinespeck ausgeholfen. Die Fleischankäufe beliefen sich auf 192 Waggon Fleisch und 32.000 Stück Lebendvieh, Milchkühe und Zuchttiere. Auch wurden 30.000 Einstellschweine angekauft. Der Redner kommt sodann auf die schweren Sünden der Zentralen Bewirtschaftung zu sprechen und geht in erster Linie mit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt streng ins Gericht. Die zur Aufbringung des Brotgetreides errichtete Stelle hat im Jahr 1915 bei einer Ernte von 31.8 Millionen Meterzentner Brotgetreide (Korn, Weizen und Gerste) bloss 11.6 Millionen Meterzentner erfasst; im Jahre 1916 von geernteten 26.3 Millionen 9.6 und im letzten Jahre von 23.4 Millionen 7.2 Millionen aufzubringen verstanden. Alles Uebrige habe der Schleichhandel erfasst. Er rügte die in den Zentralen vorkommende Protektionswirtschaft bezüglich der Zuweisungen, die jetzt fast ausnahmslos nur an die den Zentralen nahestehenden Faktoren erfolgt.

widmete einige Worte der Sauerkrautmisere und führt einige Beispiele an über die höchst ungerechte Verteilung von Malzkaffee und Zwirn seitens der Zentralen.

Der Redner bespricht sodann die Vorkehrungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Ernährungswesens; sie habe das menschenmöglichste getan, um die Not der Wiener Bevölkerung etwas zu lindern. Sie war bestrebt, die Betriebe der kleinen Milchmaier aufrecht zu erhalten, so dass die nach Wien eingelieferte Milchmenge ansehnlich vermehrt wurde. Sie habe aber auch selbsttätig in die Produktion eingegriffen und neben dem Kobenzl und dem Wallhof bei Rannersdorf, wo 240 Stück Grossrinder zur Milchgewinnung und Zucht gehalten werden, in der Lobau einen intensiven Kartoffel- und Gemüsebau durchgeführt. Hier wird auch Heu in grossen Mengen gewonnen und ein Weidebetrieb für Rinder und Jungvieh und in

kürzester Zeit auch für einige tausend Schafe durchgeführt werden. Von den Pachtgütern sind Deutsch-Altenburg und der „Weisser Hof“ bei Kritzendorf zu erwähnen. Auf den ersteren sind 80 Stück Rindvieh eingestellt, der letztere dient zur Aufzucht von reinrassigem Jungvieh. Die Gemeinde Wien hat ferner Verträge mit Gutsbesitzern abgeschlossen über die Einstellung von Rindvieh zwecks Milchgewinnung, sowie Mästung von Schweinen. Eben jetzt befindet sich ein grosse Schweinemastanstalt im Bau, wodurch es möglich sein werde, 12- bis 15.000 Fettschweine pro Jahr zu produzieren. Die Milchwirtschaft der Gemeindeverwaltung ermögliche nicht nur den Milchbedarf sämtlicher städtischer Anstalten zu decken, es werde ausserdem noch eine Menge von fast 9000 Liter Milch täglich in den allgemeinen Verbrauch übergeleitet.

Der Redner bespricht sodann die Tätigkeit der Zentralen und bezeichnet die völlige Ausschaltung des legitimen Handels als einen groben Fehler. Es sei ja selbstverständlich, dass der Handel im Kriege nicht frei schalten könne, dass in Kriegzeiten andere Formen eingeführt werden müssen. Der legitime Handel hätte jedoch unter gewissen Carotten zur Mitarbeit herangezogen werden müssen. Tausende Waggons von Lebensmitteln seien zugrunde gegangen, weil sie entweder nicht fachgemäss behandelt oder nicht mit der erforderlichen Sorgfalt betreut wurden. Es sei zu verwundern, dass die Sozialdemokraten noch immer und hartnäckig den Bestand der Zentralen verteidigen, die doch auf allen Gebieten ein Fiasko erlitten haben. Im Interesse der ganzen Bevölkerung müsse jeder einzelne für den Abbau der Zentralen eintreten. (Lebhafter Beifall).

GR. Knoll sagt, dass man bei den jetzigen Approximierungsverhältnissen bedenken müsse, dass die Gemeinde Wien ein Teil der Festung sei, die von den Feinden belagert werde. Dass aber die Verhältnisse soweit gedeihen konnten, daran seien nur die Zentralen mit ihrer unrationellen Bewirtschaftung der Lebensmittel Schuld. Hätte die Gemeinde Wien das Recht bekommen, sich selbst zu versorgen, was ja der Bürgermeister wiederholt verlangt habe, wäre es nie zu den Verhältnissen gekommen, unter denen wir jetzt so leiden. Da habe es aber immer geheissen, dass man dann auch anderen Städten dasselbe Recht einräumen müsste, als ob die Zweimillionenstadt mit anderen kleineren Städten verglichen werden könnte. Er schlage vor, dass jetzt noch die Gemeinde Wien mit einem entsprechenden Kapital eine Grosseinkaufsgesellschaft bilden möge, die auch nach dem Kriege ihre Tätigkeit fortsetzen sollte.

Die Post wird sodann angenommen.

Bei Post 8 (Sanitätswesen) ergreift Dr. Löwenstein das Wort.

Er sprach von dem grossen Komplex, von Erfordernissen auf gesundheitlichem Gebiete und erhob schwere Anklagen gegen die Stadtverwaltung, die es unterlassen habe, irgendwelche Vorkehrungen bisher zu treffen. Dieses Schuldbekennnis hat der Staat selbst durch seine Minister für Volksgesundheit in der Reichsratssitzung vom 15. März abgelegt, da er erklärte, dass die österreichische Gesundheitsverwaltung im kleinsten Stil organisiert ist. Unter solchen Verhältnissen tritt der Redner für die Selbsthilfe der Gemeinde ein, damit wenigstens ein teilweises Eingreifen in die Lücken der Volksgesundheit erfolge. Bei dieser Gelegenheit dankt GR. Löwenstein dem Physikat mit seinem ausgezeichneten Aerztestand, den Bezirksärzten, sowie den Anstalten und ihren Amtsärzten für ihre besonderen im Kriege vollzogenen Leistungen. Auf die Schaffung des städtischen Gesundheitsamtes kommand, das am 1. September ds. J. aktiviert werden soll, erklärte der Redner, dass dieses Amt nur dann seinen Zweck erfüllen werde, und eine vollwertige Abteilung des Magistrates sein werde, wenn ihm die wichtigsten Arbeiten der Sanitätsverwaltung zur alleinigen Entscheidung vorgelegt werden. Weiters muss dieses Amt auch fernerhin das Sachverständigenorgan der Gemeinde bei allen Fragen der Gesundheitspflege bleiben. Da die Bewältigung der enormen Arbeiten an die Aerzte besondere Anforderungen stellen wird, so ist es in erster Linie ausdrücklich notwendig, dass die Amtsärzte eine Verbesserung ihrer amtlichen Stellung und ihrer materiellen Lage erhalten. Der Redner verlangte bei der Vorrückung der Aerzte die gleiche Behandlung, wie sie die anderen Gemeindebeamten mit Hochochulbildung erfahren, insbesondere aber eine erweiterte Vorrückung in die 7. Rangsklasse. Er fordert, dass der Ober-Physikus in die 4. Rangsklasse, die beiden Stadt-Physici in die 5., ebenso wie die Leiter der Anstalten zu gelangen haben. Für die in den städtischen Versorgungsanstalten tätigen Beamten sei eine erhöhte Personalzulage zu bewilligen, da diese keiner Praxis nachgehen können und eine erhöhte Mehrleistung in den Anstalten bewerkstelligen müssen. Auf die Aufgaben des Gesundheitsamtes übergehend, sei in erster Linie insbesondere der Tuberkulosenbekämpfung ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, deren Verhältnisse sich im frische bedeutend verschlimmert haben. Es sei zwar ein Verein gegründet worden, der 23 Millionen für diesen Zweck sammelte, doch ist von dessen Tätigkeit bisher weiter nichts bekannt. An der Hand statistischer Daten wies der Redner die Zunahme der tuberkulösen Todesfälle während der Kriegszeit, und rügte die Unzulänglichkeit der bestehenden Heilungsanstalten und Bettstiftungen. Nur enorme Mittel könnten zu einer grossen Tuberkuloseaktion erfolgreich führen, doch sei hierbei auch die Frage der Sanierung der Krankenanstalten ins Auge zu fassen, was wohl von einer Regierung, die sich in dieser

Vor allem sei es notwendig ein grosses Spital für schwere Fälle von Tuberkulose zu besitzen und dazu eignet sich das Kriegsspital N° 1 in Grinzing ganz vorzüglich. Die Schwierigkeiten bezüglich der Ernährung im Kriege seien allerdings unüberwindlich. Mit der Erwerbung des Flüchtlingslagers in Steinklamm sei für die Unterbringung und Heilung erwerbsfähiger Tuberkulöser ein verheissungsvoller Anfang getan. Die Bekämpfung einer Volksseuche, wie es die Tuberkulose ist, dürfe jedoch nicht im Wege von Fürsorgeaktionen erfolgen, es sei dies vielmehr die Aufgabe des Staates, des Landes und der Gemeinde, die auf diesem Gebiete einträchtig zusammenwirken müssen. Nicht minder wichtig, als die Fürsorge für Tuberkulösen sei die Säuglingsfürsorge. Redner bespricht sodann das ungeheure Anschwellen der Geschlechtskrankheiten im Kriegsland erklärt, dass deren Bekämpfung nur durch die Einführung eines gewissen Zwanges und durch die weitestgehende Aufklärung der Jugendlichen wirksam erfolgen könne. Die Aktionen für die Gesundheit der Bevölkerung werden grosse Mittel erfordern. Aber auch die letzte Milliarde müsse aufgebracht werden und sei unschwer zu beschaffen, wenn die Produktionskraft des Reiches gehoben wird. Dazu bedarf es jedoch allerdings einer energischen zielbewussten und fähigen Regierung. Der Gemeinderat werde, davon sei er überzeugt, einmütig und einträchtig zusammenarbeiten, um das Seinige beizutragen, die Bevölkerung gesund zu machen und zu erhalten. (Lebhafter Beifall).

Bei Gruppe 9 (Armenwesen) führt GR. Bretschneider aus, dass die Armen-, Pflege- und Waisengelder trotz der erfolgten Erhöhung bei den heutigen Verhältnissen unzureichend seien wenn sie auch in ihrer Gesamtheit gewaltige Summen ausmachen. Was die Zusammensetzung des Institutes der Armenräte anbelangt, müsse wieder darauf verwiesen werden, dass die Armenräte nur einer einzigen Klasse der Bevölkerung entnommen werden und dass die Sozialdemokraten verlangen, dass eine Ausgestaltung auch dieser Organisation in der Richtung erfolge, dass auch Vertrauensmänner der Partei des Redners mit herangezogen werden. Nach Besprechung der Fragen der Jugend- und Arbeiterfürsorge, spricht Redner über die Wohnungsfrage und sagt : Die Gemeinde Wien hat jetzt auf diesem Gebiete alles versucht, was möglich, eine Besserung herbeizuführen, aber alles was die Gemeinden in ihrem Wirkungskreise tun können ist nichts als ein Tropfen auf einen heissen Stein. In erster Linie muss die Regierung einschreiten um eine Wohnungspolitik im grossen Gebiete zu betreiben. In Deutschland wurde dies auch erkannt und ein Staatskommissariat für Wohnungswesen geschaffen, in Oesterreich geschieht nichts, trotzdem die Gemeinde Wien, bereits eine Reihe bestimmter Forderungen gestellt hat. Es müsse daher ein letzter Versuch gemacht werden, um die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern und sie aufmerksam zu machen, dass sie

zu erinnern und sie aufmerksam zu machen, dass sie durch ihr Nichtstun eine grosse Gefahr nicht nur für die Bevölkerung sondern auch für den Staat heraufbeschwört. Weiters sei vorzuzorgen, dass das Verkehrswesen in entsprechender Weise nicht nur für das Stadtgebiet verbessert werde, sondern, dass auch an den Staat die Forderung herantreten, dafür vorzuzorgen, dass die Arbeiter die zu erwartenden steigenden Wohnungspreise an die Peripherie oder über dieselbe hinaus beanen wird bequem und billig ihre Wohnungs- und Arbeitsstätte erreichen können. Zum Schlusse verlangte der Redner eine grundlegende Abänderung im Armenwesen. Nach dem Schlussworte des Referenten wurde die Gruppe 9 und hierauf debattenlos die Gruppe 10 angenommen.

Zur Gruppe 11 sprach GR. Paulitschke! Er hält es für merkwürdig, dass trotz des 3. Kriegsjahres noch immer 166 Schulen im Dienste der Militärbehörden stehen und weist auf die grossen Gefahren des Halbtagsunterrichtes hin, die einen Tiefstand der Bildung und eine Verrohung der Jugend mitsichbringen. Er appelliert an die Militärverwaltung wegen sofortiger Rückgabe der Schulen, und bittet das Präsidium mit allem Mitteln dies anzustreben, um die Gesundheit, die Sitten und die geistige Kraft, in der Schule wieder gefördert werden könne.

Zur Gruppe 12 (Konskriptionswesen) erneuert GR. Reininger den schon seinerzeit von ihm gestellten Antrag, die Strassenkabeln nicht höher als 3 Meter, die Hausnummern nicht höher als 2 Meter anzubringen, da sie bei der gegenwärtigen Praxis sehr oft nicht zu lesen seien. Die Post wird hierauf angenommen.

Bei Gruppe 13 (Verschiedenes) beantragt der Referent VB. Hoss die Post Kriegszulagen für die städtischen Angestellten von 20.000 Millionen auf 30. Millionen Kronen zu erhöhen. (Angenommen).

Damit ist das Budget bis auf Gruppe 3 und Bilanz und Bedeckung erledigt.

Die Sitzung wird hierauf abgebrochen.

Frage lediglich mit der Auseinandersetzung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ministerien nicht zu erwarten sei.

Beifall

172 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michlew,
Wien. 1., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 26. Juni 1918. № 172.

Kinder nach der Schweiz. In Fortsetzung der am 18. d.M. erfolgten Ausreise nach der Schweiz von 220 Wiener Kindern, denen sich in Linz 150 Egerländer und 50 Linzer, in Bischofshofen 50 Grazer - Kinder anschlossen, treffen heute vormittags aus B Budapest 300 und aus Triest 50 Kinder in Wien ein, die zusammen mit 65 Wiener Knaben und Mädchen mit dem Sonderzuge um 12 Uhr 45 Minuten mittags nach der Schweiz zu einem 10 wöchentlichen Aufenthalt, u.zw. die ungarischen Kinder in Adelboden, die Wiener und Triestiner in Einsiedeln, weiterfahren. Die Kinder erhalten vor ihrer Abreise in einer Kriegsküche des 15. Bezirkes ein ausgiebiges Mittagessen. Frau von Einem erwartet die Kinder an der Schweizer Grenze. Die Vorarbeiten für diese und die vorangegangene Ausreise wurden vom Schriftführer des Vereines „Wiener Kinder aufs Land“ Bezirksschulinspektor Dr. Rudolf Richter unter Beihilfe der Frauen Direktorin A. Grandauer und Leiterin A. Schelle durchgeführt.

Einführung von Fleischkarten. Bis jetzt war der Bezug von Fleisch an den amtlichen Einkaufschein gebunden. Da für die Rayonierung des Fleisches bereits Vorarbeiten getroffen werden, wird mit der Ausgabe von besonderen Einkaufscheinen sowohl für Rindfleisch (weisse Karten), wie auch für Wohlfahrtsfleisch (rosa Karten) begonnen. Die Ausgabe der neuen Fleischeinkaufscheine findet in der Zeit vom 1. bis 6. Juli bei den zuständigen Brotkommissionen gegen Vorweisung der bisherigen Einkaufscheine statt.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 26. Juni 1918. Nr 173.

Einführung von Einkaufsscheinen für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch. Vorbereitung der Rindfleisch-Rayonierung.

Von Montag, 1. Juli an gelangen für die Besitzer der amtlichen Einkaufsscheine (weiss, grün, blau und gelb) besondere Einkaufsscheine u.zw. für Rindfleisch (Einheits- bzw. Extremfleisch) in weisser Farbe, für Wohlfahrtsfleisch in rosa Farbe bei den zuständigen Brotkommissionen bzw. für Haushalte über 14 Personen bei den Konstriktionsamts-Abteilungen des zuständigen magistratischen Bezirksamtes zur Ausgabe.

Die Einkaufsscheine für Rindfleisch enthalten 40 Abschnitte für je eine halbe Wochenmenge und werden bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge je 2 mit den gleichen Buchstaben versehene Abschnitte, bei getrenntem Bezuge je ein solcher Abschnitt vom Fleischverkäufer zur Abtrennung gebracht.

Die Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch enthalten 20 Abschnitte für je eine halbe Wochenmenge. Diese Abschnitte sind überdies noch 30 Abschnitte, die zur Erlangung verschiedener Lebensmittel und Bedarfsartikel dienen. Die derzeitigen amtlichen Einkaufsscheine müssen zur Brotkommission bzw. in die zuständige Konstriktionsamts Abteilung mitgebracht werden.

Für jeden vorgewiesenen amtlichen weissen Einkaufsschein wird ein entsprechender weisser Einkaufsschein für Rindfleisch abgegeben.

Für zum Rindfleischbezüge abgestempelte Einkaufsscheine der Mindestbemittelten wird ein weisser Einkaufsschein für Rindfleisch ausgegeben, dessen mit den Ziffern 1 bis 30 versehene Abschnitte überstempelt werden, wodurch ersichtlich ist, dass der Inhaber zwar in dem Bezuge von Rindfleisch steht, im übrigen aber zu einer Gruppe der Mindestbemittelten gehört.

Erklärt bei der Anmeldung der Inhaber eines abgestempelten amtlichen Einkaufsscheines für Mindestbemittelte, er wolle nunmehr aus dem Rindfleischbezüge treten und Wohlfahrtsfleisch - derzeit Pferdefleisch - haben, so wird ihm eine rosa Karte für Wohlfahrtsfleisch ausgefolgt.

Parteien, welche unabgestempelte amtliche Einkaufsscheine für Mindestbemittelte besitzen, erhalten die entsprechenden rosa Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch.

Wenn eine solche Partei erklärt, dass sie nunmehr kein Wohlfahrtsfleisch wolle, sondern künftighin in den Bezug von Rindfleisch zu treten wünsche - selbstverständlich zu den für Rindfleisch festgesetzten Preisen - so erhält sie einen entsprechenden weissen Einkaufsschein für Rindfleisch, dessen mit den Ziffern 1 bis 30 versehene Abschnitte mit dem Stempel der Brotkommission überstempelt werden.

Diese Erklärungen müssen bei der Anmeldung erfolgen und ist jede spätere Umänderung unzulässig.

Die vorgewiesenen bisherigen amtlichen Einkaufsscheine werden dem Inhaber nach Einsichtnahme zurückgestellt und bleiben weiterhin für den Zucker- und Kaffeebezug, sowie für den Bezug von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auf Grund der jeweils verlautbarten Ziffernabschnitte in Kraft.

Das Wohlfahrtsfleisch wird auf Grund des neuen rosa Einkaufsscheines zum erstenmale am 6. Juli 1. J., Einheits- und Extremrindfleisch auf Grund des weissen Einkaufsscheines für Rindfleisch am 10. Juli 1. J. abgegeben. Die Buchstaben, welche wöchentlich zur Abtrennung gelangen, werden wie bisher rechtzeitig verlautbart werden.

Die Ausgabe der neuen Einkaufsscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch finden statt für Haushalte und Einzelpersonen mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A bis E am 1., F bis H am 2., I bis L am 3. M bis Q am 4., R, S, Sch am 5. und St, T bis Z am 6. Juli d. J. in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Für die Durchführung der Rayonierung werden folgende Anordnungen getroffen:

Die Besitzer der neuen weissen Einkaufsscheine für Rindfleisch sind verpflichtet, sich vom 6. bis einschliesslich 12. Juli 1. J. bei einem amtlich befugten freigewählten Rindfleischverkäufer oder, falls ~~er~~ einer mit Rindfleisch schon bisher belieferten Konsumentenorganisation angehören und ihren Rindfleischbezug dort decken wollen, bei dieser Konsumenten Organisation in die vorgeschriebene Kundenliste eintragen zu lassen.

Befugte Rindfleischverkäufer erhalten eine mit dem Stempel der Uebernahmestelle versehene Tafel mit der Aufschrift: „ Abgabestelle für Einheits- (Extrem-) Rindfleisch ", welche am Verkaufsorte angebracht werden muss.

Verzögerte Anmeldung dieser Eintragung in die Kundenliste, zieht die Unmöglichkeit des Rindfleischbezuges für längere Zeit nach sich.

Zur Eintragung in die Kundenliste ist der neue weisse Einkaufsschein für Rindfleisch dem freigewählten, befugten Rindfleischverkäufer vorzuweisen, der die vorgeschriebene Eintragung unter Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 1 des Einkaufsscheines vollziehen wird und zum Zeichen des Vollzuges in den hierfür bestimmten Raum des Einkaufsscheines, seinen Geschäftsspempel und die Nummer der Kundenliste einsetzen muss.

Im Falle jemand aus irgend einem Grunde einen Rindfleischverkäufer nicht finden kann, hat er dies ungesäumt während der Amtsstunden der Marktamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes zu melden, von welcher er einen Rindfleischverkäufer zugewiesen werden wird.

Ebenso kann eine amtliche Zuweisung stattfinden, falls die grosse Zahl der in der Kundenliste eingetragenen Personen mit dem Umfange des Geschäftsbetriebes nicht im Einklang steht. Um solche Zuweisungen hintanzuhalten, wird den Haushaltungsvorständen **d r i n g e n d s t** empfohlen, sich in erster Linie in die Kundenliste desjenigen Fleischverkäufers eintragen zu lassen, bei dem sie bisher in der Regel Rindfleisch bezogen haben.

An die wohlhabendere Bevölkerung, insbesondere an jene Haushaltungsvorstände, welche bereits bisher Extremrindfleisch bezogen haben, ergeht im Interesse der milderbemittelten Kreise das dringende Ersuchen, sich nur in die Kundenliste der Verkäufer von Extremrindfleisch eintragen zu lassen, da sonst seitens des Amtes für Volksernährung entsprechende Massnahmen getroffen werden.

Die Fleischverkäufer haben die Kundenlisten bis längstens 20. Juli 1. J. an die amtliche Uebernahmestelle für Vieh- und Fleisch zur Kontrolle zu senden, für sich aber eine Abschrift anzulegen.

Der Tag, an welchem die Rayonierung eintreten wird und von welchem an jeder Haushalt nur bei der Rindfleischabgabestelle, Einheits- bzw. Extremfleisch beziehen kann, in deren Kundenliste er eingetragen ist, wird besonders verlautbart werden.

bart werden. Bis zu diesem Tage sind die Rindfleischverkäufer verpflichtet, nach Massgabe ihre abgebbaren Vorrates, den Besitzern von weissen Einkaufsscheinen für Rindfleisch unter den bisherigen Modalitäten Fleisch abzugeben.

Bezüglich der Eintragung der Verkaufsstelle für Wohlfahrtsfleisch der Mindestbemittelten in den neuen Einkaufsschein, bleibt der bisherige Vorgang aufrecht; ebenso bleibt der Rindfleischbezug auf rote Lebensmittelkarten für Militärurlauber unverändert.

+ . . . + . . . +
Ein Exemplar der Kundmachung und die neuen Fleischkarten liegen bei.

Erhöhung der Viehmarkt-, Schlachthaus- und Kühlanlagen - Gebühren. Die vom Gemeinderat Ende April 1. J. beschlossene Aenderung dieser Gebühren ist vom Ackerbauministerium und von der Statthalterei genehmigt worden. Der Stadtrat hat aber angeordnet, dass die neuen Viehmarkt- und Schlachthausgebühren vom 29. d. M. (Beginn der ersten Woche des neuen Rechnungsjahres für den Viehmarkt) und die neuen Kühlanlagengebühren vom 1. Juli 1. J. an einzuhoben sind.

Auf dem Felde der Luft gefallen. Zugsführer Fritz Dolenz, Sohn des im 5. Bezirk ansässigen Kaufmannes und langjährigen Mitgliedes des Wiener Sängerbundes Richard Dolenz ist auf dem südlichen Kriegsschuplatz am 17. d. M. gefallen. Die Seelenmesse findet ~~am~~ 28. d. M. 9 Uhr vormittags in der Schottenkirche statt.

W i e n e r G e m e i n d e r a t
S ä t z u n g a m 26. J u n i 1918.
Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass Hotelier Paul Hopfner anlässlich seines 80. Geburtstages für die Armen der Stadt Wien einen Betrag von 1000 Kronen spendet.

GR. Medizinalrat Dr. Loewenstein stellt folgende Interpellation: Die schwere Arbeit des Hinterlandes lastet gegenwärtig grösstenteils auf Männern, deren Gesundheitszustand sie vom Militärdienst ausschliesst, ferner auf Männern im vorgerückten Alter und auf Frauen. Diese Mähen absorbieren mehr Kräfte als sonst noch dazu bei Menschen, die an und für sich eine verminderte physische Widerstandskraft besitzen. Umso mehr muss ihnen, wenn sie heil- und erhölungsbedürftig sind, die Möglichkeit geboten werden, neue Kräfte zur weiteren Arbeit zu sammeln.

Noch im vergangenen Sommer war es den Wienern möglich, je nach ihrer materiellen Lage, in einem vornehmen Kurorte Aufenthalt zu nehmen, oder sich in einem kleinen, bescheidenen Dorfe zu erholen. Durch einfache Umayonierung wurden sie den ständigen Bewohnern gleichgestellt und konnten mit bescheidenem Aufwand Heilung und Kräftigung finden. Im heurigen Sommer sind jedoch nur einzelne wenige Kurorte vom Ernährungsamte zur Aufnahme von Kurbedürftigen designiert und werden mit Lebensmitteln beliefert. Nun sind dies aber nur jene Heilbäder, die bis jetzt nur vom zahlungskräftigen, reichen Publikum aufgesucht werden konnten.

Im heurigen Jahre sollten aber diese Kurorte auch Milderbemittelten zugänglich gemacht werden, sofern sie auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses Anspruch darauf erheben können. Diese Möglichkeit wäre nun auf die einfachste Weise geboten, wenn es den Kurgästen gestattet wäre, sich selbst privat

zu verköstigen, wobei sich ein jeder bei Gleichstellung mit den Ortsbewohnern, mit den rayonierten Lebensmitteln bescheiden könnte. Diese Tendenz verfolgte auch der Erlass des Ernährungsamtes, welcher die einfache Umayonierung der Kurgäste von ihrem Wohnort in das Heilbad vorgesehen hat. Durch Verfügungen der Unterbehörden wird jedoch diese aner kennenswerte, humane Absicht zunichte gemacht.

So verbietet z. B. die zuständige Bezirkshauptmannschaft in dem einzigen Orte des Salzkammergutes, der als Heilbad freigegeben wurde, und speziell für die Wiener in Betracht kommt, nämlich im Bade Ischl, jedwede Selbstverköstigung auf Grundlage der Umayonierung. Wer sich, gleichgestellt mit den Ortsbewohnern mit einer bescheidenen häuslichen Kost, mit dem einmal in der Woche zugewiesenen rayonierten Fleisch begnügen und mit geringerem Aufwand seine Kur gebrauchen wollte, wird daran gehindert. Daher ist jeder gezwungen, im Gast- und Kaffeehaus zu leben. Um satt zu werden, muss er an jedem Fleischtage Fleisch essen und dafür übermässige Preise bezahlen. Sogar an Stoffwechselkrankheiten leidende Menschen dürfen sich nicht allein verköstigen. Die Folge dieser Massregel ist in erster Linie die, dass ein mindestbemittelter Kurbedürftiger nicht die Möglichkeit hat, die kostspielige Gasthausverpflegung zu bezahlen und demnach dem Kurorte fern bleiben muss. Aber auch aus einem anderen Grunde ist dieser Zwang für die ganze Bevölkerung des Ortes von grossem Nachteil. Durch die Verköstigung in den Gasthäusern steigt der Fleischkonsum und da dieses Fleisch zumeist nur im Schleichhandel beschafft werden kann, steigen die Lebensmittelpreise und die Lebensführung der ganzen Bevölkerung wird dadurch erschwert. So wie mit dem Fleisch ist es auch mit den anderen Lebensmitteln, die beim Gasthauszwang im Preise steigen müssen.

Ich erlaube mir daher an den Bürgermeister die Anfrage zu stellen, ob derselbe bereit ist, beim Ernährungsminister zu intervenieren, dass der Besuch der sogenannten Ausnahmekurorte durch Aufhebung des kostspieligen Gasthauszwanges auch weniger Bemittelten ermöglicht wird und dass es ihnen gestattet werde, sich nach einfacher Umayonierung selbst in der ihnen genehmen bescheidenen Art zu verköstigen, da es nur auf diese Art Milderbemittelten möglich ist, heuer in einem Kurorte Heilung und Kräftigung zu suchen.

Der Bürgermeister erwidert: Ich erkenne voll und ganz, dass den weniger bemittelten Kurbedürftigen der Besuch der Ausnahmekurorte durch den Gasthauszwang sehr erschwert wird und werde die Interpellation ungesäumt dem k. k. Amte für Volksernährung mit dem Ersuchen zur Kenntnis bringen lassen, zur Abhilfe geeignete Massnahmen treffen zu wollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schlägt sodann im Einvernehmen mit den Parteien vor, dass nunmehr Gruppe 3 des Hauptvoranschlages und zwar vereinigt mit den auf der Tagesordnung stehenden Referaten, betreffend die Erhöhung der Strassenbahntarife, sowie der Gas- und Elektrizitätspreise unter einem zur Verhandlung kommt und dass dann mit der Verhandlung von „ Bilanz und Bedeckung " zum Schlusse die Kriegszulagen an die städtischen Angestellten zur Beschlussfassung gelangen.

Referent VB. Hoss führt nunmehr in seinem Berichte über die erwähnten Beratungsgegenstände aus: Aus meinem Berichte über den Voranschlag für 1918/19 werden Sie entnommen haben, dass der Abgang eine Höhe erreicht hat, von der nur ein Teil aus den Kassenbeständen bedeckt werden kann, wobei

Peter Rosegger + Zu Beginn der heutigen Gemeinderats-sitzung machte Bgm. Dr. Weiskirchner folgende Mitteilung, die von den versammelten Gemeinderäten stehend angehört wurde: Heute mittags ist im Krieglach Peter Rosegger, ein grosser deutscher Dichter und Denker im 75. Lebensjahre dahin geschieden. Wer den Lebensgang Roseggers überblickt, findet in ihm den treuesten Sohn des deutschen Volkes in Oesterreich. (Lebhafte Zustimmung), dem begeisterten Sänger seiner Waldheimat und einen tieffühlenden, für alles Edle, Hohe und Schöne begeisterten Mann. Der Wiener Gemeinderat hat durch Erheben von den Sitzen seiner tiefen Trauer über das Hinscheiden des Gefeierten Ausdruck gegeben und Sie erlauben, dass ich namens des Gemeinderates den Angehörigen ein Kondolenztelegramm übermittle.

Das Telegramm, das an den Sohn des Verbliebenen Dr. Rosegger gerichtet ist, lautet:

„Der eben tagende Wiener Gemeinderat steht unter dem erschütternden Eindrucke der Nachricht von dem Heimgange Peter Roseggers.“

Die Wiener Bevölkerung fühlt in diesem Augenblicke die ganze Grösse des Verlustes und betrauert den Tag, der uns den gottbegnadeten Dichter unserer deutschen Heimat entzissen hat. Unsterblich werden seine Werke ein kostbarer Schatz bleiben für unsere Kinder und Enkel und werden die Liebe wachhalten, die dem Verewigten folgen wird, solange deutsche Herzen in unseren Landen schlagen.

Im Namen des Wiener Gemeinderates der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erlaube ich mir die tiefste Teilnahme der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Weiters hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner verfügt, dass auf dem Rosegger-Kindergarten-Gebäude im 20. Bezirke, Vorgartenstrasse eine Trauerfahne gehisst werde.

Richtigstellung. Medizinalrat Dr. Loewenstein ersucht uns festzustellen, dass er zur Unterbringung von schwerkranken Tuberkulösen die Ueberlassung des Kriegsspitales I im 16. Bezirke nächst dem Wilhelminenspital verlangte (nicht des Spitales in Grinzing).

beiträge der Gemeindeangestellten, sowie die eventuell vorschussweise zu gewährenden Feuerungszulagen und Anschaffungsbeiträge für 1918/19 an die Lehrpersonen ist nicht vorgesehen. Mit Rücksicht auf den Gemeinderatsbeschluss, mit welchem die Teuerungszulagen für 1918/19, ein Anschaffungsbeitrag im Juli und die vorschussweise Gewährung beider Zuwendungen an die Lehrerschaft beschlossen wurde, ist es notwendig, dass für die bewilligten und noch nicht vorgesehenen Kriegspersonalauslagen der bisher vorgesehene Betrag von 20 Millionen auf 30 Millionen Kronen erhöht werde, wozu schon gestern zugestimmt wurde. Schon durch diese Gewährung ist eine weitere bedeutende Mehrausgabe entstanden, die voraussichtlich im Laufe des Jahres eine noch weitere Steigerung erfahren dürfte, wozu noch mindestens die ungefähr im selben prozentuellen Ausmasse anzunehmende Erhöhung der Kriegspersonal- und sonstigen Auslagen der städtischen Unternehmungen zu rechnen sind. Ausserdem ist abgesehen von den bekannten Erhöhungen aller Bedarfsartikel für die Gemeindeverwaltung, noch mit der besonderen Mehr-

ausgabe für alles Betriebsmateriale der städtischen Unternehmungen und ist insbesondere mit einer Kohlenpreissteigerung für die Gas- und Elektrizitätswerke in nächster Zeit neuerlich zu rechnen. Was noch dadurch ungünstig beeinflusst wird, dass durch die stets zunehmenden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Betriebe nicht immer vollwertig ausgenutzt werden können und die Arbeitsleistung der Arbeiter zumeist sehr stark vermindert ist, so dass trotz höherer Löhne nach eine bedeutend grössere Anzahl von Arbeitern und sonstigen Bediensteten beschäftigt werden muss, was selbstverständlich auf die Ertragnisse sehr herabmindernd einwirkt. Alle diese Umstände machen es daher notwendig, wenn sich die Gemeinde nicht durch unproduktive Ausgaben, durch zu grosse sogenannte Defizitanleihen, für späterhin den Kredit gefährden will, dass tunlichst für jede Mehrausgabe, zumindestens Kriegsausgabe, sofort die Deckung aus den zur Verfügung stehenden oder noch neu zu schaffenden Einnahmequellen gesucht werde. Es ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen worden, dass derzeit ausser einer Bewilligung von Zuschlägen zur Einkommen- und Kriegssteuer, eine die grossen Massen nicht treffende und für die Gemeinde auch genug kräftige Einnahmepost nicht zu finden ist. Nachdem sich die Regierung bisher nicht bereit erklärt hat, für obige Steuern die Zuschläge zu bewilligen, was ich vom Standpunkte der Gemeinde und aus der Erwägung, Schutz für den Schwächere nicht gerechtfertigt halte, so bin ich der Meinung, dass die Gemeinde neuerlich und wenn notwendig mit Unterstützung der Abgeordneten alles unternimmt, was dazu führen könnte, die Regierung zu überzeugen, dass die Bewilligung der Zuschläge zu den genannten Steuern ein unabwendbares Bedürfnis ist, wenn nicht Wien und auch andere Städte an den Wunden, die ihnen durch den Krieg und eine unzweckmässige Finanzpolitik des Staates zugeführt werden, zugrunde gehen sollen. Solange dies jedoch nicht möglich ist, muss die Gemeinde aus den ihr sofort zur Verfügung stehenden Quellen schöpfen und bleibt daher nichts anderes übrig, als zur Erhöhung der Tarife der Strassenbahn und der Gas- und Elektrizitätspreise zu greifen. Ich bin mir voll bewusst, dass jede Erhöhung der Preise, ob für Lebensmittel, Bedarfsartikel oder Verkehrsmittel für den grössten Teil der Bevölkerung eine schwere Belastung bedeutet und fällt es mir daher nicht leicht, heute im Gemeinderate diese Vorlage zu vertreten. Die Lage ist für mich dadurch noch unangenehmer geworden, dass die Bevölkerung durch die unvermittelte Brotkürzung ohnehin schwerstens betroffen wurde, wodurch eine begreifliche Erregung Platz gegriffen hat, die sich dann noch auf alle anderen Verfügungen viel leichter überträgt und für ein ruhige sachliche Prüfung nicht immer die genügende Geneigtheit zulässt. Wenn ich mir jedoch vor Augen halte, was der lange und schwere Krieg schon alles gebracht hat, wie sich die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im allgemeinen verschoben haben und wie furchtbar die Finanzen der Gemeinde durch diese vier Jahre in Anspruch genommen wurden, so komme ich zur Ueberzeugung, dass die Gemeinde, die bisher bemüht war, ihre Pflicht zu erfüllen, dieselbe weiterhin nur dann erfüllen konnte, wenn ihr die notwendige finanzielle Kraft erhalten bleibt. Aus diesen Erwägungen

erworgerufen, empfehle ich die von den einzelnen Direktionen nach reiflicher Prüfung vorgelegten und vom Magistrate und Stadtrate überprüften Vorlagen bezüglich der darin enthaltenen Anträge zur gefälligen Annahme.

Nach eingehender Begründung der beantragten Erhöhungen in dem von uns bereits berichteten Umfange sagt der Referent ich glaube die Gründe mitgeteilt zu haben, welche die Voraussetzung für die neuerliche Erhöhung der Tarife bedingten und auch ersichtlich gemacht zu haben, dass die Erhöhungen, die scheinbar sehr hoch sind, nach den genauen Berechnungen der städtischen Buchhaltung und der Unternehmungen, doch nur die laufenden Kriegsausgaben und die ziemlich sicher in der nächsten Zeit zu erwartenden weiteren Kriegsauslagen und Betriebsmaterialerhöhungen in sich enthalten. Es ist dies mit Rücksicht auf die bereits das laufende Jahr betreffende Mindereinnahme aus den städtischen Unternehmungen umso dringender, weil ansonsten die städtischen Unternehmungen nicht nur nichts zur Abfuhr bringen würden, sondern zum Teil noch mit einem bedeutenden Defizit abschliessen würden, was mit Rücksicht auf die allgemeine Konjunktur in der Industrie - wenn noch die Monopolstellung der eigenen Unternehmungen berücksichtigt wird, kein vernünftig und objektiv denkender Mensch begreifen dürfte. Trotz dieser vorgeschlagenen Mehreinnahmen bleibt den Unternehmungen auch weiterhin der bisherige Charakter (Nicht-verstädtlichung aus fiskalischen Gründen) gewahrt, da die Bevölkerung nicht Konjunkturpreise mit Gewinn wie bei privaten Gesellschaften, sondern nur solche zahlt, die notwendig sind, um das Personale dieser Unternehmungen den Kriegsverhältnissen entsprechend entlohnen zu können und der Gemeinde die bisherige Abfuhr - 8 Millionen Kronen - für den Haushalt beizusteuern, was auch wieder der Allgemeinheit zugutekommt, da ansonsten für diesen Ausfall im Gemeindehaushalte, die Bevölkerung in anderer Form die Abgabe leisten müsste, wodurch sie doppelt getroffen werden würde.

GR. Ignatz Fischer wendet sich gegen die Deckung der Kriegslasten durch die geplanten exorbitanten Erhöhungen bei den städt. Unternehmungen und nennt namentlich jene bei den Strassenbahnen eine ungerechtfertigte indirekte Steuer, die den kleinen Mann schwer belastet. Es wäre besser, durch ein Kriegsanleihen die Bedeckung zu veranlassen und erst nach dem Krieg zu Rate zu gehen, wie die Kriegsausgaben zu decken sind. Der Redner stellt den Antrag ~~aber~~ die Zinsheller von 8 1/4 auf 15 zu erhöhen, was eine Mehreinnahme von 29 Millionen bedeuten würde und ausserdem keine so grosse Belastung für den Einzelnen darstellen würde, als es die Erhöhung der Strassenbahntarife bewirkt. Die Einführung des Abendtarifes nach 9 Uhr mit 40 Heller halte er für eine Bestrafung und den dafür angegebenen Grund, die Schonung des Wagenparkes für lächerlich. Weiters erhebt er gegen die Direktion ~~den~~ Vorwurf, dass sie sich nicht um die Abwicklung des Verkehrs kümmere und verlangt Abhilfe wegen der herrschenden Uebelstände. Die Revisoren seien ~~zur~~ zur Ordnung im Innern des Wagens heranzuziehen. Unter

dem Widerspruch der Majorität wendet er sich gegen die Rucksackbeförderung auf der Elektrischen, verlangt deren Unterbringung unter den Sitzen, da ein Mann mit dem Rucksack auf dem Rücken im Wagen und beim Ein- und Aussteigen ein grosses Hindernis bilde. Er verlangte weiters die Abachaffung veralteter Einrichtungen, so ~~die~~ ^{die} Signalflehen und Glocken, so wie der zwecklosen Kontrolluhr und schlägt zur Besseren Verkehrsbwicklung an Sonn- und Feiertagen die Errichtung von Schaltern an allen Endstationen vor, von denen aus

dann nur so viel Personen in anschliessenden Qual's eingelassen werden sollen, als mit dem nächsten Zug befördert werden können. Weiters verlangt er eine Verdichtung des Verkehrs in der Fraterstrasse, eine endliche Verbindung über die Stephaniebrücke und eine Einbeziehung der Elisabethpromenade und des Schüttel in das Strassenbahnnetz. Besonders befriedigt spricht er sich über die Vorlage aus, die den Bezirksräten die freie Fahrt auf den Strassenbahnen ~~gewährt~~ ^{gewährt} und stellt im Zusammenhang damit die Forderung, dass den Beamten der Stadt Wien wenigstens eine 50 %ige Ermässigung ~~auf der Hauptbahnen~~ ^{zugestanden} werde.

GR. Schmid führte aus: Der ganze Gemeinderat sei wohl einig, dass die Gemeindeverwaltung für das Defizit nicht verantwortlich gemacht werden könne, lediglich die aussergewöhnlichen Verhältnisse des Krieges Schuld sind und dass das Defizit gedeckt werden müsse. Uneinigkeit herrsche nur über die Bedeckungsmittel. An Stelle der Tarifierhöhungen werde von anderer Seite die Aufnahme eines Kriegsanlehens und einer Umlagenerhöhung vorgeschlagen. Was das Kriegsanlehen anlangt, so ist der Antrag unannehmbar, weil ein Defizitanlehen den Kredit der Gemeinde erschüttert. Die Aufnahme eines solchen ist schon aus dem Grunde zu vermeiden, da es sich in nächster Zeit wieder um eine Investitionsanleihe handeln wird, um jene Riesenaufgaben, die ihrer Verwirklichung entgegengehen, so die Wohnungsfürsorge, die Neuflasterung, die Tuberkulosefürsorge die Erneuerung der Betriebsmittel bei den Strassenbahnen, der Ausbau der Gas- und Elektrizitätswerke, die Untergrundbahnen, der Hochwasserschutz u. dgl. durchzuführen. Wir können aber auch die kommenden Geschlechter nicht noch weiter belasten, die nicht nur finanziell schwer zu kämpfen haben werden, sondern auch durch die Unterernährung und durch die „Sünden der Väter“ belastet sind. An eine Erhöhung der Zinsheller und der Umlagen auf die Hauszinssteuer ist aber in dem jetzigen Moment umso weniger zu denken, weil wir alles vermeiden müssen, was eine Förderung der Bautätigkeit verhindern könnte. Ich gebe zu, sagt der Redner, dass die Erhöhung der Strassenbantarife die Bevölkerung empfindlich treffen werde, aber es wurden auch die Eisenbantarife, die Postgebühren, die Telegraphengebühren bedeutend erhöht und ebenso, wie man dem Staate das geben muss, was er zum Leben braucht, ebenso muss man auch der Gemeinde die erforderlichen Gelder bewilligen.

Die Steigerung des Gaspreises ist durch die Erhöhung der Kohlenpreise und sämtlicher Materialpreise gerechtfertigt. Wir werden übrigens trachten, dass wir für unsere Nebenprodukte mindestens so hohe Preise erhalten, als in Ungarn bezahlt werden.

Die hohen Tarife werden nur insoweit beibehalten werden, als es unbedingt notwendig ist, und sobald es die Verhältnisse erlauben, werden sie allmählich abgebaut werden. Die Verstaatlichung der Unternehmen hatte allerdings in erster Linie den Zweck, der Wiener Bevölkerung ein billiges Verkehrsmittel, billige Gas- und Elektrizitätspreise zu bieten. Es wurde aber immer auch angestrebt, dass die grossen städtischen Unternehmungen erhebliche Mittel für den Gemeindehaushalt beisteuern. Nachdem wir diese Erhöhungen als ein unabweisliches Bedürfnis betrachten werden wir dafür stimmen, wir werden aber auch für das ganze Budget stimmen, und das möge als Beweis dafür gewertet werden, dass wir dem Bürgermeister und seinen Mitarbeitern unerschütterliches Vertrauen entgegenbringen in aller Zukunft. (Lebhafter Beifall) .

GR. Emmerling bemängelt es, dass bis heute, einem Jahre nach Ende des Verwaltungsjahres 1916/17, die entsprechenden Rechnungsabschlüsse der drei grossen städtischen Unternehmungen noch nicht vorliegen. Es wäre sehr notwendig, sie zu kennen, um sich ein Bild über die Voranschläge dieser Unternehmungen zu machen. Er spricht ebenfalls gegen eine Kriegsanleihe, sowie gegen die Erhöhung der Umlagen, da diese ~~XXXX~~ eine Steigerung der Mietzinse mit sich bringen würden. Doch bedeuten die Erhöhungen der Tarife nichts anderes als eine Umlage, die gerade die niederen Bevölkerungsschichten trifft, und die Reichen ausser Betracht lässt. Bezüglich des Frühverkehrs wünscht der Redner die Ausdehnung bis 8 Uhr früh und hinsichtlich der Rückfahrtskarten verlangt er die Ermöglichung der Benützung derselben auch für jehe Angestellten und Arbeiter, die bei kontinuierlicher Arbeitszeit bereits am Nachmittag ihre Betriebsstätte verlassen und ihre Wohnung aufsuchen. Um jene Unzukömmlichkeiten, die sich beim Umsteigen aus den Zweier, in den 0 - Wagen tagtäglich abspielen, beantragt der Redner die Einführung direkter Wagen vom Nordbahnhof nach dem Ost- und Südbahnhof. Beim Nachwagenverkehr sei für eine rechtzeitige Beistellung der Wagen Vorsorge zu treffen und es sei verfehlt, die Verspätungen der Fernzüge hierbei in Berücksichtigung zu ziehen. Auch beanstandet er die langsame Fahrt beim Nachverkehr. Bezüglich der Gas- und Elektrizitätswerke erklärt der Redner, dass insbesondere letztere eine nette Verzinsung und Amortisation haben, und dass bei beiden Werken die Erneuerungen und der Erneuerungsfond eine grosse Rolle spielen, bedauerte aber die grossen Rücklagen, da aus Mangel an Arbeitern und Material die stets im Voranschlag vorhergesehenen Arbeiten nicht ausgeführt werden können. Nach Kriegsschluss werde ein Abbau der Preise eintreten müssen, infolge der Konkurrenz der anderen Kraftwerke.

Zum Schluss, führt Redner aus, muss ich sagen, dass das nicht der richtige Weg ist, das Defizit zu beseitigen. Dass eine mässige Erhöhung der Tarife notwendig ist, gibt jeder Ernstdenkende und jeder Arbeiter ohneweiters zu, aber ich begreife nicht, dass gerade wieder die ärmsten Leute den gesamten Abgang des Stadthaushaltes allein tragen sollen. Das wird eine furchtbare Erbitterung gegen die Verwaltung der Stadt auslösen und deswegen stimmen wir auch dagegen.

VGM. Rain betont in ausführlicher Rede, dass die Erhöhungen notwendig seien, da man sonst in kürzer Zeit statt der Mehreinnahmen vor einem Defizit der Unternehmungen stehe. Die Gemeinde Wien hat 522 Millionen Kronen in ihren Unternehmungen investiert, also mehr als eine halbe Milliarde, und sie sind ins Leben gerufen worden, um blos Verzinsung und Amortisation zu ergeben, sondern vornehmlich zu dem Zweck, um ein direktes Erträgnis zu Gunsten der Allgemeinheit zu liefern. Nun hat die Steigerung aller Ausgaben Formen angenommen, die uns zu einer Erhöhung, wie sie jetzt beantragt werden, geradezu zwingen. Die Ursachen sind ja bekannt: Die fortschreitende Entwertung unseres Geldes, die

stetig sinkende Kaufkraft unserer Zahlungsmittel, die eine ununterbrochene Steigerung aller Kosten im Gefolge hat und deren Ende heute noch kein Mensch absehen, niemand sagen kann, wohin das alles noch führen wird.

Der Redner erörtert sodann die ausserordentlichen Lasten, welche der Krieg dem wirtschaftlichen Leben der Stadt aufbürlete und erhebt die Frage, wie sich wohl die finanzielle Welt lazustellen würde, wenn die Gemeinde Wien mit einem Defizit von 71 Millionen Kronen an sie herantreten würde. Es könnte der Fall eintreten, dass der Gemeinde Wien nicht jener Kredit auf den sie Anspruch hat, gewährt wird, wenn sie nicht zuerst Ordnung in ihrem Haushalt gemacht hat.

Vize-Bgm. Rain verteidigt sodann die Erhöhung der Tarife gegenüber der Erhöhung der Zinsheller. Es gebe heute noch hunderttausende von Arbeiterfrauen, die mit ihrer Beschäftigung und ihren Einkäufen auf ihr Wohnungsgebiet beschränkt sind und sowohl selbst als auch deren Kinder die Strassenbahn das ganze Jahr nicht benützen. Wie kommen diese Personen dazu, durch Erhöhung der Zinsheller zur Tilgung des Defi-

zites beizutragen. Andererseits sei kaum zu erwarten, dass die Mietzinse bei einer späteren Herabsetzung der Zinsheller ebenfalls heruntergehen, während es die Gemeinde Wien in der Hand habe, jederzeit die Tarife wieder herabzusetzen. Schliesslich wäre es gerade jetzt, wo eine Reihe von Massnahmen für die Wohnungsfürsorge im Zuge sind und wo alles getan werden müsse, um die Bautätigkeit zu fördern, eine bedenkliche Massregel, die Zinsheller zu erhöhen. (lebhafter Beifall)-

GR. Dr. Ritter von Schwarz-Hiller erklärt, er werde gegen jede Erhöhung der Tarife stimmen, er spreche sich aber auch gegen die Erhöhung der Zinsheller und der Umlagen aus. Es sei gerechtfertigt, dass die jetzige Generation, die am meisten durch den Krieg gelitten hat, von weiteren Lasten möglichst verschont werde. Das einzige richtige sei, es, ein Kriegsanlehen aufzunehmen, und er sei überzeugt, dass eine solche Anleihe auch wenn sie mit Ausschaltung der Banken zur öffentlichen Subskription aufgelegt würde, ein glanzvolles Zeichnungsergebnis aufweisen würde.

Zum Schlusse seiner Ausführungen stellt der Redner den Antrag, dass die Fahrten zum Hernalter auf 1 K 50 h zu erhöhen seien, ebenso wären die Gebühren für die Vermietung von Sonder-, Separat- und Salonwagen an private Unternehmer entsprechend zu erhöhen. Weiters beantragt er, an gewissen Haltestellen so z.B. im Prater Schaller zum Vorverkauf von Fahrkarten zu errichten, da damit auch dem Schwarzfahren abgeholfen werde und ersucht in Form einer Resolution von der Direktion entsprechende Vorschläge zu verlangen. Endlich beantragt er, die Aufnahme einer Kriegsanleihe.

GR. Eigner verlangt von der Strassenbahn-Direktion Vorschläge zur Behebung der derzeit herrschenden Uebelstände, welche das Einkassieren des Fahrgeldes erschwere und so geeignet sind, das Unternehmen bedeutend zu schädigen. Auch er tritt für die Errichtung von Vorverkaufsstellen an verkehrsreichen Ent- und Umsteigstationen ein und fordert auch die Aufstellung von Automaten. Weiters sei die Ueberfüllung der Wagen nur in einem Ausmasse zu gestatten, dass dem Schaffnerpersonal Gelegenheit geboten ist unbehindert seinen Dienst ausüben zu können. Auch der Kleingeldwechsel im Waggon habe aufzuhören. Aus Mangel an Revisoren seien weibliche Hilfskräfte zu diesem Amt heranzuziehen. Schliesslich stellt er den Antrag, an Sonn- und Feiertagen um an Kennstagen zu gewissen verkehrsreichen Stunden des Tages an den Endstationen Vorverkaufsstellen zu errichten.

Ueber Antrag des GR. Hilscher wurde der Schluss der Debatte angenommen.

GR. Schlachtersagt, dass er gewünscht hätte, dass die Vorlagen über die Erhöhungen gedruckt aufgelegt worden wären. Was die Erschliessung anderer Deckungsmöglichkeiten anbelangt, müsse zwischen Umlagen und Zinshellern unterschieden werden. Aber selbst eine mässige Erhöhung des Zinshellers würde unter dem Einflusse des Mieterschutzgesetzes keine besondere Zinssteigerung zur Folge haben.

Redner hätte gewünscht, dass eine Kommission bestehend aus allen Parteien des Gemeinderates eingesetzt würde, welche versuchen hätte sollen, eine andere Lösung, als die in Verhandlung stehende zu finden, die von der Bevölkerung mit grösstem Unwillen werde aufgenommen werden. Er könne daher für die Erhöhung der Tarife der städtischen Strassenbahnen nicht stimmen. Es sei zu bedauern, dass nicht eine solche Art der Deckung vorgeschlagen wurde, die die einstimmige Genehmigung des gesamten Gemeinderates findet.

GR. Angeli: Wenn man der Bevölkerung durch die Erhöhung der Strassenbahntarife so grosse Lasten auferlege, so müsse man dagegen Protest erheben, dass an das Militär 16.000 Netz- und Streckenkarten ausgefolgt werden, mit welchen Stabs- und andere Offiziere, aber auch Generäle freie Fahrt genießen. Diese Begünstigung kostet der Gemeinde Wien bei dem jetzigen Tarif rund 6 Millionen Kronen und werde nach dem neuen Tarif ungefähr 9 Millionen Kronen kosten. Er beantrage daher, dass diese Karten eingezogen werden, für welche die Militärverwaltung 10.000 Kronen monatlich zahle. Ausser diesen 16.000 Karten noch für 4000 Karten für Ordonnanzunteroffiziere sowie 160.000 Karten für das Rote Kreuz ausgefolgt.

Redner bemängelt dann, dass es keine Abhilfe gegenüber den vielen Schwarzfahrern gebe und gibt die Anregung, es möge an den Endstationen gewisser Strecken, die besonders stark befahren werden, die ~~xxxxxxxx~~ Lösung von Vorverkaufsscheinen vorgeschrieben werden. Redner erklärt ferner, er werde, trotzdem er sich bewusst sei, dass die Tariferhöhungen eine harte Massregel für die Bevölkerung bedeuten, im Interesse eines geordneten Gemeindehaushaltes für die Vorlage stimmen.

GR. Lohner ~~anspricht~~ in längeren Ausführungen über die Bedeckungsmöglichkeit des Defizites, die einzig und allein in einer Kriegsanleihe zu suchen sei und über das Verkehrsproblem, wobei er auf verschiedene Massregeln zur Abschaffung der bestehenden Uebelstände hinwies und die Verlängerung der Hütteldorfer Strassenbahnlinie nach Mariabrunn sowie den Ausbau der Grinzingarlinie bis zur Kobenzlstrasse und die Führung einer Linie von Hietzing über die Auhofstrasse nach Weidlingau verlangte. Zum Schlusse seiner Ausführungen schlug als gangbare und erfolgreiche Einnahmequelle die Be-
leitung des Wiener ~~Donaukanalverkehrs~~ auf kommunaler Basis vor.

Nach einem Antrage des GR. Lux wird die Wahl von Generalrednern genehmigt. Zum Generalredner pro wird GR. Kunschak, zum Generalredner contra GR. Reumann gewählt.

GR. Stein protestiert dagegen dass die demokratische Vereinigung des Wiener Gemeinderates, der er angehört, mundtot gemacht wird.

GR. Reumann erklärt, dass die Sozialdemokraten einer Tariferhöhung nicht zustimmen können. Die Sozialdemokraten würden es sich auch überlegen für eine Erhöhung der Zinsheller einzutreten. Es müsse allerdings eine Deckung gefunden werden und dies wäre möglich durch Aufnahme einer Anleihe, welche nicht bloss die das Defizit herbeiführenden Kriegsauslagen zu decken hätte, sondern auch die kommenden grossen Investitionen bestreiten würde. Die Tariferhöhungen finde er übrigens auch deshalb nicht begründet, weil der Rückgang der Einnahmen im Elektrizitätswerk zum grossen Teil durch die Beleuchtungsverbote verursacht sei, und auch das Gaswerk allmählich zur alten Ertragsfähigkeit gelangen werde. An eine vorübergehende Erhöhung der Strassenbahntarife werde wohl niemand recht glauben. Die gegenwärtige Zeit sei auch sehr wenig geeignet die Erhöhung der Tarife in Kraft treten zu lassen, die namentlich umso empfindlicher sein werde, wenn die Arbeiter infolge der steigenden Wohnungsnot gezwungen sein werden, immer mehr an die Peripherie der Stadt zu ziehen. Redner stellt schliesslich folgende Anträge: Die Tariferhöhung ist von der Tagesordnung abzusetzen und die Frage der Deckung des Defizits nochmals durchzu besprechen. Sollte trotzdem die Erhöhung beschlossen werden, so habe sie nicht am 1-August sondern erst in einem späteren Zeitpunkt, vielleicht Oktober in Kraft zu treten. In formeller Beziehung beantrage er die namentliche Abstimmung über die Erhöhung der Tarife.

Vorsitzender BGM. Dr. Weiskirchner bringt den Vertagungsantrag sofort zur Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt.

GR. Kunschak ~~eginnt~~ seine Ausführungen mit einer scharfen Kritik gegen jene 5 Redner, welche sich mit seinen Ausführungen am deutschen Volkstag in Laufe der Budgetdebatte beschäftigten und dieselben abfällig kritisierten. Gleich bei Beginn seiner Rede erhob sich ein Tumult auf den Bänken der Opposition, die sich im überlauten Zwischenrufen Luft machte. ^{kam} Was zu Zusammenstossen mit den Mitgliedern der Majorität welche diese Zwischenrufe beantworteten. Redner begnügt sich mit der blossen Feststellung der Tatsache, dass fünf Redner gegen ihn auftraten und erklärte seine Ausführungen, wie er sie am Volkstag machte, auch bei anderen Gelegenheiten fortsetzen zu wollen. Auf das Budget zu sprechen kommend, hebt er hervor, dass die ausserordentlichen durch die Kriegswirkungen geschaffenen Mehrauslagen meist in der pflichtgemässen Fürsorge der Gemeinde Wien gegenüber ihren Angestellten gipfeln und kündigte an, dass neuerliche Erhöhungen der Ausgaben für die Bediensteten der städtischen Unternehmungen, die nicht einmal noch an den vorliegenden Anträgen enthalten sind, notwendig sein werden.

Ich verkenne nicht, sagt der Redner, dass die ganze Bevölkerung unter einer gewissen Psychose leidet, dass sich allen eine gewisse Erregung bemächtigt hat, der sie beim besten Willen nicht Herr werden können. Daher kommt es, dass die Leute ihren Zorn und ihre Erregung am Liebsten jenen gegen über auslassen, die ihren Leidenschaften hilflos gegenüber stehen. So viele Redner auch zu dem heutigen Gegenstande gesprochen haben, so ist doch keiner auf die eigentlichen Ursachen eingegangen, auf die selbstverständliche Pflicht

die Leistungen aller unserer Beamten und Angestellten wenigstens in finanzieller Hinsicht einigermassen zu würdigen und ihrer geradezu übermenschlichen Leistungen in diesem Kriege auch nur halbwegs gerecht zu werden.

Wenn ich vorhin sagte, dass wir mit den beantragten Erhöhungen nicht auskommen, so begründe ich dies heute mit einem neuen Antrage, den keiner von Ihnen wird ablehnen können und zwar, dass den Arbeitern, welche nach Schema 3 entlohnt werden (Lohn bis 3200.- Kronen jährlich) eine Erhöhung von 25 Kronen monatlich in jeder Stufe bewilligt wird. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, und ich bezweifle nicht, dass es geschieht, dann bedeutet dies bei den Strassenbahnen allein, ein neuerliches Defizit von 2.7 Millionen. Und was ist damit geleistet? Ein Mehr einkommen von ganzen 25 Kronen im Monat. Vergewärtigen Sie sich diese Ziffer allein und dann fragen Sie sich ob Sie den Mut haben werden, selbst nur die heute vorliegenden Anträge abzulehnen. Sie müssen aber nicht nur den Mut haben, die Anträge zu genehmigen, sondern auch die Verpflichtung in sich fühlen, sie der Bevölkerung gegenüber zu verteidigen, denn wer dies nicht thäte, würde mit dieser Unterlassung den Bediensteten nur den gröslichsten Undank zollen. Ist jede Arbeit ihres Lohnes Wert, so muss es auch die Arbeit des Arbeiters im städtischen Betriebe sein.

Die Sozialdemokraten haben, nach dem GR. Emmerling den Vorschlag gemacht, die Zinsheller zu erhöhen, durch den Mund des Herrn Gr. Reumann erklärt, dass sie sich überlegen werden, für diesen Vorschlag zu stimmen. Mit solchen Vorschlägen ist uns nicht geholfen. Wir haben seit den Zeiten Dr. Luegers uns immer gegen die Erhöhung des Mietzinshellers gewährt, weil er nicht einer Erhöhung der Mietzinse automatisch eine Steigerung der Hausszinssteuer, der Landes- und Gemeindeumlagen herbeiführt, sodass der Mietzins lawinenartig anschwillt. Wenn wir die Strassenbahn Tarife erhöhen, so haben es die dadurch Betroffenen in ihrem Belieben eine oder mehrere Fahrten zu unterlassen um dadurch Geld zu sparen. Bei einer Erhöhung der Zinsheller wird jedoch die Bevölkerung an einem unetbehrlichen Lebensbedürfnisse getroffen, weil eine Einschränkung der Wohnung in den meisten Fällen nicht mehr möglich ist. Mit den jetzigen Vorschlägen für die Erhöhung der Tarife sei die Spannung vollständig ausgenützt und es werde, wenn zu dem äussersten Mittel geschritten werden muss, eine Erhöhung der Zinsheller vielleicht doch einmal platzgreifen müssen. Solange jedoch diese nicht eine unbedingte Notwendigkeit sei, müsse davon Abstand genommen werden. Weiters verweist der Redner auf die bedeutenden Erhöhungen der Eisenbahntarife, die aus rein staatsfiskalischen Gründen erfolgte. Dabei sei die besondere Notwendigkeit des Eisenbahnverkehrs zu berücksichtigen, der den Rucksackverkehr ermögliche, ein System, dem es zu verdanken ist, dass wir noch am Leben sind. (Bravo - Rufe)

Die Eisenbahnfahrten sind zum täglichen Lebensunterhalt

notwendig geworden. Die Erhöhungen der Tarife haben aber im Kreise des Abgeordnetenhauses keinen Widerspruch gefunden. Bezüglich einer Anleiheaufnahme meint der Redner, sei im gegenwärtigen Augenblick nicht zu denken und es sei ausgeschlossen, eine städtische Anleihe zu günstigen Bedingungen unterzubringen. Erst müsse das Defizit verschwinden und Ordnung im Stadthaushalt eintreten, dann könne man auf den Geldmarkt gehen und werde Geld und Vertrauen erhalten. Er schliesst sich der Anschauung des GR. Reumann, die Tariferhöhungen erst vom 1. September an eintreten zu lassen, vollständig an, den in der Zeit zwischen dem Stadtratsantrag und der Beschlussfassung seien Vorfälle eingetreten, deren Tragweite heute noch nicht ermessen werden könne. In dieser aufgeregten Zeit müsse man die Durchführung derartiger Beschlüsse aufschieben. Der Redner stellt noch den Antrag, dass der erhöhte Tarif für die Zeit nach 9 Uhr abends, erst nach 10 Uhr abends in Kraft treten soll.

Der Redner schliesst mit Worten herzlichen Dankes, für die Leitungen der städt. Unternehmungen, insbesondere aber auch für alle Funktionäre und Beamten mit dem Bürgermeister an der Spitze, welche das Budget zusammengestellt haben, eine Leistung, die in dieser schwierigen Zeit umso höher einzuschätzen sei.

Die Beratung wird sodann abgebrochen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge erfolgt in der morgigen Sitzung.

G.R.Stein gibt nachträglich namens des demokratischen Klubs die Erklärung ab, daß seine Parteigenossen zwar die durch den Krieg geschaffene schlechte Finanzlage der Gemeinde einsehen, aber ihre Zustimmung zu den Tarifierhöhungen nicht geben können, da sie in den zuständigen Ausschüssen, wo diese Sachen verhandelt wurden, nicht vertreten sind, daher auch nicht die Ueberzeugung finden konnten, ob die vorgenommenen Erhöhungen in diesem großen Ausmaß notwendig sind, oder ob dem Gemeinderat nicht andere Mittel zu Gebote stehen, die der Bevölkerung diese Erhöhung erspart hätten.

Nach Annahme des Referentenantrages über „Bilanz und Bedeckung“ sprach der Bürgermeister dem Referenten seinen Dank aus.

Hierauf wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach dem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hög wird die Gewährung von Kriegszulagen und eines Anschaffungsbeitrages an die städtischen Angestellten und Lehrpersonen ohne Debatte genehmigt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Breuer wird die Erwerbung von zwangsweise veräußerten Liegenschaften an der Tautenhayn und Koberweingasse im 1b-Bezirk um 118.450 Kronen nachträglich genehmigt.

Nach einem Antrage des STR. Schneider wird den Bezirksräten auf die Dauer ihrer Amtsführung die freie Fahrt auf den städtischen Strassenbahnen gewährt.

STR. Tomola beantragt die Widmung eines Betrages von einer Millionen Kronen für das Kaiser Karl Wohlfahrtswerk „Kinder aufs Land“.

GR. Medizinalrat Dr. Loewenstein: Ich freue mich, dass die Gemeinde einen so hohen Betrag widmet. Sie wissen, dass wir im Jahre 1916 in einem bescheidenen Rahmen für diesen Zweck einen Betrag von 100.000 Kronen bewilligten. Das war der Ausgangspunkt für die grosse bedeutungsvolle Aktion des heurigen Jahres die unter dem Protektorat des Kaisers steht. Die Erfolge dieser Aktion sind vom sanitären, hygienischen und gesundheitlichen Standpunkt gut und zufriedenstellend. Wer selbst eine solche Reise mitgemacht hat und die Kinder draußen gesehen hat, wird auch begreiflich finden, dass eine so grosse Aktion unsern Beifall finden muss. Und speziell deshalb, weil wie der Referent selbst gesagt hat, die Kinder unser bestes Gut sind, was wir haben. Es ist gerade für das schulpflichtige Kind eine Wohltat, wenn es aus dem Strassenleben heraus, heraus aus der Grosstadt in die frische Luft zur Erholung geführt wird. Was wir für unsere Kinder tun, kann nicht genug gross sein, nicht Worte, sondern Taten müssen hier sprechen und dieses grosse Werk, das im Interesse unserer Jugend imstande ist, bedarf nicht nur unserer kräftigsten Unterstützung, sondern auch der der gesamten Bevölkerung.

Ich bin vollkommen überzeugt, dass diese Aktion für alle Zeiten bestehen wird, dass sie insbesondere nach dem Kriege grosse Aufgaben wird zu erfüllen haben und schliesse mich vollkommen den Ausführungen des Referenten an in der festen Ueberzeugung, dass wir diesen Antrag einstimmig zur Annahme bringen werden.

GR. Professor Wolny: Ich freue mich ausserordentlich, Gelegenheit zu haben, für einen solchen Antrag einzutreten, der eine Fortsetzung der erzieherischen Tätigkeit der Schule während der Ferien bedeutet. Es soll aber auch für die seelische Entwicklung der Kinder entsprechend fortgesetzt werden, auf welche während des Schuljahres hingearbeitet wird. In dieser Beziehung habe ich den Wunsch, dass den Kindern die Möglichkeit geboten wird, auch an Sonn- und Feiertagen dem Gottesdienste beizuwohnen, nachdem ja der grösste Teil der Kinder der katholischen Religion angehört.

Der Referent erwidert, dass bezüglich der Erfüllung des Wunsches des GR. Wollner volle Gewähr bestehe, da ja auch Lehrpersonen zur Begleitung der Schulkinder mit herangezogen werden.

Der Referentenantrag wird sodann einstimmig angenommen. STR. Tomola beantragt die Uebernahme des Kinderasyles des Vereines von Kinderfreunden im 19. Bezirk, Harteggerstrasse 26, das zur Pflege und Erziehung bedürftiger, verwäister oder verlassener Kinder aus dem Mittelstande insbesondere solcher, die durch den Krieg in Not geraten sind, gewidmet ist.

GR. Reimann beantragt, dass für den Fall, als sich nicht genug Kinder aus dem Mittelstande zur Aufnahme in das Asyl melden sollten, auch Kinder aus dem Arbeiterstande aufgenommen werden.

Der Referent stimmt dem zu, worauf der Antrag auf Uebernahme des Asyles einstimmig genehmigt wird.

Damit ist die Tagesordnung der Sitzung erledigt.

-----:--

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien, 1., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 27. Juni 1918. Nr 174.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 63. Woche ebenfalls im erhöhtem Ausmasse von 25 dkg auf den Kopf an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufscheine gegen Abtrennung der beiden Buchstaben X und Y an folgenden Tagen in den Vormittagestunden abgegeben werden: Samstag, 29. d.M. A bis F, Montag, 1. Juli G bis K, Mittwoch, 3. L bis R und Donnerstag, 4. S bis Z.

An die Besitzer von w e i s s e n Einkaufscheinen wird am Sonntag, 30. d.M. vormittags und am Montag, 1. Juli, Mittwoch, 3. und Donnerstag, 4. von 4 Uhr nachmittags an Pferdefleisch im Höchstausmasse von 1 kg für jeden Haushalt zum ermässigten Preis von 8 K für Vorderes und 10 K für Hinteres gegen Durchlochung des städtischen Wappens auf dem weissen Einkaufschein und zwar für diese Woche in sämtlichen 50 Ständen und Geschäften der Grossschlächtereie, welche Wohlfahrtsfleisch verkaufen, abgegeben werden.

Abgabe von Altkartoffeln. Die weiteren Zufuhren von Altkartoffeln ermöglichen eine Abgabe im 1., 2., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 13., 14., 15., 18. und 19. Bezirk, in welchen für diese Woche noch keine Kartoffelabgabe stattfand. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit $\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden am Samstag (Feiertag), Montag und Dienstag zum Preise von 34 h für das kg in der üblichen Weise unter Abtrennung des Wochenabschnittes K der Kartoffelkarte abgegeben.

Kaiser Karl Wohlfahrtswerk. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Tomola dem Kaiser Karl Wohlfahrtswerk „Kinder aufs Land“ zur Unterbringung von Wiener Kindern in Ungarn und in einzelnen deutschen Gegenden der österreichischen Länder eine Subvention von 1 Million Kronen zu bewilligen.

Subventionen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hierhammer dem Frauenverein vom Ottomanischen Roten Halbmond in Wien eine Subvention von 1000 Kronen, nach einem Antrage des VB. Hoss der Bezirkskrankenkasse Mauthausen an der Donau eine Subvention von 5000 Kronen, nach einem Antrage des StR. Tomola der Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates in Wien für das heurige und vorige Verwaltungsjahr eine Subvention von je 30.000 Kronen und dem Fürsorgeverein für Reichsdeutsche Krieger, Kriegerwitwen und Waisen in Amtsbezirke des kaiserlich deutschen Konsulates in Wien „Deutsche Kriegerfürsorge“ eine Subvention von 25.000 Kronen bewilligt.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Schmid wird der Einbau einer Diaphragma-Pumpe mit elektrischem Antriebe zur Förderung der Abwässer im Kellerraum des Kleinwohnhauses 4. Bezirk Kühnplatz mit dem Kostenbetrage von 15.000 Kronen genehmigt. - Der Erbauung eines Einfamilienhauses der Braunkohlenbergbau - Gewerkschaft in Ebenfurth wird mit dem Betrage von 23.000 Kronen zugestimmt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird das Haus, 3. Bezirk Dietrichgasse 32 a im Ausmasse von 1341 m² um 89.000 Kronen angekauft. Der Ankauf dient zur Ergänzung des Besitzes der Gemeinde und zur Durchführung der Drorygasse. - Für die Inneneinrichtung der Kindererholungsstätte auf der Kreuzwiese an der Ladenburghöhe am Schafberge werden die baulichen Umgestaltungen mit den Kosten von 13.000 Kronen, die Wasserversorgung mit 3500 Kronen, die Brauseanlage mit 2700 Kronen, die Kücheneinrichtung mit Gasfeuerung mit 4580 Kronen und die gärtnerische Ausschmückung mit 1100 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird die Inneneinrichtung der Kindererholungsstätte auf dem Girzenberge in Ober St. Veit genehmigt. Für bauliche Umgestaltungen werden 3000 Kronen, für die Wasserversorgung 2000 Kronen, für eine Brauseanlage 5000 Kronen und für die Kücheneinrichtung mit Gasfeuerung 7000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wird dem Kuratorium für Ausspeisung bedürftiger Kinder die Halle im Bahnhofs Favoriten als Lagerraum für

Lebensmittel überlassen. Für die baulichen Abänderungen werden 12.500 Kronen bewilligt. - Für die Erweiterung der Leichtölanlage im Gaswerke Leopoldau wurde nachträglich ein Kredit von 104.800 Kronen genehmigt. - Für die Wiederinstandsetzung der Sandtrocknungsanlage im Bahnhofs Vorgarten werden 15.000 Kronen bewilligt. - Die Herstellung eines Seilzuges nebst Vollbahngelände, sowie von 6 Bahnwagen zur Abfuhr des Düngers vom neuen Kontumazmarkt im 11. Bezirk wird mit den Kosten von 213.600 Kronen genehmigt. - An die städtischen Strassenarbeiter und die Bediensteten des städti-

schen Fuhrwerksbetriebes werden 2950 Paar Schuhe aus Lederoberteilen mit Holzsohlen verteilt. Die Kosten in der Höhe von 91.150 Kronen wurden vom Stadtrat nach einem Antrage des VB. Rain bewilligt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer werden Beracken zur Unterbringung von Arbeitskräften, Zugtieren und landwirtschaftlichen Geräten für Leopoldau und für die Lobau angekauft. - Nach einem Antrage des StR. Schwer werden von Frau Dr. Wengraf Uhren um 4440 Kronen für das Uhrenmuseum der Stadt Wien angekauft. - Zur Schaffung entsprechender Auskleideangelegenheiten und für verschiedene Herstellungen im städtischen Kinderfreibade Hütteldorf im Wienfluss werden 3000 Kronen bewilligt. -

Ablieferung von Heu und Stroh. Zufolge Statthaltereierlasses ist im heurigen Jahre auch der Gemeinde Wien die Aufbringung eines Rauhfutterkontingentes vorgeschrieben worden und wird in den nächsten Tagen dieses Kontingent auf die Einzelwirtschaften aufgeteilt werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass infolge der Beschlagnahme der freihändige Verkauf von Heu und Stroh unter Strafe gestellt ist und verbotswidrig verkauftes Rauhfutter den Produzenten in die Höhe zur Ablieferung vorgeschriebene Menge nicht eingerechnet wird.

Kinder aufs Land. Gemeinderat kaiserlicher Rat Philp hat sich als Vertreter des Arbeitsausschusses des Kaiser Karl Wohlfahrtswerk „Kinder Aufs Land“ nach Abbazia begeben, woselbst die ungarischen Kinder während der Ferien untergebracht werden.

Bürgermeister

Franz Keim +. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an Frau Hermine Keim nachstehendes Beileidschreiben gerichtet: In den schweren Stunden, die Ihnen, höchverehrte gnädige Frau, durch den Heimgang Ihres Herrn Gemahls beschieden worden sind, stehen Ihnen ungezählte Freunde des Verewigten in tiefster Teilnahme zur Seite, dankbare Bewunderer seiner Muse und aufrichtige Verehrer seines deutschen Wesens.

Wir haben mit Franz Keim einen Dichter und Sänger verloren, dessen Werke wir schätzen gelernt haben, weil sie aus der Liebe zur Heimat und zum Volke entsprungen sind und wie der vaterländische Geist nimmer uns verlassen wird, so werden die Werke des Dichters waderleben und sein Andenken wird uns nicht verblassen. Die Stadt Wien hatte oft Gelegenheit, dem Dichter ihre Hochschätzung und Verehrung zum Ausdruck zu bringen; nehmen Sie, verehrte gnädige Frau, nun da er nicht mehr unter uns weilt, den Ausdruck der tiefen Teilnahme entgegen, die ich Ihnen im Namen der Stadt aus diesem schmerzlichen Anlasse auszudrücken mir erlaube.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 27. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und erteilt sofort dem Referenten für das Budget VB. Hoss das Wort zu seinen Schlusssausführungen über die Debatte zur Gruppe 3 des Hauptvoranschlages und die beantragten Erhöhungen bei den städtischen Unternehmungen.

Der Referent schliesst sich dem Antrage des GR. Kunschak auf Hinausschiebung des Beginnes der Wirksamkeit der Tramwayerhöhung auf den 1. September d.J. an und regt aus Betriebstechnischen Gründen lediglich an, diesen Beginn mit 28. August d.J. zu bestimmen. Gegenüber dem Antrage desselben Redners, die Wirksamkeit des erhöhten Abendtarifes erst ab 10 Uhr abends eintreten zu lassen, schlägt der Referent als Vermittlungsantrag die Zeit von 1/2 10 Uhr abens hierfür vor.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Lohner wird zur Abstimmung geschritten, die über Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner getrennt nach den einzelnen Unternehmungen vorgenommen wird. Ueber Antrag des GR. Reumann wird über die Tramwaypreiserhöhungen im namätlicher Abstimmung entschieden.

Die Erhöhungen der Tramwaytarife werden sonach in namenlicher Abstimmung mit 75 gegen 20 Stimmen angenommen, wobei die gesammte Opposition geschlossen gegen die Erhöhungen stimmt.

Die Anträge Kunschak mit den oben erwähnten Abänderungen des Referenten werden in einfacher Abstimmung angenommen.

Ebenso werden in einfacher Abstimmung die Anträge auf Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise angenommen und sodann die übrigen Posten der Gruppe III genehmigt.

Die im Laufe der Debatte gestellten weiteren Anträge der Gemeinderäte Ignaz Fischer, Kunschak, Emmerling, Dr. von Schwarz Hiller und Figner werden genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Vize-Bgm. Hoss bemerkt, dass infolge der nunmehr gefassten Beschlüsse die Abfahren der Gaswerke an die eigenen Gelder mit 5,300.000 Kronen, die Abfahren der Elektrizitätswerke mit 12,500.000 Kronen und die Abfahren der städtischen Strassenbahnen mit 16,000.000 Kronen veranschlagt werden können.

V-B. Hoss legt sodann die Bilanz und Bedeckung für den Hauptvoranschlag vor

Nach den gefassten Beschlüssen des Gemeinderates beträgt das Gesamterfordernis 365,344.540 K hievon entfallen auf die ordentlichen Ausgaben 255,863.180 K auf die außerordentlichen Ausgaben 109.481.360 K Die eigenen Einnahmen betragen 167.847.930 K hierunter an ordentlichen Einnahmen 165.213.180 K an außerordentlichen Einnahmen 2.634.750 K

Das durch die eigenen Einnahmen nicht bedeckte Nettoerfordernis beträgt 197,496.610 K, welches durch Umlagen und in anderer Weise zu bedecken ist.

Der Ertrag der städtischen Umlagen beziffert sich mit 91,150.940 K

Im Vorjahre waren die Umlagen mit 83.3 Millionen veranschlagt. Sie sind gestiegen in Folge der Erhöhung des städtischen Zuschlages zur allgemeinen Erwerbsteuer 1. Klasse von 31 auf 40 %, durch die Erhöhung des städtischen Zuschlages zur allgemeinen Erwerbsteuer 2. Klasse von 30 auf 40 %, durch die Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen von 30 auf 40 % und durch die Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Rentensteuer von 28 auf 32 %. Dagegen sind die Einnahmen aus den Zuschlägen zur Verzehrsteuer und aus den kommunalen Abgaben von gebrannten geistigen Getränken gesunken.

Weiters werden zur Bedeckung herangezogen:

Aus den Investitionsanliegen vom Jahre 1902 1,397.900 K aus dem Anlehen vom Jahre 1908 17,047.000 K aus dem Anlehen vom Jahre 1914 26,189.920 K aus dem 80,000.000 K Anlehen vom Jahre 1917 zur vorschussweisen Bestreitung von Kriegsauslagen 30,000.000 K aus der Rücklage der Gaswerke 4,213.000 K aus der Rücklage der Elektrizitätswerke 12,000.000 K

Der nunmehr verbleibende Abgang von 15,457.850 K soll in den Kassabeständen der eigenen Gelder der Gemeinde Wien zur Bedeckung finden.

176-177

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michlew.**

Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 28. Juni 1918. Nr. 176

Neuerliche Abgabe von Salzspeck aus den Gemeindevorräten. Mit Rücksicht auf die noch andauernde Brotknappheit wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten im Laufe der nächsten Woche wieder 20.000 kg Salzspeck bei einer Anzahl von Ständen in der Grosse Markthalle abgeben lassen. Bezugsberechtigt sind wieder Besitzer amtlicher weisser Einkaufscheine. Der Speck wird nur gegen Abtrennung der Ziffer 39 des weissen amtlichen Einkaufscheines und der beiden Abschnitte Nr. 94 für nichttrayoniertes Fett der neuen Fettkarte zum Höchstpreise verkauft.

Auf jeden amtlichen weissen Einkaufscheine gelangen wieder soviele Mal 6 dkg Fett zu Abgabe, als bezugsberechtigte Personenauf den weissen Einkaufscheinen ausgewiesen sind. Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine mit den Buchstaben A bis G sind am 2. Juli, Haushaltungen mit den Buchstaben H bis L am 3., solche mit den Buchstaben M bis S am 4. und Haushaltungen mit den Buchstaben Sch, St, T bis Z am 5. Juli nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt. An jedem Verkaufstag werden 5000 kg Salzspeck bereitgestellt sein.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 30. d.M. bis 13. Juli werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grosse Schlächtereier gegen Abtrennung der Ziffer 33 des amtlichen färbigen Einkaufscheines und der zwei Fettmarkenabschnitte Nr. 94 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte für alle Gruppen von Mindestbemittelten, welche nicht dem Lebensmittelverbände der Kriegseleistungsbetriebe Wiens angehören, je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Mittwoch, 3. Juli beginnenden Abgabewoche für Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Einkaufscheinen die Abschnitte mit den Ziffern römisch XXV und XXVI, von den abgestempelten Einkaufscheinen für Mindestbemittelte die Abschnitte mit den Buchstaben X und Y abgetrennt und zwar bei einmaligen Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrate bestimmten Stellen wird von Montag, 1. Juli an Schweinefleisch gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines (weisse, grün, blau, gelb) und gegen Abtrennung des bereits in den beiden Vorwochen gültigen Abschnittes 32 zur Ausgabe gelangen. Haushalte mit Einkaufscheinen, die bis einschliesslich vier Personen lauten, erhalten ½ kg, solche mit mehr Personen 1 kg.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 28. Juni 1918. Nr. 176

Zum Fünfzigsten Geburtstag Musil's. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Universitätsprofessor Dr. Alois Musil nachstehendes Schreiben gerichtet: Ich gebe mir die Ehre, Euer Exzellenz zu Ihrem 50. Geburtsfeste meine aufrichtigen und herzlichen Glückwünsche zu übermitteln. In tiefer Dankbarkeit gedenkt die Wissenschaft am heutigen Tage der hohen Verdienste, die Euer Exzellenz in rastloser und mutiger Arbeit um die Erforschung neuer Wissensgebiete sich erworben haben und mit Stolz darf die alma mater Rudolphina auf ihren Lehrer blicken, der als Priester und Gelehrter ihren Ruhm weit über die Grenzen des Vaterlandes verbreitet hat. Ich wünsche Euer Exzellenz vom Herzen, dass Kraft und Gesundheit sie weiter begleiten und Euer Exzellenz in Ihrer Schaffensfreude uns noch recht viele Jahre erhalten bleiben. Möge Gott Ihre Arbeit auch fürderhin in seinen Schutz nehmen!

Das Projekt einer Gartenstadt in der Nähe von Wien. Eine Wiener Bauunternehmung hat der Gemeindeverwaltung ein umfangreiches Projekt für den Bau einer Gartenstadt vorgelegt, welche auf einem 7 Millionen m² umfassenden Gebiete zwischen Grosse-Schwechat und Himberg errichtet werden und Einfamilienhäuser für 30-bis 35.000 Personen enthalten soll. Damit soll die Wohnungsnot, welche ganz unerwarteter Weise eingetreten ist und nach Beendigung des Krieges durch die heimkehrenden Soldaten sich sicherlich noch bedeutend steigern wird, gemildert oder ganz beseitigt werden. Tausende von Staats- und Privatbeamten sollen ohne Inanspruchnahme eines grösseren Geldbetrages in die Lage versetzt werden, in aller kürzester Zeit ein Familienhaus samt einem dazu gehörigen Garten besitzen zu können. Für jenen Betrag, welcher jetzt in der Stadt als Mietzins gezahlt wird, soll nach dem Projekt jeder sein eigenes Heim bewohnen können. Auch vom hygienischen Standpunkte wäre die Lage des Terrains zweckmässig, da sich in aller nächster Nähe der Kurort Deutsch-Altenburg befindet und ein grosser Waldkomplex, welcher sich aus dem Leithagebiet heraufzieht, die beste Luft für Erholungsbedürftige gibt. Auch die Verkehrsverhältnisse seien die denkbar besten, da das Gebiet durch die elektrische Landesbahn Wien-Pressburg, durch die Staatseisenbahnlinien Wien - Bruck a/d. Leitha unmittelbare Verbindung mit der Hauptstadt hat, wozu noch als dritte Verkehrslinie die Verlängerung der südlichen Strassenbahn Wien - Klein-Schwechat käme. Von der Ringstrasse aus wäre die neue Gartenstadt in 40 Minuten zu erreichen.

Die Kosten für ein Familienhaus würden sich auf 20.000 Kronen stellen. Der Entwurf bringt nun eine eingehende Darstellung für die Finanzierung des Projektes und für die Rentabilitätsberechnung und zählt die Forderungen auf, welche die Bauunternehmung von der Gemeindeverwaltung erwartet. StR. Zatzka berichtete in der letzten Sitzung des Stadtrates über die Angelegenheit und führte aus, dass die Forderungen der Bauunternehmung hauptsächlich folgende Punkte umfassen: Zuerkennung eines zinsfreien Baukredites im Betrag von 6 Millionen Kronen auf die Dauer der Bauzeit, eine staatliche Kredithilfe, sowie die Steuer- und Gebührenbegünstigung von der Regierung; die Verlängerung des Gleises der städtischen Strassenbahnen, von Klein-Sche-

chat bis zur projektierten Gartenstadt und die Zuerkennung eines billigen ^{Fahrer}Freistarifes für deren Bewohner von der Gemeindeverwaltung. Der Stadtrat beschloss, das Projekt zunächst dem Ministerium für soziale Fürsorge abzutreten und dieses Ministerium um die seinerzeitige Bekanntgabe der dortigen Stellungnahme zu ersuchen, da die Gemeinde bei dieser ausserhalb des Wiener Gemeindegebietes geplanten Schöpfung erst in zweiter Linie beteiligt sei. Nach Stellungnahme des Ministeriums zu diesem Projekte hält auch die Beschlussfassung über jene Punkte zu erfolgen, in welchem eine Mitwirkung der Gemeinde angesprochen wird.

Wiener Lehrlinge aufs Land. Die Lehrlingsfürsorgekommission des Wiener Fortbildungsschulrates hat im Vereine mit dem Jugendamte der Stadt Wien und mit Unterstützung des Ministeriums des Innern sowie unter Beihilfe der Krankenkassen und der Wiener Gewerbegeossenschaften eine Aktion zur Unterbringung schwächlicher und unterernährter Lehrlinge aufs Land eingeleitet.

Es werden vorläufig je 300 männliche und weibliche Lehrlinge in den Monaten Juli, August und September in Oberhollabrunn, bzw. in Fottendorf zur Erholung und Kräftigung auf die Dauer von 4 Wochen untergebracht werden.

Die hiefür nötigen Kosten werden zu einem Drittel vom Staate, zu einem Drittel von den Krankenkassen und zu einem Drittel von den Eltern und Meistern der betreffenden Lehrlinge oder im Bedarfsfalle von der zuständigen Genossenschaft, bzw. vom Lehrlingsfürsorgefonds der Lehrlingsfürsorgekommission getragen.

Meister, welche für ihre Lehrlinge von dieser Wohlfahrtsaktion Gebrauch machen wollen, haben sie in der Kanzlei der Genossenschaft, zu welcher sie gehören, bis längstens 6. Juli anzumelden.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab, doch dürfte noch in der ersten Hälfte Juli eine Sitzung und zwar voraussichtlich die letzte vor den Gemeinderatsferien stattfinden. - Der Stadtrat tritt Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen. - Der übliche Empfang des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner am nächsten Montag entfällt.

Kriegsanleihezeichnung. Die Wiener Kommunal-Sparkasse im Bezirke Rudolfsheim hat ihre Zeichnung auf die 8. österr. Kriegsanleihe von 12 Millionen Kronen auf 15 Millionen Kronen erhöht.

Abgabe von Margarine. In den beiden Wochen vom 1. bis 13. Juli gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen und bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Margarine pro Kopf und Woche zur Verteilung. Die Abgabe beginnt mit Donnerstag, 4. Juli.

